



Einsicht 2023
*Bulletin des
Fritz Bauer Instituts*

Fritz Bauer Institut
*Geschichte und Wirkung
des Holocaust*

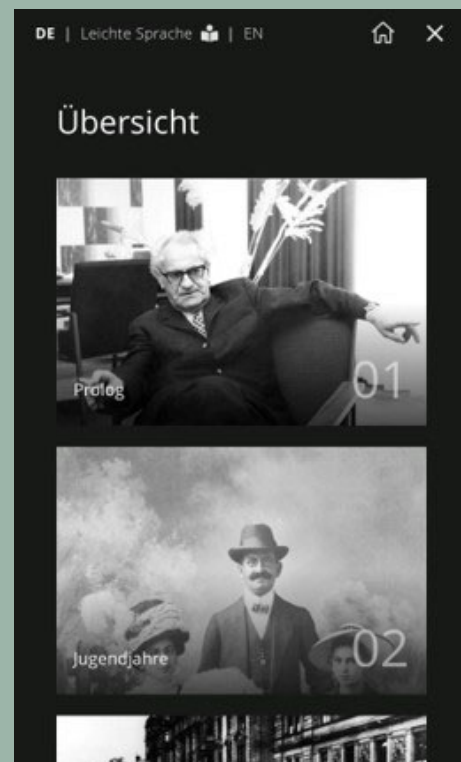
Die Ukraine unter deutscher Besatzung
Mordgeschehen, Schauplätze, Gedenken

Reparationsforderungen an die Bundesrepublik
Recht, Moral, Politik

Fritz Bauer. Der Staatsanwalt

NS-Verbrechen vor Gericht

Digitale Version der ehemaligen Wanderausstellung jetzt online:
fritz-bauer-der-staatsanwalt.de



Fritz Bauer, der als hessischer Generalstaatsanwalt den Frankfurter Auschwitz-Prozess auf den Weg brachte und entscheidende Hinweise zur Ergreifung von Adolf Eichmann gab, hat bundesrepublikanische Geschichte geschrieben. Ohne Zweifel gehört er zu den bedeutendsten jüdischen Remigranten nach 1945. Die 2014 vom Fritz Bauer Institut und dem Jüdischen Museum Frankfurt entwickelte Wanderausstellung *Fritz Bauer. Der Staatsanwalt* dokumentiert seine Lebensgeschichte im Spiegel der historischen Ereignisse.

Die Ausstellung wurde nach zwölf Stationen aufgelöst und als Online-Ausstellung neu konzipiert. Die sorgfältig ausgewählten Fotos, Dokumente, Audio- und Videoaufnahmen verweben sich anhand von Scrollytelling, einer innovativen Darstellungsform, zu einer

interaktiven Geschichte. Versionen in englischer und Leichter Sprache stehen ebenfalls zur Verfügung. Die Überführung der Ausstellung in die digitale Form wurde vom Förderverein Fritz Bauer Institut e.V. finanziert und von der MESO Digital Interiors GmbH, Frankfurt am Main, umgesetzt.

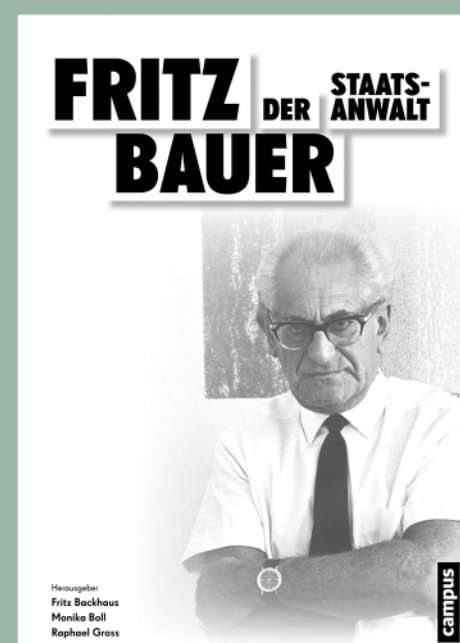
Mobile Ansicht der Website: Startseite / Übersichtsseite / Der Auschwitz-Prozess: Zeugen und Zeuginnen

Ausstellungskatalog: Fritz Backhaus, Monika Boll, Raphael Gross (Hrsg.), *Fritz Bauer. Der Staatsanwalt*, Frankfurt am Main, New York: Campus Verlag, 2014, 300 S., zahlr. Abb., € 29,90, ISBN: 978-3-5935-0105-5



QR-Code

Link zur Online-Ausstellung:
<https://fritz-bauer-der-staatsanwalt.de>



Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

der Angriff Russlands auf die Ukraine hat, jenseits des Schreckens über den brutalen Krieg, unser Bewusstsein für die ukrainische Geschichte geschärft. Die Ukraine gehörte im Zweiten Weltkrieg mit Belarus und dem Westen Russlands zu den Hauptschauplätzen des Vernichtungskriegs und des Holocaust. Ziel der Nationalsozialisten war es, den »jüdischen Bolschewismus« auszurotten und die Arbeitskraft der slawischen Bevölkerung rücksichtslos auszubeuten. Terror und Hunger prägten den Besatzungsalltag. Etwa acht Millionen der insgesamt rund 27 Millionen Opfer in der Sowjetunion stammten aus der Ukraine. Die vier Beiträge des ersten Themenschwerpunkts in dieser Ausgabe der *Einsicht* behandeln verschiedene Aspekte der dortigen deutschen Besatzungsherrschaft sowie die Folgen für das Leben der betroffenen Menschen.

Auch der zweite Themenschwerpunkt hat aktuelle Bezüge. In den letzten Jahren wurden mit neuer Entschiedenheit Forderungen nach Reparationen für die Besatzungsverbrechen des Zweiten Weltkriegs an die Bundesrepublik gerichtet, insbesondere aus Polen. Drei Beiträge behandeln zum einen die historische Entwicklung der Problematik von Reparationen und die besondere Bedeutung, die dem Zwei-plus-Vier-Vertrag von 1990 zwischen den beiden deutschen Staaten und den vier Siegermächten des Zweiten Weltkriegs zukommt. Zum anderen geht es konkret um die Entschädigungsforderungen aus Polen und Griechenland, die in ihren jeweiligen politischen Kontexten analysiert werden.

Drei weitere Texte in diesem Heft haben unmittelbar mit der Arbeit des Fritz Bauer Instituts zu tun. Anlässlich des Tags des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar organisiert das Institut regelmäßig gemeinsam mit dem Präsidium der Goethe-Universität Frankfurt am Main eine Vortragsveranstaltung. Im Jahr 2023 hielt Prof. Dr. Irina Scherbakowa den Gedenkvortrag. Die Germanistin, Kulturwissenschaftlerin und Mitbegründerin von »Memorial« sprach über die Arbeit der 2021 in Russland verbotenen Menschenrechtsorganisation und richtete den Blick auf die politische Instrumentalisierung der Geschichte des Stalinismus und des

Faschismus seit dem Ende der Sowjetunion, die auch eine große Rolle spielt im Krieg Russlands gegen die Ukraine.

Am 9. November 2022 hielt Prof. Dr. Sybille Steinbacher im Alten Rathaus der Stadt München einen Vortrag, in dem sie anlässlich des Jahrestags der Novemberpogrome 1938 an die Deportationen von Münchner Jüdinnen und Juden in das Ghetto Theresienstadt erinnerte. Die Darstellung der Verschleppungen und der Lebensumstände in Theresienstadt macht deutlich, dass der Ort eine spezifische Funktion in der Vernichtungspolitik des NS-Regimes hatte und keineswegs als »Kulturghetto« gelten kann, in dem die Lebensumstände der Insassen

vergleichsweise gut waren. Dies hatte die nationalsozialistische Propaganda eine internationale Öffentlichkeit glauben machen wollen.

Johannes Beermann-Schön, Archivar des Fritz Bauer Instituts, berichtet in einem Essay über einen zufälligen Fund, der Anlass für

eine längere Recherche gab. In einem Buch, das Fritz Bauer 1936 als Teil seiner Privatbibliothek mit ins skandinavische Exil nahm und nach dem Krieg wieder zurück nach Deutschland brachte, findet sich eine rätselhafte Widmung eines gewissen »Erich« für seinen »lieben Freunde Fritz«. Beermann-Schön stellt dar, wie er den Freund Bauers identifizieren, dessen Lebensgeschichte erhellen und damit auch ein Licht auf das Umfeld des jungen Fritz Bauer werfen konnte.

Wie in jeder *Einsicht* findet sich in diesem Heft ein ausführlicher Rezensionsteil, in dem neu erschienene Bücher zur Geschichte und Wirkung des Holocaust vorgestellt und besprochen werden. Detaillierte Informationen zur Arbeit des Fritz Bauer Instituts enthält unser Jahresbericht, der jeweils im Frühjahr erscheint. Sie finden den Jahresbericht sowie frühere Ausgaben der *Einsicht* im PDF-Format auf der Website des Instituts, die auch stets aktuell über unsere Aktivitäten und Veranstaltungen informiert.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre.

Prof. Dr. Sybille Steinbacher und PD Dr. Tobias Freimüller
Frankfurt am Main, im Oktober 2023

Sybille Steinbacher, Foto: Niels P. Jørgensen
Tobias Freimüller, Foto: Helmut Fricke

60	Verspätete Rechnung für den Krieg. Diskussionen über Reparationsforderungen an Deutschland in Polen 2004–2023 <i>Krzysztof Ruchniewicz</i>
70	Die Reparationsforderungen Griechenlands. Öffentliche Debatten und politischer Diskurs <i>Anna Maria Droumpouki</i>
.....	
Weitere Themen	
<i>Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus</i>	
80	Memorial. 30 Jahre Kampf um die Erinnerung <i>Irina Scherbakowa</i> <i>Jahrestag der Novemberpogrome am 9. November 1938</i>
86	Theresienstadt. Alltag unter ständiger Bedrohung <i>Sybille Steinbacher</i> <i>Aus dem Archiv des Fritz Bauer Instituts</i>
94	Wer war Erich? Ein Essay über die Potenziale der Archiv-recherche <i>Johannes Beermann-Schön</i>
.....	
Rezeptionen	
102	Shulamit Volkov: Deutsche Geschichte aus jüdischer Sicht. Eine andere Geschichte vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart <i>Nicolas Berg</i>
103	Derek Penslar: Theodor Herzl. Staatsmann ohne Staat. Eine Biographie <i>Stefan Vogt</i>
104	Jeffrey Veidlinger: Mitten im zivilisierten Europa. Die Pogrome von 1918 bis 1921 und die Vorgeschichte des Holocaust <i>Christoph Dieckmann</i>
105	Mark Jones: 1923. Ein deutsches Trauma Peter Longerich: Außer Kontrolle. Deutschland 1923 Volker Ullrich: Deutschland 1923. Das Jahr am Abgrund Karl Heinrich Pohl: Sachsen 1923. Das linksrepublikanische Projekt – eine vertane Chance für die Weimarer Demokratie? Sven Felix Kellerhoff: Der Putsch. Hitlers erster Griff nach der Macht Wolfgang Niess: Der Hitlerputsch 1923. Geschichte eines Hochverrats <i>Ulrich Wyrwa</i>

Die Ukraine unter deutscher Besatzung *Mordgeschehen, Schauplätze, Gedenken*

4	Einführung
6	Holocaust in der Ukraine. Vom antijüdischen Terror zum arbeitsteiligen Völkermord <i>Bert Hoppe</i>
18	»Dafür hängen einen die Deutschen, aber hungrig muss ich Risiken eingehen.« Besatzungsalltag in der Charkiwer Oblast im Zweiten Weltkrieg <i>Laura Eckl</i>
28	Verfolgt und vernichtet. Der nationalsozialistische Massenmord an den Roma im Reichskommissariat Ukraine 1941–1943 <i>Aleksandr Kruglov</i>
38	Leben für die Bewahrung der Erinnerung. Gespräche mit Boris Zabarko <i>Katja Makhotina und Boris Zabarko</i>
.....	

Reparationsforderungen an die Bundesrepublik *Recht, Moral, Politik*

46	Einführung
48	Völkerrecht und Moral. Die Bundesrepublik zwischen Reparationen und Entschädigung für NS-Opfer vor und nach dem Zwei-plus-Vier-Vertrag <i>Jürgen Lillteicher</i>

108	Jan-Philipp Pomplun: Deutsche Freikorps. Sozialgeschichte und Kontinuitäten (para)militärischer Gewalt zwischen Weltkrieg, Revolution und Nationalsozialismus <i>Robert Gerwarth</i>
109	Knut Bergbauer, Sabine Fröhlich, Stefanie Schüler-Springorum: Hans Litten – Anwalt gegen Hitler. Eine Biographie <i>Thomas Altmeyer</i>
110	Jochen Mindak: Die Schocken Villa. Biographie eines Hauses und seiner Bewohner <i>Caroline Jessen</i>
111	Rosemarie Burgstaller: Inszenierung des Hasses. Feindbild-Ausstellungen im Nationalsozialismus <i>Axel Bangert</i>
112	Lorenz Peiffer, Henry Wahlig (Hrsg.): »Einig. Furchtlos. Treu.« Der Kicker im Nationalsozialismus – eine Aufarbeitung <i>Martin Liepach</i>
113	Hermann Kaienburg: Das Konzentrationslager Sachsenhausen 1936–1945. Zentrallager des KZ-Systems <i>Jörg Osterloh</i>
114	Ruth Schwertfeger: A Nazi Camp near Danzig. Perspectives on Shame and on the Holocaust from Stutthof <i>Sascha Feuchert</i>
115	Anne-Christin Klotz: Gemeinsam gegen Deutschland. Warschau jiddische Presse im Kampf gegen den Nationalsozialismus (1930–1941) <i>Katarzyna Person</i>
116	Wiebke Lisner, Johannes Hürter, Cornelia Rauh, Lu Seegers (Hrsg.): Familientrennungen im nationalsozialistischen Krieg. Erfahrungen und Praktiken in Deutschland und im besetzten Europa 1939–1945 <i>Mirjam Schnorr</i>
117	Marion Kaplan: Transit Portugal. Jüdischer Flüchtlingsalltag im Exil 1940–1945 <i>Katrin Sippel</i>
118	Laurien Vastenhout: Between Community and Collaboration. »Jewish Councils« in Western Europe under Nazi Occupation <i>Andrea Löw</i>
119	Judy Batalion: Sag nie, es gäbe nur den Tod für uns. Die vergessene Geschichte jüdischer Freiheitskämpferinnen <i>Veronika Duma</i>
120	Wolf Kaiser (Hrsg.): Der papierene Freund. Holocaust-Tagebücher jüdischer Kinder und Jugendlicher <i>Gottfried Kößler</i>
121	Tanja Penter, Stefan Schneider (Hrsg.): Olgas Tagebuch (1941–1944). Unerwartete Zeugnisse einer jungen Ukrainerin inmitten des Vernichtungskriegs <i>Dmytro Tytarenko</i>
122	Jan Hendrik Issinger: Militärische Organisationskultur im

	Nationalsozialismus. Das Reserve-Polizeibataillon 61 und der Zweite Weltkrieg in Osteuropa <i>Stefan Klemp</i>
123	Anna-Raphaela Schmitz: Dienstpraxis und außerdienstlicher Alltag eines KL-Kommandanten: Rudolf Höß in Auschwitz <i>Dirk Riedel</i>
124	Steffen Hänschen, Andreas Kahrs (Hrsg.): »Aktion Erntefest«. Berichte und Zeugnisse von Überlebenden <i>Christopher Gomer</i>
125	Franziska Exeler: Ghosts of War. Nazi Occupation and Its Aftermath in Soviet Union <i>Aliaksandr Dalhouski</i>
126	Pawel Piotr Reszka: Schürflplätze. Grabraub in Belzec und Sobibór <i>Markus Roth</i>
127	Benjamin Lahusen: »Der Dienstbetrieb ist nicht gestört«. Die Deutschen und ihre Justiz 1943–1948 <i>Kai Ambos</i>
128	Steffen Dörre: Zwischen NS-»Euthanasie« und Reformaufbruch. Die psychiatrischen Fachgesellschaften im geteilten Deutschland <i>Jens Kolata</i>
129	Helmut Peitsch: Reisen nach Auschwitz und Anthologien letzter Briefe, 1945–1975. Eine literarische Beziehungsgeschichte von Antifaschismus in der BRD und DDR <i>Katharina Stengel</i>
130	Jan Gerber, Philipp Graf, Anna Pollmann (Hrsg.): Geschichtsoptimismus und Katastrophenbewusstsein. Europa nach dem Holocaust <i>Anselm Meyer</i>
131	Kata Bohus, Peter Hallama, Stephan Stach (Hrsg.): Growing in the Shadow of Antifascism. Remembering the Holocaust in State-Socialist Eastern Europe <i>Katharina Rauschenberger</i>
132	Uffa Jensen: Ein antisemitischer Doppelmord. Die vergessene Geschichte des Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik <i>Tobias Freimüller</i>
133	Tom Segev: Jerusalem Ecke Berlin. Erinnerungen <i>Andrea Kirchner</i>
.....	

Fritz Bauer Institut im Überblick

134	Das Fritz Bauer Institut / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter / Gremien: Wissenschaftlicher Beirat, Stiftungsrat
136	Impressum / Titelabbildung
137	Förderverein Fritz Bauer Institut e.V.



Die Ukraine unter deutscher Besatzung

Mordgeschehen, Schauplätze, Gedenken

Die erste große historische Darstellung der deutschen Besatzungspolitik in besetzten sowjetischen Gebieten von Alexander Dallin hieß *Deutsche Herrschaft in Rußland 1941–1945* (auch im englischen Original *German Rule in Russia*, 1981) und legte gleichsam die Grundlagen für die Gleichsetzung Russlands mit der Sowjetunion, zumal im Buch selbst – ganz im Diktum der Zeit – häufig auch von »Sowjetrußland« die Rede ist.¹ In Dallins Darstellung sind es folglich häufig auch »russische Soldaten«, die agieren oder in Gefangenschaft geraten.²

Die Massenverbrechen an den Zivilbevölkerungen in Ostmitteleuropa unter deutscher Besatzung – allen voran die jüdische Bevölkerung, aber auch Roma, Kranke und andere Zivilisten – blieben auf Jahre hinaus weitgehend unbeachtet. Vieles fiel lange allgemein und vage aus, wenn über die Region und die dort lebenden Menschen gesprochen wurde. Systematische empirische Studien zur deutsch besetzten Ukraine und der dortigen deutschen Verfolgungs- und Vernichtungspolitik entstanden meist erst nach der Unabhängigkeit der Ukraine 1991. Nun erst rückte diese Zentralregion für die Geschichte des Holocaust in den Blick der Forschung. Manche Themen wie der Krankenmord oder die Ermordung der Roma blieben noch sehr viel länger unbearbeitet.³

Welche Folgen Krieg und Besatzung für ein Land und vor allem für die dort lebenden Menschen haben, ist durch den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und durch die brutale russische Besatzungspolitik dort erneut schmerzhaft deutlich geworden. Unter den alten Menschen in der Ukraine haben viele noch Krieg und Besatzung während des Zweiten Weltkriegs erlebt, manche sind gar Überlebende des Holocaust oder des Mordes an den Roma. In den aktuellen Debatten hierzulande gerät selten in den Blick, was konkret Krieg und Besatzung bedeuten und dass für die Bevölkerung der russisch besetzten Gebiete der Krieg nicht zu Ende ist. Sie werden vielfach Opfer eines enthemmten Besatzungsterrors.

Dieser aktuelle Bezug, aber auch die Forschungslage, ist Anlass, verschiedene Aspekte der deutschen Besatzungsherrschaft in

der Ukraine zu beleuchten. Damit ist keine Gleichsetzung mit den aktuellen Ereignissen beabsichtigt, vielmehr soll das historische Geschehen stärker ins Bewusstsein gerückt und damit auch der Blick auf die Gegenwart geschärft werden.

Bert Hoppe wendet sich in seinem Beitrag der Verfolgung und Ermordung der jüdischen Bevölkerung im sogenannten Reichskommissariat Ostland zu, dem Teil der besetzten Ukraine, der unter deutscher Zivilverwaltung stand. Er zeigt, wie innerhalb von nur rund drei Jahren die einstmalig so große und vielfältige jüdische Gemeinschaft zu fast 98 Prozent ausgelöscht wurde und wer die Akteure waren.

Am Beispiel Charkiws führt Laura Eckl den schwierigen Alltag der unterdrückten nichtjüdischen Zivilbevölkerung vor Augen. Sie untersucht unter anderem die Auswirkungen der Hungerpolitik auf die Menschen und ihre Strategien, die Besatzung zu überleben und sich an die fundamental neue Situation anzupassen.

Aleksandr Kruglov, der 2022 wegen des russischen Kriegs gegen die Ukraine fliehen musste und nun in Deutschland lebt, zeigt den umfassenden und systematischen Charakter der Ermordung der Roma, die oft parallel zum Mord an den Juden stattfand. Er war einer der Pioniere der Forschung zu diesen Massenverbrechen, derer in der Ukraine seit 2005 am 2. August gedacht wird – zehn Jahre bevor dieser Tag auch in der Europäischen Union Gedenktag wurde.⁴

Der letzte Beitrag dieses Themenschwerpunkts ist Boris Zabarko gewidmet, einem Überlebenden des Holocaust in der Ukraine und einem der unermüdeten Kämpfer für die Dokumentation, Erforschung und Erinnerung der Verbrechen an der jüdischen Bevölkerung in der deutsch besetzten Ukraine. Die Historikerin Katja Makhotina blickt gemeinsam mit ihm auf sein Leben und seinen Einsatz für die Überlebenden wie die getöteten Jüdinnen und Juden. Boris Zabarko gehört zu den Menschen, die den Holocaust als Kind erlebt und überlebt haben, die viele Familienangehörige verloren haben und die nun, in hohem Alter, erneut Krieg und Besatzung erdulden müssen. Auch er ist geflohen und lebt heute in Deutschland.

1 Alexander Dallin, *Deutsche Herrschaft in Rußland 1941–1945. Eine Studie über Besatzungspolitik*, Düsseldorf 1958. »Sowjetrußland« findet sich u.a. auf S. 15.

2 Vgl. z.B. Dallin, *Herrschaft*, S. 75

3 Vgl. z.B. Karel Berkhoff, *Harvest of Despair. Life and Death in Ukraine Under Nazi Rule*, Harvard 2004. Zu den Krankenmorden jüngst Dmytro Tytarenko, »Euthanasie« in der Ukraine während der deutschen Okkupation. Opfergruppen, Akteure und Umstände der Vernichtung«, in: Jörg Osterloh, Jan Erik Schulte, Sybille Steinbacher (Hrsg.), »Euthanasie«-Verbrechen im besetzten Europa. Zur Dimension des nationalsozialistischen Massenmords, Göttingen 2022, S. 245–267.

4 Vgl. Tim B. Müller, »Diskriminierung mit langer Tradition. Roma in der Ukraine«, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), *Die Ukraine. Kampf um Unabhängigkeit. Geschichte und Gegenwart*, Berlin 2023, S. 153–166, hier: S. 156.

Links: Luftaufnahme der von der Wehrmacht wiedereroberten Stadt Charkiw, März 1943

Foto: Scherl/Süddeutsche Zeitung Photo, Bild-ID 00398415

Holocaust in der Ukraine

Vom antijüdischen Terror zum arbeitsteiligen Völkermord

Von Bert Hoppe



Dr. Bert Hoppe ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Holocaust-Studien des Instituts für Zeitgeschichte und forscht zur deutschen und sowjetischen Zeitgeschichte. Neben der Judenverfolgung und deutschen Besatzungspolitik in Osteuropa gehört die Architektur- und Vergangenheitspolitik zu seinen Schwerpunkten.

Veröffentlichungen (Auswahl): *Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland*, Bd. 7 und 8: *Besetzte sowjetische Gebiete*, hrsg. von Susanne Heim u.a., München 2011, Berlin, Boston 2016; *In Stalins Gefolgschaft. Moskau und die KPD 1928–1933*, München 2007; *Auf den Trümmern von Königsberg. Kaliningrad 1946–1970*, München 2000.

Foto: privat

Am 11. März 1944 verlas der deutsche Dienst von Radio Moskau eine Reihe von Dokumenten, die sowjetische Ermittler in Tresoren der ehemaligen Dienststellen der deutschen Sicherheitspolizei (Sipo) in Kiew und Riwne gefunden hatten. Neben Einsatzbefehlen des Chefs der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes (SD) Reinhard Heydrich aus dem Jahr 1941 zum Mord an Kriegsgefangenen trug der Sprecher unter anderem ein Schreiben von SS-Obersturmführer Paul Blobel an den Gebietsleiter der Gendarmerie Kamien Koszyrski vom 3. August 1943 vor, in dem dieser aufgefordert wurde, die Lage und Anzahl der Massengräber in seinem Bezirk zu übermitteln. Auch ein Auszug aus einer der auf Blobels Befehl hin erstellten Listen wurde vorgelesen, wie man dem Transkript der Sendung entnehmen kann, das der eigens zur Dokumentation von »Feindsendern« eingerichtete Sonderdienst Seehaus angefertigt hatte: »[Nr.] 78 Schepetowka, im Walde 3 Gräber, [Nr.] 79 Sslawuta, Kiesgrube 1 Grab, [Nr.] 80 Sslawuta, im Walde 1 Grab, [Nr.] 121 Gorochow (ph[onetisch]), 1 km südlich Gorochow (ph), 100 m vom Wege nach Breschkopol (ph), 1 Grab; Städtischer Friedhof, in der westlichen Ecke rechts 1 Grab, in der Gegend der Tongruben, südlich von Gorochow, 1 Grab.«¹ Allein diese Liste umfasste 152 Positionen, teilweise mit jeweils mehreren Grabstellen.² Es handelte sich um die Orte, an denen die Deutschen die Opfer ihrer

- 1 Transkript (geheim) einer von Interradio-Sonderdienst Seehaus (NPo 69/Brm) abgehörten Sendung von Radio Moskau vom 11.3.1944, abgedruckt in: Susanne Heim u.a. (Hrsg.), *Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland*, Bd. 8: *Generalkommissariat Weißruthenien und Reichskommissariat Ukraine*, bearb. von Bert Hoppe, Berlin, Boston 2016 (VEJ 8), S. 684–689, Zitat: S. 687.
- 2 Das Original der zitierten Liste ist nicht auffindbar und liegt möglicherweise im Archiv des russischen Geheimdienstes. Die russische Übersetzung befindet sich in: Gosudarstvennyj Archiv Rossijskoj Federacii [Staatsarchiv der Russischen Föderation, GARF], 7021/64/799, Bl. 31 f.

Mordaktionen verscharrt hatten, überwiegend Jüdinnen und Juden. Die anfangs erwähnten drei Gräber im Wald nahe dem heutigen Schepetiwka, 75 Kilometer südöstlich von Riwne gelegen, waren beispielsweise 1942 angelegt worden. Am 25. Juni jenes Jahres hatten deutsche Gendarmen und ukrainische Hilfspolizisten dort zunächst 2.500 Ghettoinsassen erschossen und in zwei weiteren Massakern am 6. und 10. Oktober dann auch die vorerst verschonten jüdischen Arbeitskräfte ermordet.

Bei den von Radio Moskau verlesenen Dokumenten handelte es sich um Zeugnisse der streng geheimen »Aktion 1005«. Angesichts des Vormarsches der Roten Armee versuchten die Deutschen seit dem Sommer 1943, die Spuren des Genozids an den Juden und ihrer weiteren Massenverbrechen zu vernichten.³ Der damit beauftragte Paul Blobel hatte als Leiter des Sonderkommandos 4a selbst zahlreiche Mordaktionen organisiert und angeleitet, darunter das größte Einzelmassaker in Babyn Jar am Stadtrand von Kiew. Ebendort hatte Wladimir Dawydow von August 1943 an mit etwa 100 weiteren jüdischen Gefangenen rund 65.000 Leichen (darunter auch die von etwa 20.000 Rotarmisten) ausgraben, jeweils 2.000 davon auf gewaltigen Scheiterhaufen verbrennen und die Knochen anschließend in eigens konstruierten Mühlen zerkleinern müssen. Nach knapp fünf Wochen errichteten sie einen letzten Scheiterhaufen, obwohl es in Babyn Jar, so Dawydow später, »bereits keine Leichen mehr gab« – dieser war für die »Leichenbrenner« selbst vorgesehen. Dawydow gehörte zu den knapp ein Dutzend Überlebenden des daraufhin beschlossenen Massenausbruchs und konnte daher Anfang November 1943 Beamten der sowjetischen Geheimpolizei als einer der wenigen Zeugen von der »Aktion 1005« berichten.⁴

Vorbereitung von Vernichtungskrieg und Massenmord

Mit dem großteils vergeblichen Versuch, die Spuren ihrer Verbrechen zu verwischen (es gab zu viele Leichen, die zu verbrennen waren – allein auf dem Gebiet der heutigen Ukraine hatten die Deutschen und ihre Helfer mehr als 1,5 Millionen Juden ermordet), leiteten die Deutschen die letzte Phase des Massenmords an den europäischen Juden ein. Es war dabei kein Zufall, dass sie den antisemitischen Terror während des Kriegs gegen die Sowjetunion zum Völkermord ausweiteten. Hitler und seine Gefolgsleute hatten den Feldzug von Beginn an als Vernichtungskrieg konzipiert. Schon Anfang Februar 1933 – nur wenige Tage nach seiner Ernennung zum Reichs-

- 3 Andrej Angrick, *»Aktion 1005« – Spurenbeseitigung von NS-Massenverbrechen 1942–1945*, Göttingen 2018.
- 4 Protokoll der Befragung von Wladimir J. Dawydow durch den Abteilungsleiter des NKGB der Ukrainischen SSR im Gebiet Kiew vom 9.11.1943, abgedruckt in: VEJ 8, S. 653–659, Zitat: S. 658.

kanzler – hatte Hitler den Generälen der Reichswehr offen erklärt, er strebe die gewaltsame »Ausweitung des Lebensraumes des deutschen Volkes« im Osten an, wobei er die Germanisierung der dort lebenden Bevölkerung von vornherein ausschloss: »Man kann nur Boden germanisieren.«⁵ Und nachdem Hitler den Oberbefehlshabern der künftigen Ostarmeen acht Jahre später am 30. März 1941 die Leitlinien des nun konkret bevorstehenden Angriffs auf die Sowjetunion verkündet hatte, notierte Generalstabschef Franz Halder: »Der Kampf wird sich sehr unterscheiden vom Kampf im Westen.«⁶ Im Rahmen der später so bezeichneten »verbrecherischen Befehle« wurden die Soldaten der Wehrmacht auf ein »rücksichtsloses und energisches Durchgreifen gegen bolschewistische Hetzer, Freischärler, Saboteure, Juden« eingeschworen,⁷ Straftaten gegen Zivilisten brauchten nicht mehr verfolgt zu werden. Wenige Wochen vor Beginn des Überfalls ordnete das Oberkommando der Wehrmacht schließlich an, die Politischen Kommissare der Roten Armee gleich an der Front zu erschießen.⁸ Damit waren die zu erobernden Gebiete als Räume entgrenzter Gewalt definiert.

Konkrete Pläne für einen umfassenden Völkermord an den sowjetischen Juden scheint Hitler zu diesem Zeitpunkt noch nicht gehabt zu haben. Die Gewalt sollte sich zunächst insbesondere gegen die jüdischen Funktionäre in Partei, Staat und Wirtschaft richten. Im März 1941 hatte Hermann Göring Reinhard Heydrich beauftragt, für den Einsatz in der Sowjetunion eine kurze Handreichung von wenigen Seiten vorzubereiten, »die die Truppe mitbekommen könne, über die Gefährlichkeit der GPU-Organisation, der Polit-Kommissare, Juden usw., damit sie wisse, wen sie praktisch an die Wand zu stellen habe.«⁹ Wie bereits beim Überfall auf Polen 1939 sollten die meisten Morde von speziellen Einsatzgruppen der Sipo und des SD durchgeführt werden. Zu ihrer Unterstützung wurden bald Einheiten der Ordnungspolizei und der Waffen-SS entsandt; die Leitung und Koordination übertrug man den drei Höheren SS- und Polizeiführern (HSSPF), die zunächst den Befehlshabern der

- 5 Andreas Wirsching, »Man kann nur Boden germanisieren.« Eine neue Quelle zu Hitlers Rede vor den Spitzen der Reichswehr am 3. Februar 1933, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 49 (2001), S. 517–551, hier: S. 547.
- 6 Franz Halder, *Kriegstagebuch. Tägliche Aufzeichnungen des Chefs des Generalstabes des Heeres 1939–1942*, bearb. von Hans-Adolf Jacobsen, Stuttgart 1963, Bd. 2, S. 337.
- 7 Richtlinien des OKW/WFSt für das Verhalten der Truppe in Russland vom 19.5.1941, abgedruckt in: Susanne Heim u.a. (Hrsg.), *Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland*, Bd. 7: *Gebiete unter Militärverwaltung, Baltikum und Transnistrien*, bearb. von Bert Hoppe, München 2011 (VEJ 7), S. 120 f., Zitat: S. 120.
- 8 S. dazu: Felix Römer, *Der Kommissarbefehl. Wehrmacht und NS-Verbrechen an der Ostfront 1941/42*, Paderborn u.a. 2008.
- 9 Vermerk (geheim) des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD, gez. Heydrich, für RFSS Himmler vom 26.3.1941, abgedruckt in: VEJ 7, S. 113–117, Zitat: S. 116.

rückwärtigen Heeresgebiete zugeteilt wurden, später dann auch den jeweiligen Reichskommissaren der Zivilverwaltungen.

Im Juni 1941 erläuterte Heydrich den Kommandeuren der Einheiten bei verschiedenen Treffen ihre konkreten Aufgaben. Deren Stoßrichtung lässt sich unter anderem aus seinem Brief an die HSSPF vom 2. Juli 1941 ablesen. Darin erteilte er den ausdrücklichen Auftrag, neben den mittleren und höheren kommunistischen Funktionären auch »alle« Juden in Partei- und Staatsstellungen zu exekutieren. Zugleich eröffnete Heydrich den Offizieren einen großen Handlungsspielraum. So gab er nicht nur vor, welche Personengruppen auf jeden Fall zu töten waren, sondern fügte dem auch eine Liste potenzieller Opfer an, die den Eindruck erweckte, man könne sie nach Belieben verlängern: Zu erschießen waren neben den erwähnten jüdischen Kommunisten auch alle »radikalen Elemente«, nämlich »Saboteure, Propagandeaure, Heckenschützen, Attentäter, Hetzer usw.«.¹⁰ Diese Unbestimmtheit war einer der zentralen Faktoren, mit denen der Holocaust in Gang gesetzt wurde – ausgehend von ihrer antisemitischen Grundüberzeugung und ohne dass ihnen irgendwelche Grenzen gesetzt waren, suchten sich die Kommandeure bald in ihrem Eifer bei der Ermordung von Juden gegenseitig zu übertreffen.

Pogrome und Morde an der jüdischen »Intelligenz«

Rückblickend lässt sich der Mord an den Juden in den besetzten sowjetischen Gebieten in den Jahren 1941/42 in mehrere Stufen unterteilen; sie unterscheiden sich durch das Ausmaß und die Systematik der Mordaktionen: Während die Einsatzgruppen in den ersten sechs bis zehn Wochen nach Beginn des Feldzugs am 22. Juni 1941 zunächst auf Pogrome örtlicher Milizen setzten und gleichzeitig selbst zur Erschießung einer immer weiter gefassten Gruppe wehrfähiger jüdischer Männer schritten, erfasste die Gewalt in der zweiten Phase, die meist zwischen August und Anfang Oktober 1941 begann, auch jüdische Frauen und Kinder. In großen Massenhinrichtungen löschten die Mordeinheiten schließlich ganze Gemeinden aus.

Die Pogrome wurden überwiegend in den ersten Wochen des Feldzuges gegen die Sowjetunion in den einst ostpolnischen Gebieten verübt – multiethnischen Gebieten also, in denen die Ausschreitungen gegen Juden vielfach von antikommunistischen Milizen getragen wurden. In der heutigen Westukraine spielte dabei die Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) eine wichtige Rolle, deren Angehörige sich teilweise im Exil und im Untergrund

10 Schreiben (Geheime Reichssache) des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD, gez. Heydrich, an die HSSPF vom 2.7.1941, abgedruckt in: ebd., S. 145–148, Zitat: S. 146.

auf ihren Einsatz vorbereitet hatten. Unmittelbar nach dem deutschen Einmarsch bildete die OUN Milizen, die nicht nur eine nationale Autonomie vorbereiten sollten, sondern auch oftmals gewalttätig gegen die jüdische Minderheit vorgingen.¹¹ Die meisten Opfer gab es bei Pogromen in Lemberg, Zloczów und Tarnopol, bei denen mehrere tausend Juden starben. Allein im ehemals polnischen Bezirk Wolhynien fanden in mindestens 20 Orten solche antijüdischen Massenmorde statt.¹² An einigen Orten boten die Verbrechen des NKVD den Anlass für »Vergeltung«; die sowjetische Geheimpolizei hatte kurz vor dem Abzug der Roten Armee noch zahlreiche politische Gefangene ermordet. Obwohl auch Juden zu den Opfern des NKVD zählten, wurden diese beschuldigt, die Haupttäter oder zumindest die Hintermänner der Verbrechen zu sein. Allerdings war vielerorts kein solcher Anlass notwendig, um den Massenmord an Juden in Gang zu setzen: Bei den meisten Pogromen fehlen Hinweise auf vorangegangene NKVD-Verbrechen. Und wie Heydrichs Anweisungen zeigen, hatten deutsche Stellen diese Taten schon vor Feldzugsbeginn geplant, lange bevor sie von den Massenhinrichtungen des NKVD erfuhren. Für sie waren die Morde lediglich die scheinbare Bestätigung schon längst festgefügter antisemitischer Vorurteile.

Anfangs verfügten die Einsatzkräfte über vorbereitete Verhaftungslisten, die teils schon aus Deutschland mitgebracht worden waren.¹³ Meist aber wurden sie vor Ort mithilfe von V-Leuten erstellt. Voller Stolz berichtete etwa das Einsatzkommando 10b aus Czernowitz, es sei auf diese Weise gelungen, die örtliche »jüdische Führungsschicht ziemlich lückenlos« gefangen zu nehmen.¹⁴ Im nordukrainischen Winniza bediente man sich für den gleichen Zweck der Repräsentanten der jüdischen Gemeinde. Ihnen wurde aufgetragen, die örtliche jüdische Elite für angebliche Verwaltungsarbeiten zusammenzurufen. Als die arglosen Opfer dann bei der deutschen Kommandantur auftauchten, wurden sie verhaftet und erschossen.¹⁵

Die Deutschen bemühten sich nach Kräften, die ukrainische Bevölkerung gegen die Juden aufzuhetzen und ethnische

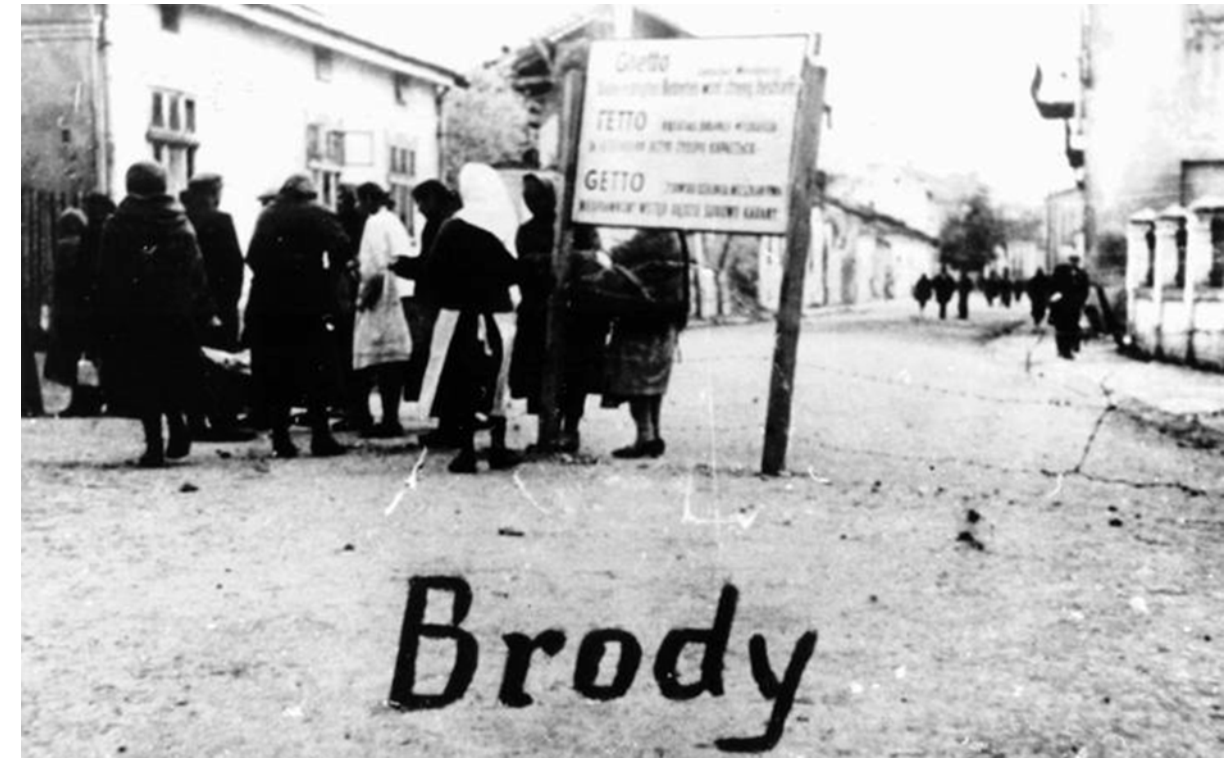
11 Franziska Bruder, »Kollaboration oder Widerstand? Die ukrainischen Nationalisten während des Zweiten Weltkrieges«, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 54 (2006), H. 1, S. 20–44; Dieter Pohl, »Ukrainische Hilfskräfte beim Mord an den Juden«, in: Gerhard Paul (Hrsg.), *Die Täter der Shoah. Fanatische Nationalsozialisten oder ganz normale Deutsche?*, Göttingen 2003, S. 205–234.

12 Shmuel Spector, *The Holocaust of Volhynian Jews. 1941–1944*, Jerusalem 1990, S. 64–67; Kai Struve, *Deutsche Herrschaft, ukrainischer Nationalismus, antijüdische Gewalt. Der Sommer 1941 in der Westukraine*, Berlin 2015.

13 S. *Sonderfahndungsliste UdSSR*, hrsg. und mit einem Begleitband versehen von Werner Röder, Erlangen 1976.

14 Bericht des Kommandeurs des Einsatzkommandos 10b, gez. Persterer, vom 9.7.1941, abgedruckt in: Marcel Stein (Hrsg.), *Die 11. Armee und die »Endlösung« 1941/42. Eine Dokumentensammlung mit Kommentaren*, Bissendorf 2006, S. 32.

15 Bundesarchiv Berlin (BArch), R 58/215, Ereignismeldung UdSSR Nr. 47 vom 9.8.1941, Bl. 230.



Links: Das Ghetto in Brody, 1942/43
Foto: CC-PD-Mark, wikimedia.org

Unten: Verhaftete Juden in der Ukraine, Ort unbekannt, 1941
Foto: SZ Photo/Süd-deutsche Zeitung Photo, Bild-ID: 00317545





Investigating, Punishing, Agitating Nazi Perpetrator Trials in the Eastern Bloc

Hg. von Katharina Rauschenberger, Joachim von Puttkamer und Sybille Steinbacher
Studien zur Geschichte und Wirkung des Holocaust (Hg. von Sybille Steinbacher, i.A. des Fritz Bauer Instituts), Bd. 8
ca. 291 S., 4 Abb., geb., Schutzumschlag
ca. 38,00 € (D); ca. 39,10 € (A)
ISBN 978-3-8353-5490-6

Über die NS-Prozesse in Osteuropa in den 1960er Jahren und den Stellenwert des Holocaust darin.



Filip Gańczak Jan Sehn und die Ahndung der Verbrechen von Auschwitz Eine Biographie

Aus dem Polnischen übersetzt von Lothar Quinkenstein
Studien zur Geschichte und Wirkung des Holocaust (Hg. von Sybille Steinbacher, i.A. des Fritz Bauer Instituts), Bd. 7
238 S., 14 Abb., geb., Schutzumschlag
26,00 € (D); 26,80 € (A)
ISBN 978-3-8353-5321-3

Für die juristische Aufarbeitung der NS-Verbrechen hat Jan Sehn in Polen eine ähnlich hohe Bedeutung wie Fritz Bauer in der Bundesrepublik Deutschland.



Johannes Meerwald Spanische Häftlinge in Dachau Bürgerkrieg, KZ-Haft und Exil

Kleine Reihe zur Geschichte und Wirkung des Holocaust (Hg. von Sybille Steinbacher, i.A. des Fritz Bauer Instituts), Bd. 4
128 S., Klappenbroschur
16,00 € (D); ca. 16,50 € (A)
ISBN 978-3-8353-5320-6

Das Schicksal der spanischen Häftlinge in einem deutschen Konzentrationslager.

www.wallstein-verlag.de

Spannungen zu schüren, weshalb sie unermüdlich antisemitische Aufrufe produzierten, die sie millionenfach als Flugblätter hinter den feindlichen Linien abwarfen. Dass deren Botschaften zumindest bei einem Teil der Menschen verfangen, lässt sich am Beispiel Kiews unter anderem anhand von Berichten des NKVD über die Stimmung in der belagerten Stadt nachzeichnen. So meinte etwa im August 1941 ein Feuerwehrmann einem Spitzel zufolge, die von sowjetischen Zeitungen verbreiteten Meldungen über deutsche Gräueltaten seien bloß »eine Provokation. Ich selbst habe drei deutsche Flugblätter gelesen. Die Deutschen erklären, dass dieser Krieg nur gegen die Bolschewiki und gegen die Jidden geführt wird.« Es sei daher nicht notwendig, die Stadt in Richtung Osten zu verlassen. Ähnlich soll es die Kiewerin Sofija Zelinskaja formuliert haben: »Die Deutschen sind ein kultiviertes Volk, und nur Juden und Kommunisten müssen sich vor ihnen fürchten, während der Rest ruhig abwarten sollte.«¹⁶

Obwohl die Stimmungsberichte eine nicht unproblematische Quelle sind, da die darin zitierten Aussagen immer durch die Wahrnehmung der Spitzel und der berichtenden Geheimdienstler gefiltert wurden, geben sie exakt die Unterscheidung zwischen Juden beziehungsweise Kommunisten und der übrigen Bevölkerung wieder, die tatsächlich auf einer Reihe von Flugblättern hervorgehoben wurde. Die Reaktionen darauf offenbaren zweierlei: Erstens waren sich viele Kiewer bewusst, dass mit Einmarsch der Wehrmacht Verbrechen an der Zivilbevölkerung zu erwarten waren. Wenn die Deutschen die Sowjetunion besetzten, erklärte beispielsweise ein Mitarbeiter des Landwirtschaftsverlags in Kiew unmittelbar nach dem Überfall, »dann werden es die Unsrigen sehr schwer haben, besonders die Juden, die die Deutschen ohne Gerichtsverfahren in ganzen Bündeln erschießen werden.«¹⁷ Zweitens scheinen nicht wenige die Absicht geäußert zu haben, sich selbst an Maßnahmen gegen Kommunisten, Juden oder solche Personen zu beteiligen, mit denen sie glaubten eine Rechnung offen zu haben. Ein Spitzel berichtete zwei Wochen vor der Besetzung Kiews durch die Wehrmacht von einer Frau, die angeblich mit Ungeduld auf die Ankunft der Deutschen wartete, um sich an »einigen Kommunisten« und vor allem an ihrem Nachbarn zu rächen, der sie einst wegen nicht deklarierten Goldbesitzes

16 Sonderberichte des Leiters der Gebietsverwaltung des NKVD Čermjach an den ukrainischen NKVD-Chef Sergienko vom 10. und 13.8.1941; abgedruckt in: Tamara Vrons'ka u.a. (Hrsg.), *Kyiv u dni nacysts'koj navaly. Za dokumentamy radjans'kich specslužb* [Kyiv in den Tagen der nazistischen Invasion. Nach Dokumenten sowjetischer Geheimdienste], Kiew 2003, S. 148–150, Zitat: S. 149, und Valerij Smolij u.a. (Hrsg.), *Kyiv. Vijna, vlada, suspil'stvo. 1939–1945. Za dokumentamy radjans'kich specslužb ta nacysts'koj okupacijnoji administracii* [Kyiv. Krieg, Macht, Gesellschaft. 1939–1945. Nach Dokumenten sowjetischer Geheimdienste und der nazistischen Besatzungsverwaltung], Kiew 2014, S. 325 ff., Zitat: S. 326.

17 Sonderbericht Mešik an Chruschtschow, 24.6.1941, abgedruckt in: Smolij, *Kyiv*, S. 246–250, hier: S. 249.

denunziert hatte. Ein weiterer Bewohner desselben Hauses soll sogar angekündigt haben, sich nach dem deutschen Einmarsch an einem Pogrom zu beteiligen und »Jidden aufzuschlitzen«.¹⁸

Allerdings wurden die von den Deutschen abgeworfenen Flugblätter nicht nur von antisemitisch und antikommunistisch eingestellten Personen gelesen; indirekt trugen sie dazu bei, die jüdische Bevölkerung vor der kommenden Gefahr zu warnen. Als die Studentin Nina Gerasimowa Mitte August die Stimmung in der Stadt schilderte, in deren Geschäften es nichts mehr zu kaufen gebe und wo alle schweigsam und niedergeschlagen seien, bemerkte sie explizit: »Die Juden fahren eilig weg.«¹⁹ Von den schätzungsweise 224.000 jüdischen Einwohnern Kiews verließen etwa 80 Prozent die Stadt vor dem deutschen Einmarsch, während die Einwohnerzahl der ukrainischen Hauptstadt insgesamt im Vergleich dazu unterproportional um knapp sechzig Prozent von 850.000 auf 300.000 zurückging.²⁰

Der Übergang zum vollständigen Genozid – Faktoren und Verlauf

Das Morden wurde von Beginn an dadurch gezielt geschürt, dass Juden mit Partisanen gleichgesetzt wurden. Als sich die nationalsozialistische Führung am 16. Juli 1941 bei Hitler traf und darüber beriet, wie sich die Sowjetunion »erstens beherrschen, zweitens verwalten und drittens ausbeuten« lasse, kam dieser auf den von Stalin kurz zuvor ausgerufenen Partisanenkrieg zu sprechen. Hitler sah darin einen willkommenen Vorwand, in den Ostgebieten mehr Menschen umbringen zu lassen. Der Partisanenkrieg, so dozierte er, »gibt uns die Möglichkeit, auszurotten, was sich gegen uns stellt«.²¹ Damit hatte Hitler deutlich gemacht, in welche Richtung sich die Besatzungspolitik entwickeln sollte – und obwohl er die Juden nicht explizit genannt hatte, war doch allen klar, dass vor allem sie gemeint waren, wenn von Partisanen die Rede war. Als Himmler drei Tage später zusätzliche SS-Einheiten in Marsch setzte, um die rückwärtigen Gebiete der Heeresgruppen in Belarus und der Ukraine zu »sichern«, konnte er sich deren Tätigkeit dementsprechend nur als umfassenden Judenmord vorstellen. In den folgenden Wochen führten die SS-Kavallerie-Einheiten eine bis

18 Sonderbericht des Leiters der Gebietsverwaltung des NKVD Čerevatenko an den ukrainischen NKVD-Chef Sergienko, 6.9.1941, abgedruckt in: ebd., S. 347–350, Zitat: S. 348.

19 Aufzeichnungen Nina Gerasimowa, Eintrag 8.8.1941, Nacional'nyj muzej istorii Ukrainy u Druhij svitovij vijni [Nationales Museum zur Geschichte der Ukraine im Zweiten Weltkrieg, NMIUDSV], digitale Sammlung: <https://digital.warmuseum.kyiv.ua/documents/visu/9> (23.2.2023).

20 Vgl. Smolij, *Kyiv*, S. 16.

21 Aktenvermerk (Geheime Reichssache), über die Besprechung im Führerhauptquartier vom 16.7.1941, abgedruckt in: *VEJ* 7, S. 183–187, Zitat: S. 184.



Verdrängt Die Erinnerung an die nationalsozialistischen »Euthanasie«-Morde

Hg. vom Bezirk Oberbayern durch das Zentrum Erinnerungskultur der Universität Regensburg (Jörg Skriebeleit und Winfried Helm)
256 S., 200 farb. Abb., geb.
24,90 € (D); 25,60 € (A)
ISBN 978-3-8353-5374-9

Über den Umgang mit den NS-Krankenmorden – verschlungene Wege vom Verdrängen und Vergessen hin zum Gedenken und Erinnern.



Digital Memory Neue Perspektiven für die Erinnerungsarbeit

Heftverantwortliche: Iris Groschek und Habbo Knoch
Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung, Heft 4
256 S., 44 z.T. farb. Abb., brosch.
22,00 € (D); 22,70 € (A)
ISBN 978-3-8353-5365-7

Welche Chancen und Herausforderungen bieten digitale Transformationsprozesse für die Gedenkstättenarbeit im 21. Jahrhundert? Im vorliegenden Heft werden Fragen, Ansätze und Konzepte dazu vorgestellt.



Konzentrationslager als Gesellschaften Interdisziplinäre Perspektiven

Hg. von Michael Becker, Dennis Bock und Elissa Mailänder
Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus, Bd. 38
220 S., 19 Abb., brosch.
24,00 € (D); 24,70 € (A)
ISBN 978-3-8353-5497-5

Die nationalsozialistischen Lager stellten eine brutale Gegenwelt dar – aber auch hier fanden sich Regeln und Strukturen ziviler Gesellschaften.

www.wallstein-verlag.de

dahin beispiellose Mordkampagne durch. Innerhalb von knapp zwei Wochen erschossen sie mindestens 13.000 jüdische Männer, Frauen und Kinder, bis zum Jahresende stieg die Zahl der Opfer der beiden SS-Kavallerieregimenter und der 1. SS-Brigade auf schließlich mehr als 57.000 Menschen an.²²

Mit ihren Morden vom August 1941 setzten die SS-Einheiten Maßstäbe: Bis zu diesem Zeitpunkt hatte keine der Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei vergleichbare Opferzahlen vorzuweisen. Mit dem Vorbild der SS-Einheiten vor Augen und den Ermahnungen Himmlers im Ohr gingen auch die Einsatzkommandochefs in den folgenden Wochen und Monaten dazu über, unterschiedslos jüdische Frauen und Kinder zu ermorden. Die Angehörigen der Polizeibataillone steigerten ihre Massaker unter dem Eindruck dieses ideologisch motivierten Konkurrenzdrucks ebenfalls. Die drei HSSPF im Baltikum, in Belarus und der Ukraine unterstellten Einheiten meldeten dem Kommandostab des Reichsführers SS per Funk beinahe täglich ihre Mordtaten; der britische Geheimdienst, der diesen Funkverkehr abhörte, bemerkte dazu: »Die Führer der drei Gebiete wetteifern anscheinend um die ›besten‹ Ergebnisse.«²³

Der Höhere SS- und Polizeiführer Friedrich Jeckeln befahl die Mordkommandos in den besetzten ukrainischen Gebieten; die ihm unterstellten Einheiten verübten bald die größten Massaker. Für diese Gemetzel hatten sie eine Art Standardprozedur entwickelt, die sie auch im September 1941 bei der Ermordung der Juden von Kiew anwandten. Um die Opfer möglichst bis unmittelbar vor der Exekution im Unklaren zu lassen, was sie erwartete, wurden sie per Aushang aufgerufen, sich bei einem großen Friedhofskomplex am westlichen Stadtrand zur »Umsiedlung« einzufinden und dafür Wäsche, Lebensmittel für drei Tage und Wertsachen mitzubringen. Nachdem die Menschen am angegebenen Ort eingetroffen waren, wurden sie in die nahe gelegene Erosionsrinne geleitet, die Schlucht Babyn Jar, wo sie sich zunächst entkleiden mussten und sodann erschossen wurden. Die rund 200 Angehörigen von Blobels Sk 4a, der Polizeibataillone 45, 303 und 314, des Waffen-SS-Bataillons zur besonderen Verwendung, des Polizeireservebataillons 9 sowie des Stabs der Einsatzgruppe C ermordeten am 29. und 30. September mehr als 33.000 Menschen.

Bereits Ende August hatte Jeckeln in Kamjanez-Podilskyj 23.600 Juden erschießen lassen. Bezeichnend waren die vorgeschobenen Motive für diesen Massenmord: Die dortige Feldkommandantur hatte im Juli 1941 geklagt, die vielen Tausend von ungarischen

Behörden abgeschobenen jüdischen Flüchtlinge in der Stadt seien nur unter großen Schwierigkeiten zu ernähren. Weil zudem Seuchengefahr bestehe, verlangte man einen sofortigen Befehl über ihren »Abtransport«. Als Ende August Vertreter von Wehrmacht, Ostministerium und SS die Übergabe der Stadt an die Zivilverwaltung besprachen, vereinbarte man, die Menschen umzubringen: Jeckeln versprach, »die Liquidation dieser Juden bis zum 1.9.1941 durchgeführt zu haben«. Pünktlich zum 30. August meldete er Himmler, 23.600 Juden ermordet zu haben, einschließlich 8.000 Einheimischer.²⁴

Ihr Antisemitismus wies den Tätern Lösungswege für auftretende Versorgungs-, Hygiene- oder vermeintliche Sicherheitsfragen: Für die deutschen Militärs und SS-Leute (und für die Vertreter der Zivilverwaltung) war es selbstverständlich, diese häufig selbstgeschaffenen Probleme zu entschärfen, indem sie zunächst die örtlichen Juden ermordeten. Nachdem die Wehrmacht beispielsweise am 25. Oktober 1941 Charkiw eingenommen hatte, herrschte dort schon wenige Tage später Hunger, weil die Deutschen die wenigen Lebensmittelvorräte in der Stadt für sich beanspruchten. Das Oberkommando der 6. Armee drängte alsbald darauf, die Juden der Stadt durch den SD »behandeln« zu lassen. Nachdem dieser Mitte Dezember eingetroffen war, sperrte die Wehrmacht die 12.000 jüdischen Einwohner bei klirrender Kälte in ungeheizten Baracken außerhalb der Stadt ein, bevor sie von Angehörigen des Sk 4a und des Polizeibataillons 314 erschossen und in Gaswagen erstickt wurden.²⁵

Die Reihe von Beispielen reibungsloser Kooperation zwischen SS und Wehrmacht beim Judenmord ließe sich ebenso fortsetzen wie die der ideologischen Rechtfertigungen dieser Verbrechen durch führende Militärs – wie etwa jene durch den Oberbefehlshaber des Armeekorps (AOK) 17 Hermann Hoth, der seine Untergebenen im November 1941 darüber aufklärte, weshalb es notwendig sei, Juden auszurotten.²⁶ Oberst Heim wiederum, Generalstabschef der 6. Armee, hatte schon Ende Juli »Herzlichen Glückwunsch« auf den Bericht des HSSPF Jeckeln über die »Säuberungsaktion« in Zwiabel gekritzelt, bei der neben 73 »Freischärlern« und 165 angeblichen Kommunisten vor allem 1.658 Juden erschossen worden waren.²⁷

24 Klaus-Michael Mallmann, »Der qualitative Sprung im Vernichtungsprozess. Das Massaker von Kamenez-Podolsk Ende August 1941«, in: *Jahrbuch für Antisemitismusforschung*, 10 (2001), S. 239–264, Zitat: S. 49.

25 S. dazu: Andrej Angrick, »Das Beispiel Charkow. Massenmord unter deutscher Besatzung«, in: Christian Hartmann u.a. (Hrsg.), *Verbrechen der Wehrmacht. Bilanz einer Debatte*, München 2005, S. 117–124. S. dazu auch den Beitrag von Laura Eckl in dieser Ausgabe.

26 Befehl des AOK 17 (la Nr. 0973/41 geh.) vom 17.11.1941; abgedruckt in: Gerd R. Ueberschär, Wolfram Wette (Hrsg.), »Unternehmen Barbarossa«. *Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion 1941*, Paderborn 1984, S. 341 ff.

27 BAArch, RH 20-6/110, Fernschreiben des HSSPF Russland Süd Jeckeln an das AOK 6 vom 31.7.1941, Bl. 133 + RS.



Identifizierung der Opfer der Erschießungen durch das Sonderkommando 4b, Bachmut 1943
Foto: gemeinfrei, <https://www.memorial-museums.org/staettens/druck/1494>

Zivilverwaltung und Polizei

Während des Zweiten Weltkriegs war das Gebiet der heutigen Ukraine in vier Besatzungszonen aufgeteilt. Die östlichen Gebiete Donezk, Luhansk und Charkiw sowie die Krim, die damals noch zu Russland gehörte, blieben wegen ihrer Nähe zur Front dauerhaft unter Militärverwaltung der Wehrmacht. Die Zentral- und Teile der Westukraine zwischen Kowel im Westen, Kiew im Norden, Dnepropetrowsk im Osten und Cherson im Süden wurden zwischen Ende August 1941 und September 1942 schrittweise der deutschen Zivilverwaltung übergeben und unterstanden dem Gauleiter Erich Koch, der nun auch das daraus gebildete Reichskommissariat Ukraine (RKU) leitete. Das bis 1939 polnische Ostgalizien mit Lemberg als Zentrum wurde großteils dem Generalgouvernement angegliedert, während die 1940 von Stalin annektierte Nordbukowina um Czernowitz wieder Rumänien

zugeschlagen wurde, das zudem das ganze Gebiet westlich des Bugs zwischen Odessa bis kurz vor Winniza im Norden als Besatzungsgebiet Transnistrien erhielt. In den drei deutschen Besatzungsgebieten beeinflusste diese Aufteilung aufgrund des Handlungsspielraums der jeweils Verantwortlichen in mancher Hinsicht den Verlauf der Judenverfolgung, im Unterschied zum rumänischen Besatzungsgebiet aber nicht das angestrebte Ergebnis: die möglichst vollständige Ermordung aller Jüdinnen und Juden.

In den Gebieten unter Militärverwaltung in der Ostukraine schlossen die Deutschen den Judenmord am schnellsten ab. Zum einen, weil es dort weniger Juden gab – aus historischen Gründen (bis zur Revolution von 1917 durften die Juden den sogenannten Ansiedlungsrayon in den Westgebieten des Russländischen Imperiums nur eingeschränkt verlassen) – und weil die dort lebenden Juden mehr Zeit zur Flucht vor den Deutschen gehabt hatten. Zum anderen, weil

22 Martin Cüppers, *Wegbereiter der Shoah. Die Waffen-SS, der Kommandostab Reichsführer SS und die Judenvernichtung 1939–1945*, Darmstadt 2005, S. 142–214.

23 Summary of German Police Decodes, 275–323, vom 21.8.1941, zit. nach: Richard Breitman, *Staatsgeheimnisse. Die Verbrechen der Nazis – von den Alliierten toleriert*, München 1999, S. 125.

die Deutschen ihre Morde im Verlauf ihres Vormarschs schrittweise ausdehnten: Je weiter sie in den Osten vordrangen, desto schneller und umfassender ermordeten sie die dort angetroffenen Juden. Das bedeutete umgekehrt, dass in den heute westukrainischen Gebieten viele Juden den Durchzug der deutschen Mordkommandos im Sommer 1941 überlebt hatten. Als Ende 1941 die deutsche Offensive vorläufig zum Stillstand kam, wandelten die Besatzer einen großen Teil der bislang im Gefolge der Wehrmacht ziehenden Einsatzkommandos in stationäre Dienststellen der Sicherheitspolizei um, die den jeweiligen General- und Gebietskommissaren der deutschen Zivilverwaltung zugeordnet waren. Sie führten vom Frühjahr 1942 an die Ermordung der dort verbliebenen Juden durch.

Die meisten Juden im Reichskommissariat Ukraine – rund 340.000 Menschen – lebten in den beiden westlichen Generalkommissariaten Wolhynien-Podolien und Shitomir. Im Unterschied zum Generalgouvernement zog sich die Einrichtung von Ghettos in diesen Gebieten lange hin und blieb uneinheitlich. Im Laufe der Besatzungszeit richteten die Deutschen zwar insgesamt mehr als 400 solcher Zwangswohnbezirke im Reichskommissariat Ukraine ein, deren Größe von einem einzelnen Haus am Dorfrand bis zur kompletten Altstadt wie im Fall von Kamjanez-Podilskyj reichte. Viele davon bestanden aber nur kurze Zeit, teilweise nur für wenige Monate nach Beginn der Mordkampagne ab Frühjahr 1942, um die bei der Auslöschung der jüdischen Gemeinden zunächst verschonten Arbeitskräfte an der Flucht zu hindern. Das ist einer der Faktoren, warum über das Leben und Sterben der jüdischen Gemeinden im Reichskommissariat Ukraine so viel weniger Dokumente der Opfer vorliegen. Die Juden wurden nicht nur sehr viel schneller umgebracht als im Baltikum und im Generalgouvernement, sodass kaum jemand überhaupt die Möglichkeit hatte, etwa ein Tagebuch zu führen, es fehlten auch Institutionen, um derlei Selbstzeugnisse zu sammeln. Während die sogenannten Judenräte in großen Ghettos wie Warschau oder Wilna (heute Vilnius) zeitweise sogar Kulturveranstaltungen organisieren und manche dort Untergrundarchive anlegen konnten, blieben die Strukturen in den Ghettos des RKU zumeist rudimentär.

Nach dem Krieg suggerierten die Vertreter der deutschen Zivilverwaltung, die antijüdische Politik und schließlich der Völkermord an den Juden seien allein von Angehörigen der SS und Polizei vorangetrieben worden. Tatsächlich aber waren die Besatzungsbeamten nicht nur darin eingebunden, die besetzten Gebiete auszubeuten und »Lebensraum« im Osten zu gewinnen, sie waren auch federführend beim Vorgehen gegen die Juden. Sicherheitspolizei, Zivilverwaltung und Wehrmacht waren sich im Grundsatz darin einig, dass die Juden ermordet werden sollten. Umstritten war lediglich zuweilen, wie viele jüdische Arbeitskräfte für eine Übergangszeit noch am Leben gelassen werden sollten und wie lang diese Übergangszeit dauern würde. Wenn Beamte der Zivilverwaltung gegen die restlose Ermordung der jüdischen Bevölkerung protestierten, war dies

nicht humanitär motiviert, sondern erwuchs aus rein pragmatischen Motiven: Erstens ließen sich jüdische Arbeiter häufig nicht durch Nichtjuden ersetzen und zweitens war die jüdische Arbeitskraft kaum mit Kosten verbunden. Bezeichnenderweise wirkten SS-Männer und Beamte der Zivilverwaltung bei den Mordaktionen routiniert zusammen.

Ablauf der Mordaktionen

Wie diese abliefen, lässt sich am Massaker an den Juden der westukrainischen Kleinstadt Staraja Uschiza vom Juli 1942 ablesen, das ein ukrainischer Schutzmannschaftsoffizier knapp zwei Jahre später sowjetischen Ermittlern schilderte. Seinem Bericht zufolge musste er am Vorabend der Erschießung etwa 100 ukrainische Schutzleute zusammenrufen, die dann gemeinsam mit einem Dutzend deutscher Gendarmen aus der Gebietshauptstadt Kamjanez-Podilskyj nach Staraja Uschiza aufbrachen und dort mit dem Gendarmerie-Gebietsführer, dem Leiter der KdS-Außenstelle Kamenez-Podolsk mit einem halben Dutzend Untergebenen und dem ukrainischen Rayonchef zusammentrafen. Am nächsten Morgen kamen sechs Mitarbeiter des deutschen Kreislandwirts mit ihm selbst an der Spitze, vier Mitarbeiter des Gebietskommissars Josef Reindl, der deutsche Leiter des Arbeitsamts und der ukrainische Kripo-Chef mit sechs Beamten hinzu. Die eine Hälfte der ukrainischen Schutzleute schirmte die Exekutionsstätte ab, an der ukrainische Bauern eine Grube aushoben, die andere Hälfte umstellte das jüdische Viertel und trieb alle Jüdinnen und Juden auf den Marktplatz. Dort sonderten die deutschen Polizisten, Besatzungsbeamten mit dem Arbeitsamtsleiter die Facharbeiter aus, die mit ihren Familien ins Ghetto von Kamjanez-Podilskyj transportiert wurden; die verbliebenen mehr als 300 Personen wurden in einer Kolonne zur Grube etwa zwei Kilometer außerhalb des Ortes abseits der Chaussee getrieben. Auf einem Fuhrwerk lagen die Leichen derjenigen, die bei der Räumung der Wohnungen und Verstecke erschossen worden waren. Als die Kolonne von der Straße abbog und die Menschen erkannten, dass sie nicht »umgesiedelt« würden, fingen alle zu weinen und zu schreien an und zerrissen Geldscheine, Briefe, Fotos, warfen Wertgegenstände weg. Die Exekution selbst wurde von einem deutschen Polizisten durchgeführt, der die Opfer in die Grube dirigierte, sie anwies, wie sie sich hinzulegen hatten, und ihnen dann »eine Kaffeebohne« in das Genick schoss, wie sich die anwesenden Deutschen ausdrückten. Ein Waffenmeister der Gendarmerie reichte ihm neue Magazine und beseitigte Ladehemmungen der Maschinenpistole. Gebietskommissar Reindl habe dem Morden eine Weile zugesehen, so der ukrainische Offizier, sich dann mit Handschlag von den Leitern der Aktion verabschiedet und den anderen kurz mit den Worten salutiert, er wolle sie nicht »von ihrer dringenden Arbeit« abhalten. Nachdem alle Opfer tot waren,

wurden die Bauern herangerufen, die in 500 Meter Entfernung hatten warten müssen und die nun die mit Leichen gefüllte Grube mit Erde bedeckten.²⁸

Auf Druck sowohl Himmlers als auch der Führung des Ostministeriums wurden die Ghettos im Reichskommissariat Ukraine 1942 und 1943 immer wieder verkleinert, indem ein Teil der Insassen ermordet wurde, bis schließlich auch die letzten überlebenden Arbeitskräfte erschossen (oder in wenigen Fällen in Konzentrationslager deportiert) und die Zwangswohnbezirke aufgelöst wurden. Die negativen wirtschaftlichen Folgen solcher Massaker nahmen die Deutschen in Kauf. Zuvor hatten sie die Juden gründlich ausgeraubt. Damit hatte bereits die Wehrmacht begonnen: Einzelne Kommandanturen verhängten unmittelbar nach dem Einmarsch kollektive »Geldbußen« wegen angeblich von Juden verübter Vergehen; die Summe war binnen weniger Tage fällig und wurde häufig noch nachträglich erhöht. Die deutsche Zivilverwaltung, die die besetzten sowjetischen Gebiete übernahm, sobald diese als militärisch gesichert galten, setzte diesen Raub nahtlos fort. So mussten die Judenräte etwa regelmäßig Möbelstücke, Bettzeug oder Geschirr abliefern, um deutsche Dienststellen auszustatten.²⁹ Große Einnahmen erzielten die Beamten aus der Verwertung des beweglichen Vermögens der Juden vermutlich nicht. Laut einem Bericht der Finanzabteilung des Ostministeriums lag der entsprechende Erlös in den gesamten besetzten Ostgebieten unter Zivilverwaltung Ende 1942 bei lediglich 867.000 Reichsmark – das entsprach nicht mehr als drei Prozent ihrer Gesamteinnahmen.³⁰ Hinzu muss man allerdings noch die konfiszierten Immobilien, das wild geplünderte Eigentum und schließlich die Wertgegenstände zählen, die ebenso wie die Kleidungsstücke am Ende von Massakern eingesammelt wurden.

Einen besonderen Aspekt des deutschen Raubzugs in den besetzten Ostgebieten stellte die Tätigkeit des Einsatzstabs Reichsleiter Rosenberg dar, denn hier gingen Diebstahl und die Vernichtung von Zeugnissen jüdischer Kultur Hand in Hand. Systematisch durchkämmten die Angehörigen des Einsatzstabs vor allem die Museen, Archive und Bibliotheken in Kiew nach Judaica und sortierten aus, was für das Institut zur Erforschung der Judenfrage geeignet schien, jener Außenstelle der »Hohen Schule« Rosenbergs in Frankfurt am Main, die zum Zweck der rassenideologisch fundierten »Gegnerforschung« gegründet worden war. Den Rest der jüdischen Bücher und Archivalien ließ man verbrennen.

28 Aufzeichnung des Kapitäns Fedor Zaloga, Kommandeur der 2. ukrainischen Schutzmannschaftsstaffel Kamenez-Podolsk, vom 25.5.1944 (Auszug), abgedruckt in: *VEJ* 8, S. 505–519, Zitat: S. 512.

29 Yitzhak Arad, »Plunder of Jewish Property in the Nazi-Occupied Areas of the Soviet Union«, in: *Yad Vashem Studies*, 29 (2001), S. 111–147, hier: S. 123 f.

30 BAArch, R 43 II/689, Bericht über die Tätigkeit der Finanzabteilungen des Reichsministeriums für die besetzten Ostgebiete und der Reichskommissariate Ostland und Ukraine im Jahr 1942, o.D. (Dez. 1942), Bl. 232.

Anzeige

Die Geschichte der Ukraine verstehen



2023 · 272 Seiten · € 26,- · ISBN 978-3-593-51748-3

Auch als E-Book erhältlich

Anna Veronika Wendland entfaltet in diesem Buch, so kenntnisreich wie thesenstark, das gesamte Panorama der ukrainischen Geschichte von den Anfängen im mittelalterlichen Kyjiw über die frühneuzeitlichen Staatsbildungsversuche bis hin zu den katastrophalen Erfahrungen des 20. und 21. Jahrhunderts. Kriege und Gewalt spielten in der immer wieder unterbrochenen Nationsbildung der Ukraine eine genauso prägende Rolle wie die friedlichen Phasen des Sich-Arrangierens mit den Nachbarn oder sogar des Profitierens von der Oberherrschaft des russländischen Imperiums oder der Sowjetunion.



campus
Frankfurt · New York

Reaktionen von Nichtjuden

Wie der oben zitierte Bericht des ukrainischen Schutzmannschaftsoffiziers verdeutlicht, führten die deutschen Besatzer ihre antijüdischen Massenverbrechen nicht allein aus. Während die Deutschen meist die eigentliche Mordarbeit begingen (im Fall von Staraja Uschiza schoss nur ein einziger Polizist), waren sie für Absperrdienste häufig auf einheimische Kräfte angewiesen. Im Sommer 1942 standen rund 100.000 ukrainische Hilfspolizisten in deutschen Diensten, die auch für die Suche nach versteckten Juden eingesetzt wurden und in ländlichen Gebieten auch selbst mit Exekutionen beauftragt wurden. Ein Teil dieser Hilfspolizisten rekrutierte sich aus ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen, die sich hatten anwerben lassen, um dem drohenden Hungertod in den deutschen Lagern zu entgehen. Andere beteiligten sich aus Überzeugung an der Verfolgung ihrer jüdischen Nachbarinnen und Nachbarn. Das galt auch für Zivilisten, wie beispielsweise die Eingabe eines Kiewer Hauswarts an die ukrainische Stadtverwaltung vom November 1941 zeigt: Er kämpfte um eine Wohnung, die er einen Monat zuvor von der deutschen Ortskommandantur zugeteilt bekommen hatte: als Belohnung dafür, dass er mit acht weiteren Ukrainern 19 Juden in seinem Haus festgehalten und am 29. September »am angegebenen Sammelpunkt« – nahe Babyn Jar – der Sicherheitspolizei übergeben habe. Wenn alle Hausmeister so pflichtbewusst seien, so schloss er seine Eingabe, dann gäbe es in Kiew keine Juden mehr.³¹

»Ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung der Sowjetunion billigte die von den Deutschen begangenen antijüdischen Bestialitäten«, schrieb ein junger Jude aus Kiew, der zum Zeitpunkt des deutschen Überfalls 17 Jahre alt gewesen war und dessen Mutter und Schwestern in Babyn Jar ermordet wurden, kurz nach der Befreiung in einem Brief an die Union of Russian Jews in New York. Die sowjetische Regierung habe dieses Übel zwar energisch bekämpft, »aber als die Deutschen kamen, konnte man sehen, wie die grundsätzliche, innere Haltung der Bevölkerung wirklich war. Ich stelle mir immer noch die Frage: Warum ist das passiert?« Er habe sich nie groß um »jüdische Dinge« gekümmert und könne sich nicht erklären, warum die ukrainischen Jugendlichen, die wie er unter der sowjetischen Herrschaft aufgewachsen waren, sich gegen die Juden gewendet haben.³² Vielfach lagen dem einfach materielle Motive zugrunde. In einer durch Bürgerkrieg, Hungersnöte, soziale Umstürze und nun die deutsche Invasion erschütterten Gesellschaft bot die Verfolgung der Juden die Gelegenheit, ein paar Alltagsgegenstände zu ergattern. Die Studentin

31 DAKO (Derzavnyj Archiw Kyivskoï Oblasti [Staatsarchiv des Gebiets Kiew]), 2356/1/64, Eingabe Stepan Schodnjuk an die Stadtverwaltung Kiew vom 26.11.1941, Bl. 178–181.

32 *Glimpses of Soviet Jewry. 1000 letters from the USSR and DP Camps*, Report on material collected by the Union of Russian Jews, Inc. New York City. Submitted to the American Jewish Committee by A. R. L. Gurland, New York 1948, S. 43 f.

Sara Glejch schilderte in ihren Aufzeichnungen, wie im Oktober 1941 die Nachbarn in die Wohnung ihrer Familie strömten, als die Juden Mariupols von den Deutschen aufgefordert wurden, sich zur »Umsiedlung« einzufinden. Sie »taten sich sogar in unserer Gegenwart keinen Zwang an, weil Mama die Tür öffnete und sagte, dass sie nehmen könnten, was sie bräuchten. [...] Die Nachbarn zankten sich vor meinen Augen um die Sachen und rissen sie sich gegenseitig aus den Händen, sie schleppten Kissen, Geschirr und Daunenbetten fort.«³³ Im westukrainischen Kremenez beobachtete der Schüler Roman Krawtschenko Ende Oktober 1942, wie die Stadtbewohner herbeieilten, um die Kleidung der zwei Monate zuvor erschossenen Ghettoinsassen zu erwerben: »Und es gibt tatsächlich Leute, die das kaufen! Und sogar sehr viele: Die Leute stehen Schlange dafür! Darum hat heute niemand in der Fabrik gearbeitet – alle haben angestanden.«³⁴

Nach dem Krieg behauptete der ehemalige Gestapochof von Kiew, Dr. Hans Schumacher, seine Dienststelle habe so viele Denunziationen von Juden seitens der ukrainischen Bevölkerung erhalten, dass seine Untergebenen diese gar nicht alle hätten bearbeiten können.³⁵ Damit wollte sich Schumacher als weniger antisemitisch denn die Einwohner von Kiew darstellen. Tatsächlich gab es aber umgekehrt viele Nichtjuden, die geflüchtete Juden bei sich aufnahmen und sich damit in Lebensgefahr begaben. Ein Aushang des Gebietskommissars Berditschews von Ende 1942 warnte explizit, im Fall von verbotenen Beherbergungen von Juden werde »die ganze Familie« mit dem Tode bestraft.³⁶ Und wie die Meldungen der »Jagdkommandos« der Polizeiregimenter und Gendarmerieposten bezeugen, wurden derlei Warnungen immer wieder in die Tat umgesetzt. Für Juden, die aus Ghettos oder vor Massenerschießungen geflüchtet waren, blieb der Identitätswechsel daher die wichtigste Überlebensstrategie. Manche erhielten von Priestern gefälschte Geburtszertifikate, die sie zu Ukrainern oder Russen machten, manche nutzten Gewerkschafts- oder andere Ausweise, auf denen ihre Nationalität nicht vermerkt war, um sich neue Papiere ausstellen zu lassen, andere fälschten schließlich ihre Ausweise selbst, wie Marian Pretzel, der auf diese Weise Lemberg verlassen und nach Kiew flüchten konnte.³⁷ Ab 1942 entwickelte sich die ukrainische Hauptstadt zu einem Fluchtpunkt von Juden, die hier mit einer neuen Identität

33 Aufzeichnungen Sara Glejch über den Zeitraum 14.10.–2.11.1941, abgedruckt in: *VEJ* 7, S. 338–345, Zitat: S. 340.

34 Tagebuch von Roman Kravčenko-Berežnoj, Eintrag vom 26.10.1942, abgedruckt in: *VEJ* 8, S. 475 f., Zitat: S. 475.

35 Staatsarchiv München, München I, 112 Js 7/63, Vernehmungsprotokoll Dr. Hans Schumacher im Rahmen der Voruntersuchung gegen Erich Ehrlinger vom 27.6.1960, Bl. 395–412.

36 Aushang des Gebietskommissars Berditschews, o.D. (nach dem 24.12.1942), abgedruckt in: Wendy Lower, *Nazi Empire-Building and the Holocaust in Ukraine*, Chapel Hill/North Carolina 2005, S. 135.

37 S. dazu Marian Pretzel, *Portrait of a Young Forger*, St. Lucia 1989.

in der Anonymität der Großstadt untertauchten – und von denen es einer ganzen Reihe auf diese Weise gelang, den Krieg zu überleben.³⁸

Epilog

Doch gehörten diese Untergetauchten ebenso wie jene Menschen, die sich in die Wälder zu den Partisanen flüchten konnten, zu den ganz wenigen Überlebenden. Von den Juden in der Ukraine, die unter NS-Herrschaft gerieten, haben die Deutschen (und ihre einheimischen Helfer) etwa 98 Prozent ermordet. Nachdem der Schriftsteller Wassili Grossman Ende 1943 als Korrespondent der Armeezeitung *Krasnaja Zvezda* (dt. Der rote Stern) durch die befreiten Gebiete zwischen dem Denez-Fluss und der Desna gekommen war, schrieb er die bedrückende Reportage »Die Ukraine ohne Juden«, in der er die fast vollständige

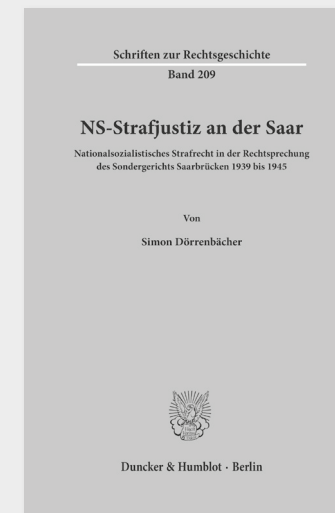
Auslöschung der zahlreichen jüdischen Gemeinschaften schilderte und die Stille in den einstigen Shtetln.³⁹ Wie unerträglich diese Stille für viele Überlebende war, die aus der Evakuierung oder vom Militärdienst zurückkamen, verdeutlicht ein Bericht, in dem ein ehemaliger Rotarmist kurz nach Kriegsende seinen Beschluss begründete, nach Palästina zu emigrieren: Während viele seiner nichtjüdischen Kameraden daheim Angehörige hatten, die auf sie warteten, habe er sich wie ein Waisenkind gefühlt. »Meine Eltern warteten in einem Massengrab auf mich. Ich ging sie ›besuchen‹, in jenem Panzergraben, in dem Tausende von Juden unter die Erde gebracht wurden, darunter auch meine Leute. Ich stand vor der Frage, die ich mir nicht stellen wollte: ›Warum kamen alle nach Hause zu ihren Angehörigen, und nur ich hatte niemanden, den ich aufsuchen konnte, sondern nur unidentifizierbare Gräber.‹ Und da fasste ich den Entschluss, wegzugehen, weit weg von diesem verfluchten Europa, von diesem verfluchten Boden.«⁴⁰

38 S. dazu etwa die Erinnerungen von Nahum Waldinger Yaar, YVA, O.3-11488; Sara (Projektor) Tartakovski, O.3-12604; Piotr Ravechevich, RG-50.226.0028; Pinchas Rosenberg, Archiwum Żydowskiego Instytutu Historycznego [Archiv des Jüdischen Historischen Instituts], 301/1906.

39 Wassili Grossman, »Ukraine ohne Juden«, aus dem Russischen übers. und eingel. von Jürgen Zarusky, in: Ders., Johannes Hürter (Hrsg.), *Besatzung, Kollaboration, Holocaust. Neue Studien zur Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden*, Berlin 2008, S. 189–200.

40 Zit. nach *Glimpses of Soviet Jewry*, S. 61.

Anzeige



Schriften zur Rechtsgeschichte, Band 209
zahlr. Tab., 412 Seiten, 2023
ISBN 978-3-428-18733-1, € 99,90
Titel auch als E-Book erhältlich.

Simon Dörrenbächer

NS-Strafjustiz an der Saar

Nationalsozialistisches Strafrecht in der Rechtsprechung
des Sondergerichts Saarbrücken 1939 bis 1945

Mittels einer Analyse von Verfahrensakten untersucht die Simon Dörrenbächer am Beispiel des Sondergerichts Saarbrücken, ob und inwiefern die saarländische Strafjustiz während der nationalsozialistischen Herrschaft von der nationalsozialistischen Ideologie determiniert war. Hierzu werden die vom Gericht verhängten Todesurteile einer detaillierten Inhaltsanalyse unterzogen, um die jeweiligen ideologischen Einprägungen nachzuweisen und die Einbindung der Justiz in das Terrorsystem des NS-Staates offenzulegen.

»Ein Quellenverzeichnis, ein umfangreiches Literaturverzeichnis und ein Sach- und Personenverzeichnis runden die exzellent wissenschaftlich fundierte Untersuchung ab. Das Werk überzeugt und macht nachdenklich, weil nicht auszuschließen ist, dass sich derartiges jederzeit wiederholen kann.«

Dr. Axel Schwarz, in: Deutsche Richterzeitung, 6/2023

Duncker & Humblot • Berlin



»Dafür hängen einen die Deutschen, aber hungrig muss ich Risiken eingehen.« *Besatzungsalltag in der Charkiwer Oblast im Zweiten Weltkrieg*

Von Laura Eckl



Laura Eckl ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte an der Bergischen Universität Wuppertal und seit Oktober 2022 Projektkoordinatorin des internationalen Forschungsprojekts »Societies under German Occupation«. Veröffentlichungen (Auswahl): (mit Tatjana Tönsmeier und Gelinada Grinchenko), »Living under World War II Occupation« (2022), in: Geschichtsportal »Die Ukraine und Deutschland im 20. Jahrhundert«, https://www.duhk.org/fileadmin/data_duhk/Historians_and_War/Living_under_WWII_occupation.pdf; »Sowjetische Evakuierung und deutscher Rückzug. Evakuierungserfahrungen der Charkiwer Bevölkerung im Zweiten Weltkrieg«, in: *Militär-geschichtliche Zeitschrift*, 81 (2022), H. 1, S. 62–90.

Foto: Christoph Kalter

Die 19-jährige Marija Chomjakova erlebte den Beginn der deutschen Besatzung im Oktober 1941 in einem Dorf in der Nähe von Lypzi in der Charkiwer Oblast im Nordosten der heutigen Ukraine.¹ Sie sah die Wehrmachtssoldaten das erste Mal, als sie mit einem Planwagen auf den Hof der Familie und direkt in den Gemüsegarten fuhren. Die Soldaten konfiszierten den selbstgemachten gesalzenen Quark samt seinem Behältnis, fingen die Hühner ein und nahmen aus der Abstellkammer eine Kiste Seife an sich. Chomjakova resümierte: »Was sie in die Finger gekriegt haben, haben sie mitgenommen.«² Da die Familie das Eintreffen der deutschen Soldaten erwartet hatte, hatte sie vorab Lebensmittel versteckt, die so vor den Konfiszierungen gerettet werden konnten.³ Diese Handlungsspielräume von Anwohnerinnen und Anwohnern verengten sich im Laufe der Besatzung zunehmend. Die Wehrmacht verfolgte nach ihrem Einmarsch in die Charkiwer Oblast eine harte Hungerpolitik, die im ersten Winter 1941/42 vor allem die Charkiwer Stadtgesellschaft von der Versorgung aus dem Umland abschnitt und zur Todeszone machte. Auch die umliegenden Dörfer verwandelten sich im Laufe des Winters stetig in eine »Kahlfraßzone«.

Während des Zweiten Weltkriegs lebten über 200 Millionen Menschen in 22 Ländern mehrere Jahre unter deutscher Besatzung. Die Stadt Charkiw im Nordosten der heutigen Ukraine stand 22 Monate – von Oktober 1941 bis August 1943 mit kurzen Unterbrechungen – unter deutscher Militärbesatzung. Obwohl dies im

1 Michail Alexandrowitsch Ussyk, »Den sa dnem [Tag für Tag]. Charkow 20.11.41–23.2.43 gg«, in: E. I. Pivovarov u.a. (Hrsg.), *Gorod i woina. Charkow w gody Welikoi Ottschestwennoi woiny* [Stadt und Krieg. Charkow in den Jahren des Großen Vaterländischen Krieges], Aleteyya 2013, S. 18–80, hier: S. 66. Marija Chomjakowa, Interview za475, 17.9.2014, in: Interview-Archiv, <https://archiv.zwangsarbeit-archiv.de/de/interviews/za475> (18.7.2023).

2 Ebd., S. 16.

3 Ebd.

Vergleich zu anderen deutschen Besatzungsregimes in Europa kurz war, waren diese Monate für die örtliche Bevölkerung mit extremem Leid verbunden. Die Stadt Charkiw verzeichnete die höchste Zahl an nichtjüdischen Zivilpersonen, die während des Zweiten Weltkriegs unter deutscher Besatzung an Hunger starben. Allein innerhalb eines Jahrs, von Dezember 1941 bis Ende 1942, registrierte die Stadtverwaltung 13.139 Hungertote in der Stadt, die damals etwa 450.000 Einwohner hatte.⁴ Die Dunkelziffer über die registrierten Todesfälle hinaus dürfte weitaus höher liegen.⁵ Der Historiker Dieter Pohl schätzt – auch weil unklar ist, ob Säuglinge in die Statistik eingingen –, dass Hunderttausende in Charkiw verhungerten.⁶ Der Alltag in Charkiw war somit nicht »nur« von Hunger und Verfolgung geprägt – wie in den meisten deutsch besetzten Gesellschaften in Europa –, sondern es bestand auch ein hohes Risiko des Verhungerns und der völligen physischen Auslöschung.

In diesem Beitrag stehen die Besatzungsgesellschaft der Charkiwer Oblast und ihre Alltagserfahrungen im Umgang mit Hunger und Mangel im Mittelpunkt. Die zentralen Fragen sind dabei: Wie sah das »außeralltägliche« Alltagsleben in einer von der Wehrmacht besetzten Stadt aus? Wie veränderten sich soziale, physische und moralische Räume der alltäglichen Interaktion unter Besatzungs- und Hungerbedingungen? Neben Perspektiven der Stadtgesellschaft sollen auch Zeugnisse aus den ländlichen Gebieten herangezogen werden, weil Zuwanderungsprozesse den städtischen und ländlichen Raum in der Charkiwer Oblast seit 1918 eng miteinander verbanden und sich dieser besondere Umstand auf die Versorgungspraktiken unter der Besatzung auswirkte. Um den Alltag der Charkiwer Besatzungsgesellschaft untersuchen zu können, werden eingangs die nationalsozialistischen Vorkriegsplanungen für das sowjetische Gebiet und die Hungerpolitik vor Ort als Rahmenbedingungen skizziert.

Alltagserfahrungen von Besatzungsgesellschaften, beispielsweise der Umgang mit Ressourcenentzug, sind in der deutschen Öffentlichkeit und Forschungslandschaft⁷ im Vergleich zum Kriegsgeschehen kaum präsent. So gerät auch in Vergessenheit, dass

4 S. zu einzelnen Monaten Charkivs'kyj istoričijj muzej imeni M. F. Sumcova [M. F. Sumtsov Charkiw Historisches Museum], Inv.Nr. 7485, »O smertnosti naseleniä« [Über die Sterblichkeit der Bevölkerung], 18.10.1942.

5 Anatolij Skorobohatov, *Charkiv u časy nimec'koi okupaciji (1941–1943)* [Charkiw in der Zeit der deutschen Besatzung (1941–1943)], Charkiv 2004, S. 279. Skorobohatov betont, dass Ärzte in manchen Fällen bei der Feststellung des Todes den Begriff »Hungertod« vermieden und eine andere Todesursache verzeichneten. Die Todeszahlen, die mit Hunger in Verbindung zu bringen sind, sind für Charkiw daher eher höher einzuordnen.

6 Dieter Pohl, *Die Herrschaft der Wehrmacht. Deutsche Militärbesatzung und einheimische Bevölkerung in der Sowjetunion 1941–1944*, München 2008, S. 199.

7 S. u.a. Karl-Heinz Frieser, Klaus Schmider, Klaus Schönherr (Hrsg.), *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg. Die Ostfront 1943/44. Der Krieg im Osten und an den Nebenfronten*, Bd. 8, München 2007.

Massengewalt gegen Zivilisten zwischen 1939 und 1945, vor allem gegen die als jüdisch verfolgten Personen, in der Regel nach abgeschlossenen Kriegshandlungen und unter Besatzung stattgefunden hat. Die ukrainische Geschichtsschreibung hat bereits in den 1990er Jahren begonnen, komplexeren Teilerzählungen Raum zu geben und neue Forschungsfragen zu formulieren.⁸ Geschlechter- und alltagsgeschichtliche Ansätze schufen neue Sichtbarkeiten und Narrative von Betroffenen.⁹ Als in der sowjetischen Periode Tod, Gewalt, Opfer und Widerstand betont wurden, wenn es um die deutsche Besatzung ging, standen Überlebensstrategien der besetzten Bevölkerung nicht im Vordergrund.¹⁰ Besatzung alltagsgeschichtlich zu erschließen, öffnet den Blick für die Perspektiven, Handlungsräume und Agency der Betroffenen.

NS-Vorkriegsplanungen zu Versorgungsfragen für das sowjetische Gebiet

Vor dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 hatte die NS-Führung propagiert, durch die Eroberung der Sowjetunion das Deutsche Reich zu einem großflächigen Imperium auszuweiten.¹¹ Der sogenannte Generalplan Ost sah dafür die Kolonisierung und Ausbeutung der besetzten sowjetischen Gebiete vor, wovon sich die NS-Ideologen wirtschaftliche Autarkie und »Lebensraum im Osten« versprachen.¹² Im Zuge der Kolonisierungs- und Ausbeutungspläne, die einen erhöhten Lebensstandard sowie »Grund und Boden«¹³ für die deutsche Bevölkerung generieren sollten, wollte man die einheimische Bevölkerung der sowjetischen Gebiete deportieren,

8 Ulrich Schmid, Oksana Myshlovska (Hrsg.), *Regionalism without Regions. Reconceptualizing Ukraine's Heterogeneity*, Budapest, New York 2019; Andrii Portnov, »Die ukrainische Revolution 1917–1919 und die Erinnerung daran«, in: *Religion & Gesellschaft in Ost und West*, 4/5 (2017), S. 13–15.

9 Skorobohatov, *Charkiv*; Gelinada Grinchenko, Kateryna Kobchenko, Oksana Kis (Hrsg.), *Shinky zentralnoji ta schidnoji Jewropy u Druhii Switowii Wiini. Hender-na spezyfika doswidu w tschassy extremalnoho nassylstwa* [Frauen aus Mittel- und Osteuropa im Zweiten Weltkrieg. Geschlechtsspezifische Erfahrungen in Zeiten extremer Gewalt], Kyjiv 2015; Olexandr Lyssenko, »Powsjadjenna Istorija Wiiny. Metodolohitschni Notatky« [Alltagsgeschichte des Kriegs. Methodische Hinweise], in: *Storinky wojennoji istoriji Ukrainy: Sbirnyk naukowych statei* [Seiten zur Militärgeschichte der Ukraine: Sammlung wissenschaftlicher Artikel], 2010, S. 8–22.

10 Olena Stjashkina, *Styhma okupaziji. Padjanski shinky u samobatschenni 1940-cher rokiv* [Das Stigma der Besatzung. Bäuerliche Frauen im Selbstbild der 1940er Jahre], Kyjiv 2019, S. 42.

11 Mark Mazower, *Hitlers Imperium. Europa unter der Herrschaft des Nationalsozialismus*, München 2009, S. 193 f., 196 f.

12 Czesław Madajczyk, »Vom »Generalplan Ost« zum »Generalsiedlungsplan««, in: Mechthild Rössler, Sabine Schleiermacher (Hrsg.), *Der »Generalplan Ost«. Hauptlinien der nationalsozialistischen Planungs- und Vernichtungspolitik*, Berlin 1993, S. 12–19, hier: S. 12 f.

13 Ebd.

ermorden, aushungern, assimilieren oder versklaven.¹⁴ Sie wurde dabei zu »slawischen Untermenschen« degradiert und einzelne Minderheiten als »Juden, Zigeuner und Nichtweiße« an unterster Stelle der NS-Rassenideologie eingeordnet.¹⁵

In den Überlegungen der Wehrmachtsführung konnte die erfolgreiche Eroberung der Sowjetunion, vor allem der kaukasischen Erdölgebiete, nur durch schnelles Vorrücken erreicht werden.¹⁶ Dieses hing wiederum von der Versorgungssituation ab, die »aus dem Lande« der besetzten Regionen gewährleistet werden sollte. Dementsprechend sollten Ernteerträge aus sowjetischen Gebieten an die Bevölkerung im Deutschen Reich sowie die Soldaten der Wehrmacht verteilt werden – willentlich in Kauf nehmend, dass die lokale städtische Bevölkerung, die bisher von den Ernteerträgen ernährt worden war, zu »zig Millionen« verhungern würde.¹⁷ Im September 1941, einen Monat vor der Besetzung Charkiw, wies der Wirtschaftsstab Ost unmissverständlich an, dass der städtischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten der östlichen Sowjetunion pro Person am Tag maximal 300 Gramm Brot zur Verfügung stehen sollten. In der Annahme, dass sich die Bewohner der ruralen Gebiete selbst versorgen würden, wurden diese bei der Lebensmittelzuteilung gar nicht erst erwähnt.¹⁸

Charkiw, in Frontnähe gelegen, war in mehrfacher Hinsicht von diesen Überlegungen zur Ressourcenpolitik betroffen. Die Stadt im Nordosten der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik (SSR) stand vom 24. Oktober 1941 bis zum 23. August 1943 mit Unterbrechungen im Februar/März 1943, als die Rote Armee die Stadt kurzzeitig zurückeroberte, unter deutscher Militärverwaltung. Sie blieb die größte sowjetische Stadt, die die Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg einnahm.¹⁹ Nachdem die Front im Winter 1941/42, nur 50 Kilometer von Charkiw entfernt, ins Stocken geraten war,²⁰ wurde die Region zum unmittelbaren Versorgungsgebiet

für die Wehrmacht.²¹ Der Armeebefehl vom 26. Oktober 1941 teilte die Charkiwer Oblast für die »Winterbevorratung der Truppe« in »Erfassungsräume« ein.²² Zeitgleich wurde die Bevölkerung gezwungen, den Raubbau »durch ihre Arbeitskraft zu unterstützen.«²³ Dieses Raubkriegskonzept der 6. Armee ließ ganze Gebiete in der Charkiwer Oblast als »Kahlfrauzonen« zurück. Die Wehrmacht zwang Gemeinden in der Oblast zusätzlich zu hohen Lebensmittelabgaben.²⁴

»Außeralltäglicher« Alltag

Die Bewohnerinnen und Bewohner der Charkiwer Oblast hatten bereits vor dem Einmarsch der Wehrmacht im Oktober 1941 einschneidende Erfahrungen mit politischen Umbrüchen, tödlichem Hunger, staatlicher Repression und drastischen Verformungen des sozialen Gefüges gemacht. Der Erste Weltkrieg, das Revolutionsgeschehen 1917 bis 1919²⁵ und die Ernennung Charkiw zur ersten Hauptstadt der Ukrainischen SSR 1918 veränderten die Bevölkerungszusammensetzung innerhalb der Oblast erheblich. Charkiw entwickelte sich zu einem wichtigen sowjetischen Agglomerations- und industriellen Ballungsraum. Seit 1918 verzeichnete die Stadt eine außerordentlich rasche Bevölkerungszunahme aus den umliegenden kleineren Städten und Dörfern.²⁶ Infolge der stalinistischen Zwangskollektivierungen und der Hungersnot 1932/33 verlor die Mehrzahl der Bewohner der Oblast Familienmitglieder und Bekannte. Auf dem Gebiet der Ukrainischen SSR fielen zwischen 1932 und 1934 Schätzungen zufolge 3,9 Millionen Menschen dem Hungertod zum Opfer. Die Kyjiwer und Charkiwer Oblast waren am heftigsten betroffen, die Übersterblichkeit in diesem Zeitraum lag dort bei 19 bis 20 Prozent.²⁷ Die Zwangskollektivierungen trafen die ländlichen Gegenden in Charkiw besonders hart und beförderten die Zuwanderung in die Stadt.²⁸ Durch die Ermordungen und Verschleppungen während des Großen Terrors 1936 bis 1938, der bei Kriegsbeginn nur drei Jahre zurücklag, verloren viele Charkiwer ihr Leben.

14 Timothy Snyder, *Bloodlands. Europa zwischen Hitler und Stalin*, München 2014, S. 173.

15 Mark Spoerer, *Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Deutschen Reich und im besetzten Europa 1938–1945*, Stuttgart, München 2001, S. 25.

16 Gert C. Lübbens, »Ausnutzung oder Ausschachtung?« Zur Genese der deutschen Wirtschaftsplanungen für das Unternehmen »Barbarossa«, in: Timm C. Richter (Hrsg.), *Krieg und Verbrechen. Situation und Intention. Fallbeispiele*, München 2006, S. 173–183, hier: S. 174.

17 Alex J. Kay, »Verhungernlassen als Massenmordstrategie. Das Treffen der deutschen Staatssekretäre am 2. Mai 1941«, in: *Zeitschrift für Weltgeschichte*, 11 (2010), H. 1, S. 81–105, hier: S. 87.

18 Karel C. Berkhoff, »Wir sollen verhungern, damit Platz für die Deutschen geschaffen wird.« Hungersnöte in den ukrainischen Städten im Zweiten Weltkrieg, in: Babette Quinkert, Jörg Morré (Hrsg.), *Deutsche Besatzung in der Sowjetunion 1941–1944. Vernichtungskrieg, Reaktionen, Erinnerung*, Paderborn 2014, S. 54–75, hier: S. 55.

19 Ebd., S. 57.

20 Ebd.

21 Pohl, *Die Herrschaft der Wehrmacht*, S. 192.

22 Norbert Kunz, »Das Beispiel Charkow. Eine Stadtbevölkerung als Opfer der deutschen Hungerstrategie 1941/1942«, in: Christian Hartmann, Johannes Hürter, Ulrike Jureit (Hrsg.), *Verbrechen der Wehrmacht. Bilanz einer Debatte*, München 2005, S. 136–144, hier: S. 137.

23 Ebd., S. 138.

24 Ebd., S. 137.

25 S. u.a. Portnov, »Die ukrainische Revolution«, S. 13 ff.

26 Skorobohatov, *Charkiv*, S. 34; Andreas Kappeler, *Kleine Geschichte der Ukraine*, München 1994, S. 195–198.

27 S. u.a. das Projekt »Mapping the Great Famine« des Ukrainian Research Institute der Harvard Universität, <https://gis.huri.harvard.edu/demographic-research> (28.4.2023).

28 Skorobohatov, *Charkiv*, S. 34.



Links: Deutsche Truppen im besetzten Charkiw am 11. November 1941, Propagandafoto von Kriegsbericht Herber
Foto: Bundesarchiv, Bild 183-L20721 / Herber /
Quelle: Wikipedia, CC-BY-SA 3.0

Unten: Einmarsch der deutschen Truppen in Charkiw im Oktober 1941, Propagandafoto von Kriegsbericht Schmidt-Scheeder
Foto: Archiwa Państwowe, Warschau, Signatur 2-722,
Quelle: Wikimedia, gemeinfrei



Auch die Zwischenphase nach dem Überfall der Wehrmacht auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 bis zum Einmarsch in Charkiw am 24. Oktober 1941 war für die Charkiwer Bevölkerung mit harschen Einschnitten im Alltag verbunden. Im Vergleich zu den westlichen sowjetischen Gebieten verblieb der sowjetischen Führung im Nordosten der Ukrainischen SSR mehr Zeit, Evakuierungsvorkehrungen für das kriegswichtige Industrie- und Rüstungszentrum Charkiw zu treffen. Kriegsrelevante Betriebe, Maschinerie und Personal wurden zu großen Teilen evakuiert. Alles, was zurückgelassen werden musste, sollte vor dem deutschen Einmarsch zerstört werden. Als die Wehrmacht Charkiw im Oktober 1941 erreichte, war die Infrastruktur weitgehend zerstört, die Versorgung mit Strom, Gas und Wasser ausgesetzt, die Mehrheit der kriegsrelevanten Betriebe und Maschinen konnte nicht in Betrieb genommen werden, Lebensmittel waren vernichtet oder in der Zwischenzeit von der Bevölkerung geplündert worden.²⁹ Charkiwer erlebten diese Phase meist in Kellern, um sich vor deutschen Bombenangriffen zu schützen, oder waren durch die Zerstörungen bereits wohnungslos; sie harrten im Dunkeln, ohne fließendes Wasser und ohne ausreichende Lebensmittelvorräte aus. Nachdem sich die letzten sowjetischen Instanzen knapp eine Woche vor dem Einmarsch der Wehrmacht aus der Stadt zurückgezogen hatten, kam es auf den Straßen vermehrt zu Plünderungen und Übergriffen. Der Charkiwer Bevölkerung prägte sich diese Woche als Zeit des »Fiebers«³⁰ ein, in der die Macht des Stärkeren galt und die zuvor herrschende »Ordnung« ausgehebelt war.³¹

Ausgehend von diesen Vorerfahrungen hatten Charkiwerinnen und Charkiwer bereits vor Besatzungsbeginn Strategien entwickelt, mit harschen Brüchen und Unsicherheiten im Alltag umzugehen, etwa das auseinandergerissene soziale Gefüge zu rekonstruieren, um als Emotions- und Wirtschaftsgemeinschaft³² geschützt und handlungsfähig zu bleiben, neue Routinen für die Orientierung in der Unübersichtlichkeit und die Versorgungssicherheit zu etablieren oder über das Erlebte und Erwartungshorizonte zu reflektieren, um sich selbst im Geschehen zu verorten und die Hoheit über das eigene Narrativ zu behalten. Auf diese in der Zwischenkriegszeit

eingübten Praktiken griffen sie in der »außeralltäglichen« Besatzungssituation zurück.

Obwohl die Charkiwer Vorkriegsgesellschaft seit Jahrzehnten im ständigen Wandel begriffen und von Gewalt erschüttert gewesen war, stellte die deutsche Besatzung im Zweiten Weltkrieg einen besonders krassen Einschnitt für die Bevölkerungszusammensetzung dar. Laut der Zählung im Dezember 1941 lebte nur noch knapp eine halbe Million Menschen in der Stadt,³³ die im Mai 1941 noch 902.312 Menschen gezählt hatte.³⁴ Große Teile der Bevölkerung, die für die Kriegsanstrengungen als systemrelevant priorisiert worden waren, hatte die sowjetische Regierung im Sommer 1941 evakuiert. Dies hatte zu millionenfachen Familientrennungen geführt. Jeder zweite Charkiwer war in die Rote Armee eingezogen worden oder hatte sich freiwillig gemeldet. In Charkiw ging der Anteil der Männer im Vergleich zu 1939 um 55 Prozent zurück. Gleichzeitig stieg die Anzahl derer, die auf Unterstützung in der Versorgung angewiesen waren. Kinder, Personen über 60 Jahre und Frauen stellten bei Besatzungsbeginn zusammen 78 Prozent der Stadtbevölkerung.³⁵ Frauen wurden über Nacht oftmals zu Alleinversorgerinnen ihres Umfelds.³⁶ Viele Menschen, die im Oktober 1941 in Charkiw lebten, waren erst in den letzten fünf bis sieben Jahren in die Stadt gezogen und kehrten bei Besatzungsbeginn in ihre Heimatdörfer zurück. Routinen wurden unterbrochen. Verhaltens- und Sagbarkeitsregeln konnten sich täglich verschieben, die Menschen lebten unter enormem Druck und in permanenter Verunsicherung.

Hinzu kam die ständige Möglichkeit, Opfer von Gewalt zu werden. Bei der Rückeroberung Charkivs durch die Rote Armee am 23. August 1943 lebten Schätzungen zufolge nur noch circa 200.000 Personen in der Stadt. Dieser extreme Rückgang beruhte auf der antisemitischen Verfolgung und Ermordung der jüdischen Bevölkerung, der Hungerpolitik, der Zehntausende zum Opfer gefallen waren, der Verschleppung ganzer Jahrgänge zur Zwangsarbeit ins Deutsche Reich und auf der Flucht der Bevölkerung über die Frontlinie.

Bereits Mitte Dezember 1941 ghettoisierten und isolierten die Besatzer die jüdische Bevölkerung Charkivs – bis auf diejenigen, die ihre Identität hatten verheimlichen oder untertauchen können.³⁷

29 Vgl. Klaus Jochen Arnold, *Die Wehrmacht und die Besatzungspolitik in den besetzten Gebieten der Sowjetunion. Kriegführung und Radikalisierung im »Unternehmen Barbarossa«*, Berlin 2005, S. 303.

30 Raissa Schirinskaja am 26.9.1941, in: <https://corpus.prozhitto.org/note/369243> (18.7.2023).

31 S. u.a. Fjodor Alexejewitsch Kondratjew, »Den sa dnjom (1941–1942 gg)«, Einträge vom 22. und 23.10.1941, <https://ngeorgij.livejournal.com/183971.html> (15.3.2023).

32 S. zur Begrifflichkeit der Familie u.a. als Emotions- und Wirtschaftsgemeinschaft: Yuliya von Saal, »Familiäre Gemeinschaften. Kriegsbedingte Familientrennungen und Neukonfigurationen in der UdSSR«, in: Wiebke Lisner u.a. (Hrsg.), *Familientrennungen im nationalsozialistischen Krieg. Erfahrungen und Praktiken in Deutschland und im besetzten Europa 1939–1945*, München 2022, S. 335–365, hier: S. 335 f.

33 Berkhoff, »Wir sollen verhungern«, S. 57.

34 Skorobohatov, *Charkiv*, S. 19.

35 Ebd., S. 22.

36 S. Tatjana Tönsmeier, »Besatzungsgesellschaften. Begriffliche und konzeptionelle Überlegungen zur Erfahrungsgeschichte des Alltags unter deutscher Besatzung im Zweiten Weltkrieg, Version: 1.0«, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 18.12.2015, http://docupedia.de/zg/toensmeyer_besatzungsgesellschaften_v1_de_2015 (28.4.2023); Agnes Laba, »Besatzung und Geschlecht. Geschlechtergeschichtliche Analysen des männlichen Alltagslebens unter deutscher Besatzung im Zweiten Weltkrieg«, in: Vincent Streichhahn, Riccardo Altieri (Hrsg.), *Krieg und Geschlecht. Interdisziplinäre Perspektiven auf Geschlechterfragen in der Kriegsforschung*, Bielefeld 2021, S. 143–162, hier: S. 145 f.

37 S. u.a. zu den »gelben Listen«, in denen die jüdische Bevölkerung registriert wur-

Ende Dezember 1941 bis Januar 1942 lösten die Deutschen das Ghetto auf und erschossen in der Schlucht von Drobyzkyj Jar im Osten Charkivs schätzungsweise 15.000 Jüdinnen und Juden.³⁸

Besatzungsgewalt – Ressourcenentzug

Im Laufe der deutschen Besatzungsherrschaft in der Charkiwer Oblast bedienten sich die Besatzer einer Bandbreite von Gewaltpraktiken, die sich in die ständige Alltagsgewalt, wie spontane Verhaftungen und Hinrichtungen, eingliederten: die Exklusion und Auslöschung der jüdischen Bevölkerung, die Verschleppung zur Zwangsarbeit ins Deutsche Reich, die ab dem Frühjahr 1942 an lief, sexualisierte Gewalt und schließlich die Rückzugspraktiken im Frühjahr und Sommer 1943, die Charkiw in Schutt und Asche legten, als die Rückeroberung durch die Rote Armee kurz bevorstand. Der extreme Ressourcenentzug, der die Charkiwer Stadtgesellschaft besonders hart traf und aushungerte, war der Handlungsrahmen für ihren Umgang mit den Gewaltbedingungen.

Die Wehrmacht zeigte kein Interesse an der Versorgung der Charkiwer Stadtbevölkerung. Sie erschwerte es der Stadtverwaltung, die für die Versorgung zuständig war, dieses Unterfangen tatsächlich zu bewerkstelligen.³⁹ Die von den Besatzern erlassenen Regelungen, wie das Rationierungssystem, ließen keinen Zweifel an ihrem Anspruch, die besetzte Bevölkerung gemäß der NS-Rassenideologie zu kategorisieren und zu hierarchisieren und bestimmte Bevölkerungsgruppen verhungern zu lassen.⁴⁰ Zunächst wurden die Rationen so gering wie möglich gehalten, um die Bevölkerung zu zwingen, ihre persönlichen Vorräte aufzubauchen.⁴¹ Der deutsche Wirtschaftsstab ernährte nur ungefähr 25.000 Personen der Charkiwer Stadtbevölkerung,⁴² darunter vor allem Arbeitnehmende in kriegsrelevanten Betrieben, »Volksdeutsche« sowie Personen, die für die Besatzungsmacht tätig waren.⁴³ Die jüdische Bevölkerung

de: Deržavnyj archiv Charkivs'koï oblasti [Regionalarchiv der Charkiwer Oblast] (DACHO), R-2982, op. 4, spr. 112, ark. 7.

38 Andrej Angrick, »Das Beispiel Charkow. Massenmord unter deutscher Besatzung«, in: Christian Hartmann, Johannes Hürter, Ulrike Jureit (Hrsg.), *Verbrechen der Wehrmacht. Bilanz einer Debatte*, München 2005, S. 117–124, hier: S. 123 f.

39 Gunter Friedrich, *Kollaboration in der Ukraine im Zweiten Weltkrieg. Die Rolle der einheimischen Stadtverwaltung während der deutschen Besetzung Charkows 1941 bis 1943*, Bochum 2009, S. 134 f.

40 Tanja Penfer, *Kohle für Stalin und Hitler. Arbeiten und Leben im Donbass 1929 bis 1953*, Essen 2010, S. 418.

41 Berkhoff, »Wir sollen verhungern«, S. 55.

42 Hamburger Institut für Sozialforschung (Hrsg.), *Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941–1944*, Hamburg 2002, S. 345.

43 Pohl, *Die Herrschaft der Wehrmacht*, S. 199. Die Besatzer priorisierten ukrainische Arbeitnehmer, vor allem im lokalen Verwaltungsbereich. Sie ordneten den Großteil der ukrainischen Bevölkerung als »antibolschewistische« Verbündete

Anzeige



Hrsg. v. Klaas A.D. Smelik. Dt. Ausgabe hrsg. v. Pierre Bühler. Mit einem Vorwort v. Hetty Berg. Aus dem Niederländischen v. Christina Siever u. Simone Schroth. 989 S., 46 Abb. Geb. € 42,- ISBN 978-3-406-79731-6

«Diese Frau hat tatsächlich mit Herz, Leib und Seele gedacht ... So viel Grenzüberschreitung hat in der Frauengeschichte nicht ihresgleichen.»
Elisabeth von Thadden, DIE ZEIT

«Das Schrift gewordene Leben einer Frau, die mit Mitte zwanzig auf alle Konventionen pfeift und ihr Widerstandspotenzial nach und nach entdeckt, ist so unkonventionell, dass man heute noch staunt.»
Paul Jandl, Neue Zürcher Zeitung

C.H.BECK
WWW.CHBECK.DE

– gemäß der NS-Rassenideologie als »feindselige Elemente« und »unnütze Esser«⁴⁴ kategorisiert – verzeichnete eine weitaus höhere Hungersterblichkeit, da sie die niedrigsten Lebensmittelrationen erhielt.⁴⁵ Im Zuge der Bevölkerungszählung im Dezember 1941 wurde sie als separierte Gruppe erfasst, stigmatisiert und mithilfe der Registrierungslisten ghettoisiert.⁴⁶

Um Kontrolle über die Mobilität der Stadtgesellschaft zu gewinnen, sperrten die Besatzer Charkiw 1941/1942 mehrmals ab, sodass sich nur Personen mit Passierscheinen stadtein- und -auswärts bewegen konnten. Zudem wurde eine Ausgangssperre von 16 Uhr bis 6 Uhr verhängt.⁴⁷ Da die Besatzungsmacht grundsätzlich kein Interesse daran hatte, die Stadtgesellschaft zu versorgen, wurden Frauen und Kinder zu Beginn dazu angehalten, über die Frontlinie in den Osten abzuwandern. Männer sollten als potenzielle Arbeitskräfte zurückbehalten werden.⁴⁸ Die Ein- und Ausreise aus der Stadt wurde im ersten Besatzungswinter dennoch immer wieder eingeschränkt. Dies erschwerte es der Landbevölkerung, ihre Ernteerträge zu den städtischen Märkten zu transportieren, auch weil die Besatzer oder die von ihnen eingesetzten Hilfspolizisten die zum Verkauf gedachten Lebensmittel oft konfiszierten.⁴⁹

Besatzungsalltag – Reflexionen, Routinen und rekonstruierte Gemeinschaften

Viele Charkiwer nutzten das Zeitfenster, in dem sich das sowjetische Regime zurückzog und die Wehrmacht die Stadt noch nicht eingenommen hatte, um bisherige Erfahrungen und Erwartungshaltungen zu überdenken und den unmittelbaren Brüchen im Alltag durch ein neues Narrativ eine gewisse Sinnhaftigkeit zu verleihen. Nach dem Chaos der sowjetischen Evakuierungen stellten sich einige die nahende deutsche Besatzung als Wiederherstellung eines geordneten

.....

ein, die die deutsche Besatzung als Befreiung von der »sowjetrussischen Herrschaft« begrüßen würden. Vgl. u.a. Frank Grelka, »Der Befreiungskrieg als Beutezug. Zur Verschleierung der Kriegsziele für den deutschen Vormarsch durch die Ukraine 1918 und 1941, in: Tim Richter (Hrsg.), *Krieg und Verbrechen. Situation und Intention. Fallbeispiele*, München 2006, S. 99–110, hier: S. 99.

44 Angrick, »Das Beispiel Charkow«, S. 118.

45 Tatjana Tönsmeier, »Hungerökonomien. Vom Umgang mit der Mangelversorgung im besetzten Europa des Zweiten Weltkrieges«, in: *Historische Zeitschrift*, 301 (2015), H. 3, S. 662–704, hier: S. 674 f., 684.

46 Im Zuge dieser ersten von drei Bevölkerungszählungen sollten Hauskommissare und Hausbesitzer zwei Listen über die jeweiligen Hausgemeinschaften anlegen, eine Liste ohne und eine gelbe Liste ausschließlich für Jüdinnen und Juden. S. dazu DACHO, R-2982, op. 4, spr. 112, ark 7, und Skorobohatov, *Charkiv*, S. 15 f.

47 Skorobohatov, *Charkiv*, S. 277.

48 Angrick, »Das Beispiel Charkow«, S. 118; Gabi Müller-Ballin, *Charkow 1941–1945. Nazi-Kriegsverbrechen in der Sowjetunion*, Nürnberg 1991, S. 25.

49 Berkhoff, »Wir sollen verhungern«, S. 57.

Alltags vor. Lev Nikolaev erinnerte sich vor dem Einmarsch der Wehrmacht an die letzte deutsche Besatzung der Ukraine 1918, die er selbst miterlebt hatte. Wie damals, so nahm er an, würden die Deutschen zwar ein »strenges Regime« errichten, als »Kulturnation« aber ausreichend Essen zur Verfügung stellen und die Strom- und Wasserversorgung wieder einrichten.⁵⁰ Nur 16 Tage nach Besatzungsbeginn, am 9. November 1941, revidierte er seine Einschätzung: »Ich war auf dem Markt und kam von dort entsetzt zurück: Es ist klar, dass wir verhungern werden. Es gab nur 5 Händler auf dem Markt. Sie hatten ein paar Stücke Kürbis und einige Kartoffeln mitgebracht. Allerdings kann man mit Geld nichts von ihnen kaufen. Man muss tauschen. Die Bedingungen des Tausches sind für den »Käufer« sehr ungünstig.«⁵¹

Der Mangel an Lebensmitteln und anderen Gebrauchsgütern, ausufernde Tauschgeschäfte und Wucherpreise auf den städtischen Märkten hatten sich innerhalb kürzester Zeit zu einer alltäglichen Erfahrung für die Charkiwer Stadtgesellschaft entwickelt. Nikolaev stellte im Vergleich zu vielen seiner Mitbürgerinnen und Mitbürger früh fest, dass der Hungertod zur Alltagsrealität werden würde.

Nachdem Lev Nikolaev seine Erwartungen an die Besatzer revidiert hatte, richtete er, wie viele andere, seinen Alltag nun beinahe ausschließlich an der Lebensmittelversorgung aus. Bisherige Routinen der Lebensmittelbeschaffung waren dabei außer Kraft gesetzt. Gleichzeitig wurde der häusliche, traditionell weiblich kodierte Tätigkeitsbereich aufgrund der akuten Mangelsituation unter deutscher Besatzung mit neuer gesellschaftlicher Bedeutung aufgeladen. Lebensmittel zuzubereiten, mit Ersatz genießbar und haltbar zu machen sowie so zu haushalten, dass man möglichst lange davon leben konnte oder möglichst viele Personen etwas davon hatten, konnte in der Besatzungssituation über Leben und Tod entscheiden.⁵² Das Anstehen in endlosen Schlangen vor Geschäften wurde alltäglich und bildete gleichzeitig soziale Hierarchien ab. Während jüdische Personen erst nach allen anderen einkaufen durften, wurden sogenannte Volksdeutsche bevorzugt behandelt. Gerüchte über Pferdekadaver oder unbewachte Kartoffelfelder in der Stadt verbreiteten sich wie Lauffeuer und Menschenströme waren in kurzer Zeit auf dem Weg dorthin.⁵³

Da landwirtschaftliche Erträge nur sehr eingeschränkt in die Stadt transportiert werden konnten, setzten sich viele Stadtbewohner selbst in Bewegung, um in den umliegenden Dörfern Wertsachen gegen Lebensmittel zu tauschen. Diese Hamster- und Tauschfahrten, sogenannte »meny« (*мены*), entwickelten sich in der Charkiwer

.....

50 Eintrag vom 21.10.1941, in: Lev Nikolaev, *Moja woina. W okkupazii* [Mein Krieg. Unter Besatzung], Moskau 2021, S. 87.

51 Eintrag vom 9.11.1941, in: Ebd., S. 97.

52 Laba, »Besatzung und Geschlecht«, S. 154, 156.

53 Ussyk, »Den sa dnem« [Tag für Tag], Eintrag vom 4.11.1941, S. 22.



Blick auf zerstörte Wohnhäuser im Stadtzentrum von Charkiw, 1942
Foto: bpk / Hermann Hoeffke, Bild Nr. 00006379

Oblast zu einer zentralen Versorgungsstrategie.⁵⁴ Die Wertsachen, die gegen Lebensmittel getauscht wurden, standen in keinem Verhältnis zu den Lebensmittelpreisen der Vorkriegszeit. Im Vergleich zu den Tauschgeschäften und dem Angebot auf den städtischen Märkten waren die »meny« jedoch immer noch die günstigere Tauschoption.

Die Tauschfahrten wurden in der Regel in kleinen Gruppen unternommen, um sich besser gegen mögliche Überfälle zu schützen.⁵⁵ Frauen wurden zu den Protagonistinnen der Versorgung und gaben den »meny« ein vornehmlich weibliches Gesicht. Um nicht gegen die Ausgangssperre zu verstoßen, mussten die Städter bei den Dorfbewohnern auf Obdach hoffen, das meist jedoch nicht umsonst erhältlich war. Im Laufe des Winters 1941/42 musste die Stadtbevölkerung, aber auch Menschen in Charkiws Vororten, den Radius der »meny« aufgrund der abnehmenden Nachfrage nach städtischen Konsumgütern auf benachbarte Oblaste wie Poltawa⁵⁶ und in entferntere Dörfer ausdehnen.⁵⁷ Dadurch waren sie der Kälte und potenziellen Übergriffen auf dem Weg länger ausgesetzt.⁵⁸ Fa-

.....

54 Skorobohatov, *Charkiv*, S. 280 f.

55 Ebd., S. 281.

56 Alexander Werth, *Russland im Krieg 1941–1945*, München, Zürich 1965, S. 417.

57 Sinajda Baschljaj, Interview za465, 19.12.2005, in: Interview-Archiv, <https://archiv.zwangsarbeit-archiv.de/de/interviews/za465>, S. 10 (18.7.2023).

58 Skorobohatov, *Charkiv*, S. 281.

miliäre oder freundschaftliche Kontakte in die umliegenden Dörfer konnten nun entscheidend dafür sein, ob die Tauschenden die Fahrten überlebten und mit Lebensmitteln in die Stadt zurückkehrten. Die dichten sozialen Verflechtungen zwischen Stadt und Umland, die auf die Industrialisierung und Urbanisierung der Oblast zurückgingen, hatten direkten Einfluss auf die Netzwerke und Interaktionen während der Tauschfahrten.

Obwohl zwischenmenschliche Beziehungen durch die Mobilisierungen und Evakuierungen auseinandergerissen worden waren, kam es nicht zu einem völligen Zerfall der Gesellschaft. Stattdessen setzten sich Gruppen über In- und Exklusionspraktiken neu zusammen. Charkiwerinnen und Charkiwer bildeten neue soziale Einheiten, die meist als Ersatz für die Familie als »Wirtschafts-, Rechts- und Emotionsgemeinschaft und soziale gesellschaftliche Einheit« fungierten und als Gruppen Handlungsfähigkeit gewährleisten sollten.⁵⁹ Diese Zusammenschlüsse konzentrierten sich meist auf die Lebensmittelversorgung und die Fürsorge für vulnerable Gruppenmitglieder. Ihre Zusammensetzung veränderte sich notgedrungen über die Zeit. Nachdem Michail Tschernenkos Mutter aufgrund ihrer jüdischen Identität aufs Land geflohen war, tat er sich in Versorgungsfragen mit seinem Vater, seiner Großmutter und

.....

59 S. z.B. von Saal, »Familiäre Gemeinschaften«, S. 335 f.

einem jüdischen Nachbarn zusammen, mit dem er in den ersten Besatzungsmonaten regelmäßige Tauschfahrten unternahm.⁶⁰ Sein Vater wurde kurz darauf verhaftet und sein Nachbar als »jüdisch« verfolgt. Tschernenko und seine Großmutter blieben als soziale Einheit zurück, die zu zweit immer schlechter für die eigene Versorgung aufkommen konnte.

Zu den vulnerablen Gruppen, die aufgrund der Familientrennungen von einem Tag auf den anderen auf sich allein gestellt und dringend auf Hilfe angewiesen waren, gehörten Kinder, ältere Menschen und Alleinerziehende. In den Straßen Charkiws gab es nun zunehmend bettelnde Minderjährige. Zusätzlich gefährdet waren jüdische Personen, die neben der familiären Isolation die antisemitische Vernichtungspolitik der nahenden deutschen Besatzer fürchten mussten. Tschernenkos Mutter entschied sich bewusst für die Trennung von ihrem Ehemann und ihrem Sohn, um sich als Jüdin vor den Besatzern in der Stadt auf dem Dorf zu verstecken.⁶¹ Während die selbstgewählte Isolation im Versteck Jüdinnen und Juden das Leben retten konnte, stellte die Vereinsamung gleichzeitig eine Gefahr dar, vor allem hinsichtlich der Versorgungsorganisation. Leontina Alksnis erinnerte sich, dass eine ältere jüdische Nachbarin, Frau Sadowskaja, in den Keller ihres Hauses zog, um sich vor den Besatzern zu verstecken, wo sie kurz darauf verstarb. Alle ihre Kinder waren evakuiert worden, sodass sie ohne Versorgung allein zurückgeblieben war.⁶²

Alleinerziehende mit Kindern, die nicht auf familiäre oder bekanntschaftliche Hilfsnetzwerke zurückgreifen konnten und an die Stadt gebunden waren, gingen unter wachsendem Versorgungsdruck intime Beziehungen mit deutschen Soldaten ein. Die Nachbarin von Lidia Tachtaulova konnte aufgrund eines Herzleidens keine weiteren Tauschfahrten aufs Land auf sich nehmen und begann daher ein Verhältnis mit einem deutschen Soldaten, um sich und ihren Sohn versorgen zu können. Lidia Tachtaulova äußerte sich über die Beziehung ihrer Nachbarin zu einem Deutschen: »[I]rgendwie musste man ja leben.«⁶³ Ein mit den Besatzern geteilter Wohnraum ermöglichte zusätzliche Versorgungsmöglichkeiten, da im Haus einquartierte deutsche Soldaten häufig Haushaltsarbeiten wie Wäsche waschen oder Socken flicken gegen Lebensmittel an meist weibliche Bewohner des Hauses abgaben.⁶⁴

Gleichzeitig grenzten sich Charkiwer von anderen Gruppen und Einzelpersonen ab und fassten dies auch in Worte. Michail Ussyk

schrieb angewidert in sein Tagebuch, dass er auf einer »meny« nach Lozowa gehört habe, wie Charkiwer vor einem deutschen Offizier auf die Sowjetmacht geschimpft hatten. Er ging davon aus, dass sie sich, um Lebensmittel zu bekommen, bei dem Offizier »einschleimen« wollten.⁶⁵ Auch Lev Nikolaev echauffierte sich, als er hörte, dass sich Bekannte aus der Charkiwer Intelligenzija mit Deutschen, die bei ihnen wohnten, angefreundet hätten und deren Lebensmittelreste erhielten: »Manche Menschen haben aufgehört, ihren Niedergang zu spüren. Ist das durch den beginnenden Hunger passiert?«⁶⁶ Viele Mitglieder der Besatzungsgesellschaft zogen wertende und oft negativ konnotierte Rückschlüsse über Mitbürger, die Kontakt zu den Besatzern pflegten. Sie sahen in diesen Kontaktaufnahmen Anzeichen für einen moralischen Verfall der Gesellschaft. Besonders geächtet waren Frauen, die den Besatzern Sex gegen Bezahlung anboten, um zu überleben.⁶⁷ Die Empörung über Mitbürgerinnen und sexuelle Tauschgeschäfte spiegelte unter anderem wider, dass bisherige Geschlechter- und Machtverhältnisse zugunsten der männlichen Mitglieder der Besatzungsgesellschaft durch die Anwesenheit der deutschen Soldaten infrage gestellt worden waren.

Im ersten Besatzungswinter 1941/42 verengten sich die Handlungsräume für die Charkiwer Bevölkerung zusehends. Hungernde Menschen begannen, alles zu essen, was sie finden konnten. Nach dem Ende der Besatzung berichtete ein Universitätsprofessor, dass er diesen ersten Winter überlebt habe, weil er Hunde gegessen habe.⁶⁸ Die Besatzer kriminalisierten selbst diese Versorgungspraktik, indem sie den Verzehr von Hauskatzen, -hunden und städtischen Tauben unter Strafe stellten.⁶⁹ Obwohl Charkiwerinnen und Charkiwer ihren Hunger über unterschiedliche Strategien zu lindern versuchten, wurde der Anblick von Hungertoten in den Straßen Charkiws zur Alltäglichkeit.⁷⁰ Die elfjährige Leontina Alksnis resignierte bei deren Anblick: »Man gewöhnt sich schnell an den Tod, wenn er alltäglich ist.«⁷¹

Fazit

Die deutsche Besatzung der Charkiwer Oblast bedeutete einen tiefen Einschnitt für die lokale Gesellschaft. Besondere Standortfaktoren intensivierten die bereits lebensbedrohlichen Hungerbedingungen in der Oblast nach dem Einmarsch der Wehrmacht. Obwohl Hunger

und Mangel ein inhärentes Merkmal der deutschen Besatzung in ganz Europa waren, gliederten sich die extremen Ausmaße der Ressourcenentzugspolitik im östlichen Europa in spezifisch rassistische und antisemitische Vernichtungslogiken der NS-Kriegsführung gegen die Sowjetunion ein. Die Mitglieder der Besatzungsgesellschaften als Akteure zu untersuchen, die den »außeralltäglichen« Besatzungsalltag navigieren und Handlungsspielräume unter ständiger Gewaltandrohung und körperlicher Erschöpfung ausloten mussten, öffnet den Blick für ein ambivalentes Bild von Besatzung und Besatzungsalltag. Wie Doris Bergen formuliert hat, hieß unter Besatzung zu leben gleichzeitig »no option of non-involvement«;⁷² oder alltagsgeschichtlich gesprochen: Die Menschen mussten sich

zu den Gegebenheiten, die sich täglich ändern konnten, verhalten. Um Brüche zu überbrücken und den Alltag trotz Willkür und Unsicherheiten zu strukturieren, griffen Charkiwerinnen und Charkiwer auf bereits in der Zwischenkriegszeit eingeübte Strategien zurück: die Etablierung von neuen Routinen, die sich vor allem auf die Lebensmittelversorgung konzentrierten, die Rekonstruktion von Gemeinschaften und die stetige Reflexion über Erfahrungen, Erwartungen und die eigene Positionierung im Geschehen. Bei der Untersuchung der Überlebens- und Versorgungsstrategien wird ersichtlich, dass bestimmte Gruppen aufgrund ihrer Einbettung in die Besatzungsstrukturen verschiedene Handlungsoptionen wahrnehmen konnten oder auch mussten, um nicht zu verhungern. Die Untersuchung dieser oftmals hoch komplexen Handlungssituationen und -entscheidungen zeigt, dass die moralisch und erinnerungspolitisch aufgeladenen Kategorien, die Verhaltensoptionen unter Besatzung dichotom in »Widerstand« oder »Kollaboration« einteilen, zu kurz greifen, um Besatzung als Erfahrungszusammenhang in ihren Ambivalenzen zu fassen.

72 Doris Bergen, »What do Studies of Women, Gender, and Sexuality Contribute to Understanding the Holocaust«, in: Myrna Goldenberg, Amy Shapiro (Hrsg.), *Different Horrors, Same Hell. Gender and the Holocaust*, Washington 2013, S. 16–37, hier: S. 23.

60 Michail B. Tschernenko, *Tschushije i swoi. Dokumentalna powest* [Die Fremden und die Eigenen. Dokumentarische Erzählung], Moskau 2001, S. 9 f.

61 Ebd., S. 10.

62 Leontina R. Alksnis, »Moja woina« [Mein Krieg], in: Pivovar u.a. (Hrsg.), *Gorod i woina* [Stadt und Krieg], S. 393–411, hier: S. 400.

63 Lidija Tachtaulova, Interview za501, 17.9.2014, in: Interview-Archiv, <https://archiv.zwangsarbeit-archiv.de/de/interviews/za501>, S. 30 (18.7.2023).

64 Polina Jeskina, Interview za480, 17.9.2014, in: Interview-Archiv, <https://archiv.zwangsarbeit-archiv.de/de/interviews/za480>, S. 27 (19.7.2023).

65 Ussyk, »Den sa dnem« [Tag für Tag], Eintrag vom 4.11.1941, S. 22.

66 Nikolaev, *Moja woina* [Mein Krieg], S. 98.

67 Laba, »Besatzung und Geschlecht«, S. 157.

68 Skorobohatov, *Charkiv*, S. 278.

69 Ebd., S. 277.

70 Joshua Rubenstein, *The Unknown Blackbook. The Holocaust in the German-Occupied Soviet Territories*, Bloomington 2008, S. 104 f.

71 Alksnis, »Moja vojna« [Mein Krieg], S. 406.

Anzeige



WISSEN
ERINNERN
FRAGEN
S. FISCHER

Eine Klammer von der Vergangenheit über die Gegenwart in die Zukunft



Raul Hilberg
Die Vernichtung
der europäischen
Juden
Mit einem Vorwort
von René Schlott



Wiesław Kielar
Anus Mundi
Fünf Jahre
Auschwitz
Mit einem Vorwort
von Siegfried Ressel

Eine neue und erweiterte Ausgabe von Raul Hilbergs Standardwerk zur Geschichte des Holocausts

Die Neuausgabe von Wiesław Kielars Bericht aus der Hölle von Auschwitz – kraftvoll und eindringlich

Lieferbar ab 29.11.

Verfolgt und vernichtet

Der nationalsozialistische Massenmord an den Roma im Reichskommissariat Ukraine 1941–1943

Von Aleksandr Kruglov



Aleksandr Kruglov ist Historiker. Er hat vor allem zum Holocaust und zur Verfolgung und Ermordung der Roma in der deutsch besetzten Ukraine geforscht. Im Jahr 2022 musste er wegen der russischen Invasion in die Ukraine aus seiner Heimatstadt Charkiw fliehen. Er lebt heute in Deutschland. Veröffentlichungen (Auswahl): *Cholokost v Ukraine: Rejchskommissariat »Ukraina«, Gubernatorstvo »Transnistrija«* [Der Holocaust in der Ukraine: Reichskommissariat Ukraine, Gouvernement Transnistrien], Dnipro 2016; »Le génocide des Roms en Ukraine«, in: *Études tsiganes*, (2016), Nr. 56–57: Des territoires d’extermination à l’Est de l’Europe (1941–1944), S. 150–179.

Foto: privat

Roma¹ gehören zu den ethnischen Gruppen, die während des Zweiten Weltkriegs einer systematischen Verfolgung und Vernichtung seitens der Nationalsozialisten ausgesetzt

waren. Der Völkermord an ihnen in den besetzten Gebieten der Sowjetunion wurde im Unterschied zum Völkermord an den Juden lange Zeit wenig beachtet und nur unzureichend erforscht. In den letzten zwei Jahrzehnten jedoch hat sich in der ukrainischen Forschung viel getan.²

Dieser Beitrag widmet sich der Frage nach der Gesamtanzahl der Roma auf der Grundlage konkreter Fälle von Massenmord im sogenannten Reichskommissariat Ukraine und untersucht die regionalen Besonderheiten, die bei der Umsetzung der »Lösung der Zigeunerfrage«, wie die Nationalsozialisten den Massenmord bezeichneten, zum Tragen kamen. Wesentliche Quellengrundlage dafür sind die Unterlagen der Außerordentlichen Staatskommission zur Feststellung der Verbrechen der Okkupanten und ihrer Helfershelfer (ASK). Ausgewertet wurden ferner Dokumente der deutschen Besatzungsbehörden.

1 Bei der Übersetzung wurde der Begriff »Roma« verwendet, um die ethnische Minderheit in der Ukraine zu benennen. Die im Deutschen als diffamierend wahrgenommene Fremdbezeichnung »Zigeuner« wurde lediglich in direkten Zitaten als Quellenbegriff beibehalten. Anm. d. Übers.

2 Vgl. u.a. Mychajlo Tjahlyj (Hrsg.), *Peresliduvannja ta vbystvva romiv na terenach Ukraïny u časy Druhoï svitovoi viny. Zbirnyk dokumentiv, materialiv ta spohadiv* [Die Verfolgung und Ermordung der Roma auf den Gebieten der Ukraine zur Zeit des Zweiten Weltkriegs. Gesammelte Dokumente, Materialien und Erinnerungen], Kiew 2013; Nikolaj Bessonov, »Genocid cygan Ukraïny v gody Velikoi otečestvennoj vojny« [Der Genozid an den Zigeunern der Ukraine in den Jahren des Großen Vaterländischen Kriegs], in: Michail Švecov (Hrsg.), *Roma v Ukraïni. Istoričnyj ta etnokul’turnyj rozvytok cyhan (roma) Ukraïny (XVI–XX st.). Materialy kruhloho stolu (3 lysopada 2006 r., m. Donec’k)* [Roma in der Ukraine. Die historische und ethnokulturelle Entwicklung der Zigeuner (Roma) der Ukraine (16. bis 20. Jahrhundert). Materialien des runden Stuhls vom 3. November 2006 in der Stadt Donezk], Donezk 2006, S. 4–28.

Verfolgung und Vernichtung der Roma im Reichskommissariat Ukraine

Unter Einbeziehung der ostpolnischen Gebiete, die 1939/40 in die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik (SSR) eingegliedert worden waren, dürfte es Mitte 1941 in der damaligen Ukraine nicht mehr als 18.000 Roma gegeben haben. Etwa drei Viertel lebten auf dem Gebiet, das während der deutschen Okkupation das Reichskommissariat Ukraine bildete.³ Nach der Besetzung wurde die Ukraine in vier Okkupationszonen aufgeteilt: eine Zone unter deutscher Militärverwaltung, eine unter deutscher Zivilverwaltung (Reichskommissariat Ukraine), eine unter rumänischer Verwaltung (Transnistrien) und das östliche Galizien als Teil des Generalgouvernements. Das am 1. September 1941 gebildete Reichskommissariat Ukraine erlangte nach zwei Gebietserweiterungen schließlich im September 1942 seine endgültige Gestalt.

Der erste dokumentierte Massenmord an Roma in der Oblast Volyn (Wolhynien) ereignete sich am 16. April 1942, als Angehörige der deutschen Gendarmerie und ukrainischen Hilfspolizei in der Siedlung Lokači (polnisch Łokacze) 114 Roma erschossen.⁴ Eine Beschreibung dieses Massakers findet sich in den Erinnerungen von Michael Diment, der das Ghetto in Lokači überlebte:⁵ »Am 16. April erhielt der Judenrat den Befehl, 30 starke Männer mit Schaufeln für den nächsten Tag bereitzustellen. Dies löste sofort Panik aus. Warum plötzlich mit Schaufeln? Alle Gespräche drehten sich um den nächsten Tag und die kommenden Ereignisse, alle dachten darüber nach, wohin die Männer geschickt werden könnten. Um fünf Uhr morgens nahm ein Wachtmeister in Gestapo-Uniform mit zehn Milizionären [Hilfspolizisten] die 30 Männer mit. Sie entfernten sich in Richtung Kozlov. Wir sahen ihnen voller Entsetzen nach. Sie gingen auf einen Hügel in der Nähe des Ziegelwerks. Dort hielt die Kolonne. Neben dem Werk warteten seit dem gestrigen Tag Fuhrwerke mit Zigeunern darauf. Das erzählten die Bauern im »Park« [in den Werkstätten]. Kurz darauf hörten wir Schüsse und fürchterliche Schreie. Wir waren verwirrt. Was war da los? Die Schreie verstummten, aber Schüsse waren weiterhin zu hören. Moshe Schwartz kehrte ins Ghetto zurück. Er war sehr verängstigt und sagte: »Ich bin gekommen, um weitere 10 Männer für die Beerdigung der niedergemetzelten Zigeuner zu holen.« Am Mittag kehrte die ganze Einheit zurück: schmutzig, in Tränen aufgelöst und sehr verbittert. Die starken Männer, die von

3 Nicht einberechnet sind hierbei die heutige Oblast Transkarpatien, die von 1939 bis 1944 zu Ungarn gehörte, sowie die damals sowjetrussische Krim, wo laut Volkszählung von 1939 insgesamt 2.064 Roma lebten.

4 Martin Dean, Samuel Fishman, »Lokacze«, in: Geoffrey P. Megargee, Martin Dean (Hrsg.), *Encyclopedia of Camps and Ghettos, 1933–1945*, Bd. 2: *Ghettos in German-Occupied Eastern Europe*, Bloomington/Indiana 2012, S. 1406 ff.

5 Michael Diment, *The Lone Survivor. A Diary of the Lukacze Ghetto and Svyntukhy, Ukraine*, New York 1992, S. 76 ff.

diesem Massaker zurückkehrten, erzählten von 114 Zigeunern. Die Deutschen hatten sie in den umliegenden Dörfern eingesammelt und zur Böschung des Hügels gebracht. Sie versprachen den Festgenommenen, dass für alles gesorgt werden würde, was sie brauchten: Verpflegung, Land und Unterkunft. Den Zigeunern wurde gesagt, sie würden sich niederlassen [können], sodass sie nicht mehr in den Dörfern betteln müssten, um Essen zu erhalten. Die Milizionäre erzählten, die Zigeuner hätten vor Freude die ganze Nacht getanzt, gesungen und Geigen gespielt, zusammen mit ihren Kindern, die neue Kleidung trugen. Am Morgen, als die Miliz eintraf, schliefen alle Zigeuner noch. Sie wurden schnell geweckt und aufgefordert, sich am Hügel aufzustellen, angeblich zur Zählung. Als sie alle schließlich dastanden, tat der Chef der ukrainischen Milizionäre so, als würde er zum Wachtmeister gehen, um das Kommando zu übergeben, aber sobald er sich weit genug entfernt hatte, eröffneten der Wachtmeister und andere versteckte Polizisten das Feuer. Die Zigeuner konnten nicht entkommen – sie standen wie an einer Wand. Kleine Kinder versteckten sich unter den Rücken ihrer Mütter, wo sie den Tod fanden. Die Mörder erschossen auch die Babys, wobei sie von Wiege zu Wiege gingen. Unmittelbar nach dem Massaker durchsuchten die Polizisten die Leichen nach Schmuck. »Wir« [sagten die Männer abschließend,] »hoben tiefe Gruben aus, sammelten die Leichen ein und verscharrten sie in einem Massengrab. Einige von ihnen waren noch am Leben.« Die schrecklichen Ereignisse und das grausame Schicksal der Zigeuner lösten im Ghetto wahnsinnige Verzweiflung aus.«

Am 2. Juni 1942 erschoss die deutsche Gendarmerie im Dorf »Šilovoda« (der Name ist eindeutig verzerrt wiedergegeben) 64 Roma.⁶ In einem Dienstvermerk vom 17. August 1942 hielt der Kommandeur der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes (SD) für den Generalbezirk Wolhynien und Podolien die Erschießung von insgesamt 76 »Zigeunern« in Kamen’-Kaširskij und Kovel’ fest.⁷

Aus den Zeugenaussagen des jüdischen Mädchens Ženja Černjavskaja geht hervor, dass 20 Pferdefuhrwerke voller Roma in der Siedlung Berestečko zur Erschießung geführt wurden. Im Jahr 1942 wurden circa 30 Roma in Ratno ermordet, im Frühjahr 1943

6 Vgl. Central’nyj Gosudarstvennyj Archiv vysšich organov vlasti i upravlenija Ukraïny [Zentrales Staatliches Archiv der Obersten Regierungs- und Verwaltungsorgane der Ukraine – CGAVOVU Ukraïny], f. 3.676, op. 4, d. 317, l. 29, Lagebericht des Höheren SS- und Polizeiführers Ukraine, Befehlshaber der Ordnungspolizei, für die Zeit vom 1. bis 30.6.1942.

7 Vgl. Instytut Pam’ioci Narodowej [Institut für Nationales Gedenken], *Zbiór zespołow szczatkowych jednostek SS i policji* [Sammlung von Restbeständen der SS- und Polizeieinheiten], sygn. 77, Bl. 3. Laut ASK-Materialien wurden im August 1942 in Kamen’-Kaširskij über 100 und in Kovel’ circa 150 Roma erschossen. Vgl. Gosudarstvennyj archiv Rossijskoj Federacii [Staatsarchiv der Russischen Föderation] (GARF), f. 7021, op. 55, d. 13, l. 222ob; ebd., f. 7021, op. 55, d. 11, l. 32ob.

rund 50 in Zabolot'e. Im selben Jahr wurden im Dorf Vyderta (Rayon Kamen'-Kaširskij) weitere 50 bis 60 Roma getötet.⁸ Es gibt auch Hinweise darauf, dass »im Sommer 1941« in Gorochov auf Anweisung des Gebietskommissars Ernst Härter »circa 850 [!] Zigeuner, darunter Frauen und Kinder, erschossen wurden.«⁹

In den nördlichen Rayons der Oblast Ternopol', die von 1941 bis 1944 als Kreisgebiet Kremenez zum Generalbezirk Wolhynien und Podolien gehörten, fand im August 1942 im Hof des Gefängnisses von Kremenez die Erschießung von 20 »Zigeunern« – Männern, Frauen und Kindern – statt.¹⁰

Zur Oblast Rovno finden sich in den Materialien der Außerordentlichen Staatskommission lediglich zwei Massenmorde an Roma. Demnach wurden am 26. August 1942 circa 200 Roma in Sarny erschossen, während im Vormonat bereits 15 Roma im Dorf Voronki (Rayon Vladimirec) ermordet worden waren. Laut sowjetischen Geheimdienstermittlungen folgte im Oktober 1942 eine weitere Erschießung in der Siedlung Vladimirec mit 15 bis 20 Opfern.¹¹

Aus den Dokumenten der Besatzungsverwaltung geht hervor, dass der Gebietskommissar in Kostopol', Heinz Löhnert, am 22. April 1942 dem Generalkommissar für Wolhynien und Podolien, Kurt Klemm, meldete, dass »auf Anweisung« 92 »Zigeuner« in das

Arbeitslager in Ljudvipol' (deutsch Ludwipol, heute Sosnowoe) eingeliefert worden seien.¹² Diese Roma wurden höchstwahrscheinlich bald darauf ermordet.

Der Chef des Rayons Korec befahl der Polizei des Dorfs Vysock am 17. November 1942, zwei »Zigeunerfamilien« aus Bogdanovka »auszusiedeln.«¹³ Sehr wahrscheinlich wurden diese Familien von der Polizei erschossen. In Korec selbst wurden im Dezember 1942 fünf Roma auf dem Friedhof getötet.¹⁴

In Massenmorde an Roma waren auf dem Territorium der Oblast Rovno auch Angehörige der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) und der Ukrainischen Aufständischen Armee (UPA) involviert, die einen radikalen Antiziganismus vertraten. So ermordete der Sicherheitsdienst der OUN (SB OUN) im Oktober 1943 in Novomalin nahe der Stadt Ostrog eine Gruppe Roma als angeblich »unzuverlässige Elemente.«¹⁵

Zur Oblast Kamenez-Podol'sk (heute Chmel'nickij) liegen keine Materialien der Außerordentlichen Staatskommission vor. Andere Quellen belegen jedoch, dass der Völkermord an den Roma auch hier durchgeführt wurde. So enthält ein Brief des Chefs der Gendarmerie im Kreisgebiet Kamenez-Podolsk, Gendarmeriemeister Fritz Jakob, an den Generalleutnant der Polizei, Querner, in Hamburg vom 21. Juni 1942 Hinweise, dass in diesem Kreisgebiet Erschießungen von Roma stattfanden: »Wir schlafen hier nicht. Wöchentlich drei bis vier Aktionen. Einmal Zigeuner und ein andermal Juden, Partisanen und sonstiges Gesindel.«¹⁶ Es liegen ferner Informationen vor, dass 1942 in Deražnja sämtliche Bewohner des Roma-Dorfs Kajtanovka erschossen wurden. Die Zahl der Opfer soll sich auf 450 Personen belaufen haben.¹⁷

Im Sommer 1942 erhielten ukrainische Polizisten des Dorfs Antonovka den Befehl, ungefähr 20 Roma nahe Proskurov (heute Chmel'nickij) festzunehmen. Über die Umsetzung dieses Befehls sagte ein ehemaliger Polizist im Zuge eines sowjetischen Geheimdienstverfahrens aus: »Wir gingen, mit Gewehren bewaffnet, zu

8 Vgl. Yad Vashem Archives (YVA), O.33, file 8531, Bl. XIII; Volodymyr Denysjuk, Ivan Denysjuk, *Ratnivščyna. Istoryko-krajeznawčyj narys* [Der Rayon Ratno. Eine historisch-heimatkundliche Skizze], Luc'k 1998, S. 68. Andernorts ist davon die Rede, dass Ende September 1942 in Ratno zwölf Roma erschossen worden seien. Vgl. Viktor Andrijanov, Anatolij Moskalenko, *Polyn' čužbiny. Političeskij roman* [Wermut aus der Fremde. Ein politischer Roman], Moskau 1987, S. 220; Polikarp Šafeta, *Stroku давности не існує* [Eine Verjährungsfrist gibt es nicht], Kiew 1984, S. 134; Bessonov, »Genocid cygan Ukrainy« [Der Genozid an den Zigeunern der Ukraine], S. 9. Die Erschießung im Dorf Vyderta soll im September 1943 stattgefunden haben. Nach anderen Angaben sollen in dem Dorf über 500 Roma erschossen worden sein. Vgl. O. Pyrožnyk, »Volyn's'ki cygany prahnut' rozuminnja« [Wolhynien-Zigeuner suchen nach Verständigung], in: *Volyn' (nezaležna hazeta)* [Wolhynien (unabhängige Zeitung)], 12.4.2012. Diese Zahl dürfte deutlich zu hoch angesetzt sein.

9 Vgl. Bundesarchiv (BArch), B 162/3878, Verfügung der Staatsanwaltschaft Oldenburg in der Strafsache gegen Härter und andere vom 24.6.1968, Bl. 301. Die Glaubwürdigkeit dieser Information ist äußerst fragwürdig.

10 Vgl. BArch, B 162/7494, Aussage des ehemaligen Oberaufsehers im Gefängnis Kremenez, Vasilij Navrockij, vom 16.1.1970, Bl. 336.

11 Vgl. GARF, f. 7021, op. 71, d. 70, l. 24, Aussage der Zeugin Fanja Švarc gegenüber der Staatsanwaltschaft des Rayons Sarny vom 23.11.1944; ebd., l. 69, Vorläufige Statistik [der ASK] über die Zahl der von den deutsch-faschistischen Okkupanten ermordeten und zur Zwangsarbeit verschleppten Bürger der Stadt Sarny und des umliegenden Rayons, 14.4.1944; ebd., d. 44, l. 4, ASK-Bericht vom 2.6.1945. Nach Angaben des Zeugen Iosif Slivkin aus Vladimirec erschossen deutsche Gendarmerie und ukrainische Polizei im Juli 1942 in Voronki 13 Männer und eine Frau als vermeintliche Partisanen (ebd., l. 7.). Der ehemalige Vorsitzende des Dorfsowjets von Vladimirec, Sergej Kovlev, sagte aus, dass außerhalb von Stepangorod 15 »Zigeuner« erschossen worden seien (ebd., l. 8.); United States Holocaust Memorial Museum (USHMM), RG-31.018M.0081, Aussage des Zeugen A. A. Prychod'ko vom 26.2.1974.

12 Vgl. Tjahlyj (Hrsg.), *Peresliduvannja*, S. 23.

13 Vgl. Mychajlo Tjahlyj, »Stavlennja miscevoho naselennja v okupovanij Ukraïni do peresliduvannyh romiv (1941–1944)« [Die Einstellung der lokalen Bevölkerung in der okkupierten Ukraine gegenüber den verfolgten Roma (1941–1944)], in: Ders. (Hrsg.), *Henocid romiv Ukraïny v period Druhoj svitovoi vjny. Jvččennja, vykladannja, komemoracija. Materialy nauko-vo-praktyčnoj konferencii m. Kyiv, 4 žovtnja 2016 r.* [Der Genozid an den Roma der Ukraine in der Zeit des Zweiten Weltkriegs. Studien, Lehren, Erinnerung. Materialien der wissenschaftlich-praktischen Konferenz in der Stadt Kiew am 4. Oktober 2016], Kiew 2016, S. 126–158, hier: S. 137.

14 GARF, f. 7021, op. 71, d. 54, k. 14ob, Aussage der Zeugin Anna Baranočnikova gegenüber der Staatsanwaltschaft des Rayons Korec vom 29.11.1944.

15 Vgl. Tjahlyj, »Stavlennja miscevoho naselennja«, S. 136.

16 Ernst Klee, Willi Dreßen, Volker Rieß (Hrsg.), »Schöne Zeiten«. *Judenmord aus der Sicht der Täter und Gaffer*, Frankfurt am Main 1988, S. 150.

17 David Chapin, Ben Weinstock, Martin Dean, »Deražnja«, in: Megargee, Dean (Hrsg.), *Encyclopedia of Camps and Ghettos, 1933–1945*, Bd. 2, S. 1347.



Links: Denkmal für ermordete Roma in Babyn Jar, 2021
Foto: picture alliance/ dpa/dpa-Zentralbild | Britta Pedersen

Unten: Karte des Reichskommissariats Ukraine
Abbildung: XrystD / John Nennbach, CC BY-SA 3.0



Fuß in Richtung Proskurov. Bevor wir den Ort Ružičnja erreichten, sahen wir auf der Wiese die Zelte von Zigeunern, die ihre Pferde weideten. Wir kamen zu ihrem Lager (tabor) und befahlen ihnen, sich zu versammeln. Es waren um die 20 Zigeuner mit vier Fuhrwerken. Letztere gehorchten, spannten die Pferde an, setzten ihre Familien auf die Fuhrwerke und wir eskortierten sie alle in das Dorf Antonovka, wo uns Angehörige der Polizei von Jarmolincy erwarteten. Wir übergaben ihnen die Zigeuner und sie trieben sie mit den Fuhrwerken zur Siedlung Jarmolincy. Welches Schicksal die Zigeuner ereilte, weiß ich nicht.«¹⁸

Im Sommer 1943 griffen ukrainische Polizisten nahe der Stadt Kameneč-Podol'sk circa 50 Roma auf, die sie gemeinsam mit deutschen Polizisten in einer Sandgrube bei Makov (Rayon Dunaevcy) erschossen. Anfang 1943 ließ der örtliche Kommandant in Pečeski (Rayon Proskurov) fünf Roma verhaften, die anschließend in Proskurov erschossen wurden.¹⁹

In der Oblast Žitomir hat die Kommission mehrere Massenmorde festgestellt. So wurden im Juni 1942 circa 300 Roma in Malin und 60 in Janušpol' (heute Ivanopol') erschossen. Hinzu kommen 32 Roma, die in Golyši (Rayon Olevsk) ermordet wurden. Erschießungen ereigneten sich auch in einem westlich von Bogunija bei Žitomir gelegenen Wald sowie im Rayon Radomyšl'. In Žitomir selbst wurden im Juli 1942 sieben oder acht Roma-Familien verhaftet und später erschossen.²⁰

Laut einer Zeugenaussage soll es in Novograd-Volynskij (heute Svjagal') ein »Zigeunerlager« (Internierungslager) gegeben haben, das Anfang 1943 unter Erschießung sämtlicher Insassen liquidiert worden sei. Nach Recherchen des Journalisten Vladimir Litvinov wurde Ende Februar 1943 eine Gruppe von 26 »Zigeunern« in der Oblast Žitomir festgenommen und in das Konzentrationslager Płaszów (poln. Płaszów) bei Krakau (Polen) deportiert. Von dort seien die Kinder später in ein Lager in Lodz (polnisch Łódź) – vermutlich das Jugendverwahrlager der Sicherheitspolizei – verlegt worden, von wo sie 1945 in ihre Heimat zurückkehren konnten. Die Erwachsenen seien zur Zwangsarbeit nach Deutschland und später Frankreich verschleppt worden.²¹

18 Ebd.

19 Vgl. Tjahlyj, »Stavlennja miscevoho naselelnja«, S. 146. Zitat ebd.

20 Vgl. GARF, f. 7021, op. 60, d. 303, l. 10, Aussage der Zeugin Efosinija Kolodij gegenüber der ASK vom 30.5.1945; ebd., d. 317, l. 67, ASK-Bericht betr. Dorfsowjet Janušpol vom 15.4.1945. Laut Tätigkeitsbericht des Militärstaatsanwalts der Ersten Ukrainischen Front für den Monat Februar 1944 wurden Anfang Juni 1942 80 Roma erschossen. Vgl. ebd., op. 64, d. 812, l. 173; ebd., op. 60, d. 307, l. 6, ASK-Bericht über das Dorf Goliši im Rayon Olevsk vom 25.5.1945; BArch, B 162/7340, ASK-Bericht zur Oblast Žitomir vom 5. bis 10.2.1944; BArch, B 162/7323, Bl. 317, Abschlussbericht der Zentralen Stelle Ludwigsburg zum Ermittlungsverfahren II 204a AR-Z 126/67 vom 10.1.1975; Tjahlyj, »Stavlennja miscevoho naselelnja«, S. 148.

21 Vgl. BArch, B 162/7357, Aussage der Zeugin Geni Lis vom 13.12.1965, Bl. 83;

Aus der Oblast Vinnica sind zwei Massenmorde überliefert, die beide im Juni 1942 begangen wurden. In Litin wurden 76 und in Kazatin 16 Roma erschossen.²²

In der Oblast Kiew (nach den Grenzen von 1941, das heißt inklusive der heutigen Oblast Čerkassy) begann die Ermordung der Roma im Februar 1942, als in Korsun' zwei Familien, bestehend aus 14 Personen, erschossen wurden. Im März 1942 wurde in der Siedlung Lysjanka eine Gruppe Roma ermordet. Die genaue Zahl der Opfer ist nicht bekannt. Nur wenig später, im Mai 1942, wurden 52 Roma-Familien aus dem gesamten umliegenden Rayon in der Stadt Vasil'kov, circa 250 Roma im August 1942 in der Siedlung Obuchov (gleichnamiger Rayon) erschossen. Dieses Verbrechen beging die deutsche Gendarmerie gemeinsam mit der ukrainischen Hilfspolizei.²³ Weitere 120 Roma wurden nahe des Dorfs Belozor'e in der Nähe der Stadt Smela (Rayon Čerkassy) erschossen.²⁴

Auch in Kiew selbst ermordeten die Besatzer Roma, wobei der genaue Zeitpunkt umstritten ist. Nach Angaben von Il'ja Levitas sollen bereits in den ersten Tagen der Okkupation, noch vor der großen Judenerschließung vom 29. und 30. September 1941, die Insassen dreier »Zigeunerlager (tabora)« aus dem Kiewer Stadtteil Kureněvka erschossen worden sein. Levitas führt allerdings keine Quellen an. Ljudmila Zavorotnaja, die während des Kriegs neben Babyn Jar wohnte, berichtete 1997 hingegen, dass Roma dort ermordet worden seien. Sie habe selbst gesehen, wie »Zigeunerwagen« an ihrem Haus vorbeifahren. Dies habe sich allerdings lange nach der großen Judenerschließung zugetragen. Ein weiterer Zeitzeuge, Professor Ivan Žitov, gab an, dass Roma »ungefähr zwei bis drei Monate« nach den Juden erschossen worden seien, also zwischen Ende 1941 und Anfang 1942.²⁵

Vladimir Litvinov, *Operacija »Černyj djatel«. Dokumental'naja povest'* [Operation »Schwarzer Specht«. Eine dokumentarische Erzählung], Kiew 1981.

22 Gosudarstvennyj archiv Vinnickoj oblasti [Staatliches Archiv der Oblast Vinnica], f. 1683, op. 1, d. 13, l. 86; GARF, f. 7021, op. 54, d. 1247, l. 158, ASK-Bericht über die Stadt Kazatin vom 13.4.1945.

23 GARF, f. 7021, op. 65, d. 521, l. 4, ASK-Bericht über den Dorfsowjet Obuchov vom 7.12.1943.

24 Vgl. USHMM, RG-31.018M.0006.00001699, 1733, Vernehmungen des ehemaligen Chefs der ukrainischen Hilfspolizei im Amtsbezirk (volost') Korsun, D. A. Ziničenko, vom 13.8. und 1.9.1945; YVA TR.18/36, Aussage des ehemaligen Angehörigen der Hilfspolizei im Rayon Lysjanka, Jakov Kolomyjca, vom 29.11.1952; Svitlana Holovko (Hrsg.), *Kyivs'kyj proces. Dokumenty ta materialy* [Der Kiewer Prozess. Dokumente und Materialien], Kiew 1995, S. 96; Bessonov, »Genocid cygan Ukrainy«, S. 10.

25 Vgl. Il'ja Levitas, »Nerazgadannje tajny Bab'ego Jara« [Ungelöste Geheimnisse von Babyn Jar], in: *Evrejskie vesti (Kiev)* [Jüdische Nachrichten (Kiew)], 1993, H. 17/18. Il'ja Michajlovič Levitas (1931–2014), Historiker und Person des öffentlichen Lebens, war u.a. Präsident des Rats der Nationalen Gesellschaften der Ukraine, Präsident des Jüdischen Rats der Ukraine sowie Vorsitzender der Stiftungen »Gedenken an die Opfer des Faschismus in der Ukraine«, »Erinnerung an

Laut Einwohnerzählung der Stadtverwaltung lebten am 1. April 1942 noch 40 »Zigeuner« in Kiew.²⁶ Möglicherweise waren es diese Roma, von denen die beiden sprachen. Ljudmila Zavorotnaja allerdings war keine Augenzeugin der eigentlichen Erschießung, sondern sah nur, wie die Roma an ihrem Haus in der Babyn-Jar-Straße 1 auf ihren Wagen vorbeigeführt wurden. Folglich konnte sie den genauen Tatort nicht angeben. In ihren Zeugenaussagen von 1967 und 1980 hatte sie die Roma-Erschießung zudem gar nicht erwähnt.

Erschießungen von Roma fanden in Kiew während der gesamten Besatzungszeit statt. So werden in einer »Namensliste der zur Sonderbehandlung [das heißt Erschießung] vorgesehenen Verbrecher«, die am 1. April 1943 in der Behörde des Kommandeurs der Sicherheitspolizei und des SD in Kiew zusammengestellt wurde, auch zwei Roma aufgeführt – Odarka Burkovskaja und Aleksej Burkovskij. In den Opferlisten der Stadt Kiew werden insgesamt zwölf erschossene Roma erwähnt.²⁷ Dabei handelt es sich jedoch lediglich um eine Mindestzahl.

In der Oblast Poltava setzte die systematische Verfolgung und Vernichtung der Roma mutmaßlich bereits im Herbst 1941 ein, als das Gebiet noch unter der Verwaltung von Militärkommandanturen stand. So sagte der ehemalige Chef der ukrainischen Hilfspolizei der Stadt Kobeljaki, Konstantin Iordan, am 21. September 1944 aus: »Ende September und Anfang Oktober 1941 war ich etwa zwei Wochen lang in Kremenčuk, wo ich meinen Bruder suchte, der in einem Kriegsgefangenenlager sein sollte. Als ich aus Kremenčuk zurückkehrte, erzählte mir [der Polizist] Suprun, dass die Deutschen in meiner Abwesenheit in der Sanatorskaja-Schlucht, die 1,5 Kilometer von der Stadt Kobeljaki entfernt liegt, 80 Zigeuner erschossen hätten, die ein deutsches Lagerhaus ausgeraubt hatten.«²⁸

Babyn Jar« und »Scholem Aleichem«. Dmytro Tabačnyk u.a. (Hrsg.), *Babij Jar. Čelovek, vlast', istorija. Dokumenty i materialy v 5 knigach. Kniga 1. Isoričeska-ja topografija. Chronologija sobytij. Sostaviteli Tat'jana Evstaf'eva i Vitalij Nachmanovič* [Babyn Jar. Mensch, Macht, Geschichte. Dokumente und Materialien in fünf Büchern. Buch 1. Historische Topografie. Chronologie der Ereignisse. Zusammengestellt von Tat'jana Evstaf'eva und Vitalij Nachmanovič], Kiew 2004, S. 86; CGAVOVU Ukrainy, f. 4620, op. 3, d. 243a, l. 14. Ivan Nikolaevič Žitov war Professor am Kiewer Institut für Forstwirtschaft.

26 Gosudarstvennyj archiv Kievskoj oblasti [Staatliches Archiv der Oblast Kiew], f. r-2360, op. 12, d. 14, l. 6.

27 Valerij Smolij u.a. (Hrsg.), *Kyiv. Vijnna, vlada, suspil'stvo. 1939–1945 rr. Za dokumentamy radjans'kych speclšub ta nacists'koj okupacijnoji administracij* [Kiew. Krieg, Macht, Gesellschaft. 1939–1945. Nach den Dokumenten der sowjetischen Geheimdienste und der nationalsozialistischen Besatzungsverwaltung], Kiew 2014, S. 719. Nacional'nyj istoryko-memorial'nyj zapovidnyk Babyn Jar [Nationaler historischer Gedenkpark Babyn Jar], *Spyšky rozstriljanych pid čas okupacij Kyjeva v 1941–1943 rokach* [Listen der Opfer, die während der Okkupation Kiews von 1941 bis 1943 erschossen wurden], vgl. <http://babynjar.gov.ua/p> (11.6.2023).

28 USHMM, RG-31.018M.0006.00002033, Vernehmung von Konstantin Iordan durch den UNKVD der Oblast Izmail (heute Teil der Oblast Odessa), 21.9.1944.

Am 18. Mai 1942 erschoss das Sonderkommando Plath – benannt nach dem Kommandoführer SS-Hauptsturmführer Karl-Julius Plath – in Pirjatin (Rayon Lubny) 25 »zigeunerische« und jüdische Familien, insgesamt 163 Personen, davon die meisten Roma. Im Jahr 1942 wurden ferner 61 Roma in der Siedlung Zen'kov (gleichnamiger Rayon, heute Rayon Poltava) ermordet. Ab Ende Dezember 1941 war dort für einige Monate das 303. Polizeibataillon unter dem Kommando des Polizeimajors Robert Franz disloziert. Es ist möglich, dass dieses Bataillon die Erschießung durchführte. Auch in der Siedlung Čutovo (gleichnamiger Rayon) wurde eine Gruppe Roma erschossen. In Poltava selbst wurden im Oktober 1942 circa 65 Roma gefangengenommen und in einem außerhalb der Stadt in Richtung Charkow liegenden Wald umgebracht. Im Jahr 1943 gab es zwei weitere Massenmorde: Im Februar wurden 25 Roma in Kobeljaki erschossen, im April circa 250 in Lubny.²⁹

In der Oblast Kirovograd (nach den Grenzen von 1941) begann die Ermordung der Roma bereits Anfang September 1941, als der Stab der Einsatzgruppe C im Rayon Novoukrainka sechs »Zigeuner« erschießen ließ. Überdies liegen Informationen vor, dass im Winter 1941/42 in Novoukrainka 50 Roma unter Beteiligung der 1. Kompanie des Reserve-Polizeibataillons 69 erschossen wurden. Die systematische Vernichtung der Roma begann jedoch auch hier im Mai 1942. Damals wurden in der Getreidesowchose »Lenin« (Rayon Novoukrainka) 72 Roma getötet. Ebenso viele Roma fielen einer Erschießung im Dorf Janyč (Rayon Čigirin, heute Oblast Čerkassy) zum Opfer. Ungefähr 1.000 Roma wurden 1942 in das Gefängnis von Kirovograd (heute Kropivnickij) getrieben und bald darauf ermordet.³⁰ Organisiert wurde die Vernichtung der Roma

29 Vgl. Gosudarstvennyj archiv Poltavskoj oblasti [Staatliches Archiv der Oblast Poltava], f. r-3388, op. 1, d. 1086, l. 1; GARF, f. 7021, op. 70, d. 950, l. 9, Mitteilung des Exekutivkomitees des Rayons Zen'kov der Oblast Poltava vom 15.5.1944 über Gräueltaten der deutschen Eindringlinge im Rayon Zen'kov; BArch, B 162/4048, Aussage von Valentin Jochim, der von April 1942 bis September 1943 als Polizeiwachtmeister in Poltava war, vom 13.2.1964, Bl. 200 f.; GARF, f. 7021, op. 70, d. 1119, ll. 28–47, hier: l. 37, ASK-Bericht über den Rayon Kobeljaki vom 27.2.1944; ebd., f. 7021, op. 70, d. 981, l. 15, Eingabe des Bewohners des Dorfs Vil'sanka im Rayon Lubny, Pantelejmon Gerasimenko, an die ASK des Rayons Lubny, o.D. [April 1944]; Bessonov, »Genocid cygan Ukrainy«, S. 12.

30 Vgl. BArch, R 58/217, Ereignismeldung UdSSR Nr. 94 vom 25.9.1941, Bl. 321; GARF, f. 7021, op. 148, d. 44, ll. 53–53ob, Vernehmung des Zeugen Petr Zaccarinskij im sowjetischen Speziallager 258 vom 6.4.1943; ebd., f. 7021, op. 66, d. 123, l. 136ob; ebd., f. 7021, op. 66, d. 122, ll. 138–140, ASK-Bericht über die Stadt Kirovograd vom 1.4.1944; Gosudarstvennyj archiv Kirovogradskoj oblasti [Staatliches Archiv der Oblast Kirovograd], f. R-6656, op. 2, d. 1, ll. 1–7, Bescheinigung des NKGB der Oblast Kirovograd über Gräueltaten der deutschen Okkupanten in der Stadt Kirovograd, 1.3.1946; ebd., ll. 62–63, ASK-Bericht über den Rayon Čigirin, o.D. [1944]; ebd., f. R-1004, op. 1, d. 35, ll. 8–9; Wolfgang Curilla, *Die deutsche Ordnungspolizei und der Holocaust im Baltikum und in Weißrussland 1941–1944*, Paderborn, München 2005, S. 798.

vom Leiter der Sicherheitspolizei, SS-Hauptsturmführer Walter Braunschmidt.

Im August 1943 erschossen deutsche und ukrainische Polizisten in einer Schlucht bei der Ortschaft Ternovaja Balka (Rayon Kompaneevka) 30 bis 40 Roma, die der Partisanentätigkeit beschuldigt wurden. Weitere 19 Roma erschossen ukrainische Polizisten im Sommer 1943 neben einem Sägewerk in der Nähe des Dorfs Cibulëvo (Rayon Znamenka, heute Rayon Kirovograd).³¹

In der Oblast Dnepropetrovsk wurde bereits im Spätherbst 1941 eine Gruppe Roma in einem Panzerabwehrgraben nahe der Stadt Nikopol' erschossen. Laut bundesdeutschen Nachkriegsermittlungen erteilte der Gebietskommissar von Krivoj Rog, Dr. Hans Frick, im Juni 1942 die Anweisung zu einem weiteren Massenmord. Es ist möglich, dass hier die Erschießung von 300 Roma in Širokoe (Rayon Krivoj Rog) aus dem Jahr 1943 gemeint ist.³²

Als das Gebiet der Oblast Zaporoz'ë im September 1942 in das Reichskommissariat Ukraine aufgenommen wurde, war der Völkermord an der dortigen Roma-Bevölkerung bereits abgeschlossen. Sämtliche überlieferten Massenmorde dort fallen in den Zeitraum zwischen Oktober 1941 und Februar 1942, als das Gebiet noch unter Militärverwaltung stand. Die Gesamtopferzahl beläuft sich auf circa 600 Roma (siehe Tabelle 1).

Im März 1942 übergab die Ortskommandantur I/882 in Michajlovka der Sicherheitspolizei in Melitopol' weitere 40 Roma. In ihrem Lagebericht an die vorgesetzte Feldkommandantur 774 schrieb die Ortskommandantur über diese Roma: »Sie hatten den Winter über auf einem Kolchos in Beloserka gearbeitet, dann aber zum Teil die Weiterarbeit verweigert und andere zur Arbeitseinstellung aufgewiegelt. Sie wurden erschossen.«³³ Es fällt auf, dass sich die Militärverwalter im März 1942 noch verpflichtet sahen, einen (vermutlich vorgeschobenen) Grund für die Maßnahmen gegen Roma anzuführen.

Die Morde an Roma im Oktober 1941 begingen wahrscheinlich deutsche Soldaten, die die Gebiete einnahmen. Michajlovka zum Beispiel wurde mit dem 5. Oktober 1941 genau an dem Tag besetzt, an dem der Mord an den dortigen Roma erfolgte. In Moločansk waren die Roma zunächst in das Gefängnis verbracht worden. Ihre Erschießung führte das Einsatzkommando

12 gemeinsam mit einheimischen Hilfspolizisten durch. Auch die nachfolgenden Massenmorde vom Januar und Februar 1942 verübten Einheiten der Einsatzgruppe D, und zwar das Einsatzkommando 12 (Guljajpole und Pologi) und das Sonderkommando 10a (Melitopol').

In Zaporoz'ë selbst (alter Teil) wurden im Oktober 1941 26 »Zigeuner« registriert.³⁴ Das Schicksal dieser Roma ist nicht bekannt. Es ist wahrscheinlich, dass sie 1942 ermordet wurden.

In der Oblast Nikolaev (nach den Grenzen von 1941, das heißt inklusive Cherson) fand der erste Massenmord an Roma bereits im September 1941 statt, als das Einsatzkommando 12 »auf dem Wege nach Cherson in der Nogaischen Steppe Erschießungen eines Zigeunertrecks [...] von ca. 120 Personen« durchführte.³⁵ In Nikolaev selbst wurden im Januar 1942 circa 200 Roma erschossen.³⁶ Dieses Verbrechen beging allem Anschein nach ein Teil des Einsatzkommandos 5. Dieser befand sich seit November 1941 in Nikolaev und stand unter dem Befehl von SS-Untersturmführer Hans Sandner. In seinen »handschriftlichen Erklärungen« als Beschuldigter vom 19. Dezember 1945 in Nikolaev datiert er die Erschießung auf den Dezember 1941: »Dezember 1941. Zusammen mit den Kriegsgefangenen wurden 140 Juden und 40 andere Gefangene erschossen. In diesem Monat ging ein Sonderbefehl zur Durchführung einer Zigeuneraktion ein. Es wurden etwa 300 Zigeuner zusammengetrieben, von denen 60 erschossen wurden. Diese Aktion wurde am 14. Dezember durchgeführt.«³⁷

In Cherson wurden allein im Mai 1942 circa 300 Roma ermordet, im Sommer desselben Jahres circa 50 Roma und im Herbst eine Gruppe unbekannter Zahl. Im Jahr 1942 wurden ferner 16 Roma in

34 Vgl. BArch, B 162/1424, Der Leiter der Zentralstelle im Lande Nordrhein-Westfalen für die Bearbeitung von NS-Massenverbrechen bei der Staatsanwaltschaft Dortmund, Verfügung zum Verfahren 45 Js 20/71 vom 20.6.1975, Bl. 321, 325–326. Die Erschießung leitete SS-Untersturmführer Wenzel. Fedir Turčenko u.a. (Hrsg.), *Zaporiz'kyj rachunok Velykij vijni. 1939–1945* [Zaporiz'žjas Tribut an den großen Krieg, 1939–1945], Zaporiz'žja 2013, S. 145.

35 Vgl. BArch, B 162/982, Vernehmung von Karl Becker durch die Kriminalpolizei Berlin vom 23.12.1958, Bl. 351–356Rs, hier: Bl. 356. Karl Becker war ehemaliges Mitglied der 4. Kompanie des 9. Polizeibataillons, die in den ersten Monaten des Feldzugs gegen die Sowjetunion dem Sonderkommando 12 zugeteilt wurde. Über die Datierung und Opferzahl gibt es unterschiedliche Angaben. Vgl. Andrej Angrick, *Besatzungspolitik und Massenmord. Die Einsatzgruppe D in der südlichen Sowjetunion 1941–1943*, Hamburg 2003, S. 252; Holler, *Der nationalsozialistische Völkermord*, S. 80 f.

36 Gazeta »Bugskaja Zarja« [Zeitung »Bug-Dämmerung«] (Nikolaev) vom 11.1.1946.

37 Andrej Jurasov (Hrsg.), *Bez sroka davnosti. Prestuplenija nacistov i ich posobnikov protiv mirnogo naselenija na vremeno okkupirovannoj territorii SSSR v gody Velikoj Otečestvennoj vojny 1941–1945 gg. Sbornik dokumentov. V 2 častjach. Čast' 2* [Ohne Verjährung. Die Verbrechen der Nazis und ihrer Helfershelfer gegen die friedliche Bevölkerung der vorübergehend besetzten Gebiete der UdSSR in den Jahren des Großen Vaterländischen Kriegs 1941–1945. Ein Dokumentenband in zwei Teilen. Teil 2], Moskau 2020, S. 342–347, hier: S. 345.

31 Vgl. Tjahlyj, »Stavlennja miscevoho naselennja«, S. 143.

32 Vgl. BArch, B 162/1565, Abschlussbericht der Zentralen Stelle Ludwigsburg zum Vorermittlungsverfahren 204 AR-Z 13/60 vom 5.3.1965, Bl. 258–274, hier: Bl. 271; ebd., B 162/1563, Vernehmung des ehemaligen stellvertretenden Gebietslandwirts in Krivoj Rog, Wilhelm Kremerskothen, durch das Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen vom 24.10.1960, Bl. 146–149, hier: Bl. 148; Bessonov, »Genocid cygan Ukrainy«, S. 8.

33 BArch, RH 26-444/21, Ortskommandantur I 882 Michajlovka an Feldkommandantur 774, Abt. VII, Genitschesk, Monatlicher Lagebericht vom 9.4.1942, ohne Pag.

Tabelle 1: Morde in der Oblast Zaporoz'ë unter deutscher Militärverwaltung

Tatort	Tatzeit	Zahl der Opfer	Quelle
Michajlovka, gleichnamiger Rayon (heute Rayon Vasil'evka)	5.10.1941	48	GARF, f. 7021, op. 61, d. 18, ll. 46, 47, 119 evakuierte bessarabische Roma
Prišib, Rayon Michajlovka (heute Rayon Vasil'evka)	21.10.1941	60	GARF, f. 7021, op. 61, d. 18, ll. 1ob, 4, 8 evakuierte bessarabische Roma
Moločansk, Rayon Pologi	15.12.1941	81	GARF, f. 7021, op. 61, d. 29, ll. 95–95ob, 98
Guljajpole, gleichnamiger Rayon (heute Rayon Pologi) (Kolchose »Zapovit Lenina [Lenins Testament]«)	Januar 1942	17	GARF, f. 7021, op. 61, d. 11, l. 49
Melitopol', gleichnamiger Rayon	Januar 1942	ca. 100	GARF, f. 7021, op. 61, d. 17, l. 40ob
Pologi, gleichnamiger Rayon	Februar 1942	ca. 300	GARF, f. 7021, op. 61, d. 1, l. 22ob Roma aus dem gesamten Rayon

Tabelle 2: Morde in dem linksufrigen Teil der Oblast Nikolaev unter deutscher Militärverwaltung

Tatort	Tatzeit	Zahl der Opfer	Quelle
Novodmitrovka, Rayon Geničesk	2.3.1942	3	GARF, f. 7021, op. 77, d. 407, ll. 134ob, 135
Sivašskoe, Rayon Geničesk	6.5.1942	37	GARF, f. 7021, op. 77, d. 418, ll. 27–27ob
Bechteri Rayon, Golaja Pristan' (heute Rayon Skadovsk)	13.5.1942	18	GARF, f. 7021, op. 77, d. 409, ll. 3, 13
Pavlovka, Rayon Geničesk	20.5.1942	14	GARF, f. 7021, op. 77, d. 418, l. 7
Preobraženka, Rayon Čaplinka (heute Rayon Kachovka)	27.5.1942	4	GARF, f. 7021, op. 77, d. 427, l. 45
Ivanovka, Rayon Čaplinka (heute Rayon Kachovka)	Mai 1942	22	GARF, f. 7021, op. 77, d. 427, l. 39
Čaplinka, gleichnamiger Rayon (heute Rayon Kachovka)	Mai 1942	19	GARF, f. 7021, op. 77, d. 427, ll. 42–42ob
Kalančak, gleichnamiger Rayon (heute Rayon Skadovsk)	Mai 1942	26	GARF, f. 7021, op. 77, d. 412, l. 4
Novokievka, Rayon Kalančak (heute Rayon Skadovsk)	Mai 1942	24	GARF, f. 7021, op. 77, d. 412, l. 5
Skadovsk, gleichnamiger Rayon	Februar 1942	Gruppe	GARF, f. 7021, op. 77, d. 419, l. 18

Berislav erschossen und am 10. August 1942 eine Gruppe Roma im Dorf Starosoldatskoe (Rayon Baštanka).³⁸

Die Vernichtung der Roma in den linksufrigen Teilen des Dnepr, die heute zur Oblast Cherson gehören, wurde im Wesentlichen im Mai 1942 durchgeführt, das heißt zu einer Zeit, als dieses Gebiet

38 GARF, f. 7021, op. 77, d. 420, l. 134ob, Aussage der Zeugin Ol'ga Dorošenko gegenüber der Militärstaatsanwaltschaft in Cherson vom 31.3.1944; ebd., ll. 153–163ob, hier: l. 156, Schlussfolgerungen der Militärstaatsanwaltschaft in Cherson vom 11.4.1944; Gazeta »Bugskaja Zarja« (Nikolaev) [Bug-Dämmerung] vom

12.1.1946; ebd., 15.1.1946; *Chersonskaja oblast' v gody Velikoj Otečestvennoj vojny 1941–1945* [Die Oblast Cherson in den Jahren des Großen Vaterländischen Kriegs 1941–1945], Odessa 1968, S. 166 f.

noch unter militärischer Verwaltung stand. Ihr fielen insgesamt circa 180 Roma zum Opfer (siehe Tabelle 2).

Bis Juli 1942 gehörte der linksufrige Teil der Oblast Nikolaev zum Einsatzgebiet der Einsatzgruppe D, weshalb man davon ausgehen kann, dass die Massenmorde an Roma in diesem Gebiet von den Sonderkommandos 10a und 10b verübt wurden. In jedem Fall führten Angehörige des Sonderkommandos 10a die Erschießung in Sivašskoe vom 6. Mai 1942 gemeinsam mit einheimischen Polizisten durch.³⁹

Nach dem Stand vom 10. März 1942 lebten auf dem Territorium des Rayons Novotroickoe 40 »Zigeuner«.⁴⁰ Auch wenn in den Materialien der Außerordentlichen Staatskommission keine Informationen zu Erschießungen in diesem Rayon zu finden sind, ist davon auszugehen, dass sie alle im Frühjahr 1942 ermordet wurden.

Die Ermordung der Roma im weißrussischen Teil des Reichskommissariats Ukraine

Aus dem Rayon Chojniki, der unter deutscher Besatzung Teil des Generalbezirks Shitomir war, sind zwei Erschießungen überliefert, denen im Dorf Streličevo sieben und im Dorf Gnoev (heute Vit‘) 40 Roma zum Opfer fielen. Die Täter waren einheimische Hilfspolizisten unter dem Kommando des Chefs der Rayon-Polizei, Aleksandr Ermol‘čik. Erschießungen von Roma fanden auch in der Stadt Mozyr‘ statt, die ebenfalls zum Generalbezirk Shitomir gehörte.⁴¹

In die Stadt Brest, die zum Generalbezirk Wolhynien und Podolien gehörte, wurden im Mai 1942 150 und im September des gleichen Jahres 800 ostpreußische Sinti deportiert, die zuvor im Gefängnis von Białystok interniert waren, wohin sie im Januar und Februar 1942 verbracht worden waren. Die im Mai in Brest

.....

39 Der für die Erschießung der Roma in Sivašskoe angeklagte ehemalige Stellvertreter des Chefs der Ortspolizei, Michael Sche., wurde von der 2. Großen Strafkammer des Landgerichts Kassel als Schwurgericht am 26.9.1991 aus Mangel an Beweisen freigesprochen. Das Urteil ist abgedruckt in Christiaan F. Rüter, Dick W. de Mildt (Hrsg.), *Justiz und NS-Verbrechen. Sammlung deutscher Strafurteile wegen nationalsozialistischer Tötungsverbrechen 1945–1999*, Bd. 48, Lfd. Nr. 910, Amsterdam 2012, S. 243–251.

40 National Archives and Records Administration (NARA), Record Group RG-242, microcopy T-454, roll 91, frame 527. In den Grenzen von 1941. Bei der Gebietsreform von 2020 wurde dieser Rayon aufgelöst und das Territorium zwischen den Rayons Kachovka und Geničesk aufgeteilt.

41 Vgl. Viktor Morozov (Staatsanwalt der Oblast Gomel‘), »Ermol‘čik streljal svo-im žertvam v zatylok« [Ermol‘čik schoss seinen Opfern ins Genick], in: *Chojnik-kija Naviny* vom 20.6.2021, <http://www.hoiniki.by/?p=64974> (11.6.2023); Lev Kornešov, »Vo imja sprevadlivosti« [Im Namen der Gerechtigkeit], in: Ė. A. Kurbatov (Hrsg.), *Karatel‘ živet v Klifone. O fašistskich prispešnikach, ukryvajučichsja v SZA* [Der Vergelter [Täter, Kriegsverbrecher] lebt in Clifton. Über faschistische Handlanger, die sich in den USA versteckt halten], Moskau 1985, S. 5–24, hier: S. 15 f.; Zimmermann, »The Soviet Union«, S. 142.

eingetroffenen Sinti wurden nach einem kurzen Gefängnisaufenthalt freigelassen und in der Stadt mit Wohnraum, Verpflegung und Arbeit ausgestattet. Diejenigen Sinti, die im September eintrafen, wurden in einem Lager untergebracht, von wo aus sie im Februar 1943 in einen Teil des ehemaligen jüdischen Ghettos verlegt wurden. Auch sie wurden zu Arbeiten herangezogen, doch verschlechterte sich ihre Versorgung mit Lebensmitteln stetig. Im Jahr 1943 erreichte die Zahl ostpreußischer Sinti in Brest 975 Personen (davon 13 nachträglich deportiert und zwölf in Brest geboren), während im März 1944 noch 880 verblieben. Der Unterschied von 95 Personen geht vermutlich auf Todesfälle zwischen Mai 1942 und März 1944 zurück. Im April 1944 wurden die verbliebenen Sinti in das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau deportiert, wo die Mehrzahl ums Leben kam.⁴²

Die Gesamtzahl der ermordeten Roma

Aus den oben angeführten Daten ergibt sich für die Zeit von 1941 bis 1943 eine Gesamtanzahl auf dem Gebiet des Reichskommissariats Ukraine von mindestens 7.000 Roma. Diese Opferzahl beinhaltet die rund 780 Roma in den Oblasten Cherson (linksufrig) und Zaporož‘e, die unter Militärverwaltung ermordet wurden. Im Einzelnen verteilt sich die Zahl der Opfer auf die einzelnen Oblaste wie in Tabelle 3 angegeben.

Diese Ziffern geben zweifellos nur ein Minimum wieder. Im Hinblick auf unaufgeklärt gebliebene Morde an Roma sowie den Umstand, dass die Angaben der Staatskommission in der Regel etwas überhöht waren, kann man davon ausgehen, dass die Gesamtzahl 7.000 Opfer übersteigt.

Fazit

Das Schicksal der Roma unterschied sich praktisch nicht von demjenigen der Juden. Auch die Roma unterlagen nur aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit einer vollständigen Vernichtung. Gerechtfertigt wurde dies mit althergebrachten Vorurteilen: »Zigeuner« seien »asoziale Elemente«, Überträger ansteckender Krankheiten, Diebe, Landstreicher, Bettler, Saboteure und Arbeitsscheue, wodurch sie für die deutsche Etappe, die öffentliche Ordnung und die Sicherheit eine

.....

42 Am 16.4.1944 wurden in Auschwitz-Birkenau 852 »Zigeuner« aus Brest (445 Frauen und Mädchen sowie 407 Männer und Jungen) registriert, sodass 28 Personen auf dem Transport verstorben oder geflohen sein müssten. S. zu diesem Komplex ausführlich: Martin Holler, »Deadly Odyssey. East Prussian Sinti in Białystok, Brest-Litovsk, and Auschwitz-Birkenau«, in: Alex J. Kay, David Stahel (Hrsg.), *Mass Violence in Nazi-Occupied Europe*, Bloomington/Indiana 2018, S. 94–120.

Tabelle 3: Gesamtzahl der ermordeten Roma im Reichskommissariat Ukraine

Generalbezirk (dt. Besatzung)	Oblast (sowjetische Zeit)	Zahl der Opfer
Wolhynien u. Podolien	Volyn‘	ca. 500
	Rovno	ca. 400
	Kamenec-Podol‘sk	über 500?
	nördliche Rayons der Oblast Ternopol‘	mehrere Dutzend
Shitomir	Žitomir	ca. 400
	Vinnica	ca. 100
	weißrussische Teile des Reichskommissariats Ukraine	ca. 200?
Kiew	Kiew	über 1.000
	Poltava	ca. 600
Nikolaev	Kirovograd	ca. 1.200
	Nikolaev	ca. 1.000
Dnjepropetrowsk	Dnepropetrovsk	500?
	Zaporož‘e	ca. 600

Gefahr darstellten. In einer Reihe von Fällen wurden »Zigeuner« der Spionage zugunsten der Roten Armee und der Partisanenunterstützung beschuldigt.

Konkrete Anweisungen der zentralen Polizeiorgane des NS-Regimes zur Behandlung der Roma in den okkupierten Gebieten der Ukraine gab es nicht, zumindest wurden bis zum heutigen Tag keine entdeckt. Infolgedessen hing das Schicksal der Roma in den okkupierten Gebieten ganz und gar von den dort stationierten deutschen und lokalen ukrainischen Polizeibehörden ab. Da zwischen »umherziehenden« und sesshaften Roma unterschieden wurde, war für diese beiden Gruppen theoretisch eine unterschiedliche Behandlung vorgesehen. In der Praxis jedoch wurden keinerlei Unterschiede gemacht, sodass die vollständige Vernichtung nur eine Frage der Zeit war. Der Zeitpunkt der einsetzenden Verfolgung unterschied sich dabei in den unterschiedlichen Besatzungszonen der Ukraine. In der militärisch verwalteten Zone, wo vor allem die Einsatzgruppen »Sicherungsmaßnahmen« durchführten, setzte die Vernichtung praktisch unmittelbar ein, sobald die Roma als solche entdeckt waren.

Im Reichskommissariat Ukraine, das der Zivilverwaltung unterstand, blieben die Roma in der ersten Zeit unangetastet. Ihre systematische Ermordung begann hier im Frühjahr 1942. Dies spricht dafür, dass der Höhere SS- und Polizeiführer im Reichskommissariat Ukraine, SS-Obergruppenführer Hans-Adolf Prützmann, die ihm unterstellten Polizeibehörden in diesem Zeitraum anwies, »Zigeuner« wie Juden zu behandeln. Eine identische Anweisung gab am 8. Mai 1942 der Reichskommissar Ukraine an die ihm unterstellten Generalkommissare in Brest-Litowsk, Shitomir, Kiew, Nikolaev

und Dnjepropetrowsk.⁴³ Während jedoch ein Teil der Juden vor der Vernichtung durch Zwangsarbeit ausgebeutet und in Arbeitslager gesteckt wurde, galt diese Regel meist nicht für die Roma. Wo immer sie aufgegriffen oder entdeckt wurden, ermordeten die deutschen Besatzer sie meistens sofort; in seltenen Fällen, wie zum Beispiel in Sarny, wurden sie vor ihrer Vernichtung in ein jüdisches Ghetto eingewiesen.

Das von Alfred Rosenberg geleitete Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete hat erst am 15. November 1943 nach fast anderthalbjähriger Vorbereitung eine Verordnung zur »Behandlung der Zigeuner in den besetzten Ostgebieten« herausgegeben. Gemäß dieser Verordnung sollten »Zigeuner« in »besonderen Lagern und Siedlungen« zusammengefasst und »unter Kontrolle gehalten« werden.⁴⁴ Allerdings spielte diese Verordnung für die Ukraine bereits keinerlei Rolle mehr, da es faktisch niemanden mehr gab, der in die Lager hätte eingewiesen werden können – die »Säuberung« des Reichskommissariats Ukraine von »Zigeunern« war im Herbst 1943 abgeschlossen worden.

Aus dem Russischen übersetzt von Martin Holler.

.....

43 Das Dokument ist abgedruckt in: Tjahlyj (Hrsg.), *Peresliduvannja*, S. 24.

44 Vgl. Zimmermann, *Rassenutopie*, S. 274 f. Im ersten Verordnungsentwurf vom Juli 1942 war vorgesehen gewesen, sämtliche »Zigeuner« unterschiedslos wie die Juden zu behandeln; genauso war mit den »Zigeunermischlingen« zu verfahren, insbesondere wenn sie sich »zigeunerisch« verhielten.

Leben für die Bewahrung der Erinnerung

Gespräche mit Boris Zabarko

Von Katja Makhotina und Boris Zabarko



Boris Zabarko, geboren 1935, ist Überlebender der deutschen Besatzung und des Holocaust in der Ukraine. Seit mehreren Jahrzehnten dokumentiert und erforscht er den Holocaust in der Ukraine, wofür er mehrfach ausgezeichnet wurde. Seit März 2022 lebt er als Kriegsflüchtling in Deutschland.

Veröffentlichungen (Auswahl): (Hrsg.), *Leben und Tod in der Epoche des Holocaust in der Ukraine*, Berlin 2019; (Hrsg.), *Life in the Shadow of Death. Recent Memories about the Holocaust in Ukraine. Testimonies and Documents*, 2 Bde., Melitopol 2019.



Katja Makhotina ist Historikerin an der Universität Göttingen. Sie forscht und publiziert zu Erinnerungskulturen mit Blick auf den Zweiten Weltkrieg und den Holocaust im östlichen Europa. Veröffentlichungen (Auswahl): *Die Blockade Leningrads in Selbstzeugnissen der Familie Mojshes* (Themenheft des Museums Berlin-Karlshorst), Berlin 2022; (zusammen mit Franziska Davies), *Offene Wunden Osteuropas. Reisen zu Erinnerungsorten des Zweiten Weltkrieges*, Darmstadt 2022.

»Jedes Zeugnis, das ich durch mein Herz ließ, weckte in mir einen tiefen Schmerz über die schrecklichste Zeit meines Lebens und auch Schuldgefühle, weil ich so spät mit der Erinnerungsarbeit an die Katastrophe begonnen hatte.«
Boris Zabarko

Sechs Millionen Holocaustopfer – diese Zahl hat sich fest in das deutsche Gedächtnis eingepägt. Nur wenige jedoch nehmen wahr, dass ungefähr eineinhalb Millionen davon ukrainische Juden waren – fast die Hälfte von den insgesamt ermordeten 2,9 Millionen sowjetischen Juden. Boris Zabarko, selbst Überlebender des Ghettos von Scharhorod, hat es sich zur Lebensaufgabe gemacht, diese Opfer in Erinnerung zu rufen. Er war der Erste, der in der unabhängigen Ukraine mit der Sammlung von Zeugnissen der Holocaustüberlebenden begann.

Die Bedeutung dieser Arbeit kann man kaum überschätzen und auch der Umfang der Forschungs-, Schreib- und Editionsarbeit Zabarkos beeindruckt ungemein – hierzulande wäre es die Arbeit eines ganzen Forschungsinstituts. Die Berichte der Überlebenden des Holocaust in der Sowjetunion, und hier konkret in der Ukraine, waren der Forschung jahrzehntelang nicht zugänglich. Das Fehlen dieser Stimmen ist einer der Gründe dafür, dass der sogenannte *Holocaust by bullets*, die zahlreichen Massenerschießungen von Juden außerhalb der Lager, lange Zeit ein blinder Fleck in der deutschen Erinnerungskultur war und vielfach noch ist. Im Gegensatz zu den Insassen der Lager und Ghettos außerhalb der Sowjetunion, die oftmals Berichte verfassen konnten, die der europäischen Öffentlichkeit nun schon lange in veröffentlichter Form zugänglich sind, hatten sowjetische Juden keine Möglichkeit, schriftliche Quellen zu hinterlassen. Ihre Opferperspektive bleibt unbekannt, denn ihr Leben endete sofort nach dem deutschen Einmarsch in zahllosen Massenexekutionen in den deutsch besetzten Gebieten. Die wenigen, die überlebten, konnten während der Sowjetzeit ihre Erinnerungen

nur im Familienkreis verbreiten. Erst nach dem politischen Umbruch 1991 begann die Veröffentlichung ihrer Geschichten in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion.

»Verspätete Zeugnisse«

In der Ukraine war es Boris Zabarko, der den Menschen zuhörte, sich für ihre Geschichten interessierte, sie aufzeichnete und publizierte. Weil der zeitliche Abstand so groß war und die Menschen zum ersten Mal in ihrem Leben öffentlich darüber sprachen, waren ihre Erinnerungen oft sprunghaft, lückenhaft und verschwommen, jedoch nicht weniger traumatisierend – auch nach all den Jahren nicht. Hinzu kam, dass die meisten, die noch Interviews geben konnten, die Besatzungszeit als Kinder oder Jugendliche erlebt hatten und ihr Leben lang traumatisiert geblieben waren.

In Deutschland ist bis heute die horrenden Zahl von bis zu eineinhalb Millionen Holocaustopfern in der Ukraine wenig bekannt. Wie alle anderen sowjetischen Juden wurden sie mehrheitlich in zahllosen lokalen Massakern erschossen oder starben an Krankheiten und Hunger in den Ghettos. Eine halbe Million Juden diente in der Roten Armee oder schloss sich sowjetischen Partisanen an – das bot ihnen eine Überlebenschance. Die wenigen, die den Krieg an der Front oder als Partisanen überlebten und in ihre Heimatdörfer zurückkehrten, fanden ihre Familien nicht mehr vor. Bereits 1943 schrieb Wassili Grossman, der selbst seine Mutter im Ghetto von Berditschiv verloren hatte, von der »Ukraine ohne Juden«. ¹ Diesen überaus schmerzhaften Verlust verarbeitete er schonungslos gegen sich selbst in seinem Bericht über Berditschiv im *Schwarzbuch*, das er zusammen mit Ilja Ehrenburg zur Veröffentlichung vorbereitete. ²

Die Berichte der Nachbarn über die Umstände des Todes seiner Mutter bewogen ihn später zu seinem Jahrhundertroman *Leben und Schicksal* (1984 auf Deutsch erschienen), in dem der Holocaust die zentrale Rolle spielt. Er widmete diesen Roman seiner Mutter, Jekaterina Grossman, und nahm darin einen fiktiven Abschiedsbrief von ihr auf. Doch während die Kriegstraumata die Betroffenen in der sowjetischen Gesellschaft und nach dem Zerfall der UdSSR ständig begleiteten, blieb in Deutschland der Wunsch, ihren Geschichten zuzuhören, aus, und in der Sowjetunion verschwanden sie durch die offizielle Doktrin vom ruhmreichen Sieg im Großen Vaterländischen

Krieg, dem anderen heroischen Gründungsmythos – neben dem der Oktoberrevolution.

Die Berichte aus der Perspektive der überlebenden Opfer »hinter dem Eisernen Vorhang«, vor allem derjenigen in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion, wurden nur äußerst selten in Deutschland wahrgenommen. Diese Berichte – Boris Zabarko nennt sie »verspätete Zeugnisse« ³ – wurden zunächst 1999 in russischer Sprache veröffentlicht und liegen dem deutschen Lesepublikum seit 2004 mit dem Buch »Nur wir haben überlebt.« *Holocaust in der Ukraine. Zeugnisse und Dokumente* vor, das 2019 unter dem Titel *Leben und Tod in der Epoche des Holocaust in der Ukraine* in einer erweiterten Fassung neu herausgegeben wurde. Die Veröffentlichung dieser Berichte geht auf die Idee und den unermüdlichen Einsatz des deutschen Ehepaars Margret und Werner Müller zurück. Die beiden lernten Boris Zabarko 1996 durch ihr Engagement für das Maximilian-Kolbe-Werk kennen und arbeiten seitdem eng mit ihm zusammen. Aus der Zusammenarbeit wurde schnell eine enge Freundschaft, die die drei bis heute pflegen. Das Ehepaar Müller brachte die russischsprachige Ausgabe der Zeugnisse deutschen Verlagen nahe und sie edierten und kommentierten die Berichte für die Leserinnen und Leser.

Im März 2022 floh Boris Zabarko vor dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine mit seiner Enkeltochter nach Deutschland. Wir lernten uns am 22. Juni 2022 in Hebertshausen bei Dachau kennen, als ich dort eine Gedenkrede für die Opfer des deutschen Vernichtungskriegs im Osten hielt und er sein Buch vorstellte. Trotz des Nationalitätengegensatzes – ich bin russischer, er ukrainischer Herkunft – entwickelten sich ein sehr herzlicher, menschlicher Kontakt und ein bereichernder kollegialer Austausch. Im April 2023 traf ich Boris in Stuttgart, wo er mit seiner Tochter und seiner Enkelin wohnt, um mit ihm über die Anfänge seiner Arbeit an der Holocausterinnerung zu sprechen.

Beginn der Sammlungs- und Dokumentationsarbeit

Boris Zabarko begann noch während der Perestroika-Zeit unter Michail Gorbatschow, sich mit der Geschichte des Holocaust zu beschäftigen. ⁴ Am 22. Juni 1989 versammelten sich in Babyn Jar zum ersten Mal jüdische Überlebende des Kriegs – damals sprach man im Land noch nicht vom Holocaust. Sie gründeten den Verein der minderjährigen Ghetto- und KZ-Überlebenden, zunächst auf

1 Wassili Grossman, »Ukraine ohne Juden«, aus dem Russischen übers. und eingeleitet von Jürgen Zarusky, in: Ders., Johannes Hürter (Hrsg.), *Besatzung, Kollaboration, Holocaust. Neue Studien zur Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden*, Berlin 2008, S. 189–200.

2 *Das Schwarzbuch. Der Genozid an den sowjetischen Juden*, hrsg. von Wassili Grossman und Ilja Ehrenburg. Deutsche Ausgabe hrsg. von Arno Lustiger, Reinbek bei Hamburg 1994.

3 Werner und Margret Müller (Hrsg.), »Nur wir haben überlebt.« *Holocaust in der Ukraine. Zeugnisse und Dokumente*, Köln 2004, S. 7 ff., hier: S. 7.

4 Wenn nicht anders angegeben, beziehen sich die hier zitierten Aussagen auf unser Gespräch am 26.4.2023 in Stuttgart. An einigen Stellen fließen auch die Informationen aus seinen öffentlichen Auftritten in Köln, Dachau und Bonn 2022 und 2023 ein.

gesamtsowjetischer Ebene, 1991, nachdem die Ukraine ihre Unabhängigkeit erlangt hatte, dann auf nationaler ukrainischer Ebene. Es folgten die ersten Publikationen – noch in Form von Broschüren: *Tragedija Bab'ego Jara* (Die Tragödie von Babyn Jar), *Tragedija Berdičeva* (Die Tragödie von Berditschiv) sowie *Ljudi ostajutsja ljud'mi* (Menschen bleiben Menschen).

Der Verein stellte eine Liste mit allen Überlebenden zusammen. Mehr passierte in den ersten zwei Jahren aber nicht – Boris Zabarko führt dies auf die schwierige Transformationszeit zurück. Ein neuer Anstoß kam 1993, als er an einer internationalen Menschenrechtskonferenz in Wien teilnahm und Simon Wiesenthal ihn ansprach: »Du bist Zeitzeuge und Holocaustüberlebender, du bist Historiker, du bist Vertreter der Ukraine, eines Lands, das im Krieg zum Zentrum der Vernichtung des europäischen Judentums wurde.« Auf der Konferenz wurde die dreibändige *Enzyklopädie des Holocaust* präsentiert, für deren deutsche Ausgabe Peter Longerich, Julius Schoeps und Eberhard Jäckel verantwortlich zeichneten.⁵ Auf Boris Zabarkos Frage, warum man darin kaum etwas über die deutsch besetzten sowjetischen Gebiete finde, antworteten die Herausgeber: »Sie haben ja nichts darüber geschrieben.« Die Idee, dies zu ändern, nahm Boris Zabarko nach Kiew mit. Von seiner Ausbildung her ist er zwar Zeithistoriker, er forscht und publizierte bislang vor allem zur Internationalen Arbeiterhilfe⁶ und zur internationalen Solidarität bei der Prävention von Krieg und Faschismus.⁷

Im August/September 1993 kamen Historiker aus dem israelischen Museum Beit Lochemei-HaGetaot (Museum der Ghetto-Kämpfer) nach Kiew. Angeleitet von Dr. Pinchas Agmon, begann Boris Zabarko mit der Sammlung von Zeugnissen. Er und sein Team erhielten Audioaufnahmegeräte, und sie reisten durch das Land, um Überlebende, die auf ihrer Liste verzeichnet waren, zu interviewen.

Boris Zabarko berichtet über diese Anfänge der Sammlungsarbeit: »Wir und Pinchas Agmon kamen zu diesen Menschen, klopfen an der Tür. Einige lehnten gleich ab und schlossen die Türen. Andere willigten ein. Es waren ihre ersten öffentlichen Erzählungen über ihre Erlebnisse im Krieg und während des Holocaust. Wir baten sie darum, zu erzählen, wie sie vor dem Krieg gelebt hatten, wie ihre Eltern an die Front gingen – bei mir und bei vielen gingen die Eltern an die Front. Einige erzählten und wurden traurig, weinten. Zu

einigen musste ich Rettungswagen rufen. Später, als ich schriftliche Zeugnisse per Post sammelte, waren auf einigen Seiten der Briefe Spuren von Tränen, und einige endeten mit den Worten: »Geehrter Boris Michailowich, ich kann nicht mehr schreiben, mein Herz schmerzt.« Die verspäteten Zeugnisse schmerzten immer noch, Jahrzehnte nach Kriegsende.

Als die Israelis abreisten, ließen sie die Aufnahmegeräte in Kiew, und Boris Zabarko setzte die Sammlungsarbeit allein fort. Das zusammengetragene Material wurde dem israelischen Museum übergeben.

Im Jahr darauf, 1994, kam eine Gruppe vom United States Holocaust Memorial Museum für Videoaufzeichnungen nach Kiew. Boris Zabarko, der in diesem Jahr eine halbe Stelle als Leiter in der Kiewer Abteilung des Joint⁸ übernommen hatte, half ihnen, Videointerviews zu sammeln. Die Arbeit an Sammlung und Dokumentation war begleitet von wohlthätiger Unterstützung. Die Überlebenden kämpften in den 1990er Jahren meist mit der Armut, denn der Verlust ihrer Arbeit in Betrieben und die nur unregelmäßige Auszahlung der in der Regel sehr geringen Rente stürzten sie in Existenznöte. Boris Zabarko erinnerte sich: »Wir kamen in die Wohnungen von diesen intelligenten, edelmütigen Menschen, in deren Schränken feines Porzellan und böhmische Kristallgläser standen. Nur gab es nichts, was man auf diesem feinen Geschirr essen konnte.« Es fehlte ihnen am Nötigsten, sie konnten nicht einmal ihre Strom- und Gasrechnungen bezahlen.

Die Nöte dieser Menschen standen damals nicht auf der Agenda des wiedervereinigten Deutschlands, und es mussten noch Jahre vergehen, bis sie erste Entschädigungszahlungen (im Übrigen nur einen Teil der Summe, die an andere europäische Juden ausgezahlt wurde) erhielten. Boris Zabarko ist es gelungen, dank der finanziellen Hilfe des Joint ein Netz von Diensten der Barmherzigkeit (Sluzhby miloserdija), bestehend aus Kantinen, zu organisieren, in denen die Überlebenden ihre Mahlzeiten einnehmen konnten. Auf dieser Basis entstanden kommunale Zentren jüdischen Lebens. »Chesede«,⁹ die es bis heute gibt. Er erinnert sich mit Dankbarkeit daran: »Dass wir heute noch am Leben sind, dafür möchte ich den dafür Verantwortlichen danken.«¹⁰

Bis heute liegen die durch Boris Zabarko zustande gekommenen Interviews im Fortunoff Archive¹¹ der Yale University in New Haven,

5 *Enzyklopädie des Holocaust. Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden*, hrsg. von Yisrael Gutman. Deutsche Ausgabe hrsg. von Julius Schoeps, Peter Longerich und Eberhard Jäckel, 3 Bde., München 1993.

6 Boris Zabarko, »Aus der Geschichte der antifaschistischen Tätigkeit der Internationalen Arbeiterhilfe«, in: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, 29 (1987), H. 5, S. 662–670.

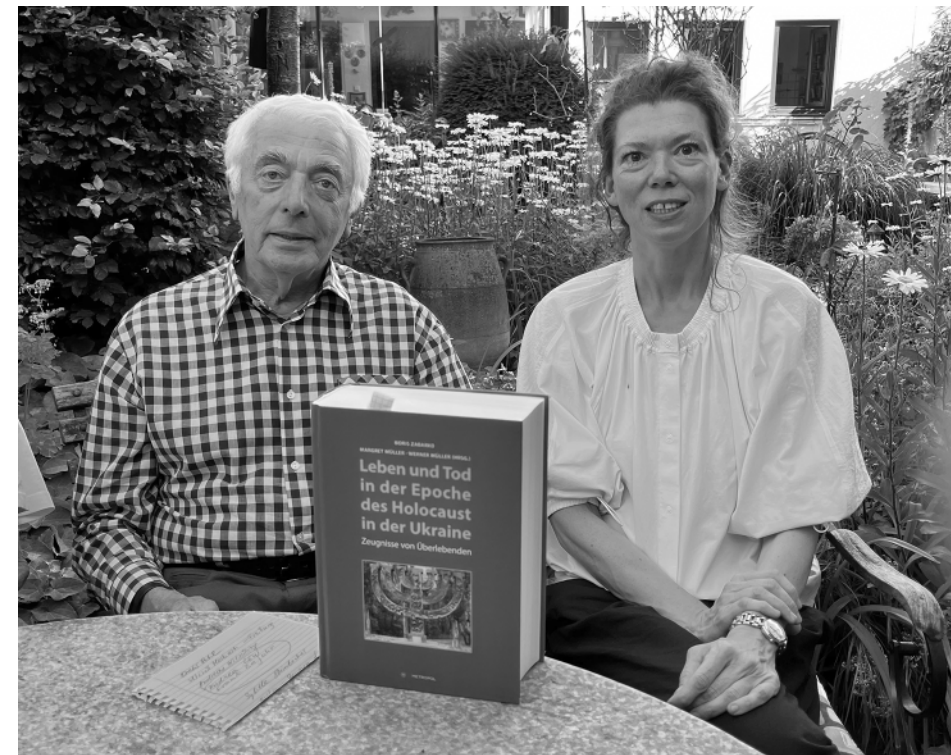
7 Boris Zabarko arbeitete am Institut für Geschichte und am Institut der Weltwirtschaft und Internationalen Beziehungen an der Ukrainischen Akademie der Wissenschaften. Für seine Studien zur Internationalen Arbeiterhilfe wurde er mit dem Akademiestipendium ausgezeichnet.

8 Das American Jewish Joint Distribution Committee ist eine US-amerikanische Wohltätigkeitsorganisation, die in den 1990er Jahren auch in den Ländern der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) ihre Arbeit aufnahm. Sie organisierte humanitäre Hilfe für ältere Juden, vor allem medizinische Hilfe, Lebensmittelpakete, Kleidung und Schuhwerk sowie finanzielle Unterstützung.

9 Chesede steht im Hebräischen für Güte und Menschenliebe.

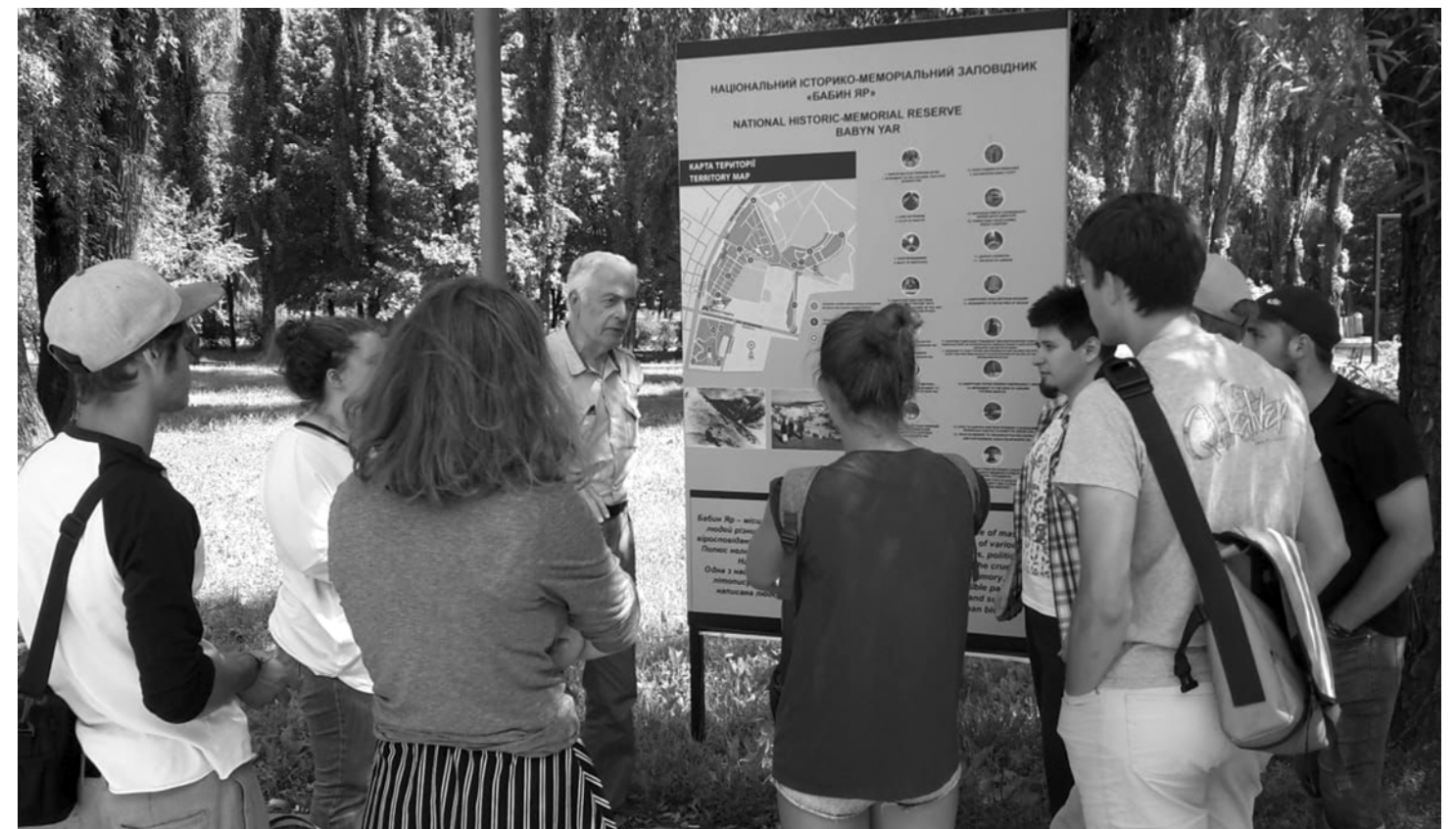
10 Vortrag von Boris Zabarko in Köln, 30.6.2022.

11 Vgl. die Trefferliste auf der Homepage des Fortunoff Archive, [https://fortunoff.aviaryplatform.com/catalog?indexes\[\]=&keywords\[\]=Zabarko&op\[\]=&resource_description\[\]=&search_field=advanced](https://fortunoff.aviaryplatform.com/catalog?indexes[]=&keywords[]=Zabarko&op[]=&resource_description[]=&search_field=advanced) (13.6.2023).



Links: Boris Zabarko und Katja Makhotina
Foto: Katja Makhotina

Unten: Boris Zabarko führt eine deutsche Gruppe über das Gelände von Babyn Jar, 2019
Foto: Boris Zabarko



Connecticut. Sie sind auch im United States Holocaust Memorial Museum einsehbar. Mit dem Team des Museums sprach er auch über seine Erinnerungen an die Kriegszeit.¹²

Das Maximilian-Kolbe-Werk lud Boris Zabarko und weitere jüdische Überlebende aus der Ukraine 1996 nach Deutschland ein. Die erste Station aber war Polen – er erklärt es humorvoll mit dem Umstand, dass Deutsche sich wohl Sorgen machen um ältere Juden, wenn diese mit der deutschen Sprache konfrontiert werden. Während seines Aufenthalts in Polen sah er, wie viele Bücher es auf Polnisch über den Holocaust gab. Hier lernte er auch Werner und Margret Müller kennen, die ehrenamtlich im Maximilian-Kolbe-Werk tätig waren.

Drei Jahre später, 1999, erschien Boris Zabarkos erstes Buch *Zhivymi ostalis' tol'ko my. Svidetel'stva i dokumenty* (Am Leben blieben nur wir. Zeugnisse und Dokumente) auf Russisch, das 86 Berichte ukrainischer Überlebender enthält. Das Interesse war groß und ein Jahr später kam es bereits in der zweiten Auflage heraus.

Im Jahr 2004 erschien das Buch, dank des Engagements von Werner Müller, in Deutschland unter dem Titel »Nur wir haben überlebt.« *Holocaust in der Ukraine. Zeugnisse und Dokumente* und 2005 auf Englisch (*Holocaust in Ukraine*). Schließlich veröffentlichte Boris Zabarko 2006 die umfangreichere Studie *Zhizn i smert' v epochu Cholokosta* (Leben und Tod in der Epoche des Holocaust), die aus drei Bänden besteht und über 1.800 Seiten umfasst. Sie ist nach Regionen gegliedert und zu jeder von ihnen schrieb er eine historische Vorbemerkung. Das Werk zeichnet sich durch einen umfangreichen wissenschaftlichen Apparat aus: Einleitung, historische Hintergrundinformationen zu jedem Abschnitt mit Bibliografie und quellenkritischem Kommentar. Für die deutschsprachige Ausgabe (*Leben und Tod in der Epoche des Holocaust in der Ukraine*, Berlin 2019) übernahmen Margret und Werner Müller diese akribische Arbeit. »Das Buch ist in seiner Monumentalität nur mit Claude Lanzmanns Film SHOAH zu vergleichen«, rühmte der Historiker Wolfgang Benz diese Publikation.¹³ Im Jahr 2014 erschienen in Kiew zwei weitere, russischsprachige Bände mit Selbstzeugnissen unter dem Titel »My choteli zhit'«. »Svidetel'stva i dokumenty (»Wir wollten leben.« Zeugnisse und Dokumente), die 2019 in Melitopol auf Englisch herauskamen (*Life in the Shadow of Death. Recent Memories about the Holocaust in Ukraine. Testimonies and Documents*) und 2021 in Kiew auf Ukrainisch erschienen (»My chotili zhiti.« *Svidoctva ta dokumenty*).

12 United States Holocaust Memorial Museum (USHMM), Collection Jeff and Toby Herr, 1995.A.1287.40, RG Number: RG-50.226.0040, Oral history interview with Boris Zabarko (14.8.1994), <https://collections.ushmm.org/search/catalog/irn511948> (13.6.2023).

13 Wolfgang Benz, »Holocaust in der Ukraine. Als die Kinder nicht weinen durften«, in: *Süddeutsche Zeitung*, 8.6.2020.

Je länger Boris Zabarko an der Sammlung der Berichte arbeitete, desto klarer stand ihm vor Augen, dass sehr viele Geschichten unwiederbringlich verloren gingen. Er wiederholt mehrmals: »Ich gebe mir selbst die Schuld dafür, dass wir viel zu spät damit angefangen haben.« Die wenigen, die in den 1990er Jahren noch lebten, waren entweder zu alt, zu krank oder in die USA, nach Israel oder nach Deutschland ausgewandert. »Es ist meine Tragödie, dass ich all die Geschichten dieser Menschen verpasst habe«, sagt er, der ohne jegliche Anbindung an wissenschaftliche Institutionen in der Ukraine arbeiten musste. »Es ging mir um die Bewahrung der Erinnerung, nicht um Wissenschaft.« Ein Interesse an dieser Erinnerung hatte eher das Ausland, vor allem Deutschland, Israel und die USA – weniger jedoch die Ukraine selbst.

Boris Zabarko als Zeitzeuge

Über die Schuldgefühle wegen der verlorenen Geschichten sprach Boris Zabarko bereits 1994. In seinem Interview für das United States Holocaust Memorial Museum¹⁴ betont er auch, dass es sich in seinem Fall um Kindheitserinnerungen handelt. Er wurde am 18. November 1935 in Kalyniwske im Südosten der Ukraine geboren und war sechs Jahre alt, als die deutsche Besatzungsherrschaft in der Ukraine begann.

Er erinnert sich an den Beginn des Kriegs, als sein Vater¹⁵ und sein Onkel vier Tage später zur Armee eingezogen wurden, an den Einmarsch der Deutschen in Scharhorod, an die Grausamkeiten und Schikanen der deutschen Soldaten und »an den Anstand ihres Kommandanten, der in seinem Haus wohnte (nachdem die deutschen Soldaten Scharhorod nachts verlassen hatten, ließ er Brot, Zucker, Dosen auf dem Tisch in seinem Zimmer und deutsches Geld unter der Tischdecke zurück)«.

Er erinnert sich an die »fürchterlichen Ungarn« – die ungarische Armee war am Einmarsch in der Ukraine beteiligt – und dann an die rumänische Besatzung im Südosten des Lands, als das Ghetto eingerichtet wurde. Im Herbst 1941 wurden 5.000 Juden aus Bessarabien und der Bukowina von den rumänischen Behörden zu den 1.800 Juden von Scharhorod deportiert, die in 337 Hütten lebten.

In Boris Zabarkos Haus, wie auch in anderen jüdischen Häusern in Scharhorod, waren Juden aus verschiedenen Gebieten Rumäniens

14 USHMM, Collection Jeff and Toby Herr, 1995.A.1287.40, RG Number: RG-50.226.0040, Oral history interview with Boris Zabarko (14.8.1994), <https://collections.ushmm.org/search/catalog/irn511948> (13.6.2023). Über die Schuldgefühle: Time Code 01:22.

15 Mordko Chaimovich Zabarko, geb. 1905 in Kamenec-Podolsk, eingezogen vom Rayonskriegskommissariat Scharhorod am 26.6.1941. Laut Ermittlungen von 1948 ist er verschollen. <https://cdnc.pamyat-naroda.ru/memorial/Z/011/058-0977521-0569/00000371.jpg> (13.6.2023).

untergebracht. In jedem der wenigen Zimmer lebten mehrere Familien, 15 bis 20 Männer, Frauen, alte Menschen und Kinder zusammen. Es herrschte große Wohnungsnot – jene, die in keinem Haus unterkamen, wurden in zwei alten unbeheizten Synagogen, in Kellern und auf den Dachböden einquartiert. Einige wurden draußen gelassen und erfroren.

Es entstanden unerträgliche Lebensbedingungen: extreme Überbelegung, unhygienische Verhältnisse, Läusebefall, Mangel an Wasser, Waschhäusern, Seife, Spiritus, Hygieneeinrichtungen und Toiletten. Die Menschen litten unter Hunger und Kälte, körperlicher Schwäche, psychischem Schock durch die Deportation, Demütigung und Schikane, unter dem Verlust von Verwandten und Freunden und den schlechten Überlebenaussichten unter diesen Bedingungen. Besonders schlimm war es für die Menschen in der Synagoge. Zu Hunderten lagen sie dicht gedrängt in ihren Kleidern auf dem Boden und hatten keine Möglichkeit, sich zu waschen. Nach sechs Uhr abends herrschte Ausgangssperre und sie mussten ihre natürlichen Bedürfnisse direkt vor Ort, in der Synagoge, verrichten – undenkbar für die streng religiösen Jüdinnen und Juden aus Bessarabien und eine tiefe Demütigung! Boris Zabarko erinnert sich noch an die furchtbaren Bilder und Gerüche, die er wahrnahm, als er mit seinem Großvater an der Synagoge vorbeiging.

Unter diesen schrecklichen Bedingungen begann eine tödliche Typhusepidemie. Es gab zwar Ärzte, aber keine Medikamente und keine Behandlungsmöglichkeiten. Zwanzig Ärzte erkrankten selbst an Typhus, zwölf von ihnen starben. Boris Zabarko und seine Familie erkrankten ebenfalls, sie lebten alle in einem Raum, aber es war leichter für sie, in der Wohnung und im Bett krank zu werden, als für die Kranken und Sterbenden in den überfüllten kalten Räumen und vor allem in der Synagoge. Jeden Tag starben Dutzende, ja Hunderte von Menschen. Es war so schrecklich, dass einige ihr Leben durch Selbstmord beendeten, wie die Frau des Vorsitzenden des Judenrats von Scharhorod, Meir Taikh, nachdem ihr Sohn der Seuche erlegen war.

An der Typhusepidemie starben Hunderte von Menschen täglich, ihre Leichname wurden mit Schlitten auf den jüdischen Friedhof gebracht. Man zog sie aus (die Kleidung wurde bei den ukrainischen Bauern gegen Lebensmittel getauscht) und stapelte sie. Erst im Februar 1942 konnte ein Grab für sie ausgehoben werden.

»Meine Erinnerungen an meine Kindheit sind grau«, sagt Boris Zabarko. »Ich erinnere mich an den ständigen Hunger und die Angst, dass man das Leben verlieren kann.«¹⁶ »Aber selbst in dieser schrecklichen Zeit wollten die Kinder lernen.« Juden durften die ukrainische Schule nicht besuchen, doch für einige wenige Kinder im Alter von

16 USHMM, Collection Jeff and Toby Herr, 1995.A.1287.40, RG Number: RG-50.226.0040, Oral history interview with Boris Zabarko (14.8.1994), <https://collections.ushmm.org/search/catalog/irn511948> (13.6.2023).

drei bis sechs wurde ein Cheder, eine jüdische religiöse Schule, eingerichtet. Anders als sonst meist üblich durften in Scharhorod auch Mädchen am Unterricht teilnehmen. Boris Zabarko zeigte ein Foto von einem Mädchen und fünf Jungen mit einem Lehrer, das seine Mutter 1942 aufgenommen hatte.¹⁷

Er erinnert sich auch daran, wie er mit seinen Freunden hinter einer Wagenladung Rüben herlief und mit einem Stock, auf dem ein Nagel steckte, versuchte, eine Rübe aus dem Laderaum zu ziehen. Der ukrainische Fahrer fuhr auf dieser »jüdischen Straße« absichtlich langsam.

Boris Zabarko weist viele Male darauf hin, dass es in Scharhorod, anders als anderswo in der Ukraine, keine Massenerschießungen, keine Gasmorde gab. Die Todesursachen waren andere: unmenschliche Lebensbedingungen und eine Typhusepidemie, die innerhalb kürzester Zeit 1.500 Menschen töteten. Ende Juni 1942 wurden etwa 1.000 Jüdinnen und Juden in zehn umliegende Dörfer

17 Das Bild ist auf dem Umschlag des Buches *My chotili zhiti. Svidoctva ta dokumenty* (Kiew 2021) zu sehen.

Anzeige



Schreiben Sie?

Seit 1976 verlegen wir
Romane • Lyrik • Anthologien
Sachbücher • Wissenschaften
Wir freuen uns auf Ihr Manuskript!

Verlag Haag+Herchen GmbH
Schwarzwaldstraße 23 • 63454 Hanau
Telefon 06181/520 670-0
Fax 06181/520 670-40
www.haagundherchen.de

umgesiedelt. Es wurde freier. Die gesunden und genesenen bessarabischen Juden, von denen viele Rechtsanwälte, Lehrer, Ärzte, Musiker, Soldaten, Arbeiter, Architekten, Kaufleute waren, die die rumänische Sprache und das rumänische Leben kannten, versuchten, Beziehungen zu den rumänischen Behörden und der Gendarmerie in Scharhorod aufzubauen. Nach der Niederlage in der Schlacht von Stalingrad lockerte Rumänien seine Repressionen gegen die Juden. Es war möglich, auf eine Befreiung zu hoffen und um sein Leben zu kämpfen. Unter der Leitung des Judenrats wurden das Ghetto, die Synagogen und die Brunnen gereinigt, ein Krankenhaus mit einer Apotheke und einer Desinfektionsstation instandgesetzt, eine Bäckerei und eine Suppenküche zur Versorgung der Armen eröffnet. Es wurde ein Waisenhaus eingerichtet, in dem etwa 200 Waisenkinder lebten und lernten. Männer wurden zum Straßenbau gezwungen (Straßen wurden von Murafa nach Jaroschenko und von Sosnovka nach Zhmerinka gebaut), und Frauen und Kinder hatten auf den Feldern in den Dörfern zu arbeiten. Boris Zabarko half seiner Mutter, während sein kleiner Bruder Sascha in der Hütte einer Dorfbewohnerin war. Boris Zabarko erinnert sich mit Liebe und Dankbarkeit an diese Familie Sosnovski, die seiner Familie während der gesamten Besatzungszeit geholfen und sie schließlich gerettet hat.

Im Mai 1943 verlangten die deutschen Behörden vom Judenrat in Scharhorod die Entsendung von 175 Männern in ein jüdisches Arbeitslager im Dorf Trichaty in der Region Mykolajiw, um Befestigungsanlagen und eine Brücke über den Südlichen Bug zu bauen. Sein Onkel Isja wurde angeworben. Boris Zabarkos Mutter flehte den deutschen Beamten an, ihren jüngeren Bruder nicht zur Schwerstarbeit zu schicken, die in vielen Fällen den Tod bedeutete. Nachdem Isja sich geweigert hatte, versteckte eine weitere nicht-jüdische Familie, die Familie Samborski, ihn bei sich im Haus. Auch mehrere andere jüdische Familien versteckten ihre Männer. Die Polizei kam zu Boris Zabarkos Haus und verlangte, Isja auszuliefern. Die Mutter sagte, sie wisse nicht, wo er sei, woraufhin die Polizisten sie schlugen. In anderen Familien konnten einige die Folter nicht ertragen und verrieten die Verstecke ihrer eigenen Männer. Boris Zabarkos Mutter aber hielt durch. Dann wurden sie und einige andere, die ihre Männer und Brüder nicht aufgeben wollten, ins Gefängnis gebracht und mehrere Tage lang ohne Wasser und Essen festgehalten. Später lieferten Polizisten und Gendarme auch Boris Zabarko und den kleinen Sascha in dem Gefängnis ab. Die Kinder wurden nicht geschlagen. Am nächsten Tag wurde diese Gruppe von Frauen und Kindern zum Fluss Muraschka geführt und den ganzen Tag am Ufer festgehalten, mit der Forderung, die Männer herauszugeben, »sonst werden sie alle erschossen«. Boris Zabarko kann sich nicht daran erinnern, ob irgendeine Frau ihren Mann preisgegeben hat, aber er erinnert sich gut an die Straße, auf der bewaffnete Polizisten und Gendarmen mit Hunden die Gruppe am Abend »zum Erschießen« führten. Seine Mutter hielt Sascha im

Arm, er selbst lief neben ihr her. Sie gingen lange Zeit über ein Feld, als ein Gebäude vor ihnen auftauchte. Als sie sich ihm näherten, sahen sie eine junge Frau, die auf sie zurannte und rief: »Fasst sie nicht an, lasst sie gehen, sie ist meine Schwester!« Daraufhin zog sie Boris Zabarkos Mutter und ihre Kinder aus der Gruppe heraus. Die Wachen verhielten sich passiv und reagierten nicht. Es war Anna Samborskaia, die Freundin seiner Mutter. Der Chef der rumänischen Gendarmerie war in sie verliebt.

Großvater Samborski und andere alte Männer aus Scharhorod begrüßten die deutschen Polizisten mit dem Ruf: »Betreten Sie den Ort nicht. Hier gibt es eine Typhusepidemie.« Sie retteten damit den Ort. Er, Pylp, und seine Frau, Kilyna Samborski, und ihre Kinder, Anna und Pjotr, wurden später als Gerechte unter den Völkern der Welt ausgezeichnet.

Doch es sind auch alltägliche Dinge, an die sich Boris Zabarko erinnert: wie ein jüdischer Lehrer aus Bessarabien im Cheder den Kindern Hebräisch beibrachte, wie er mit anderen Kindern auf den Straßen spielte und Ähnliches mehr. Er erinnert sich an die Befreiung durch die Rote Armee: ein Moment, der bei ihm starke Verwunderung auslöste, denn statt siegreicher, munterer Soldaten kamen erschöpfte, in Lumpen gekleidete, schlecht rasierte Soldaten.

Von seinem Vater jedoch gab es weder ein Lebenszeichen noch einen Totenschein, und so wartete die Familie weiter auf seine Rückkehr: Boris Zabarko kam noch lange zur Scharhoroder Hauptstraße mit dem Gefühl, dass sein Vater in jedem Augenblick zurückkehren könnte. Dramatisch ist die Erinnerung an seinen Onkel Jakov Zak, den dessen Schwester, Boris Zabarkos Mutter, und seine Oma, die Mutter der beiden, einmal nach Hause zu holen versuchten, was Jakov jedoch ablehnte mit den Worten: »Ich kann nicht desertieren!«¹⁸ – Doch Boris Zabarkos Oma hat es nie erfahren: Bis zum Schluss lebte sie in der Hoffnung, dass ihr Sohn noch am Leben sein möge.

Für Boris Zabarko stehen der Mensch, seine Erinnerungen und die Bedeutung, die sie haben, im Zentrum seiner Arbeit. Er empfindet die Pflicht, die letzten Stimmen aus dieser Zeit zu sammeln und den Menschen damit eine Möglichkeit zu geben, für ihre toten Angehörigen ein Denk-Zeichen zu setzen. Boris Zabarko spricht auch viel über die Überlebenschuld: »Als wir befreit wurden, war viel Freude da, aber mit der Freude gab es viel Trauer um jene, die es nicht überlebten, die erschossen, verbrannt wurden oder verhungert sind.«¹⁹

Nur wenige Menschen besitzen die geistige Stärke, sich diesen Erzählungen des Schreckens zuzuwenden. Der Auschwitz-Überlebende Primo Levi brachte es prägnant auf den Punkt: »Man ist versucht, sich erschauert abzuwenden und sich zu weigern, zu sehen

18 <https://obd-memorial.ru/html/info.htm?id=54224602> (13.6.2023)

19 Vortrag in Bonn, 7.12.2022.

und zu hören: Das ist eine Versuchung, der man widerstehen muss.« Ganz ähnlich sieht es auch Boris Zabarko: »Es ist sehr schwer, all dies durch sein Herz durchzulassen. Aber man muss es tun.«²⁰ Dies gestaltet sich jedoch besonders schwer, wenn diese Erinnerung gesellschaftlich auf Gleichgültigkeit und Ignoranz stößt. »Wie kann es sein, dass es in einem Land, das 1,5 Millionen Juden verloren hatte, kein Holocaust-Museum in der Hauptstadt gibt!«, zeigt sich Boris Zabarko heute noch erstaunt.²¹

Retter

Doch in diesem dunklen Thema gibt es für Boris Zabarko auch einen Funken des Lichts – etwa, wenn Menschen in der Not Menschen bleiben, wenn sie trotz drohender Lebensgefahr andere Gefährdete retten. Deswegen ist das Thema der ukrainischen Gerechten unter den Völkern, als die die israelische Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem bestimmte Gruppen von Rettern auszeichnet, so wichtig für ihn. In jedem Gespräch und in jedem Vortrag spricht er über die Retter seiner Familie – Anna Samborskaia und ihre Angehörigen. Wie gefährlich die Rettung von Juden in den deutsch besetzten Gebieten der Ukraine war, bezeugen die Befehle, deswegen nicht nur die erwachsenen Retter, sondern auch ihre Kinder mit dem Tod zu bestrafen.²² Im Kontrast dazu wurden die Helferinnen und Helfer Anne Franks und ihrer Familie in den besetzten Niederlanden nicht einmal verhaftet.

Boris Zabarko erzählt eine rührende Geschichte, die sein Freund und Kollege Werner Müller in Buchform verewigte: wie der belarussische Jude Petr Rabzewitsch aus Pinsk sein ganzes Leben nach seinem Retter, dem deutschen Offizier Krohl, suchte.²³ Er hatte das starke Bedürfnis, zu erfahren, wer dieser Mensch war und was mit ihm geschehen ist. Die Geschichte der vergessenen Retter beschäftigte auch Petrs Freund, Boris Chandros, der die Geschichte des verlorenen Dorfs Ozarincy literarisch verarbeitete (»Ein Ort, den es nicht gibt«),²⁴ verfilmt unter dem Titel MLYN (Die Mühle).²⁵ Chandros verlor seine ganze Familie in Ozarincy und überlebte das Lager Petschora in der Ukraine. Boris Zabarko war für die

20 Vortrag in Köln, 30.6.2022.

21 Gespräch von Katja Makhotina mit Boris Zabarko, 26.4.2023.

22 Frank Golczewski, »Die Revision eines Klischees: Die Rettung von verfolgten Juden im Zweiten Weltkrieg durch Ukrainer«, in: Wolfgang Benz, Juliane Wetzel (Hrsg.), *Solidarität und Hilfe für Juden während der NS-Zeit*, Bd. 2: *Regionalstudien Ukraine, Frankreich, Böhmen und Mähren, Österreich, Lettland, Litauen, Estland*, Berlin 1998, S. 9–82.

23 Werner Müller, *Aus dem Feuer gerissen. Die Geschichte von Pjotr Ruwinowitsch Rabzewitsch aus Pinsk*, Köln 2001.

24 Boris Chandros, *Mestečko, kotorogo net*, Kiew 2002.

25 [https://ru.wikipedia.org/wiki/Мельница_\(фильм\)](https://ru.wikipedia.org/wiki/Мельница_(фильм)) (13.6.2023).

wissenschaftliche Beratung bei der Verfilmung verantwortlich. Der Film erzählt die Geschichte des Dorfs Jaruga (Chmelnitcki-Gebiet), wo jede ukrainische Familie eine jüdische Familie versteckte. Boris Zabarko warb bei Staatspräsident Viktor Juschtschenko für die Auszeichnung des Dorfs, stieß aber auf taube Ohren.²⁶ Erst 2011 verlieh dessen Nachfolger Viktor Janukowitsch dem Ort – als erste Ehrung des Dorfs überhaupt – den Titel »Gerechtes Dorf unter den Völkern«.

Der heutige Krieg

Nicht nur wegen seines späten Interesses am Thema Holocaust macht sich Boris Zabarko Vorwürfe. Auch dafür, dass die Beschwörung »Nie wieder!« nicht den neuen Krieg, die Putin'sche Aggression gegen die Ukraine, verhindern konnte, fühlt er sich verantwortlich: »Wir, die die eine Katastrophe überlebten, konnten den neuen Krieg nicht verhindern. Wir sagen immer »Nie wieder!« und doch ist dieses »nie« immer noch nicht eingetreten.«²⁷

Es schmerzt ihn, zu sehen, wie sein Land zum zweiten Mal Opfer von Gewalt geworden ist: »wieder Zerstörungen, wieder Tränen«. Und doch spricht er sich gegen eine historische Gleichsetzung zwischen dem deutschen Vernichtungskrieg und dem heutigen russischen Krieg in der Ukraine aus. Für die deutsche Unterstützung der Ukraine ist er sehr dankbar: »Wir werden das, was Deutsche damals gemacht haben, nicht vergessen, aber wir schätzen ihre heutige Solidarität sehr.«²⁸ Für Boris Zabarko ist es jetzt am wichtigsten, dass der Holocaust nicht hinter der Erinnerung an den aktuellen Krieg verschwindet: »Ich befürchte, dass wir den vergangenen Krieg vergessen, wenn wir über Butscha sprechen.«²⁹ Seine Gedanken sind jetzt bei den Mitgliedern des Vereins,³⁰ die in der Ukraine geblieben sind. Nur wenigen war es möglich, nach Deutschland zu fliehen. Die Überlebenden, alte Menschen über 80 Jahre, sind krank und einsam, ihre Ersparnisse reichen nicht dafür aus, ins Ausland zu gehen. Von Deutschland aus ist Boris Zabarko mit ihnen in Kontakt und hilft, wie er nur kann. Er bleibt damit seiner Lebensaufgabe treu – überleben helfen.

26 <http://jewseurasia.org/page16/news25924.html> (13.6.2023).

27 Vortrag von Boris Zabarko in Dachau, 22.6.2022.

28 Gespräch von Katja Makhotina mit Boris Zabarko, 26.4.2023.

29 Vortrag von Boris Zabarko in Köln, 3.7.2022. In Butscha, einem Vorort von Kiew, fand im Frühjahr 2022 ein Massaker an ukrainischen Zivilisten statt.

30 Boris Zabarko ist Vorsitzender des Allukrainischen Vereins der Juden – der ehemaligen Häftlinge der Ghettos und der KZ-Lager in der Ukraine.

Reparationsforderungen an die Bundesrepublik

Recht, Moral, Politik

Am 1. September 2022, dem 83. Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen, wurde in Warschau ein Bericht der Öffentlichkeit vorgestellt, der die Schäden im Land infolge der deutschen Besatzungsherrschaft im Zweiten Weltkrieg auf über sechs Billionen Złoty (rund 1,3 Billionen Euro) bilanzierte.¹ Die Forderung der von der nationalkonservativen Partei Prawo i Sprawiedliwość (Recht und Gerechtigkeit, kurz PiS) geführten Regierung nach dementsprechend großen Entschädigungszahlungen aus Deutschland stieß auf heftigen Widerspruch der Oppositionsparteien in Polen und mehr oder weniger einhellige Ablehnung in Deutschland.

Mit dem deutschen Überfall auf Polen hatte am 1. September 1939 der Zweite Weltkrieg begonnen. Bis die Waffen nach der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht am 8. Mai 1945 schwiegen, waren allein in Polen etwa sechs Millionen Menschen infolge der Kriegshandlungen sowie als Opfer des Holocaust und anderer systematischer Massenmorde ums Leben gekommen. Das besetzte Polen war wirtschaftlich ausgeplündert, seine Eliten systematisch vernichtet, Museen, Bibliotheken und andere Kultureinrichtungen ausgeraubt oder demoliert worden. Bei der Niederschlagung des Warschauer Aufstands war die polnische Hauptstadt von Wehrmacht und SS im Jahr 1944 fast vollständig zerstört worden.² Aber nicht nur Polen, sondern auch weite Teil des Kontinents lagen im Mai 1945 infolge des Kriegs und der deutschen Besatzungsherrschaft in Trümmern.

Die Auseinandersetzungen um »Schuld und Schulden« (Constantin Goschler) begleiten die Bundesrepublik Deutschland seit ihrer Gründung im Mai 1949 – innenpolitisch wie außenpolitisch: Neben der lange Zeit äußerst zähen strafrechtlichen Verfolgung der Täter, die bereits mit dem Internationalen Militärtribunal der Alliierten 1945/46 und den sogenannten Nachfolgeprozessen von 1946 bis 1949 in Nürnberg begonnen hatte, setzten ebenso zähe Verhandlungen um die »Wiedergutmachung« der von Deutschen in den zahlreichen von der Wehrmacht besetzten Gebieten und Ländern in Europa verübten Verbrechen und der von ihnen verursachten Verluste und Schäden ein.³

Dieser Themenschwerpunkt der *Einsicht* befasst sich mit aktuellen Entschädigungsforderungen an Deutschland. Jürgen Lillteicher

1 S. beispielsweise Reinhard Vesper, »Polen will von Deutschland 1,3 Billionen Euro Reparationen«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 1.9.2022, <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/reparationen-polen-will-1-3-billionen-euro-von-deutschland-18285364.html> (17.8.2023).

2 Vgl. Włodzimierz Borodziej, *Geschichte Polens im 20. Jahrhundert*, München 2010, S. 189–252.

3 Constantin Goschler, *Schuld und Schulden. Die Politik der Wiedergutmachung für NS-Verfolgte seit 1945*, Göttingen 2005.

(Berlin) klärt einleitend terminologische Fragen und skizziert die historische Entwicklung der Reparationsleistungen der Bundesrepublik, wobei er die erheblichen Auswirkungen der Blockbindung im Kalten Krieg deutlich macht. Im Mittelpunkt seines Beitrags stehen die Verhandlungen um die staatliche Einheit Deutschlands im sogenannten Zwei-plus-Vier-Format, also von Vertretern der Bundesrepublik und der DDR mit jenen der USA, Frankreichs, Großbritanniens und der Sowjetunion, und die daraus resultierenden Folgen für die Reparationsleistungen. Durch einen formalen Friedensvertrag wären Entschädigungsforderungen aus Osteuropa zwangsläufig wieder aktuell geworden.

Krzysztof Ruchniewicz (Wrocław) behandelt die polnischen Ansprüche an die Bundesrepublik seit dem Jahr 2004. Er beschreibt die langwierigen Anstrengungen der PiS-geführten Regierung, die von der deutschen Besatzungsherrschaft in Polen verursachten Schäden und damit eine Entschädigungssumme zu beziffern. Während die Bundesregierungen, gleich welcher Couleur, auf dem Standpunkt verharren, dass Deutschland seinen Verpflichtungen bereits nachgekommen sei, hat Polen nach Auffassung der PiS bislang noch gar keine Entschädigungsleistungen aus Deutschland erhalten. Ruchniewicz betont, dass die PiS mit den Forderungen an Deutschland vor allem auch eine innenpolitische Zielsetzung verfolgt.

In Deutschland weitaus weniger präsent sind die griechischen Bemühungen um Entschädigungsleistungen. Anna Maria Droumpouki (München) beschreibt den weithin unbekanntem Ablauf der Besetzung Griechenlands durch die Wehrmacht und das Ausmaß der Schrecken der deutschen Besatzungsherrschaft. Auch in Griechenland waren die Debatten hierüber nach 1945 vom »Kalten Krieg« geprägt. Eine besondere Bedeutung für die Erinnerung haben die sogenannten Märtyrerorte, in denen die Besatzer Verbrechen an der Bevölkerung verübten. Die linke Syriza-Regierung unter Ministerpräsident Alexis Tsipras setzte schließlich während der griechischen Schuldenkrise Anfang der 2010er Jahre die Debatte um deutsche Reparationsleistungen an Griechenland wieder auf die Agenda.

Während in Polen die PiS die hauptsächliche Antriebskraft in der Entschädigungsdebatte ist, steht in Griechenland seit 2010 jede Regierung – egal ob politisch links oder rechts – hinter der Forderung, Deutschland müsse endlich seinen Verpflichtungen nachkommen. Die Diskurse über Entschädigungsforderungen an Berlin werden mit Sicherheit weiterhin Politik und Gesellschaft in den betreffenden Ländern beschäftigen – und damit auch in Deutschland Thema sein.

Links: Faksimile des Zwei-Plus-Vier-Vertrags vom 12. September 1990, mit dem Bundessiegel auf der Rückseite. Foto: Politisches Archiv des Auswertigen Amts, MULT - 781, <https://archiv.diplo.de/arc-de/das-politische-archiv/-/1502282>

Völkerrecht und Moral

Die Bundesrepublik zwischen Reparationen und Entschädigung für NS-Opfer vor und nach dem Zwei-plus-Vier-Vertrag

Von Jürgen Lillteicher



Dr. Jürgen Lillteicher ist Direktor des AlliiertenMuseums in Berlin. Veröffentlichungen (Auswahl): (Hrsg. mit Tim Geiger und Hermann Wentker), *Zwei plus Vier. Die internationale Gründungsgeschichte der Berliner Republik*, Berlin 2021; (Hrsg. mit Thomas Hertfelder und Ulrich Lappenküper), *Erinnern an Demokratie in Deutschland: Demokratiegeschichte in Museen und Erinnerungsstätten der Bundesrepublik*, Göttingen 2016; *Raub, Recht und Restitution. Die Rückerstattung jüdischen Eigentums in der frühen Bundesrepublik*, Göttingen 2007.

Foto: privat

Am Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2022 erreichte die Bundesregierung eine vom polnischen Außenminister Zbigniew Rau unterzeichnete offizielle diplomatische

Note, in der die polnische Regierung Reparationszahlungen für die von Deutschland begangenen Verbrechen im Zweiten Weltkrieg verlangte.¹ Die Basis der Forderungen stellte ein Gutachten dar, dessen Ergebnisse am 83. Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen in Warschau öffentlichkeitswirksam vorgestellt wurden.² Die finanzielle Forderung gegenüber Deutschland belief sich demnach auf 1,3 Billionen Euro. Die Bundesregierung erteilte Anfang 2023 den polnischen Reparationsforderungen eine Absage. Die Frage der Reparationen und der Kriegsentschädigungen sei abgeschlossen.³

Hier wiederholte sich ein ähnliches Prozedere aus den Jahren 2017 und 2019: Ein auf Initiative des Vorsitzenden der nationalkonservativen Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) Jarosław Kaczyński im Jahr 2017 eingesetzter und ausschließlich mit PiS-Politikern besetzter Ausschuss des polnischen Parlaments hatte den Umfang der polnischen Kriegsschäden ermitteln sollen. Die Forderung wurde

- ¹ Dieser Beitrag ist eine überarbeitete Fassung von: Jürgen Lillteicher, »Aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Die Bundesrepublik zwischen Reparationsblockade und Entschädigungsdiplomatie vor und nach dem Zwei-plus-Vier-Vertrag«, in: Tim Geiger, Jürgen Lillteicher, Hermann Wentker (Hrsg.), *Zwei plus Vier. Die internationale Geschichte der Berliner Republik*, Berlin 2021, S. 67–87.
- ² »Report on the losses suffered by Poland as a result of the German aggression and occupation during World War II in the years 1939–1945«, <https://www.gov.pl/web/canada-en/report-on-the-losses-suffered-by-poland-as-a-result-of-the-german-aggression-and-occupation-during-world-war-ii-in-the-years-1939-1945> (6.1.2023).
- ³ »Deutschland weist Reparationsforderungen aus Polen offiziell zurück«, in: *Süddeutsche Zeitung*, 4.1.2023, <https://www.sueddeutsche.de/politik/polen-reparationsforderungen-deutschland-1.5726512> (26.7.2023).

2019 ebenfalls aus Anlass des Jahrestages des deutschen Überfalls auf Polen wiederholt und auf 850 Milliarden Dollar beziffert.⁴ Damals wurden die polnischen Forderungen allerdings noch nicht in offizieller Form der Bundesregierung angetragen, sodass das Vorgehen der polnischen Regierung im Jahr 2022 als eine weitere Eskalation im Konflikt um Reparationszahlungen zu betrachten ist. Neu war auch, dass die nationalistische PiS-Regierung die Geschichte des nationalsozialistischen Vernichtungskriegs in Polen gegenüber dem heutigen Deutschland nutzte, um einerseits Wählerstimmen für die Parlamentswahlen im Herbst 2023 zu gewinnen und um andererseits auf europäischer Ebene eine gegen Deutschland gerichtete »antihegemoniale Einhegungspolitik« voranzutreiben.⁵ Reparationsforderungen dienten also nicht mehr der Aussöhnung zwischen Staaten, sondern als politisches Druckmittel im Kampf um politische Vorherrschaft.

Den Weg der offiziellen Anmeldung von Forderungen hatte 2019 auch die linke griechische Regierung unter Alexis Tsipras beschritten, indem sie mit einer Verbalnote an das Auswärtige Amt die Bundesregierung zur Aufnahme von Reparationsverhandlungen aufforderte. Eine griechische Expertenkommission hatte schon im Jahr 2016 Kriegsschäden von 290 Milliarden Euro errechnet.⁶

Die Bundesregierung wies die Forderungen Polens und Griechenlands mit gleichlautenden Argumenten zurück: Dafür gebe es keine völkerrechtliche Grundlage. Man berief sich, erstens, auf die Potsdamer Erklärung; zweitens im Fall Polens auf den Reparationsverzicht der polnischen Regierung vom 23. August 1953; drittens auf das Londoner Schuldenabkommen vom 27. Februar 1953 und viertens auf den Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland, den sogenannten Zwei-plus-Vier-Vertrag, vom 12. September 1990, den man als Quasi-Friedensvertrag verstand. Wie konnte es aber sein, dass der Zwei-plus-Vier-Vertrag eine abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland war, wenn Staaten

- ⁴ Reinhold Vetter, »Erinnern, aber nicht aufrechnen – Polens Forderung nach weiteren Reparationen für den Zweiten Weltkrieg ist juristisch nicht haltbar«, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 28.8.2019, <https://www.nzz.ch/meinung/erinnern-aber-nicht-aufrechnen-polens-reparationsforderungen-ld.1509871> (26.7.2023).
- ⁵ Kai-Uwe Lang, »Warschau konfrontative Deutschlandpolitik. Im bilateralen Verhältnis ist derzeit Konsolidierung, nicht Weiterentwicklung gefragt«, in: *SWP-Aktuell*, Nr. 68, November 2022, <https://www.swp-berlin.org/publikation/warschau-konfrontative-deutschlandpolitik> (28.12.2022).
- ⁶ »Griechenland will über Entschädigungszahlungen verhandeln«, in: *Zeit-Online*, 5.6.2019, <https://www.zeit.de/politik/ausland/2019-06/reparationsforderungen-griechenland-verbalnote-deutschland-zweiter-weltkrieg> (26.7.2023). Griechenland erneuerte seine Forderungen aus Anlass des 80. Jahrestags des Angriffs der Wehrmacht auf Griechenland am 6.4.1941; der Deutsche Bundestag beriet am 25.3.2021 hierüber: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2021/kw12-de-ueberfall-auf-griechenland-826512> (26.4.2021). Vgl. zu den griechischen Forderungen den Beitrag von Anna Maria Droumpouki in dieser Ausgabe.

wie Polen und Griechenland offenbar keine Reparationszahlungen erhalten hatten? Wie war es möglich, dass die deutsche Einheit ohne einen formalen Friedensvertrag zustande kam, der ja über Jahrzehnte als die völkerrechtliche Voraussetzung für die Einheit galt?

Schaut man in den Text des Zwei-plus-Vier-Vertrags, wird man tatsächlich keine Regelungen zur Reparationsfrage finden. Bedeutet dieser Befund, dass eine weitere Erörterung hier fehl am Platz ist? Ganz im Gegenteil, auch wenn der Vertrag keine expliziten Regelungen zur Reparationsfrage enthält, spielte diese Frage ganz besonders im Vorfeld der Verhandlungen eine zentrale Rolle. Sie war sogar so wichtig, dass sie das Format der Verhandlungen und den Charakter des Vertrags wesentlich mitbestimmte. Die völkerrechtliche Einstufung des Zwei-plus-Vier-Vertrags als formaler Friedensvertrag hätte automatisch Verhandlungen über Reparationsforderungen nach sich gezogen, an denen alle Siegernationen hätten beteiligt werden müssen. Der Regierung Kohl gelang allerdings das diplomatische Kunststück, einen Vertrag auf den Weg zu bringen, der die völkerrechtlichen Voraussetzungen für die deutsche Einheit schuf, ohne alle Kriterien eines Friedensvertrags zu erfüllen.

Mit der deutschen Einheit kam zwar das »unfinished business« aus der Nachkriegszeit erneut auf den Tisch, so auch die mit der Reparationsfrage unmittelbar verbundenen Entschädigungsforderungen unzähliger Opfer des NS-Terrors in ganz Europa, dennoch gelang es Deutschland schon im Vorfeld, diese Fragen aus den eigentlichen Verhandlungen zum Zwei-plus-Vier-Vertrag herauszuhalten. So entkam es nach 1945 ein zweites Mal Reparationszahlungen in Milliardenhöhe.

Die Bundesrepublik gewann zwar die deutsche Einheit, ohne die Verpflichtung zu Reparationszahlungen eingehen zu müssen, setzte damit jedoch der fortwährenden Diskussion um die deutschen Verbrechen während des Zweiten Weltkriegs in ganz Europa kein Ende. Diese Debatte flammte auch dann immer wieder auf, wenn es darum ging, wie der Zwei-plus-Vier-Vertrag in Bezug auf die Reparationsverpflichtungen Deutschlands zu interpretieren sei. Daraus entstand ein fortwährender moralischer Druck, der die Bundesregierung zu Konzessionen gegenüber den Opfern oder den sie vertretenden Ländern zwang.

Begriffsdefinitionen und die Forderungen Polens und Griechenlands

Für eine sachliche Auseinandersetzung mit der Reparationsfrage sind klare Begriffe beziehungsweise Begriffsdefinitionen notwendig, die in den oft sehr emotional geführten politischen Auseinandersetzungen nur sehr ungenau benutzt und auch in strategischer Absicht verschieden interpretiert werden.

Reparationen

Hierbei handelt es sich meist um materielle und finanzielle Leistungen, die von einem besiegten Land für Kriegsschäden an ein siegreiches Land zu leisten sind. Reparationen sind also als Schadenersatz zu verstehen, der wegen Verstößen gegen das Völkerrecht erfolgt.⁷ Unter Kriegsschäden versteht man Schäden an Vermögen, Immobilien und Menschen. Diese Schäden sollen von den Verlierern behoben oder repariert werden. Art und Umfang der Reparationen werden in einem Friedensvertrag geregelt, der den Konflikt beenden soll. Reparationen sind damit zunächst einmal Forderungen, die zwischen Staaten verhandelt und dann befriedigt werden. Den rechtlichen Rahmen bietet das internationale Völkerrecht, welches aber noch lange nach dem Zweiten Weltkrieg direkte Schadensansprüche von Individuen gegenüber Staaten nicht anerkannte.

Wiedergutmachung – Entschädigung – Rückerstattung

Das Wiedergutmachungsrecht umfasst in Deutschland zwei Gebiete, auf der einen Seite das Entschädigungsrecht und auf der anderen Seite das Rückerstattungsrecht. Hierbei handelt es sich um nationales Verwaltungsrecht. Unter Entschädigung versteht man finanzielle Leistungen, die Deutschland Opfern zahlte, die wegen ihrer vermeintlichen Rassezugehörigkeit, ihrer politischen Überzeugung, ihres Glaubens oder ihrer Weltanschauung vom NS-Regime verfolgt worden waren. Aus Gründen der Rechtssicherheit wurde in die entsprechenden Gesetze das Territorialitätsprinzip eingeführt: Es waren nur NS-Opfer antragsberechtigt, die eine räumliche Beziehung zu Deutschland nachweisen konnten,⁸ die also ihren festen Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland und Westberlin hatten. Die Folgen waren gravierend: Verfolgte aus dem Ausland waren somit von Entschädigungszahlungen ausgeschlossen.⁹

Der völkerrechtliche Reparationsanspruch gewährt also Entschädigung gegenüber einem Staat, der nationale verwaltungsrechtliche Entschädigungsanspruch wegen typisch nationalsozialistischen Unrechts gewährt Entschädigung gegenüber einem Individuum. Ein Staat kann jedoch gegenüber einem anderen Staat individuelle Entschädigungsforderungen seiner Staatsangehörigen wegen Verstößen gegen das Völkerrecht geltend machen. Hier handelt es sich um sogenannte mediatisierte Reparationsansprüche. Staaten fordern also für ihre Staatsbürger eine Entschädigung wegen Vergehen gegen das Völkerrecht.

7 Kerstin Liesem, *Die Reparationsverpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg unter besonderer Berücksichtigung der Zwangsarbeiterentschädigung*, Frankfurt am Main 2005, S. 23.

8 Ebd., S. 31.

9 Zur Entschädigungspraxis s. Norbert Frei, José Brunner, Constantin Goschler (Hrsg.), *Die Praxis der Wiedergutmachung: Geschichte, Erfahrung und Wirkung in Deutschland und Israel*, Göttingen 2009; Tobias Winstel, *Verhandelte Gerechtigkeit. Rückerstattung und Entschädigung für jüdische NS-Opfer in Bayern und Westdeutschland*, München 2006.

Globalabkommen

Hierbei handelte es sich um Abkommen, die die Bundesrepublik in den Jahren 1956 bis 1964 überwiegend mit westeuropäischen Staaten schloss, um eine Entschädigung der NS-Opfer in den jeweiligen Ländern zu gewährleisten. Die Bundesrepublik zahlte einen Globalbetrag, dessen Verteilung an die individuellen NS-Opfer das Vertragspartnerland organisierte. Die Bundesregierung schloss jedoch aus, dass die Unterzeichnung der Verträge als eine rechtliche Anerkennung zur Zahlung von Reparationen zu verstehen war. Die Beurteilung von Entschädigungsansprüchen sollte daher nach den Maßgaben des Bundesentschädigungsgesetzes (BEG),¹⁰ also nach nationalem Recht, erfolgen. In den Verhandlungen musste folglich zwischen NS-typischem Unrecht nach BEG und völkerrechtswidrigem Unrecht, das einen Reparationsanspruch begründet hätte, unterschieden werden. Betrachtet man jedoch das NS-Unrecht in ganz Europa, also die reinen Tatbestände, so war eine saubere Trennung zwischen »normalen Kriegsschäden« wegen Verstößen gegen das Völkerrecht, die unter den Begriff Reparationen fielen, und Schäden aufgrund von spezifischen NS-Verbrechen äußerst schwierig. Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob nationales Entschädigungsrecht mit einem spezifischen Verfolgungsbegriff auf internationaler Ebene angewandt werden konnte.¹¹

Rückerstattung oder innere Restitution¹²

Das Territorialitätsprinzip gilt auch für das Rückerstattungsrecht. Hierbei handelt es sich um die Rückerstattung von unrechtmäßig entzogenem Eigentum an die vormaligen durch das NS-Regime verfolgten Eigentümer. Es geht um Eigentum, das Verfolgten in Deutschland durch private Nutznießer entzogen oder durch die Finanzverwaltung des NS-Staates eingezogen worden war.¹³ Für die hier zu erörternden Fragen sind bewegliche und nicht bewegliche Vermögensgegenstände wie Häuser, Grundstücke, Bankguthaben, Versicherungspolicen, Mobiliar und Kunstgegenstände sowie Vermögen, das der Staat aufgrund diskriminierender Maßnahmen wie Sonderabgaben eingezogen und verwertet hatte, von Belang. Die Regelung der Rückerstattungsansprüche erfolgte zunächst im

10 »Drittes Gesetz zur Änderung des Bundesergänzungsgesetzes Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung. Vom 29. Juni 1956« (Bundesentschädigungsgesetz), in: *Bundesgesetzblatt (BGBl.)*, 1956, Teil I, S. 559–596.

11 Hans Günter Hockerts, »Die Entschädigung für NS-Verfolgte in West- und Osteuropa. Eine einführende Skizze«, in: Ders., Claudia Moisel, Tobias Winstel (Hrsg.), *Grenzen der Wiedergutmachung. Die Entschädigung für NS-Verfolgte in West- und Osteuropa, 1945–2000*, Göttingen 2006, S. 7–58, hier: S. 35.

12 Grundlegend: Jürgen Lillteicher, *Raub, Recht und Restitution. Die Rückerstattung jüdischen Eigentums in der frühen Bundesrepublik*, Göttingen 2007.

13 Christiane Kuller, *Bürokratie und Verbrechen. Antisemitische Finanzpolitik und Verwaltungspraxis im nationalsozialistischen Deutschland*, München 2013; Frank Bajohr, »Arisierung« in Hamburg. *Die Verdrängung der jüdischen Unternehmer 1933–1945*, Hamburg 1997.



Zusammenkunft der ersten Gesprächsrunde nach der vereinbarten Formel »Zwei-plus-Vier« zu den äußeren Aspekten der deutschen Vereinigung auf Beamtenbene unter Leitung von Ministerialdirektor Dr. Dieter Kastrup (Politischer Direktor des Auswärtigen Amtes) in Bonn, 14.3.1990
Foto: Bundesarchiv, B145 Bild-F083816-0025



Hans-Dietrich Genscher, Bundesminister des Auswärtigen (3. v. r.), im Gespräch mit Eduard Schevardnadse, Außenminister der UdSSR (3. v. l.), im Hotel »Oktjarskaja«, 11. September 1990
Foto: Bundesarchiv, B145 Bild-00320059

Rahmen alliierter Gesetze, die in den einzelnen Besatzungszonen Westdeutschlands und in Westberlin erlassen worden waren. Das spätere Bundesrückerstattungsgesetz¹⁴ regelte abschließend die Ansprüche der Verfolgten gegenüber dem NS-Staat, die dann die Bundesrepublik Deutschland befriedigte. Das Territorialitätsprinzip wurde ebenfalls aufgeweicht und durch das Belegenheitsprinzip ersetzt, weil auch Ansprüche wegen Eigentums gestellt werden konnten, das in den von Deutschland besetzten Gebieten geraubt, aber nachweislich in das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland verbracht worden war. Hier handelt es sich meist um die letzte Habe von NS-Verfolgten, die diesen bei Ankunft in Konzentrations- und Vernichtungslagern durch die SS abgenommen worden war. Die Auszahlung konnte jedoch nur an Personen erfolgen, die in Ländern lebten, mit denen die Bundesrepublik Deutschland diplomatische Beziehungen pflegte. Dadurch wurden viele osteuropäische Verfolgte von Zahlungen ausgeschlossen, auch wenn sie einen gerichtlich anerkannten Anspruch hatten.

Wie sind nun die Forderungen Polens und Griechenlands vor diesem Hintergrund einzuordnen? Polen und Griechenland verbanden vor allem ab 1990 ihre Reparationsforderungen mit dem Hinweis auf den von Deutschen ausgeübten nationalsozialistischen Terror gegenüber ihren Zivilbevölkerungen und leiteten daraus einen rechtlichen Anspruch auf Reparationsleistungen ab. Für beide Länder waren Entschädigungsforderungen ihrer Staatsbürger Teil der Reparationsschuld Deutschlands. Die Nichtbefriedigung oder nur geringe Befriedigung dieser individuellen Ansprüche in der Vergangenheit führte in den Jahren nach 1990 zu Klagen von Opfern der deutschen Besatzungsherrschaft gegen die Bundesrepublik. Androhungen Griechenlands, deutsches staatliches Auslandsvermögen zu konfiszieren und zu verwerten, um die Ansprüche der NS-Opfer durchzusetzen, wurden sowohl vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte¹⁵ als auch vom Internationalen Gerichtshof der Vereinten Nationen¹⁶ für unzulässig erklärt. Letzterer sah die Immunität des deutschen Staats gegenüber Gerichten anderer Staaten verletzt.¹⁷

Die Themen Reparationen und Entschädigung von NS-Unrecht befinden sich also auf einem höchst komplexen juristischen, aber

auch extrem schwierigen politischen Terrain. Bei allem steht jedoch außer Frage, dass der deutsche Vernichtungskrieg in Europa und dessen Verbrechen an der Zivilbevölkerung eine Verpflichtung für Deutschland darstellten. Ob diese Verbrechen im völkerrechtlichen Sinne als zu begleichende Schulden zu verstehen sind, die Deutschland verpflichtend zu befriedigen hatte, oder eine rein moralische Schuld bildeten, zu deren Wiedergutmachung Deutschland freiwillig Entschädigungszahlungen an die Betroffenen leistete, ohne eine Reparationspflicht anzuerkennen, genau darüber entbrannte und entbrennt immer wieder Streit.

Die historische Entwicklung bis zum Zwei-plus-Vier-Vertrag

Die im Vorfeld der eigentlichen Zwei-plus-Vier-Vertragsverhandlungen vertretenen Positionen zur Reparationsfrage basierten oft auf unterschiedlichen Interpretationen zentraler historischer Ereignisse und Vertragsabschlüsse. Um diese Positionen zu verstehen, ist ein cursorischer Abriss der wichtigsten Etappen in der Entwicklung der Reparationsfrage und der damit unmittelbar verbundenen Frage der Entschädigung von NS-Unrecht notwendig.

Die als Potsdamer Abkommen bekannt gewordene Erklärung der drei Siegermächte Sowjetunion, USA und Großbritannien vom 2. August 1945 definierte den Reparationsbegriff sehr weit und sprach allgemein von »Verlusten und Leiden«, die mit Reparationen geheilt werden sollten. Da man sich in Potsdam aber weder über die Höhe der von Deutschland zu leistenden Reparationen noch über die Priorisierung der unterschiedlichen Reparationsforderungen hatte einigen können, wurde Deutschland in ein Reparationsgebiet Ost und ein Reparationsgebiet West zweigeteilt; erste Forderungen der Westalliierten aus ihren Besatzungszonen und den entsprechenden Auslandsvermögen im Westen, die Forderungen aus dem Osten, also vor allem der UdSSR und Polens, aus der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und Auslandsvermögen im Osten.¹⁸ Die Sowjetunion verpflichtete sich, aus ihrem Anteil auch die Ansprüche Polens zu befriedigen. Diese Aufteilung nach Ost und West führte später dazu, dass sich auch die Entschädigungspolitik an diesen Blöcken orientierte. Eine Teilung, die sich im Kalten Krieg weiter vertiefte.¹⁹

Die Verteilung der Verfügungsmasse im westlichen Reparationsgebiet wurde auf der Pariser Reparationskonferenz vom 9. bis 14. Januar 1946 festgelegt. Die angloamerikanischen Länder bemühten sich darum, die übrigen Siegerstaaten bei der Aufstellung von Forderungen zu bremsen. Man befürchtete, dass der von Hilfen

18 Liesem, *Reparationsverpflichtungen*, S. 40 f.; Hockerts, »Entschädigung«, S. 11.
19 Hockerts, »Entschädigung«, S. 11.

aus den USA und Großbritannien abhängige Westen Deutschlands in einer Flut von Forderungen ertrinken würde.

Eine zentrale Bedeutung für die Reparationsfrage hat das Londoner Schuldenabkommen vom 27. Februar 1953.²⁰ Dieses Abkommen regelte die Begleichung deutscher Auslandsschulden, die vor und nach dem Zweiten Weltkrieg gegenüber ausländischen Gläubigern zustande gekommen waren. Es ging explizit nicht um Forderungen, die sich auf die Jahre des Kriegs bezogen, also um Kriegsschäden, die unter den Reparationsbegriff fielen. Dennoch nahm dieses Abkommen in Artikel 5, Absatz 2 zur Reparationsfrage Stellung. Lange nicht beachtet, spielte dieser Artikel dann in der Auseinandersetzung um Entschädigungsforderungen ausländischer Opfer des Nationalsozialismus und dann auch bei den Verhandlungen über den Zwei-plus-Vier-Vertrag eine zentrale Rolle. Der Artikel lautete: »Eine Prüfung der aus dem Zweiten Weltkrieg herrührenden Forderungen von Staaten, die sich mit Deutschland im Kriegszustand befanden oder deren Gebiet von Deutschland besetzt war, und von Staatsangehörigen dieser Staaten gegen das Reich und im Auftrage des Reiches handelnde Stellen oder Personen [...] wird bis zur endgültigen Regelung der Reparationsfrage zurückgestellt.«²¹

Gemeint war, dass die Prüfung und Lösung der Reparationsfrage bis zum Abschluss eines Friedensvertrags zwischen Deutschland und seinen ehemaligen Kriegsgegnern verschoben wurde. Der Vertragsabschluss konnte also nur mit einem geeinten Deutschland erfolgen. Insbesondere die Alliierten machten gegenüber der Bundesrepublik deutlich, dass damit »alle aus dem Zweiten Weltkrieg resultierenden Forderungen unbegrenzt« aufgeschoben würden.²²

Die Reparationsfrage wurde also mit der Lösung der »deutschen Frage« gekoppelt. Interessanterweise vertagte das Londoner Schuldenabkommen schon die eigentliche Prüfung der Reparationsfrage auf den unbestimmten Zeitpunkt einer multilateralen Abschlussregelung. Bilaterale Alleingänge, also Einzelverträge Deutschlands mit einzelnen Vertragsstaaten, waren daher nicht möglich. Damit wurde auch die Entschädigung von ausländischen NS-Verfolgten, die man damals als Teil der Reparationen begriff, auf unbestimmte Zeit vertagt. Durch die eindeutige Priorisierung der Auslandsschulden

20 »Gesetz betreffend das Abkommen vom 27. Februar 1953 über deutsche Auslandsschulden. Vom 24.8.1953«, in: *BGBl.*, 1953 II, S. 331–485. Hierzu grundlegend: Ursula Rombeck-Jaschinski, *Das Londoner Schuldenabkommen. Die Regelung der deutschen Auslandsschulden nach dem Zweiten Weltkrieg*, München 2005.

21 Zit. nach: Hockerts, »Entschädigung«, S. 14.

22 Constantin Goschler, *Schuld und Schulden. Die Politik der Wiedergutmachung für NS-Verfolgte seit 1945*, Göttingen 2005, S. 156; zit. aus Tripartite Commission on German Debts, Minutes of the 109th meeting, 22.9.1952, National Archives and Records Administration, RG 56, 450/81/2/1, b. 59; Minutes of a meeting between the Tripartite Commission on German Debts and the German Delegation for External Debts, 23.10.1952.

Anzeige

Neu im Programm



Rüdiger Voigt [Hrsg.]
Weltmacht auf Abruf
Nation, Staat und Verfassung des Deutschen Kaiserreichs (1867–1918)
2023, ca. 1.300 S.,
geb., ca. 169,- €
ISBN 978-3-8487-8195-9
E-Book 978-3-7489-2602-3
Erscheint ca. Oktober 2023

In zehn Teilen werden alle relevanten Aspekte des Deutschen Kaiserreichs von Expertinnen und Experten aus zahlreichen Fachdisziplinen behandelt. In einem Schlussteil ziehen drei führende deutsche Historiker bzw. Politikwissenschaftler ein Fazit aus der vorliegenden Untersuchung.



Hans Joachim Teichler
Internationale Sportpolitik im Dritten Reich
2., aktualisierte und erweiterte Auflage
2022, 546 S., geb., 114,- €
ISBN 978-3-98572-028-6
E-Book 978-3-98572-029-3
Academia Verlag

TIPP

Auf der Basis intensiver Archivrecherchen untersucht Hans Joachim Teichler die internationale Sportpolitik des Dritten Reiches mit dem spektakulären Höhepunkt der Olympischen Spiele 1936. Als Mittel zur Entpolitisierung, Identifikation und Wehrrüchtigung war der Sport zentraler Bestandteil der NS-Ideologie.

Portofreie Buch-Bestellungen
unter [nomos-shop.de](https://www.nomos-shop.de)
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



vor Reparationen im Londoner Schuldenabkommen erhielten nach Hans Günter Hockerts »Gläubiger-Interessen den Vorrang vor der Verfolgtenentschädigung«. ²³ Insbesondere die USA hatten ein großes Interesse, den westdeutschen Frontstaat im Kalten Krieg nicht mit übermäßigen Forderungen aus Reparationen zu überfrachten, sondern zu stabilisieren.

Trotz der Verschiebung der Reparationsfrage auf einen unbestimmten Zeitpunkt blieb die Entschädigung von NS-Verfolgten aus dem Ausland ein virulentes Thema, weil es das Wertefundament der Bundesrepublik berührte. Daher entschloss sich die Bundesregierung, auch aus außenpolitischen Gründen, bilaterale Globalabkommen mit Staaten Westeuropas in Sachen Entschädigung abzuschließen.

Schon seit Kriegsende war der deutsche Umgang mit der NS-Vergangenheit für die Bundesrepublik zum Prüfstein für die Aufnahme in die Wertegemeinschaft westlicher Staaten geworden. Dies machten insbesondere die Amerikaner schon sehr früh gegenüber den Deutschen unmissverständlich deutlich. ²⁴ Neben den alliierten Rückerstattungsgesetzen ermöglichten einzelne Entschädigungsgesetze der Bundesländer eine Kompensation von NS-Unrecht. Die Bundesregierung erließ 1953 ein Bundesergänzungsgesetz, welches die Ländergesetze vereinheitlichte, eine Entschädigung von Ausländern war dennoch nicht vorgesehen. Das Bundesergänzungsgesetz richtete sich bewusst an deutsche Verfolgte, die ja keine Chance hatten, im Rahmen von Reparationen eine Befriedigung ihrer Ansprüche zu erreichen. ²⁵

Die bundesdeutsche Entschädigungsgesetzgebung ließ einige Ausnahmen zu, dennoch blieben ausländische Verfolgte seit den 1950er Jahren davon ausgeschlossen beziehungsweise konnten im Rahmen des deutschen Entschädigungsrechts keine Anträge stellen. In den Folgejahren drängten die europäischen westlichen Partner – Mitglieder der NATO und der Montanunion – auf eine Entschädigung ihrer Staatsbürger. Obwohl die Bundesrepublik Teil der westlichen Staatengemeinschaft wurde und das Londoner Schuldenabkommen Bonn jeglicher völkerrechtlicher Entschädigungspflicht entthob, konnten die Entschädigungsforderungen der Partnerstaaten durchaus den Prozess der weiteren Westintegration stören. ²⁶ Die Bundesrepublik musste also einlenken.

Zahlreiche bilaterale Abkommen verpflichteten Bonn zur Zahlung eines Globalbetrags an den jeweiligen Vertragspartnerstaat. Um die Gefahr einer Präzedenzwirkung wissend, machte die Bundesregierung allerdings immer wieder deutlich, dass die Zahlungen auf

²³ Hockerts, »Entschädigung«, S. 15.

²⁴ Dies wurde auch in der Frage der Rückerstattung jüdischen Eigentums unmissverständlich klar gemacht: vgl. Lilltlicher, *Raub, Recht und Restitution*.

²⁵ Hockerts, »Entschädigung«, S. 19 f.

²⁶ Ebd., S. 33.

keinen Fall eine Anerkennung einer Reparationspflicht bedeuteten. Insgesamt zahlte die Bundesrepublik zwischen 1959 und 1964 876 Millionen Mark an zahlreiche Vertragsstaaten. Das Kanzleramt war sich allerdings schon seit 1958 bewusst, welche Forderungen bei einer internationalen Regelung individueller Entschädigungsansprüche auf Deutschland zukommen würden. Es rechnete mit rund 18 bis 23 Milliarden Mark. ²⁷

Der Zwei-plus-Vier-Vertrag

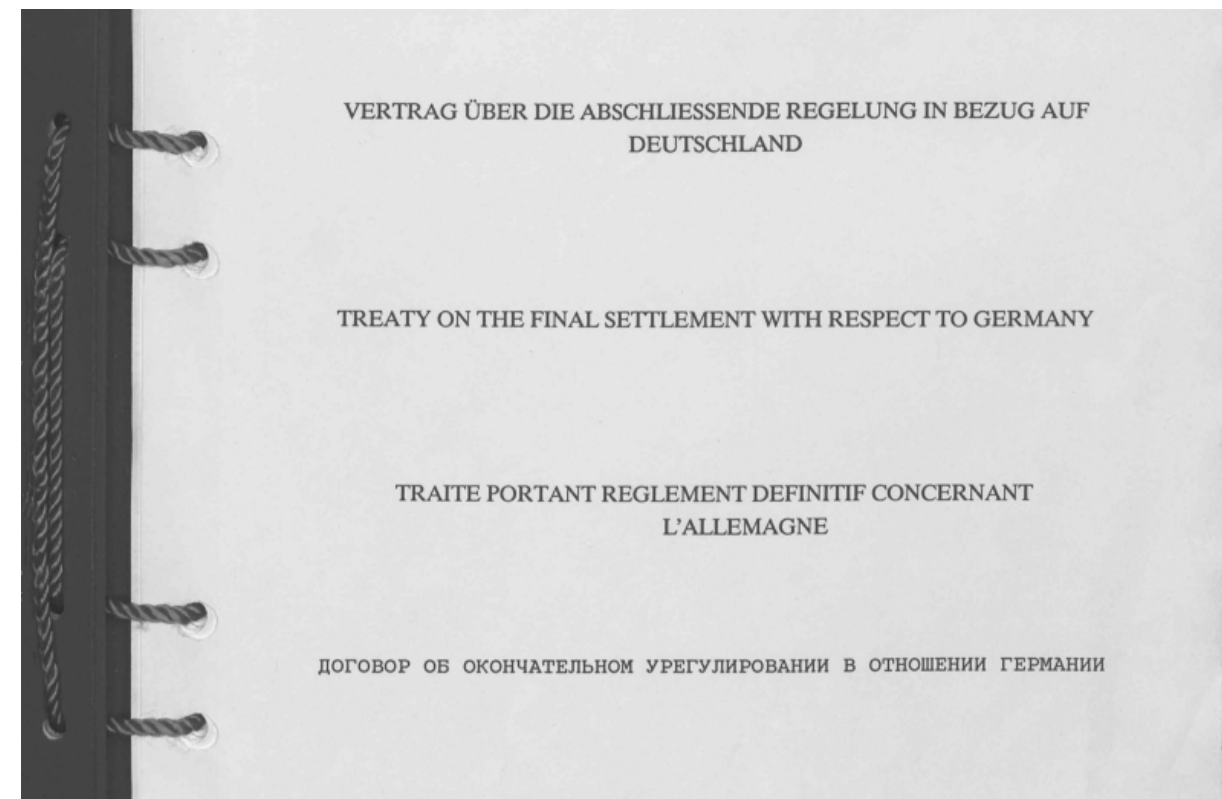
Mit dem Ende des Kalten Kriegs und der in Aussicht stehenden deutschen Einheit drohten internationale Verpflichtungen infolge des Zweiten Weltkriegs und des nationalsozialistischen Terrors, die bis dahin eingefroren waren, gleichsam aufzutauen. Insbesondere Entschädigungsforderungen aus Osteuropa, die man bis dahin abgewehrt hatte, wurden wieder aktuell. Die Bundesregierung fürchtete, mit enormen Forderungen konfrontiert zu werden. Das Londoner Schuldenabkommen hatte die endgültige Regelung der Reparationsfrage, also aller Schulden des ehemaligen Deutschen Reichs während des Zweiten Weltkriegs, bis zur Lösung der »deutschen Frage« verschoben.

Woran damals niemand mehr wirklich geglaubt hatte, war mit dem Fall der Mauer plötzlich in greifbare Nähe gerückt: die deutsche Einheit! Dies rief die Frage eines Friedensvertrags wieder auf die Tagesordnung. Zwischen West und Ost blieb es umstritten, ob ein solcher Vertrag eine zwingende Voraussetzung für die deutsche Einheit war. Die Bundesregierung wollte zwar die staatliche Einheit, aber wegen drohender Reparationsverpflichtungen keinen förmlichen Friedensvertrag. ²⁸ Es musste also eine andere völkerrechtlich bindende Regelung getroffen werden. Constantin Goschler formuliert es folgendermaßen: »Die bundesdeutsche Regierung legte einen völkerrechtlichen Spagat hin, indem sie von vorneherein darauf abgezielt hatte, einen Vertrag abzuschließen, der sozusagen ein Als-ob-Friedensvertrag war, nämlich einen Vertrag, der alle Fragen regelt, die in einem Friedensvertrag normalerweise geregelt werden, aber ohne wirklich Friedensvertrag zu heißen.« ²⁹ Auch aus diesem Grund

²⁷ Winstel, »Die Bundesregierung und die europäischen Entschädigungsforderungen bis 1965«, in: Hockerts, Moisel, Winstel (Hrsg.), *Grenzen*, S. 61–93, hier: S. 83, und Aufzeichnung des Ministerialdirektors (im Folgenden: MD) Groepper, 27.4.1970, in: *Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik (AAPD)* 1970, München 2001, Dok. 186, S. 679.

²⁸ Vgl. Ministervorlage des Leiters des AA-Planungsstabs, MD Citron, 23.2.1990, in: Horst Möller u.a. (Hrsg.), *Die Einheit. Das Auswärtige Amt, das DDR-Außenministerium und der Zwei-plus-Vier-Prozess*, bearb. von Heike Amos und Tim Geiger, Göttingen 2015, Dok. 59, S. 301 ff.; Sitzung der Arbeitsgruppe »Außen- und Sicherheitspolitik« des Kabinettsausschusses »Deutsche Einheit«, 14.2.1990, in: *AAPD* 1990, Berlin, Boston 2021, Dok. 39, S. 159 f.

²⁹ Constantin Goschler, in: Vivien Leue, »Ein Friedensvertrag, der keiner war«,



Oben: Unterzeichnung des Vertrags über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland vom 12. September 1990 (»Zwei-plus-Vier-Vertrag«) im Moskauer Hotel »Oktjabskaja«. Von links: Die Außenminister James Baker (USA), Douglas Hurd (Großbritannien), Eduard Schewardnadse (UdSSR), Roland Dumas (Frankreich), DDR-Ministerpräsident Lothar de Maizière und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher. Foto: Bundesarchiv, B 145 Bild-00047633

Links: Faksimile einer Seite des Zwei-Plus-Vier-Vertrags vom 12. September 1990. Foto: Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, MULT - 781

erhielt der Vertrag die Bezeichnung »Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland«.

Nachdem der Generalsekretär der KPdSU, Michail Gorbatschow, am 10. Februar 1990 bei einem Treffen mit Bundeskanzler Helmut Kohl und Außenminister Hans-Dietrich Genscher der deutschen Einheit zugestimmt und auch die Zwei-plus-Vier-Gespräche als Verhandlungsformat anerkannt hatte, einigten sich die Außenminister der beiden deutschen Staaten und der ehemaligen Hauptsiegermächte am Rande der Abrüstungskonferenz »Open Skies« von NATO und Warschauer Pakt in Ottawa am 13. Februar 1990 genau auf dieses exklusive Vorgehen.³⁰ Ein formaler Friedensvertrag hätte hingegen mit allen Nationen abgeschlossen werden müssen, mit denen das Deutsche Reich im Krieg gestanden hatte.³¹ Daher war die Einigung auf das Zwei-plus-Vier-Format und damit der Ausschluss anderer Siegernationen der erste Erfolg der Bundesregierung auf dem Weg, einen förmlichen Friedensvertrag zu verhindern und damit die Befriedigung von Reparationsforderungen beziehungsweise Entschädigungsansprüchen ausländischer NS-Opfer von der Tagesordnung der eigentlichen Verhandlungen zu streichen.

Besonders schwerwiegend war der Ausschluss Polens aus der Verhandlungsrunde, da nur eine friedensvertragliche Regelung mit einem vereinten Deutschland die polnische Westgrenze hätte völkerrechtlich absichern können. Ein Friedensvertrag hätte allerdings die bis dato nicht befriedigten Reparations- und Entschädigungsansprüche Polens beziehungsweise polnischer NS-Opfer wieder auf die Tagesordnung gebracht. Um die Grenzfrage zu regeln, Reparationszahlungen aber zu umgehen, musste Bundeskanzler Kohl die polnische Regierung davon überzeugen, dass auf einen Zwei-plus-Vier-Vertrag garantiert ein separater völkerrechtlicher Grenzvertrag zwischen dem vereinten Deutschland und Polen folgen würde, der die polnische Westgrenze endgültig völkerrechtlich festschrieb. Es sollte also eine Grenzgarantie ohne Friedensvertrag geben.

Dass Polen in Sachen Reparationen und Entschädigung von Deutschland wenig zu erwarten hatte, bekam der polnische Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki schon am 14. November 1989 bei einem Gespräch mit Bundeskanzler Kohl in Warschau deutlich zu spüren.³² Dieser wies alle Forderungen brüsk zurück. Neben dem

Reparationsverzicht Polens aus dem Jahr 1953³³ bezog sich Kohl auch auf das Sozialversicherungsabkommen aus dem Jahr 1975, das er ebenfalls als Reparationsverzicht Polens verstanden wissen wollte.³⁴ Der Kanzler verwies auf insgesamt 100 Milliarden Mark Wiedergutmachungsleistungen der Bundesrepublik, von denen polnische NS-Opfer aber weitgehend ausgeschlossen worden waren. Ein Sonderabkommen mit Polen, so Kohl, hätte eine Präzedenzwirkung auf Forderungen diverser anderer Staaten. Allenfalls denkbar sei eine humanitäre Geste für polnische NS-Zwangsarbeiter.³⁵

Der polnische Ministerpräsident Mazowiecki berief sich dagegen auf eine Rechtsposition, die Polen schon länger vertrat. Neben Reparationsforderungen gebe es zivilrechtliche Ansprüche von individuellen Opfern des NS-Regimes. Hier spielte er insbesondere auf Forderungen ehemaliger polnischer Zwangsarbeiter an.³⁶ Diese Argumentation war der Versuch, den Schutzschild »Londoner Schuldenabkommen«, mit dem Deutschland bis dato alle Forderungen abgewehrt hatte, zu durchbrechen. Bundeskanzler Kohl wollte jedoch zunächst nicht die Rechtsauffassung teilen, dass das Abkommen zwischen zivilrechtlichen und völkerrechtlichen Ansprüchen unterschieden habe. Dass diese Argumentation Kohls auf längere Sicht nicht mehr aufrechtzuerhalten war, zeichnete sich bereits im Frühjahr 1990 ab,³⁷ zeigte sich aber vor allem bei der späteren Auseinandersetzung und vertraglichen Einigung über die Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern während der Regierungszeit von Bundeskanzler Gerhard Schröder.³⁸

33 Laut Hockerts war dieser Verzicht auf sowjetischen Druck zustande gekommen. Später war rechtlich umstritten, ob dieser Verzicht auch Individualansprüche umfasste: Hockerts, »Entschädigung«, S. 45, hier insbes. Fn. 128. Krzysztof Ruchniewicz spricht aber auch von einem bewussten Solidaritätsakt Polens gegenüber dem sozialistischen Bruderstaat DDR, den man nach dem Volksaufstand vom 17.6.1953 durch Reparationen nicht zusätzlich belasten wollte: Krzysztof Ruchniewicz (s. a. seinen Beitrag auf S. 60 ff. in diesem Heft: »Verspätete Rechnung für den Krieg«), »Deutschland und das Problem der Nachkriegsentschädigungen für Polen«, in: Hockerts, Moisel, Winstel (Hrsg.), *Grenzen*, S. 667–739, hier: S. 699.

34 »Gesetz zu dem Abkommen vom 9. Oktober 1975 zwischen der Bundesrepublik und der Volksrepublik Polen über Renten- und Unfallversicherung nebst der Vereinbarung hierzu vom 9. Oktober 1975. Vom 12. März 1976«, in: *BGBI.*, 1976, Teil II, S. 396–400 bzw. S. 401 f. Vgl. ferner Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem polnischen Außenminister Olszowski in Warschau, in: *AAPD* 1975, Dok. 296, S. 1365–1376. Beide Staaten verpflichteten sich, für die Rentenansprüche der im jeweiligen Staatsgebiet lebenden Personen aufzukommen, ohne Rücksicht auf deren Staatsbürgerschaft. Man nahm für Polen eine stärkere Belastung an und zahlte eine pauschale Abgeltung von 1,3 Milliarden DM in drei Jahresraten. Siehe auch: Ruchniewicz, »Deutschland«, S. 728 f.

35 Zur Kanzlerzusage siehe: *DzD. Deutsche Einheit*, Dok. 92, S. 535.

36 Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Mazowiecki Warschau, 14.11.1989, in: *DzD. Deutsche Einheit*, Dok. 92, S. 534–537; Gespräch des MD Kastrup mit Vertretern der Vereinigung ehemaliger polnischer Zwangsarbeiter in Warschau, 10.11.1989, in: *AAPD* 1989, Dok. 355, S. 1512 f.

37 Aufzeichnung des MD Höynck, 2.4.1990, in: *AAPD* 1990, Dok. 88, S. 370 ff.

38 Zur Geschichte der Zwangsarbeiterentschädigung s. Stuart E. Eizenstat: *Unvollkommene Gerechtigkeit. Der Streit um die Entschädigung der Opfer von Zwangs-*

Sowohl Michail Gorbatschow als auch der sowjetische Außenminister Eduard Schewardnadse machten allerdings auch nach der Einigung auf das Zwei-plus-Vier-Format in öffentlichen Interviews am 19. und 21. Februar 1990 deutlich, dass mit dieser Einigung die Frage eines Friedensvertrags nicht vom Tisch sei. Nur ein solcher Vertrag könne den sicherheitspolitischen Status Deutschlands in Europa völkerrechtlich fixieren, die Unverletzlichkeit der Nachkriegsgrenzen festschreiben und die Reparationsfrage regeln.³⁹ Kohl holte sich allerdings Rückendeckung in Washington und bekräftigte seine Haltung gegenüber Polen in der Reparations- bzw. Entschädigungsfrage in einem Gespräch mit US-Präsident George H.W. Bush in Camp David am 24. Februar 1990, also einige Tage nach der Einigung auf das Zwei-plus-Vier-Verhandlungsformat und den Äußerungen aus Moskau. In der Entschädigungsfrage bezog sich Kohl nochmals auf das Sozialversicherungsabkommen mit Polen von 1975. Hier seien Polen große Summen zugeflossen, die von dem korrupten Regime verschleudert worden seien, statt den Menschen zugutezukommen. Nach 50 Jahren könne man nun nicht noch einmal mit Reparationen anfangen.⁴⁰

Schaut man zurück auf den Warschauer Vertrag, den Polen am 7. Dezember 1970 mit der Regierung Willy Brandt abschloss, blieben auch hier die Entschädigungsforderungen von NS-Opfern unberücksichtigt. Beide Länder waren sich damals darüber einig, dass Entschädigungsforderungen zu einer gegenseitigen Aufrechnung führen könnten, die dann den Abschluss des Vertrags hätte gefährden können. Bemerkenswert war jedoch, dass die Bundesregierung damals bereit war, die Forderungen der Vertriebenen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten den Forderungen der polnischen NS-Verfolgten gegenüberzustellen.⁴¹ In jedem Falle wurden die Ansprüche der NS-Verfolgten hinter dem Primat der Verständigungspolitik zurückgestellt.⁴² Das Politbüro der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei unter Parteichef Władysław Gomułka war sogar bereit gewesen, die Entschädigungsforderungen für einen Kredit in Höhe von zehn Milliarden Mark endgültig unter den Tisch fallen zu

arbeit und Enteignung, München 2003; Susanne-Sophia Spiliotis, *Verantwortung und Rechtsfrieden. Die Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft*, Frankfurt am Main 2003; Constantin Goschler (Hrsg.), *Die Entschädigung von NS-Zwangsarbeit am Anfang des 21. Jahrhunderts. Die Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft« und ihre Partnerorganisationen*, Göttingen 2012.

39 Interviews mit Schewardnadse in der *Iswestija* am 19.2. und mit Gorbatschow in der *Prawda* am 21.2.1990, zit. in: Hanns Jürgen Küsters, »Entscheidung für die deutsche Einheit. Einführung in die Edition«, in: *DzD. Deutsche Einheit*, S. 21–236, hier: S. 115.

40 Gespräch des Bundeskanzlers mit Präsident Bush, Camp David, 24.2.1990, in: *DzD. Deutsche Einheit*, Dok. 192, S. 860–873, hier: S. 863.

41 Ruchniewicz, »Deutschland«, S. 719. Von einer Fokusverschiebung innerhalb der SPD von den Jahren 1933 bis 1945 auf die Zeit nach 1945 berichtet Kristina Meyer, *Die SPD und die NS-Vergangenheit 1945–1990*, Göttingen 2015, S. 330 f.

42 Hockerts, »Entschädigung«, S. 47.

lassen.⁴³ Das Sozialversicherungsabkommen von 1975 zielte dann direkt auf die Bedürfnisse ehemaliger polnischer NS-Verfolgter ab. Die polnische Regierung wollte dieses Abkommen dennoch nicht als Ablösung von zu Recht bestehenden zivilrechtlichen Forderungen, beispielsweise der Zwangsarbeiter, verstanden wissen.⁴⁴

Die Weigerung Kohls hatte auch innenpolitische Gründe. Der Kanzler verwies in einem Telefonat mit US-Präsident Bush am 15. März 1990 darauf, dass Reparationsforderungen ihn in eine »innenpolitisch katastrophale Lage« brächten. Die Menschen in der Bundesrepublik würden solche Forderungen beinahe 50 Jahre nach dem Krieg nicht mehr akzeptieren.⁴⁵ In der Tat standen über 65 Prozent der Bundesbürger weiteren Entschädigungs- und Reparationsforderungen skeptisch bis ablehnend gegenüber.⁴⁶

Dreh- und Angelpunkt aller Probleme im Zusammenhang mit der Entschädigung von ausländischen Geschädigten war die Frage, ob Schäden von Widerstandskämpfern, Zwangsarbeitern sowie Opfern von Repressalien und die Entschädigung von typischen NS-Opfern wegen Tötung, Freiheitsberaubung, Zwangsarbeit, Körper- und Vermögensschäden als Teil der Reparationsforderungen zu betrachten waren.⁴⁷ Für die Bundesregierung war aus den genannten Gründen klar, dass unter Reparationsforderungen alle »völkerrechtlichen Entschädigungsforderungen im Zusammenhang mit Kriegseignissen einschließlich der Forderungen im Sinne der deutschen Wiedergutmachungsgesetzgebung (Bundesergänzungs- und Bundesentschädigungsgesetz)« zu verstehen waren.

Der außenpolitische Berater Helmut Kohls, Ministerialdirektor Horst Teltschik, fertigte am 15. März 1990 für den Bundeskanzler eine Vorlage zur Frage der Berechtigung von Reparationsforderungen von Siegern des Zweiten Weltkriegs gegen ein vereintes Deutschland an, in der er die mit dem Auswärtigen Amt abgestimmten Leitsätze zur Rechtsposition der Bundesrepublik zusammenfasste.⁴⁸ Hier wird der völkerrechtliche Spagat besonders deutlich. In sinnemäßiger Zusammenfassung beinhaltete die Vorlage folgende Punkte:

1. Reparationen umfassen alle völkerrechtlichen Entschädigungsansprüche und damit auch Individualansprüche geschädigter Staatsangehöriger der Siegerstaaten.

2. Ein Reparationsanspruch gegenüber Deutschland wird verneint. Denn: Der Anspruch entstehe dem Grund und der Höhe nach nur durch vertragliche Vereinbarungen zwischen Sieger und

43 Ruchniewicz, »Deutschland«, S. 718 f., Fn. 140; Hockerts, »Entschädigung«, S. 48.

44 Hockerts, »Entschädigung«, S. 46 ff.

45 Telefongespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Bush, 15.3.1990, in:

DzD. Deutsche Einheit, Dok. 221, S. 954.

46 Goschler, *Schuld und Schulden*, S. 416 f.

47 Vorlage des Vortragenden Legationsrats I Ueberschaer an MD Teltschik, Bonn 6.3.1990, in: *DzD. Deutsche Einheit*, Dok. 206, S. 915 f.

48 Vorlage des MD Teltschik an Bundeskanzler Kohl, Bonn, 15.3.1990, in: *DzD. Deutsche Einheit*, Dok. 222, S. 955 f.

Besiegtem. Derartige Verpflichtungen seien bisher nicht eingegangen worden.

3. Das Londoner Schuldenabkommen regele nicht, wann »die endgültige Regelung der Reparationsfrage« erfolgen solle.

4. Der Überleitungsvertrag⁴⁹ besage, dass die Reparationsfrage im Rahmen eines Friedensvertrags oder eines anderen Abkommens geregelt werden solle. Damit sei auch der Überleitungsvertrag keine »vertragliche Vereinbarung eines konkreten Reparationsanspruchs«.

5. Reparationsleistungen können erst aufgrund von Verpflichtungen entstehen, die im Rahmen eines friedensvertraglichen oder sonstigen Abkommens eingegangen werden. »Die Übernahme solcher Verpflichtungen wollen wir unter allen Umständen vermeiden.«

6. Wird jedoch ein Friedensvertrag abgeschlossen, sei es unvermeidbar, dass die Reparationsfrage als Ganzes und in Form konkreter Ansprüche auf den Tisch kommt.

7. Die Bundesregierung wie die Regierung eines vereinten Deutschlands habe »ein vorrangiges Interesse, sich der Forderung nach Abschluß eines Friedensvertrages zu widersetzen«.⁵⁰

8. Ohne Abschluss eines formellen Friedensvertrags könne man darauf verweisen, dass der Eintritt der Wiedervereinigung nicht bedeute, dass die Reparationsproblematik noch einmal aufgerollt werden müsse, weil es zum einen nirgendwo vertraglich so vereinbart sei und zum anderen die Reparationsproblematik durch Verzichtserklärungen ehemaliger Kriegsgegner und durch erbrachte Leistungen Deutschlands 45 Jahre nach Kriegsende de facto erledigt sei.

Noch vor den eigentlichen Verhandlungen zum Zwei-plus-Vier-Vertrag gelang es der Regierung Kohl, das Verhandlungsformat und den Charakter des Vertrags so mitzubestimmen, dass die Reparationsfrage und damit die Entschädigungsfrage ausgeschlossen blieb. Vor 1990 war es offenbar für diese Forderungen zu früh – da hieß es nämlich, man müsse auf die Lösung der deutschen Frage warten – und nach 1990 dann offenbar zu spät.

Nachwirkungen: Die Entschädigungsfrage nach Abschluss des Zwei-plus-Vier-Vertrags

Die Bundesrepublik blieb auch nach Abschluss des Zwei-plus-Vier-Vertrags mit Forderungen konfrontiert, die jahrzehntelang

49 »Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen (Überleitungsvertrag) vom 26.5.1952 in der Fassung vom 23.10.1954«, in: *Verträge der Bundesrepublik Deutschland*, Serie A: Multilaterale Verträge, hrsg. vom Auswärtigen Amt, Bd. 7, Bonn, Köln, Berlin (West) 1957, S. 223–279. Der Vertrag regelte im Gegenzug zum Beitritt der Bundesrepublik zur NATO die Abgabe von Souveränitätsrechten an die Bundesrepublik.

50 Ebd.

aufgeschoben worden waren. Hierbei handelte es sich im Wesentlichen um Forderungen von NS-Verfolgten, die hinter dem Eisernen Vorhang gelebt hatten. Deutschland kam nicht umhin, wie zuvor mit den westeuropäischen Staaten, Sondervereinbarungen mit Polen und der Sowjetunion abzuschließen. Schon mit dem deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrag von 1991 wurde eine Stiftung zur deutsch-polnischen Aussöhnung gegründet und mit 500 Millionen Mark ausgestattet. Angesichts 600.000 Antragsberechtigter war klar, dass das Geld nicht reichen würde. Auch mit Moskau wurde das Stiftungsmodell vereinbart mit einer Ausstattung von einer Milliarde Mark. Dieses (ex gratia-Modell) lag auch den Verträgen mit weiteren osteuropäischen Staaten zugrunde.⁵¹

Die vom polnischen Ministerpräsidenten Mazowiecki im Zuge der sich abzeichnenden deutschen Einheit thematisierte noch nicht gelöste Frage der Entschädigung von Zwangsarbeitern wurde seit 1996 wieder aktuell, als sich weitere ehemalige Zwangsarbeiter in den USA zu Sammelklagen gegen deutsche Unternehmen zusammenschlossen. Eine vom niedersächsischen Ministerpräsidenten Gerhard Schröder vorgeschlagene Lösung mithilfe eines Fonds, in den alle Unternehmen einzahlen sollten,⁵² wurde erst Realität, als dieser 1998 zum Bundeskanzler gewählt worden war.

Die wiederholte Drohung der US-Regierung, erneut die Reparationsfrage auf den Tisch zu bringen, zeigte ihre Wirkung. Im Gegenzug verzichteten die USA im Abkommen zur Errichtung der Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft« einseitig auf künftige Reparationsansprüche gegen Deutschland.⁵³ Die letztendliche Einigung auf einen Fonds in Höhe von zehn Milliarden Mark – davon jeweils fünf Milliarden Staatsgelder und Beiträge der deutschen Wirtschaft – war ein weiterer wichtiger Schritt in der Wiedergutmachungsgeschichte und in der Geschichte des humanitären Völkerrechts.

Fazit

Auch wenn es den Anschein hat, dass Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg und nach der Wiederherstellung der deutschen Einheit sich zweimal hohen Reparationszahlungen entzog, so entging es jedoch nicht dem moralischen Druck und seiner Verantwortung für die Opfer des NS-Terrors. Konnte die Bundesregierung im Rahmen der Verhandlungen zum Zwei-plus-Vier-Vertrag noch erfolgreich Reparationen und damit eine Verpflichtung zur Zahlung weiterer umfangreicher Entschädigungsleistungen abwehren, blieb das Thema Wiedergutmachung für NS-Unrecht weiterhin ein »unfinished

51 Goschler, *Schuld und Schulden*, S. 431 f.

52 Ebd., S. 451.

53 Ebd., S. 464, hier auch Anm. 44.

business«, dem sich die Bundesregierung und die bundesdeutsche Gesellschaft immer wieder zu stellen hatten.

Wie nach dem Zweiten Weltkrieg erhob sich auch nach 1989 die Frage, wovon Europa oder die Welt eher profitieren würde: von einer Bundesrepublik beziehungsweise von einem Deutschland, das vor dem Hintergrund gigantischer Zerstörungen enorme Reparationsforderungen zu befriedigen hatte und womöglich unter dieser Last zusammenbrach, oder von einem geeinten Deutschland, das möglichst schnell ein integraler Bestandteil der westlichen Staatengemeinschaft werden würde. Die Entscheidung für schnelle Lösungen und den Vorrang sicherheits- und bündnispolitischer Fragen, die zum Erlass gigantischer Schulden führte, war jedoch keine Entscheidung dafür, dass Deutschland seiner moralischen und damit auch monetären Verpflichtungen gegenüber den NS-Opfern entkam.

Die bundesdeutsche Politik einer Reparationsvermeidung, die vielleicht unbeabsichtigt in eine fortwährende politische Auseinandersetzung um Entschädigungsforderungen sowie Entschädigungsleistungen mündete und Deutschland immer wieder zu Wertebekanntnissen, aber auch zu einer transnationalen proeuropäischen

Politik der Aussöhnung führte, hatte durchaus positive Effekte nicht nur für Deutschland selbst. So sind auch die neuerlichen Reparationsforderungen Polens aus dem Jahr 2022 und die deutschen Kompromissvorschläge als Teil dieser Geschichte der vermutlich nie ganz beendeten Auseinandersetzung um Deutschlands Schuld und Schulden anzusehen. Man denke an die Initiative, einen »Ort des Erinnerns und der Begegnung mit Polen« in Berlin⁵⁴ zu realisieren und an das Vorhaben des Deutschen Bundestags, ein Dokumentationszentrum »Zweiter Weltkrieg und deutsche Besatzungsherrschaft in Europa« ebenfalls in Berlin⁵⁵ zu errichten.

54 Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen vom 27.10.2020, <https://www.polendenkmal.de/assets/Uploads/1923708.pdf> (14.6.2023).

55 Realisierungsvorschlag: Dokumentationszentrum »Zweiter Weltkrieg und deutsche Besatzungsherrschaft in Europa« (ZWB/E), Stand: 5.4.2022, <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/2030382/458d9fa855a8310fd793e2e13df0aa31/2022-05-04-dokumentationszentrum-zwbe-data.pdf?download=1> (14.6.2023).

Anzeige

bildungsstätte
anne frank

SINGULARITÄT IM PLURAL

MIT BEITRÄGEN VON Felix Axster
Omer Bartov
Claudia Baumgart-Ochse
Naïta Hishoona
Steffen Klävers
Carola Lentz
Per Leo
Meron Mendel
Wolfgang Meseth
Ralf Michaels
Iris Nachum
Esra Özyürek
Ruprecht Polenz
Mark Terkessidis
Davide Torrente
Zofia Wójcicka
Mirjam Zadoff

Meron Mendel (Hrsg.)
Singularität im Plural
Kolonialismus, Holocaust
und der zweite Historikerstreit

BELZ JUVENIA

2023, 240 Seiten
Kloppenbroschur, € 28,00
ISBN 978-3-7799-7329-4
Auch als E-Book erhältlich

Verspätete Rechnung für den Krieg

Diskussionen über Reparationsforderungen an Deutschland in Polen 2004–2023

Von Krzysztof Ruchniewicz



Prof. Dr. habil. Krzysztof Ruchniewicz ist seit 2002 Direktor des Willy Brandt Zentrums für Deutschland- und Europastudien der Universität Wrocław und dort Inhaber des Lehrstuhls für Zeitgeschichte. Veröffentlichungen (Auswahl): *Polskie zabiegi o odszkodowania niemieckie w latach 1944/45–1975* [Polnische Bemühungen um die deutsche Wiedergutmachung in den Jahren 1944/45–1975], Wrocław 2007; *Compensation in Practice. The Foundation »Remembrance, Responsibility and Future« and the Legacy of Forced Labour during the Third Reich*, hrsg. von Constantin Goschler in Zusammenarbeit mit José Brunner, Krzysztof Ruchniewicz und Philipp Ther, New York, Oxford 2017; (Hrsg. mit Jan Barcz), *Symbolischer Akt. Leistungen aus Deutschland für die Opfer der NS-Verbrechen in Polen. Die »pragmatische« Formel im Lichte der Abkommen von 1991 und 2000*, Wrocław, Warschau 2023.

Foto: privat

Seit nunmehr rund 20 Jahren beruft sich die nationalkonservative Partei Prawo i Sprawiedliwość (dt.: Recht und Gerechtigkeit, kurz: PiS) in der innenpolitischen Debatte immer wieder auf die polnischen Verluste und Opfer im Zweiten Weltkrieg.¹ Da die Partei seit 2015 ununterbrochen an der Macht ist, ist dieses Narrativ Teil der staatlichen Politik geworden.² Im Jahr 2022 wurde die Forderung nach Reparationen beziehungsweise Entschädigungen (beide Begriffe werden in der Debatte synonym verwendet) erneut in den Mittelpunkt gerückt und die Aufnahme von Verhandlungen über ein deutsch-polnisches Abkommen zur Regelung der Reparationen gefordert. Es wurde erklärt, dass der Verzicht auf Reparationen durch die kommunistische Regierung des Landes im Jahr 1953 ungültig sei.

Die PiS-Regierung richtete zunächst im September 2017 im Sejm eine (bis Mai 2019 tätige) Arbeitsgruppe ein und gründete im

- 1 Die polnischen Bemühungen um Wiedergutmachungsleistungen aus Deutschland nach 1989 sind vielfach dokumentiert. S. zuletzt: *Akt symboliczny. Świadczenia z Niemiec dla ofiar zbrodni nazistowskich w Polsce. Formula »pragmatyczna« w świetle porozumień z lat 1991 i 2000* [Symbolischer Akt. Leistungen aus Deutschland für die Opfer der Naziverbrechen in Polen. Die »pragmatische« Formel im Lichte der Abkommen von 1991 und 2000], pod red. Jana Barcza i Krzysztofa Ruchniewicza, Wrocław, Warszawa 2023, <https://repozytorium.kozminski.edu.pl/pub/7163> (7.8.2023, so auch alle im folgenden genannten Internetquellen). In deutscher Sprache s. *Die Entschädigung von NS-Zwangsarbeit am Anfang des 21. Jahrhunderts. Die Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft« und ihre Partnerorganisationen*, hrsg. von Constantin Goschler in Zusammenarbeit mit José Brunner, Krzysztof Ruchniewicz und Philipp Ther, 4 Bde., Göttingen 2012.
- 2 Vgl. Stefan Garsztecki, »Deutsche Kriegsreparationen an Polen? Hintergründe und Einschätzungen eines nicht nur innerpolnischen Streitens«, in: *Polen-Analysen*, Nr. 227, 27.11.2018, DOI: 10.31205/PA.227.01; Stanisław Żerko, »Reparationen und Entschädigungen in den Beziehungen zwischen Polen und der Bundesrepublik Deutschland (ein historischer Überblick)«, in: *IZ Policy Papers*, 22 (II) (2018), Poznań 2018, <https://www.iz.poznan.pl/plik.pobierz,2317,e693bc5ae09ce24f63bbb947463c83d2/PP%20nr%2022%20DE.pdf>.

Dezember 2021 das Institut für Kriegsverluste. Hauptaufgabe der beiden Institutionen war die Ausarbeitung eines Berichts über die polnischen Verluste im Zweiten Weltkrieg und die daraus resultierenden Entschädigungsverpflichtungen Deutschlands.

Das enorme Ausmaß der durch die deutsche Besatzungsherrschaft verursachten Verluste wurde von niemandem in Zweifel gezogen. Allerdings gab es bei der Feststellung ihres Wertes eine Reihe von Hindernissen, die bereits in der zweiten Hälfte der 1940er Jahre deutlich geworden waren, darunter unter anderem der Verlust fast des halben polnischen Vorkriegsterritoriums an die Sowjetunion. Alle Historiker, die sich in der Folgezeit mit diesem Thema beschäftigten,³ waren sich dessen bewusst. Die PiS verkündete nun aber, dass die von ihr beauftragten Spezialisten diese Hindernisse überwinden könnten, zumal es nicht darum gehe, die genauen Verluste zu ermitteln, sondern mit Hilfe einer neuen Bilanz eine angemessene Entschädigung von Deutschland zu erhalten.

Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe des Sejm und des Instituts für Kriegsverluste wurden in Anwesenheit der Spitzenpolitiker der Regierung am 1. September 2022 im Königlichen Schloss in Warschau feierlich vorgestellt. Der Vorsitzende der PiS, Jarosław Kaczyński, erklärte bei dieser Gelegenheit: »Es geht darum, vielleicht in einem langen und schwierigen Prozess eine Entschädigung für all das zu erreichen, was Deutschland, was der deutsche Staat Polen zwischen 1939 und 1945 angetan hat. [...] Dutzende von Ländern in der Welt haben von Deutschland eine Entschädigung erhalten, natürlich in sehr unterschiedlichem Ausmaß, manchmal nur in geringem Umfang, aber Polen hat keine erhalten. Deutschland hat nie wirklich Rechenschaft über seine Verbrechen an Polen abgelegt.«⁴

Einen Monat später richtete die polnische Regierung eine Verbalnote an die deutsche Regierung, in der sie die sofortige Aufnahme von Verhandlungen über ein polnisch-deutsches Abkommen zur Regelung der Reparationen forderte. Die abschlägige Antwort Berlins hat Warschau nicht davon abgehalten, seine Bemühungen fortzusetzen. Entscheidend ist jedoch vor allem die innenpolitische Relevanz des Themas, mit dem es der PiS gelingt, Wähler an sich zu binden.

- 3 S. ferner: *Polska 1939–1945. Straty osobowe i ofiary represji pod dwiema okupacjami* [Personenbedingte Verluste und Opfer von Repressionen während der beiden Besetzungen], pod red. Tomasza Szaroty i Wojciecha Materskiego, Warszawa 2009; Mateusz Gniazdowski, »Ustalić liczbę zabitych na 6 milionów ludzi«. Dyrektywy Jakuba Bermana dla Biura Odszkodowań Wojennych przy Prezydium Rady Ministrów« [»Die Zahl der Gefallenen auf 6 Millionen Menschen festlegen«. Direktiven von Jakub Berman an das Amt für Kriegsentschädigung beim Präsidium des Ministerrats], in: *Sprawy Międzynarodowe*, 2008, Nr. 1, S. 99–113.
- 4 Vgl. »Prezentacja raportu o stratach wojennych Polski« [Vorstellung des Berichts über die Kriegsverluste Polens], <https://www.sejm.gov.pl/sejm9.nsf/komunikat.xsp?documentId=8984A41D502E4785C12588B00050FC28>.

Die Entschädigungsdebatte in Polen in den letzten fast 20 Jahren lässt sich in drei Phasen unterteilen:⁵ Die erste stand im Kontext von Eigentumsansprüchen eines Teils der deutschen Vertriebenen (2004), die zweite war geprägt von den Aktivitäten der erwähnten Arbeitsgruppe (2017–2019), während die dritte mit der Präsentation des Abschlussberichts im Jahr 2021 begann.

Im Folgenden werden die Entwicklung der Diskussionen um polnische Ansprüche an Deutschland skizziert und Überlegungen zu deren Auswirkungen auf die deutsch-polnischen Beziehungen angestellt. Zunächst ist aber noch ein terminologisches Missverständnis zu klären, das in Polen und Deutschland besteht und das die Diskussionen maßgeblich beeinflusst. In Deutschland hat sich der Begriff »Reparationen« für alle Ansprüche (sowohl der zwischenstaatlichen, also eines Staates an einen Staat, als auch der individuellen, also von Individuen an einen Staat) durchgesetzt. In Polen hingegen wird seit 1945 kein einheitlicher Begriff verwendet. Vielmehr sind die Ansprüche infolge des Kriegs unterteilt in zwischenstaatliche Reparationen (auf die Polen 1953 verzichtet hat) und individuelle Entschädigungen an Privatpersonen.⁶

Polnische Reaktionen auf die Eigentumsansprüche von deutschen Vertriebenen im Jahr 2004

Im Juni 2004 brachten Abgeordnete der konservativen Liga Polnischer Familien eine Beschlussvorlage in den Sejm ein, der die Regierung verpflichten sollte, Kriegsreparationen von Deutschland einzufordern. Einer der Gründe für diese Initiative waren Stimmen in Deutschland, die die europäische Nachkriegsordnung in Frage stellten und Polen zu Reparationsleistungen für die deutschen Vertriebenen aufforderten.⁷

Es wurden Maximalziele (Reparationszahlungen von Deutschland) und Minimalziele (die Bundesregierung müsse die Ansprüche deutscher Staatsbürger befriedigen) formuliert. Die Verfasser waren also der Ansicht, dass eine Bedingung für den Verzicht auf polnische

- 5 Dieser Beitrag stützt sich auf folgende Publikationen: Krzysztof Ruchniewicz, »Die verspätete Rechnung. Zur polnischen Diskussion über Reparationszahlungen aus Deutschland«, in: *zeitgeschichte-online*, Oktober 2017, <https://zeitgeschichte-online.de/kommentar/die-verspaetete-rechnung>; ders., »Die Instrumentalisierung der Opfer und Verluste des Zweiten Weltkriegs«, <https://forumdialog.eu/2022/09/14/die-instrumentalisierung-der-opfer-und-verluste-des-zweiten-weltkriegs/>.
- 6 Vgl. Jan Barcz, »Reparationen und Entschädigungen«, in: *Deutsch-Polnisches Magazin Dialog*, 2023, Nr. 143, S. 14–18, hier: S. 16.
- 7 »Interpelacja nr 7541 do prezesa Rady Ministrów w sprawie regulacji odszkodowań za zniszczenia i przesiedlenia wojenne« [Anfrage Nr. 7541 an den Ministerpräsidenten über die Regelung der Entschädigung für Kriegsschäden und Kriegsaussiedlungen], 7.7.2004, <https://orka2.sejm.gov.pl/IZ4.nsf/main/63BF55F9>.

Ansprüche eine Regelung deutscher Ansprüche durch die deutschen Behörden sein würde. Die Bundesregierung ging auf die polnischen Bedenken ein. Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) erklärte anlässlich seiner Teilnahme an den Feierlichkeiten zum Jahrestag des Beginns des Warschauer Aufstands, dass Deutschland auf alle Ansprüche verzichte und deutschen Bürgern, die Eigentumsansprüche aus den Folgen des Krieges geltend machten, keine diplomatische Unterstützung gewähren werde.⁸

Die Versicherungen des Kanzlers konnten die Wogen in Polen aber nicht glätten. Einige Wochen später, am 10. September 2004, wurde im Sejm fast einstimmig eine Erklärung »über die Rechte Polens auf deutsche Kriegsreparationen und über unrechtmäßige Forderungen gegen Polen und polnische Bürger in Deutschland« angenommen. Hierin hieß es, Polen habe »noch keine angemessene finanzielle Entschädigung und Kriegsreparationen für die enormen Schäden und materiellen und immateriellen Verluste erhalten, die durch die deutsche Aggression, die Besatzung, den Völkermord und den Verlust der Unabhängigkeit Polens verursacht wurden.«⁹ Die polnische Regierung wurde dazu aufgerufen, geeignete Maßnahmen zu ergreifen. Die Erklärung hatte für die Regierung aber lediglich empfehlenden Charakter. Dementsprechend reagierte Ministerpräsident Marek Belka (Bund der demokratischen Linken, SLD) darauf. Am 19. Oktober 2004 betonte der Ministerrat, dass die heutige Regierung die Erklärung der Regierung der Volksrepublik Polen vom 23. August 1953 als verbindlich anerkenne. Diese sei »im Einklang mit der damaligen Verfassungsordnung abgegeben, und ein möglicher Druck seitens der UdSSR kann nicht als Androhung von Gewaltanwendung angesehen werden, die gegen die Grundsätze des Völkerrechts verstößt, wie sie in der Charta der Vereinten Nationen zum Ausdruck kommen.«¹⁰

Während der deutsch-polnischen Regierungskonsultationen in Krakau am 4. November 2004 verkündeten Ministerpräsident Belka und Bundeskanzler Schröder das »Ende der Ansprüche«.

8 »Wir beugen uns in Scham«. Schröders Rede in Warschau«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 1.8.2004, <https://www.faz.net/aktuell/politik/schroeders-rede-in-warschau-wir-beugen-uns-in-scham-1171718.html>.

9 »Uchwała Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej z dnia 10 września 2004 r. w sprawie praw Polski do niemieckich reparacji wojennych oraz w sprawie bezprawnych roszczeń wobec Polski i obywateli polskich wysuwanych w Niemczech« [Beschluss des Sejm der Republik Polen vom 10. September 2004 über die Rechte Polens auf deutsche Kriegsreparationen und über unrechtmäßige Forderungen gegen Polen und polnische Bürger in Deutschland], https://orka.sejm.gov.pl/proc4.nsf/uchwaly/2140_u.htm.

10 Zit. nach: »Pismo Wiceministra Spraw Zagranicznych, Janusza Ciska do Marszałka Senatu, Bogdana Borusewicza z dnia 5.9.2012 r.« [Schreiben des stellvertretenden Außenministers Janusz Cisek an den Präsidenten des Senats, Bogdan Borusewicz, vom 5.9.2012.], https://www.senat.gov.pl/gfx/senat/userfiles/_public/k8/dokumenty/stenogram/oswiadczenia/sagatowska/1702o.pdf.

Belka schloss seine Rede mit einem Appell an alle, die in Polen und Deutschland »die Frage der Enteignungen, der Eigentumsansprüche und der Reparationen« weiter ausnutzen und missbrauchen wollten: »Sie können sich entweder weiter in sinnlosen Aktionen verbrennen und die gegenseitigen Beziehungen vergiften oder sich vernünftig verhalten. Die Wahl liegt bei ihnen.«¹¹

Mit dieser klaren Aussage schien die Angelegenheit beendet zu sein. Auch die PiS hat das Thema während ihrer Regierungsbeteiligung zwischen 2005 und 2007 nicht auf die Agenda gesetzt.

Aktivitäten der Sejm-Arbeitsgruppe (2017–2019)

Nach mehr als einem Jahrzehnt tauchte die Frage der Reparationen wieder auf. Die öffentliche Debatte wurde vom Vorsitzenden der PiS, Jarosław Kaczyński, am 1. Juli 2017 bei einem Treffen der Partei in Przysucha angestoßen. In seiner Rede erklärte er, Polen sei das erste Land gewesen, welches sich dem Hitler-Regime militärisch entgegenstellt habe: »Haben wir etwas für den gigantischen Schaden bekommen, den wir bis heute nicht wirklich aufgeholt haben? Nein. [...] Die Verluste an Menschen, an Eliten, sind praktisch nicht wiedergutzumachen, es braucht 5 oder 7 Generationen, um sie wiedergutzumachen [...]. Polen hat nie auf diese Reparationen verzichtet. Diejenigen, die das glauben, irren sich.«¹²

Einige Wochen später kündigte er im regierungsnahen katholischen Radio Maria die Vorbereitungen der polnischen Regierung für »eine historische Gegenoffensive« an, deren Ziel es sei, »gigantische Geldsummen« aus Deutschland zu erhalten. Kaczyńskis Worte brachten die Regierung in Verlegenheit. Weder Ministerpräsidentin Beata Szydło noch Außenminister Witold Waszczykowski, beides Parteifreunde von Kaczyński, reagierten zunächst hierauf. Vermutlich war sich die Regierung bewusst, wie problematisch das Thema war und welche negativen Auswirkungen es auf die sich bereits verschlechternden Beziehungen zu Deutschland haben würde.

Im Parlament ging die Initiative schließlich von Arkadiusz Mularczyk, einem der PiS-Abgeordneten, aus. Er beauftragte das Büro für Sejm-Analysen mit der Ausarbeitung eines Gutachtens über die Möglichkeit, von Deutschland Entschädigungszahlungen für die während des Zweiten Weltkriegs verursachten Schäden zu fordern. Bei Radio Maria und in einer Sendung des Fernsehsenders

11 Magdalena Kursa, »Schröder i Belka ogłaszają koniec roszczeń« [Schröder und Belka kündigen Ende der Forderungen an], in: *Gazeta Wyborcza*, 4.11.2004.

12 Jarosław Kaczyński, »Idziemy we właściwym kierunku, realizujemy prawa Polaków. Realizujemy wśród sprzeciwów«. Całe przemówienie prezesa PiS« [»Wir gehen in die richtige Richtung, wir setzen die Rechte des polnischen Volkes um. Wir verwirklichen sie trotz der Widerstände«. Die gesamte Rede des Vorsitzenden von Recht und Gerechtigkeit], in: *wpolityce*, 2.6.2017.



Blick auf das zerstörte Zentrum der polnischen Hauptstadt Warschau, Januar 1945
Foto: Wikipedia, gemeinfrei



Jarosław Kaczyński im Wahlkampfjahr 2015
Foto: Wikipedia, CC BY-SA 4.0

Trwam machte Mularczyk keinen Hehl daraus, dass die Initiative auf Jarosław Kaczyński zurückging.¹³

Es gab keine Fernseh- oder Radiosendung und keine Zeitung, die das Thema nicht aufgriff. Viele argumentierten, dass Polen Reparationen verdiene. Es wurden verschiedene Aufstellungen über die zu fordernden Summen verwendet, verschiedene Experten zitiert und immer höhere Beträge genannt.

Durch Umfragen sollte die Ansicht der Bevölkerung zu Reparationen aus Deutschland ermittelt werden. In einer von Wirtualna Polska, einem bekannten Nachrichtenportal, im August 2017 in Auftrag gegebenen Umfrage antworteten auf die Frage »Sollte Polen von Deutschland eine Entschädigung für die durch den Zweiten Weltkrieg erlittenen Schäden verlangen?« 50 Prozent der Befragten mit »Ja« und jeweils 25 Prozent waren dagegen beziehungsweise hatten keine Meinung. Die höchste Zustimmung ließ sich unter den Anhängern der PiS (73 Prozent) und einer anderen rechten Gruppierung, Kukiz'15, (54 Prozent) feststellen.¹⁴

Auf die zweite Frage »Hat Polen eine realistische Chance, eine Entschädigung von Deutschland zu erhalten?« antworteten nur 16 Prozent der Befragten mit »Ja«, 53 Prozent waren der gegenteiligen Meinung und 31 Prozent konnten zu dieser Frage keine Stellung beziehen. Auf die letzte Frage »Wird die Forderung nach Entschädigung durch Deutschland die Position Polens in der EU beeinträchtigen?« antworteten 33 Prozent, dass sie die Position Polens in der Europäischen Union (EU) schwächen, und 18 Prozent, dass sie sie stärken würde. 49 Prozent der Befragten hatten dazu keine Meinung. Die Umfrage zeigte vor allem, dass in der polnischen Gesellschaft noch immer das Gefühl einer ungerechten Behandlung durch Deutschland verbreitet ist. In den folgenden Wochen bestätigten weitere Umfragen diese Ergebnisse.

Das Büro für Sejm-Analysen, dessen Stellungnahme erwartet wurde, bremste aber und erklärte, dass die Angelegenheit »komplex und kompliziert« sei und »die Bezugnahme auf eine Reihe von Akten des internationalen Rechts und die Analyse vieler rechtlicher Fragen« erfordere.¹⁵

13 »Reparacje wojenne za zbrodnie Niemców w Polsce. Poseł ujawnia kulisy sprawy« [Kriegsreparationen für deutsche Verbrechen in Polen. Abgeordneter blickt hinter die Kulissen des Falles], in: *niezależna*, 5.8.2017, <https://niezalezna.pl/200309-reparacje-wojenne-za-zbrodnie-niemcow-w-polsce-posel-ujawnia-kulisy-sprawy>.

14 Ewa Koszowska, »Polacy domagają się odszkodowań od Niemiec. Najnowszy sondaż« [Polen fordern Reparationen von Deutschland. Neueste Umfrage], in: *wpopinie*, 17.8.2017, <https://opinie.wp.pl/polacy-domagaja-sie-odszkodowan-od-niemiec-najnowszy-sondaz-6156159296247937a>.

15 »W Biurze Analiz Sejmowych zamówiona została ekspertyza dotycząca możliwości dochodzenia odszkodowania za straty poniesione podczas II wojny światowej« [Das Büro für Sejm-Analysen hat ein Gutachten über die Möglichkeit einer Entschädigung für während des Zweiten Weltkriegs erlittene Verluste in Auftrag gegeben], 11.8.2017, <https://www.sejm.gov.pl/Sejm8.nsf/komunikat.xsp?documentId=6AEE8FD330C0FC68C12581700053BE32>.

Hinzu kamen widersprüchliche Erklärungen von verschiedenen Seiten. Auf eine Anfrage des PiS-Abgeordneten Adam Ołdakowski zum bisherigen Verzicht auf Reparationen antwortete der stellvertretende Außenminister Marek Magierowski am 8. August 2017: »[D]ie Erklärung von 1953 ist ein verbindlicher einseitiger Akt des polnischen Staates – ein Gegenstand des Völkerrechts«. Magierowski erinnerte daran, dass die Regierung im Jahr 2004 die Gültigkeit der Erklärung von 1953 bestätigt und sich seitdem »die Position der Regierung der Republik Polen [...] nicht geändert« habe.

Diese Erklärung stieß jedoch nicht auf die Zustimmung des regierungsnahen Teils der Medien und der PiS-Mitglieder. Die PiS hatte zu diesem Zeitpunkt bereits mehrfach bewiesen, dass sie in vielen Fragen, auch in der Außenpolitik und gegenüber der EU, die Positionen früherer polnischer Regierungen nicht als verbindlich ansah. Außenminister Witold Waszczykowski erklärte: »Die Entscheidung über ein Einfordern von Kriegsentschädigungszahlungen ist eine Frage von Wochen oder sogar Monaten«. ¹⁶

Am 24. August 2017 meldete sich schließlich Premierministerin Beata Szydło auf einer Pressekonferenz zu Wort: »Wir sind ein Opfer des Zweiten Weltkriegs, das Unrecht ist in keiner Weise wiedergutmacht worden, ganz im Gegenteil [...]. Wenn wir heute über Reparationen sprechen, dann ist das nur eine Forderung nach Gerechtigkeit und nach dem, was Polen verdient«. ¹⁷ Kommentatoren fragten sich, was Szydłos Formulierung »im Gegenteil« bedeute.

In den folgenden Tagen meldeten sich weitere Minister zu Wort. Am 2. September legte Innenminister Mariusz Blaszczak dar, dass sich die materiellen Verluste Polens im Zweiten Weltkrieg auf etwa eine Billion US-Dollar beliefen, was unter Berücksichtigung des heutigen Wechselkurses etwa 100.000 Złoty pro Bürger entsprechen. Hinzu kämen die großen menschlichen Verluste, die schwer zu beziffern seien. ¹⁹

16 »Odpowiedź na zapytanie nr 3812 w sprawie strat poniesionych podczas II wojny światowej. Odpowiadający: podsekretarz stanu w Ministerstwie Spraw Zagranicznych Marek Magierowski« [Antwort auf die Anfrage Nr. 3812 zu den während des Zweiten Weltkriegs erlittenen Verlusten. Antwort: Unterstaatssekretär im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten Marek Magierowski], 8.8.2017, <https://www.sejm.gov.pl/Sejm8.nsf/InterpelacjaTresc.xsp?key=0397DEDF>.

17 »Szef MSZ: Decyzja ws. Reparacji od Niemiec to kwestia tygodni lub miesięcy« [Chef des Außenministeriums: Entscheidung über Reparationen aus Deutschland eine Frage von Wochen oder Monaten], *www.radiomaryja.pl*, 5.9.2017, <https://www.radiomaryja.pl/informacje/polska-informacje/szef-msz-decyzja-ws-reparacji-niemiec-kwestia-tygodni-lub-miesiacy/>.

18 Justyna Dobrosz-Oraz, »Beata Szydło o reparacjach wojennych: »Upominamy się o sprawiedliwość i o to, co należy się Polsce« [Beata Szydło über Kriegsreparationen: »Wir bestehen auf Gerechtigkeit und auf dem, was Polen zusteht«], in: *Gazeta Wyborcza*, 24.8.2017, <https://wyborcza.pl/10,82983,22274714,beata-szydlo-o-reparacjach-wojennych-upominamy-sie-o-sprawiedliwosc.html>.

19 »Blaszczak podał kwotę reparacji: Bilion amerykańskich dolarów« [Blaszczak nannte die Höhe der Reparationen: eine Billion US-Dollar], in: *Wprost*, 2.9.2017.

Am 11. September 2017 wurde schließlich der Expertenbericht des Büros für Sejm-Analysen veröffentlicht. ²⁰ Sein Verfasser, Robert Jastrzębski, vertrat die Auffassung, dass die polnischen Ansprüche nicht verjährt seien und dass das Land Reparationen verdiene. Die Argumente wurden umgehend von anderen Juristen, insbesondere von Spezialisten für internationales Recht, in Frage gestellt. ²¹ Bereits im August 2017 hatte der Wissenschaftliche Dienst des Bundestags ein Gutachten über die Kriegsverluste Polens und die von der Bundesrepublik geleisteten Reparationszahlungen veröffentlicht, das zu dem Schluss kam, dass Warschau keinen Grund für erneute Reparationsansprüche gegenüber Deutschland habe.

Mularczyk blieb von dieser Kritik unbeirrt und baute auf den Entschädigungsforderungen vielmehr seine weitere politische Karriere auf. Der Sejm setzte auf seine Initiative hin eine parlamentarische Arbeitsgruppe ein, die die polnischen Verluste im Zweiten Weltkrieg ermitteln und rechtliche Wege zur Durchsetzung von Ansprüchen gegenüber Deutschland aufzeigen sollte. ²²

Jarosław Kaczyński warf Kritikern der Regierung und der PiS in einem Interview am 4. Oktober 2017 vor, den Interessen Polens zu schaden. Er sei sich des Erfolgs der gesamten Aktion zwar nicht sicher, aber überzeugt, dass sie dazu beitragen könne, die internationale Gemeinschaft für das Schicksal Polens und der Polen während des Zweiten Weltkriegs zu sensibilisieren. Die Frage der Reparationen öffentlich zu machen, sei »ein hervorragendes Mittel, um die Welt darüber zu informieren, wie der Zweite Weltkrieg wirklich war, was die Deutschen in Polen getan haben, wie sie gehandelt haben. Wer waren die Opfer und wer die Henker«. ²³ Kaczyński verband also geschichtspolitische mit rein politischen Zielen. Die Äußerung des Vorsitzenden der PiS war zudem irreführend. Eine moderne Art der

20 »Opinia prawna w sprawie możliwości dochodzenia przez Polskę od Niemiec odszkodowania za szkody spowodowane przez drugą wojnę światową w związku z umowami międzynarodowymi« [Rechtsgutachten über die Möglichkeit Polens, von Deutschland eine Entschädigung für durch den Zweiten Weltkrieg verursachte Schäden im Zusammenhang mit internationalen Abkommen zu verlangen], 6.9.2017, <https://www.sejm.gov.pl/media8.nsf/files/KKOI-AR4BMR/%24File/1455%20-%2017PL.pdf>.

21 Monika Prończuk, »Ekspertyzę dla Sejmu o należnych Polsce reparacjach przygotował specjalista od cel i weksli. Znawcy tematu obnażają jego błędy i fałszywe wnioski« [Ein Sachverständiger für Zölle und Wechsel hat für den Sejm das Gutachten über polnische Reparationsforderungen erstellt. Experten zu diesem Thema zeigen seine Fehler und falschen Schlussfolgerungen auf], 16.9.2017, <https://oko.press/ekspertyze-biura-analiz-sejmowych-o-reparacjach-przygotowal-specjalista-prawa-gospodarczego-eksperci-oko-press-obalaja-tezy>.

22 Vgl. »Parlamentarny Zespół ds. Oszacowania Wysokości Odszkodowań Należnych Polsce od Niemiec za Szkody Wyrządzone w trakcie II Wojny Światowej« [Parlamentarische Gruppe zur Schätzung der von Deutschland an Polen zu zahlenden Entschädigung für im Zweiten Weltkrieg verursachte Schäden], <https://www.sejm.gov.pl/sejm8.nsf/agent.xsp?symbol=ZESPOL&Zesp=513>.

23 »Nie będzie zgody na zmiany pozorne« [Es gibt keine Zustimmung zu Scheinänderungen], in: *pis.org.pl*, 4.10.2017, <https://pis.org.pl/aktualnosci/nie-bedzie-zgody-na-zmiany-pozorne>.

Darstellung des Zweiten Weltkriegs wurde im neuen Museum des Zweiten Weltkriegs in Danzig präsentiert. Dass die Ausstellung das Augenmerk auf das Schicksal der Zivilbevölkerung in einer globalen Perspektive lenkte, erwies sich für die Politiker der PiS als unzureichend; ihrer Ansicht nach wurde dem polnischen Kriegseinsatz und Märtyrertum zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. So wurde der Gründungsdirektor des Museums, Professor Paweł Machcewicz, abgesetzt und die Dauerausstellung verändert, einige Mitarbeiter wurden zum Rücktritt gezwungen und die internationalen Kontakte des Museums merklich geschwächt. ²⁴

Präsentation des Berichts und seine Folgen

Nach dem erneuten Wahlsieg der PiS im Herbst 2019 rückten die Reparationsforderungen an Deutschland zunächst in den Hintergrund. Im Sejm wurde keine neue Arbeitsgruppe eingerichtet, die die in der vergangenen Legislaturperiode begonnene Arbeit fortsetzen sollte. Man hatte den Eindruck, dass die Formulierung von konkreten Forderungen und die Ergreifung von Maßnahmen zu ihrer Durchsetzung nicht dringlich waren. Vielleicht wurden die polnischen Machthaber auch durch die ablehnenden Reaktionen in Deutschland und das Unverständnis der internationalen Öffentlichkeit gebremst. Zudem dominierten ab 2020 die Bekämpfung der Covid-19-Pandemie und anschließend die russische Aggression gegen die Ukraine die Regierungspolitik ebenso wie die öffentliche Debatte. Es kam jedoch zu einer weiteren Verschlechterung der polnisch-deutschen und der polnisch-europäischen Beziehungen, zu der verschiedene Maßnahmen der PiS-Regierung vor allem im Bereich der Rechtsstaatlichkeit beitrugen. Antideutsche Parolen tauchten immer häufiger in den öffentlichen Äußerungen der Regierenden auf.

Dies löste in liberalen und demokratischen Kreisen von Anfang an Besorgnis aus, aber auch bei Diplomaten, die sich vor 2015 für die Stärkung der internationalen Position Polens eingesetzt hatten. Die Konferenz der Botschafter der Republik Polen erklärte im Juni 2021 anlässlich des 30. Jahrestags der Unterzeichnung des deutsch-polnischen Vertrags: »Die Funktionäre der Partei Recht und Gerechtigkeit verbreiten unrealistische Reparationsfantasien und nutzen die Tragödie des Zweiten Weltkriegs politisch aus, anstatt sich darauf zu konzentrieren, den noch lebenden Opfern der Naziverbrechen zu helfen.« Sie erinnerten daran, dass es durch das deutsch-polnische Abkommen gelungen sei, rund sechs Milliarden Złoty für die Opfer des Dritten Reichs zu erhalten. ²⁵ Derartige Kritik ignorierte die

24 Vgl. hierzu Paweł Machcewicz, *Der umkämpfte Krieg. Das Museum des Zweiten Weltkriegs in Danzig. Entstehung und Streit*, Wiesbaden 2018.

25 »Nowe pokolenie Polaków i Niemców zasługuje na kontynuację traktatu z 17 czerwca 1991 r. i zarazem nowe otwarcie« [Die neue Generation von Polen und

Regierung aber weitgehend. Im Dezember 2021 gründete sie vielmehr das Jan-Karski-Institut für Kriegsverluste. Dieses sollte »die Kriegsverluste, die dem polnischen Staat und seinen Bürgern im Verlauf des Zweiten Weltkriegs (1939–1945) zugefügt wurden, und die langfristigen Folgen dieses Konflikts« erforschen und bekannt machen.²⁶

Zum Direktor wurde Bogdan Musiał, ein der polnischen Rechten nahestehender Historiker ernannt (im August 2022 folgte ihm Konrad Wnęk, ein Historiker des 19. Jahrhunderts, auf diesem Posten), während der PiS-Abgeordnete Arkadiusz Mularczyk im Juli 2022 den Vorsitz des Institutrats übernahm.²⁷

Am 1. September 2022, dem 83. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkriegs, wurde im Königlichen Schloss in Warschau der Bericht über die Verluste Polens durch die deutsche Aggression und Besetzung während des Zweiten Weltkriegs 1939–1945 vorgestellt.²⁸ An der Präsentation nahmen Spitzenvertreter der Regierung und der PiS teil, während die Opposition die Veranstaltung boykottierte.²⁹ Der Bericht schätzte die materiellen Verluste Polens im Zweiten Weltkrieg auf 6.220.609.000.000 Złoty (etwa 1,3 Billionen Euro). Er löste eine heftige Kontroverse aus, obwohl natürlich niemand bestritt, dass der Krieg Polen extrem hart getroffen hatte.³⁰

Der Bericht bestand aus drei Teilen. Der erste Teil enthielt verschiedene Aufstellungen, der zweite Fotos und der dritte eine Liste der zerstörten Städte und Dörfer. Inhaltlich war lediglich der erste Teil wichtig. Seine Lektüre warf viele Fragen auf. Auf der Titelseite wurden die wissenschaftlichen Herausgeber nicht genannt, was bereits rätselhaft war. Die Einleitung, die vor allem die Initiative der PiS und ihres Vorsitzenden Jarosław Kaczyński würdigte, stammte vom ehemaligen Vorsitzenden der Sejm-Arbeitsgruppe, dem PiS-Abgeordneten Mularczyk.³¹

Aus unbekanntem Gründen wurde auf die für derartige Studien typischen Teile wie die Darstellung des Forschungsstands, der Methodik und der verwendeten Quellenbasis verzichtet. Man erfährt daher nicht, welche Anstrengungen bereits in der Vergangenheit unternommen worden sind, um die polnischen Verluste abzuschätzen, welche Schlussfolgerungen hieraus gezogen wurden und welche Probleme hierbei auftraten. Außerdem erfährt man nicht, welche Methoden zur Berechnung von materiellen und personellen Verlusten in der Wissenschaft weltweit üblich sind. Ein bedeutendes Versäumnis ist auch die Nichtberücksichtigung der von der Bundesrepublik bereits geleisteten Entschädigungszahlungen und der Beträge, die zur Entschädigung bestimmter Personengruppen (etwa der Opfer verbrecherischer medizinischer Experimente oder der Zwangsarbeitskräfte) gezahlt wurden. Auch die finanziellen Anstrengungen des polnischen Staates, der nach 1945 Invaliden- und Witwenrenten zahlen musste, wurden nicht aufgeführt.

Dies verwundert nicht, da jenen Historikern und Demographen, die sich seit Jahren mit diesen Fragen beschäftigen, keine Zusammenarbeit angeboten worden war. Bei den Autoren handelte es sich vielmehr um Historiker, die mit dem Institut des Nationalen Gedenkens verbunden sind, oder um Spezialisten für Epochen und Themen, die mit der Entschädigungsthematik nichts zu tun haben. Die Auswahl der beteiligten Wirtschaftswissenschaftler warf ähnliche Fragen auf. Auch wurden keine Spezialisten für internationales Völkerrecht hinzugezogen. Die inhaltlichen Einwände aufzulisten, würde den Rahmen dieses Artikels sprengen.

Die Präsentation des Berichts und die angegebene Höhe der Verluste lösten in Berlin eine deutliche Reaktion aus. Bundeskanzler

szczenie-niemcem-na-wybory; Bartosz T. Wieliński, »Prof. Krzysztof Ruchniewicz: W raporcie o reparacjach pominięto 1,6 mld euro, które Polska dostała przez lata« [Im Reparationsbericht werden die 1,6 Milliarden Euro, die Polen im Laufe der Jahre erhalten hat, nicht berücksichtigt], 8.9.2022, in: *Gazeta Wyborcza*, <https://wyborcza.pl/magazyn/7,124059,28886939,pis-owski-raport-w-sprawie-niemieckich-reparacji-to-taniec-na.html>.

31 Arkadiusz Mularczyk, »Wstęp« [Einleitung], in: *Raport o stratach poniesionych przez Polskę w wyniku agresji i okupacji niemieckiej w czasie II wojny światowej 1939–1945. Opracowanie*, t. 1 [Bericht über die von Polen durch die deutsche Aggression und Besetzung während des Zweiten Weltkriegs 1939–1945 erlittenen Verluste. Sammelband, Bd. 1], Warszawa 2022, S. 17.



Fotobild vom 1. September 2022 zur Präsentation des »Raport o stratach poniesionych przez Polskę w wyniku agresji i okupacji niemieckiej w czasie II wojny światowej 1939–1945« (Bericht über die infolge der deutschen Aggression und Besetzung während des Zweiten Weltkriegs 1939–1945 von Polen erlittenen Verluste) Foto: Jan Karski Institut für Kriegsverluste (Instytut Strat Wojennych im. Jana Karskiego), Warschau

Olaf Scholz sprach sich in einem Interview gegen die polnischen Forderungen aus: »Wie alle Bundesregierungen zuvor kann ich darauf hinweisen, dass diese Frage völkerrechtlich abschließend geregelt ist.«³²

Zwei Wochen nach der Präsentation des Berichts, am 14. September 2022, nahm der Sejm fast einstimmig eine Erklärung über die Forderung nach Wiedergutmachung für die von Deutschland während des Zweiten Weltkriegs in Polen verursachten Schäden an (der Begriff »Reparationen« wurde aufgrund des Protests der

Opposition aus dem Text gestrichen). Die Annahme der Erklärung, auch durch die Abgeordneten der Opposition, mag überraschen. Die in der Entschließung aufgeworfenen Fragen widersprachen dem Forschungsstand, der der Opposition bekannt war. Dennoch funktionierte eine Art moralische Erpressung, die die Regierungsmehrheit gegenüber der Opposition ausübte. In der Erklärung wird Berlin aufgefordert, »unmissverständlich die politische, historische, rechtliche und finanzielle« Verantwortung für die Kriegsfolgen zu übernehmen, die Polen und seine Bürger betreffen. Weiter hieß es, Polen habe »niemals [sic!] eine Entschädigung für die vom deutschen Staat verursachten persönlichen und materiellen Verluste erhalten. Es hat auch nie [sic!] eine Entschädigung für die enormen Schäden erhalten, die den polnischen Bürgern zugefügt wurden«.

32 »Scholz weist Reparationsforderungen zurück«, in: *Tagesschau.de*, 6.9.2022, <https://www.tagesschau.de/inland/scholz-reparationsforderungen-101.html>.

Der Bericht wurde als »Ausgangspunkt für geeignete bilaterale Gespräche« betrachtet.³³

Am 3. Oktober übergab Außenminister Zbigniew Rau dem Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland eine entsprechende diplomatische Note. Ein Communiqué des Ministeriums vom 28. Oktober 2022 fasst die Forderungen Polens an Deutschland zusammen. Hierzu zählten vor allem: Wiedergutmachung, die Entschädigung der Opfer der Aggression und ihrer Familien, die Rückgabe von Kulturgütern, Vermögenswerten und Verbindlichkeiten polnischer Banken und Kreditinstitute, die Rehabilitierung der ermordeten Mitglieder der Polonia in Deutschland während des Zweiten Weltkriegs, die Entschädigung für das verlorene Eigentum der polnischen Minderheit in Deutschland, die Regelung des Status der Polen in Deutschland, die Frage des Gedenkens an die polnischen Opfer des Zweiten Weltkriegs und die Durchführung von Maßnahmen in Deutschland, um das Wissen über die während des Zweiten Weltkriegs verursachten Schäden zu verbreiten.³⁴ Im Oktober 2022 trat Arkadiusz Mularczyk das Amt des stellvertretenden Außenministers an. Im darauffolgenden Monat richtete Polen diplomatische Noten an die Länder der Europäischen Union, des Europarats und der NATO, in denen die polnischen Forderungen an Deutschland erläutert wurden.³⁵

Die langjährige, von der PiS angestoßene Debatte um deutsche Entschädigungsleistungen hat die Einstellung der Polen (weniger der Deutschen) deutlich beeinflusst. Im Dezember 2022 gaben *Oko.press* und *TOK.FM*, zwei oppositionelle Medien, eine Umfrage zum Thema Reparationen in Polen und Deutschland in Auftrag.³⁶ Auf die Frage »Polen fordert von Deutschland Reparationen für die während des Zweiten Weltkriegs erlittenen Verluste. Sollte Deutschland

diese Ihrer Meinung nach an Polen zahlen?« antworteten 66 Prozent der Polen, dass Reparationen fällig seien, während 75 Prozent der Deutschen dies ablehnten. Die Interviewer interessierten sich auch für die Präferenzen von jüngeren und älteren Polen und Deutschen. Die jüngeren Deutschen sprachen sich für Reparationszahlungen an Polen aus, während die polnischen Jugendlichen dagegen waren. Es wurde ein Zusammenhang zwischen den Wohnorten in beiden Ländern hergestellt. Deutsche aus Ballungsräumen sind eher bereit zu zahlen, Polen aus Großstädten sehen keinen Anlass, heute noch Reparationen zu fordern. Zweifellos ist dieses Umfrageergebnis durch die unterschiedliche Intensität der Information über die Forderungen Warschaus in Polen und Deutschland beeinflusst (in Polen wird dieses Thema häufiger angesprochen). Auch die Distanz zu den Ereignissen des Zweiten Weltkriegs ist nicht ohne Bedeutung. Dies ist eine gute Prognose für die Zukunft, aber auch eine Herausforderung für die heutige Bildungsarbeit in den deutsch-polnischen Beziehungen.

Am 3. Januar 2023 erhielt Warschau eine Antwort aus Berlin auf die Note vom 3. Oktober: »Nach Ansicht der deutschen Regierung ist die Frage der Reparationen und Kriegsentschädigungen nach wie vor abgeschlossen, und die deutsche Regierung hat nicht die Absicht, in Verhandlungen über diese Frage einzutreten.«³⁷ Der stellvertretende Außenminister Mularczyk erklärte hierzu: »Wenn die deutsche Position [...] tatsächlich nur aus einem Satz besteht [...], dann bedeutet das, dass es in dieser Antwort keine rechtliche Argumentation gibt [...]. Es ist eine Antwort, die den polnischen Staat und die Polen nicht respektiert.«³⁸

In den folgenden Monaten unternahm die polnische Regierung aber keine neuen Vorstöße. Minister Mularczyk kündigte an: »Ich bin überzeugt, dass, wenn wir in der nächsten Legislaturperiode an der Macht sind, Deutschland Reparationen an Polen zahlen wird und dass die allgemein bekannte Darstellung der Geschichte des Zweiten Weltkriegs eher polnisch und nicht deutsch sein wird.«³⁹

33 »Zob. Uchwała Sejmu ws. dochodzenia przez Polskę zadośćuczynienia za szkody spowodowane przez Niemcy w czasie II wojny światowej« [Resolution des Sejm zur Forderung Polens nach Wiedergutmachung für die von Deutschland während des Zweiten Weltkriegs verursachten Schäden], 14.9.2022, <https://www.sejm.gov.pl/sejm9.nsf/komunikat.xsp?documentId=320B5562E9925DBBC12588BD005B6276>.

34 Das Communiqué findet sich unter <https://www.gov.pl/web/dyplomacja/komunikat-ministerstwa-spraw-zagranicznych-rp-ws-noty-skierowanej-domsz-republiki-federalnej-niemiec-w-dniu-3-pazdziernika-2022>.

35 »Sekretarz Stanu Arkadiusz Mularczyk poinformował o dalszych działaniach MSZ ws. żądań uzyskania od Niemiec odszkodowania za straty, jakie Polska poniosła w czasie II wojny światowej« [Staatssekretär Arkadiusz Mularczyk informiert über das weitere Vorgehen des Außenministeriums in Bezug auf Entschädigungsforderungen an Deutschland für die von Polen während des Zweiten Weltkriegs erlittenen Verluste], 23.11.2022, <https://www.gov.pl/web/dyplomacja/sekretarz-stanu-arkadiusz-mularczyk-poinformowal-o-dalszych-dzialaniach-msz-ws-zadan-uzyskania-od-niemiec-odszkodowania-za-straty-jakie-polska-poniosla-w-czasie-ii-wojny-swiatowej>.

36 Michał Danielewski, »75 proc. Niemców nie chce, żeby ich kraj płacił Polsce reparacje wojenne« [75 Prozent der Deutschen wollen nicht, dass ihr Land Kriegsreparationen an Polen zahlt], in: *oko.press.pl*, 31.12.2022, <https://oko.press/75-proc-niemcow-nie-chce-zeby-ich-kraj-placil-polsce-reparacje>.

37 »Oświadczenie Ministerstwa Spraw Zagranicznych« [Stellungnahme des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten], 3.1.2023, <https://www.gov.pl/web/dyplomacja/oswiadczenie-ministerstwa-spraw-zagranicznych>.

38 »Mularczyk o odpowiedzi MSZ Niemiec na notę w sprawie odszkodowań: lekceważąca Polska i Polaków« [Mularczyk zur Reaktion des deutschen Außenministeriums auf die Note zur Wiedergutmachung: respektlos gegenüber Polen und den Polen], in: *pap.pl*, 4.1.2023, <https://www.pap.pl/aktualnosci/news%2C1517183%2Cmularczyk-o-odpowiedzi-msz-niemiec-na-note-w-sprawie-odszkodowan>. Vgl. auch: Ewelina Knutowicz, »Prof. Ruchniewicz: politycy wykorzystują temat reparacji, bo w polskim społeczeństwie wciąż budzi emocje« [Prof. Ruchniewicz: Politiker nutzen das Thema Reparationen aus, da es in der polnischen Gesellschaft immer noch Emotionen weckt], 4.1.2023, <https://www.lrt.lt/pl/wiadomosci/1261/1859612/prof-ruchniewicz-politycy-wykorzystuja-temat-reparacji-bo-w-polskim-spoeczenstwie-wciaz-budzi-emocje>.

39 »Mularczyk: jeśli wygramy wybory, to Niemcy zapłacą za reparacje« [Mularczyk: Wenn wir die Wahlen gewinnen, wird Deutschland für die Reparationen zahlen], in: *pap.pl*, 6.6.2023, <https://www.pap.pl/aktualnosci/>

Bis heute hat sich an der ablehnenden Haltung Berlins in dieser Frage nichts geändert. Auf welcher Grundlage Mularczyk daher zu seinen Schlussfolgerungen kam, ist nicht bekannt.

Tatsache ist, dass die Bilanz der polnischen Bemühungen um Entschädigungsleistungen von Deutschland eindeutig negativ ausfällt. Dabei hat die polnische Regierung in den vergangenen Jahren erhebliche öffentliche Gelder für die Arbeitsgruppe des Sejm und vor allem für das Institut für Kriegsfragen ausgegeben. Die Arbeit des Instituts ist schwer zu beurteilen, da auf dessen Website nur wenige Informationen hierüber zu finden sind. Der wissenschaftliche Wert der vorgelegten Ergebnisse ist fragwürdig, zumal kein neues Material vorgelegt werden konnte, welches unser bisheriges Wissen verändert hätte. Bis heute wurde nichts festgestellt, was Fachleute nicht schon seit Jahrzehnten wussten. Die Forderung nach einer Änderung des Narrativs über den Verlauf des Kriegs und der deutschen Besatzungsherrschaft in Polen aber ist ungerechtfertigt und sogar eine Beleidigung für Menschen aus beiden Ländern, die sich seit Jahrzehnten um Dialog und Verständigung bemühen. Jahrelang arbeiteten polnische und deutsche Historiker und Geschichtsdidaktiker an einem gemeinsamen deutsch-polnischen Geschichtslehrbuch. Inzwischen sind alle seine Teile erschienen. Allerdings ist der vierte Teil, der sich unter anderem mit dem Zweiten Weltkrieg befasst, in Polen immer noch nicht für den Schulgebrauch zugelassen.⁴⁰ Dies ist erstaunlich und unverständlich, da es das erste Mal ist, dass polnische und deutsche Autoren die nationale Geschichte ihrer Länder in einem europäischen Kontext erzählt haben.

Die Bedeutung der polnischen Wiedergutmachungsforderungen an Deutschland für die deutsch-polnischen Beziehungen

Die Politik der PiS polarisiert seit Jahren stark die polnische Gesellschaft. Die Partei greift dabei eifrig Themen auf, die starke Emotionen wecken. Sie tut dies oft dann, wenn die Unterstützung für den regierenden rechten Flügel schwindet oder andere Probleme zu verdecken sind. Deutschland und die polnischen Beziehungen zu Deutschland sind ein solches Thema, welches immer wieder instrumentalisiert wird. Die verschiedenen Anschuldigungen gegen den westlichen Nachbarn und das ständige Aufwerfen der Entschädigungsfrage dienen daher vor allem innenpolitischen

news%2C1581321%2Cmularczyk-jesli-wygramy-wybory-niemcy-zaplaca-polsce-reparacje.html.

40 »Zob. Jacek Lepiarz, Blaski i cienie polsko-niemieckiego podręcznika do historii« [Glanz und Schatten des deutsch-polnischen Geschichtslehrbuchs], in: *dw.com*, 3.7.2022, <https://www.dw.com/pl/blaski-i-cienie-polsko-niemieckiego-podrecznika-do-historii/a-62341496>.

Zwecken. Es sollen Vorurteile und Ängste gegenüber den Deutschen geschürt werden, die ja in Teilen der polnischen Gesellschaft tief verwurzelt sind. Dadurch will die PiS von den tagespolitischen Problemen mit der Europäischen Union und mit Deutschland ablenken.

Das Regierungslager ist aber keineswegs homogen. Es besteht aus verschiedenen Gruppierungen, die oft mit ihren radikalen Forderungen miteinander konkurrieren. Einige von ihnen vertreten eine antieuropäische Haltung und glauben an ein angebliches Großmachtstreben Deutschlands, welches Polen bedroht. Diese Slogans hat der Vorsitzende der PiS, Jarosław Kaczyński, vollständig in sein Narrativ aufgenommen.

In Wirklichkeit geht es aber um etwas anderes. Die Schuldzuweisungen an die EU und Deutschland dienen, wie viele Kommentatoren der polnischen Politik betonen, dazu, die eigenen Unzulänglichkeiten, vor allem die Probleme mit der Rechtsstaatlichkeit, zu vertuschen. Sie dienen dem Erhalt der gesellschaftlichen Unterstützung und natürlich auch der Macht der PiS.

Es scheint jedoch, dass die Mehrheit der Polen zwar das Drama des Kriegs und die großen Verluste von vor über 80 Jahren nicht vergessen hat, aber nicht zur Formel des Feinds jenseits der Westgrenze zurückkehren will. Viele erachten gutnachbarschaftliche Beziehungen zu Deutschland als selbstverständlich und als große Leistung, auch wenn deutsches Regierungshandeln, etwa die langjährige Haltung gegenüber Russland, sehr kritisch gesehen wird.

Unabhängig von den Handlungen der Machthaber in Warschau und der Haltung Berlins ihnen gegenüber muss die Frage der Wiedergutmachung für die noch in Polen lebenden Opfer des Dritten Reichs konstruktiv gelöst werden.⁴¹ Es scheint berechtigt zu sein, aus einer moralischen Position heraus an die deutsche Politik und Gesellschaft zu appellieren, gemeinsam nach pragmatischen Lösungen zu suchen (die Potsdamer Formel ist in dieser Hinsicht, das sollte klar sein, mit der Unterzeichnung des Zwei-plus-Vier-Vertrags hinfällig geworden).⁴² An guten und wirksamen Beispielen für Lösungen mangelt es nicht. Es besteht ein direkter Zusammenhang zwischen der Arbeit für die Opfer und der Erinnerungsarbeit. In den deutsch-polnischen Beziehungen ist es nicht notwendig, neue Institutionen zu schaffen, es reicht aus, die bestehenden mit deutschen oder besser deutsch-polnischen Mitteln zu unterstützen.

41 Vgl. Stephan Lehnstaedt, »Reparationen und Wiedergutmachung. Aktuelle Entwicklungen im deutsch-polnischen Fall«, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 71 (2023), H. 1, S. 54–68.

42 *S. Sprawy polskie podczas Konferencji »2+4«. Potwierdzenie granicy polsko-niemieckiej i odszkodowania od Niemiec* [Polnische Angelegenheiten auf der Zwei-plus-Vier-Konferenz. Bestätigung der deutsch-polnischen Grenze und Entschädigung durch Deutschland], Warszawa 2021, https://repozytorium.kozminski.edu.pl/system/files/Sprawy%20polskie_END_0.pdf.

Die Reparationsforderungen Griechenlands

Öffentliche Debatten und politischer Diskurs

Von Anna Maria Droumpouki

Die Frage der Reparationen für während der deutschen Besetzung im Zweiten Weltkrieg begangene Gräueltaten und Zerstörungen wurde in Griechenland während der griechischen Schuldenkrise Anfang der 2010er Jahre wiederbelebt. Die Bundesrepublik beharrt jedoch darauf, alle Reparationsfragen seien im Rahmen des bilateralen Abkommens von 1960 geregelt worden und es stünden keine weiteren Zahlungen mehr aus. Das Thema bleibt in Griechenland kontrovers und spaltend, wobei einige argumentieren, dass das Land weiterhin Reparationen anstreben sollte, während andere dafür plädieren, dass es an der Zeit sei, das Thema allmählich ruhen zu lassen. Dieser Artikel beschreibt die öffentlichen Debatten und den politischen Diskurs über die griechischen Reparationsforderungen an die Bundesrepublik Deutschland.

Die Frage der Reparationen für während der deutschen Besetzung im Zweiten Weltkrieg begangene Gräueltaten und Zerstörungen wurde in Griechenland während der griechischen Schuldenkrise Anfang der 2010er Jahre wiederbelebt. Die Bundesrepublik beharrt jedoch darauf, alle Reparationsfragen seien im Rahmen des bilateralen Abkommens von 1960 geregelt worden und es stünden keine weiteren Zahlungen mehr aus. Das Thema bleibt in Griechenland kontrovers und spaltend, wobei einige argumentieren, dass das Land weiterhin Reparationen anstreben sollte, während andere dafür plädieren, dass es an der Zeit sei, das Thema allmählich ruhen zu lassen. Dieser Artikel beschreibt die öffentlichen Debatten und den politischen Diskurs über die griechischen Reparationsforderungen an die Bundesrepublik Deutschland.

Die deutsche Besetzung Griechenlands und die Folgen

Während viele historische Themen in zeitgenössischen Diskursen neu definiert und interpretiert werden und sich die Wahrnehmung der Vergangenheit dadurch verändert, bleibt der Zweite Weltkrieg im kollektiven Gedächtnis Griechenlands wie auch im öffentlichen Diskurs ein Ereignis von eigenständiger historischer Bedeutung. Charakteristisch ist der Boom in den griechischen Medien während der letzten zehn Jahre: Hunderte von Neuerscheinungen über die blutigen 1940er Jahre kommen jedes Jahr auf den Markt, oft als Werbebeilagen von Zeitungen anlässlich bestimmter Jahrestage.¹

¹ In Deutschland herrscht hingegen hinsichtlich der deutschen Kriegsverbrechen auf griechischem Boden große Unkenntnis. Vgl. hierzu Hagen Fleischer, »Vergangenheitspolitik und Erinnerung: Die deutsche Okkupation Griechenlands im Gedächtnis beider Länder«, in: Chryssoula Kambas, Marilisa Mitsou (Hrsg.), *Die Okkupation Griechenlands im Zweiten Weltkrieg. Griechische und deutsche Erin-*

Die deutsche Besetzung Griechenlands wird gemeinhin als nationales Kollektivtrauma verstanden, geprägt von beispiellosen Gewalttaten, Terror, Plünderung, Zerstörung und Massenmord. Ausgangspunkt war der italienische Angriff auf Griechenland am 28. Oktober 1940, der im Frühjahr 1941 zu einem Stillstand der Frontlinie führte. Daraufhin erklärte Deutschland Griechenland am 7. April 1941 den Krieg, um das verbündete faschistische Italien zu unterstützen und, vor allem, um die Kämpfe vor dem geplanten deutschen Überfall auf die Sowjetunion zu beenden. Die Wehrmacht eroberte Griechenland bis Ende Mai 1941. Es wurden drei Besetzungszonen eingerichtet: eine deutsche, eine italienische und eine bulgarische. Nach der Kapitulation Italiens Anfang September 1943 übernahm Deutschland auch die italienische Zone. Griechenland blieb bis Oktober 1944 besetzt. Es ist eines der Länder mit den höchsten Verlusten an Menschenleben während des Zweiten Weltkriegs: Schätzungen reichen von 5,5 bis zu 7,6 Prozent der Bevölkerung, die in der Vorkriegszeit rund 7,3 Millionen Menschen zählte. So hatten die Deutschen bereits im ersten Jahr der Besetzung eine Hungersnot mit Hunderttausenden von Toten verursacht, indem sie sich alle Lebensmittelvorräte aneigneten und eine Parallelwährung ohne tatsächlichen Wert einführten, die zu einer explodierenden Inflation führte. Die Besatzungsmacht lähmte den Binnenmarkt, verübte Massenmorde an Zivilisten und zerstörte Hunderte von Dörfern. Sie deportierte und vernichtete die jüdische Bevölkerung des Lands, weniger als zehn Prozent der griechischen Jüdinnen und Juden überlebten den Holocaust. Die Besatzer zerstörten weite Teile der öffentlichen Infrastruktur und des Wohnraums, beuteten Tausende von Zivilisten aus, die in Griechenland und Deutschland Zwangsarbeit leisten mussten, plünderten aber auch die natürlichen Ressourcen des Lands und alle Arten von privatem und öffentlichem Eigentum bis hin zu Antiquitäten aus.²

In den beiden letzten Besatzungsjahren intensivte sich der Terror und es kam zu einem sprunghaften Anstieg der Opferzahlen. Wehrmacht und Waffen-SS haben nach eigenen Angaben zwischen Juni 1943 und September 1944 mindestens 20.650 Griechen »im Kampf« und 4.785 »als Sühne« getötet (wobei der größte Teil der ersten Kategorie zweifellos der zweiten zugeschlagen werden muss).³

nerungskultur, Köln 2015, S. 31–54; ders., »Der lange Schatten des Krieges und die griechischen Kalenden der deutschen Diplomatie«, in: Chryssoula Kambas, Marilisa Mitsou (Hrsg.), *Hellas verstehen. Deutsch-griechischer Kulturtransfer im 20. Jahrhundert*, Köln 2010, S. 205–240.

² Iason Chandrinou, *Haft, Zwangsarbeit, Arbeitsmigration: Griechen im Dritten Reich 1939–1945*, Habilitationsschrift, Universität Regensburg 2022, S. 34.

³ Die Statistik stammt aus einer Zusammenstellung der griechischen Verluste im Rahmen des Widerstands gegen die Besatzer für den Zeitraum 1.6.1943 bis 30.6.1944, in: Hagen Fleischer, »Deutsche »Ordnung« in Griechenland 1941–1944«, in: Loukia Droulia, Hagen Fleischer (Hrsg.), *Von Lidice bis Kalavryta.*

Griechischen Schätzungen zufolge, die den Entschädigungsansprüchen des Lands bei der Pariser Friedenskonferenz 1946 zugrunde lagen, fielen 91.000 Griechinnen und Griechen Massakern, Geiselmorden und sonstigen Repressalien zum Opfer.⁴

Die Aufarbeitung der Besetzungszeit ist in Griechenland durch den von 1946 bis 1949 dauernden Bürgerkrieg zwischen Kommunisten und der von den USA und anderen westlichen Ländern unterstützten Regierung geprägt, der heute als erster »heißer« Konflikt der im Zweiten Weltkrieg siegreichen Systeme betrachtet wird. Griechenland war während des Kalten Kriegs schließlich Peripherie des Westens und dessen Grenze zum kommunistisch geprägten »Ostblock«. Die staatliche Entwicklung wurde vom Trauma des Bürgerkriegs, dem Verbot der Kommunistischen Partei 1947, der Integration des Lands in den westlichen Machtbereich, der Truman-Doktrin und dem Marshall-Plan beeinflusst. All diese Faktoren prägten das historische Gedächtnis auf staatlicher und institutioneller Ebene, wobei die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg in Griechenland lange Zeit nicht öffentlich verhandelt wurde. Die damit verbundenen Traumata verfolgen die griechische Gesellschaft daher bis heute. Aufgrund dieses fehlenden Diskurses ist Griechenland das einzige europäische Land, das mit seinem Nationalfeiertag am 28. Oktober den Jahrestag des italienischen Angriffs und damit den Beginn des Kriegs begeht, aber nicht dessen Ende. Der Zweite Weltkrieg blieb in Griechenland ein Tabuthema, bis er in den 1980er Jahren schließlich in das Lehrangebot der Universitäten des Lands Einzug hielt.⁵ Die Geschichte der griechischen Juden, insbesondere deren Verfolgung und Ermordung während der deutschen Besetzung, wurde aber nicht Teil des nationalen Narrativs.⁶ Als der Holocaust in den Ländern Westeuropas längst

Widerstand und Besatzungsterror. Studien zur Repressalienpraxis im Zweiten Weltkrieg, Berlin 1999, S. 151–222, hier: S. 222.

⁴ Diese Zahl wird auch von der Forschung aufgegriffen, s. z.B. Karl Heinz Roth, Hartmut Rübner, *Reparationsschuld. Hypothesen der deutschen Besatzungsherrschaft in Griechenland und Europa*, Berlin 2017, S. 42. An der Pariser Friedenskonferenz (29.7.–15.10.1946) nahmen neben Vertretern der USA, Großbritanniens, der Sowjetunion und Frankreichs zahlreiche andere Nationen teil. Das Hauptziel der Konferenz war es, den Frieden mit den ehemaligen Achsenmächten zu regeln und die Nachkriegsordnung in Europa zu gestalten. Vgl. Hermann Graml, *Die Alliierten und die Teilung Deutschlands. Konflikte und Entscheidungen 1941–1948*, Frankfurt am Main 1985, S. 186.

⁵ Hagen Fleischer, »»Endlösung« der Kriegsverbrecherfrage. Die verhinderte Ahndung deutscher Kriegsverbrechen in Griechenland«, in: Norbert Frei (Hrsg.), *Transnationale Vergangenheitspolitik. Der Umgang mit deutschen Kriegsverbrechern in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg*, Göttingen 2006, S. 430–534, hier: S. 477. S. auch Katerina Králová, Nikola Karasova, »Reparationsforderungen: Umfang, Rechtsfragen, politische Rahmenbedingungen«, in: Ulf-Dieter Klemm, Wolfgang Schultheiß (Hrsg.), *Die Krise in Griechenland. Ursprünge, Verlauf, Folgen*, Frankfurt am Main, New York 2015, S. 299–325.

⁶ Das erste Buch über den Völkermord an den griechischen Juden ist von zwei aus der jüdischen Gemeinde von Thessaloniki stammenden Gelehrten veröffentlicht worden: Michael Mohlo, Joseph Nehama, *The Destruction of Greek Jewry, 1941–*



Dr. Anna Maria Droumpouki ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Historischen Seminar der Ludwig-Maximilians-Universität München im DFG-Projekt »Die schlimmen Zeiten sind nicht vorbei: Jüdisches Leben im Nachkriegsgriechenland, 1944–1949«. Veröffentlichungen (Auswahl): (mit Agiatas Benardou), *Difficult Pasts and Immersive Experiences*, Oxfordshire 2023; »Commemorating and Remembering Jewish Rescue in Greece«, in: Natalia Aleksiu, Rafael Utz, Zofia Woycicka (Hrsg.), *The Rescue Turn*, Detroit (erscheint 2023); »Jüdisches Leben in Nachkriegsgriechenland, 1945–1947. Wiederaufbau, soziales Leben und Berufswahl«, in: *Zeitschrift für Genozidforschung*, 19 (2021), H. 1, S. 53–70.

Foto: privat

Gegenstand der wissenschaftlichen und öffentlichen Diskurse war, hatten die Griechen gerade erst begonnen, den Widerstand gegen die deutsche Besatzung wissenschaftlich zu analysieren. Die Gründe für die verzögerte Aufarbeitung des Kriegs und des Holocaust sind historische und kulturelle Defizite, die durch den Bürgerkrieg und die von 1967 bis 1974 währende rechtsextreme Militärdiktatur verursacht wurden. Die vernichtende Überschrift im *Newsletter* des Simon-Wiesenthal-Zentrums von 2006 »Griechenland erinnert sich endlich« bezieht sich auf das verspätete Holocaust-Mahnmal im Zentrum von Thessaloniki und hat einen bitteren Unterton.⁷

Zwischen dem Ende des Zweiten Weltkriegs und dem Sturz der Diktatur 1974 wurde die Erinnerung an die Besatzungszeit auf zwei Ebenen von politischen Interessen bestimmt. Die Sieger des Bürgerkriegs prägten die offizielle und einzig legale Version des Gedächtnisses, während die Verlierer im Untergrund oder im Exil eine ebenso manichäische historische Gegenzählung schufen.⁸ Erst 1974 – nach dem Sturz des Militärregimes und der Legalisierung der Kommunistischen Partei – entstand eine tiefere Kluft zwischen beiden Seiten in dieser langwierigen, institutionalisierten »Versöhnung mit der Vergangenheit«.

Die kriegsbedingten Reparationen

Nach 1945 war für die Menschen, die unter der deutschen Besatzung gelitten hatten, die materielle und die moralische Entschädigung durch die besiegten Täter, aber auch durch die eigenen Mehrheitsgesellschaften, das Gebot der Stunde. Nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland im Mai 1949 – und in den folgenden Jahrzehnten immer wieder nach internen und externen Zäsuren – gewann die Frage nach der Entschädigung für NS-Verfolgte zunehmend an internationaler Dimension.⁹ Insbesondere nach dem Zusammenbruch des sowjetischen Machtbereichs im Osten Europas

1944, Jerusalem 1965. Erst 1974 erschien eine griechische Übersetzung unter dem Titel *In Memoriam*.

7 Anna Maria Droumpouki, »Shaping Holocaust memory in Greece: memorials and their public history«, in: *National Identities*, 18 (2016), S. 199–216.

8 Die Monopolisierung der Geschichte durch die Sieger des Bürgerkriegs und die Charakterisierung des linken Widerstands als destabilisierender Einfluss auf die inneren Angelegenheiten Griechenlands diktierten letztendlich die Integration der Besatzung in einen teleologischen Rahmen für die Untersuchung des Bürgerkriegs und seiner Folgen. Polymeris Voglis, Ioannis Nioutsikos, »The Greek Historiography of the 1940s. A Reassessment«, in: *Südosteuropa*, 65 (2017), S. 316–333, hier: S. 318 (<https://doi.org/10.1515/soeu-2017-0020>).

9 Zu den Reparationen für die griechischen Juden s. Anna Maria Droumpouki, »German Federal Compensation and Restitution Laws and the Greek Jews«, in: *Yad Vashem Studies*, 45 (2017), H. 1, S. 155–177; dies., »Raub und Rehabilitation. Die deutschen Entschädigungen für die griechischen Juden«, in: Nikolas Pisis, Dimitris Karydas (Hrsg.), *Die »Neue Ordnung« in Griechenland 1941–1944*, Berlin 2020, S. 97–125.

und der damit verbundenen Offenlegung bis dahin verschlossener, riesiger Archivbestände wurde intensiv und mit neuen Fragestellungen zur Geschichte und »Wiedergutmachung« der NS-Verbrechen geforscht.

Wie von den Alliierten 1946 im Pariser Vertrag beschlossen, belief sich der Betrag, den Deutschland Griechenland für die Zerstörung von dessen nationaler Wirtschaft schuldete, auf 7,1 Milliarden US-Dollar (gemessen am Wert der Währung von 1938). Heute liegt nach Angaben des griechischen Interparlamentarischen Ausschusses, der sich mit der Frage der deutschen Kriegsreparationen befasst, der Gesamtbetrag der griechischen Staatsforderungen an Deutschland für den Ersten und Zweiten Weltkrieg zwischen 278.736.276.691 und 318.688.098.016,51 Euro, basierend auf den Erkenntnissen des Sonderausschusses für den Staatsschatz. Nicht in dieser Billionensumme enthalten sind Entschädigungsleistungen an die Opfer von Kriegshandlungen und Massakern (geschätzt auf 22 Milliarden Euro) und die Rückzahlung des Besatzungskredits an Deutschland, der Griechenland 1942 in Höhe von 476 Millionen Reichsmark zu null Prozent Zinsen auferlegt wurde und sich in heutiger Währung auf 18 Milliarden US-Dollar beläuft.¹⁰

Constantin Goschler zufolge suchte Athen in den Nachkriegsjahrzehnten in erster Linie die politische und wirtschaftliche Annäherung an die Bundesrepublik. Die Forderungen nach Reparationen ebenso wie nach individueller Entschädigung griechischer Opfer der deutschen Besatzungsherrschaft fanden kaum einen Platz.¹¹ Im Kontext des Kalten Kriegs sollte Westdeutschland bald zu einem mächtigen wirtschaftspolitischen Akteur im Westen aufsteigen, politisch und wirtschaftlich unterstützt von den USA, da es an der Frontlinie zum Sowjetblock lag. Aus diesem Grund wurden die deutschen Auslandsschulden des Ersten und Zweiten Weltkriegs gegenüber verschiedenen Ländern, einschließlich Griechenlands, im Londoner Abkommen von 1953 unbefristet gestundet.¹² Dem Abkommen zufolge hatte Deutschland seine Schulden zurückzuzahlen, wenn es Handelsüberschüsse erzielte und einen Friedensvertrag schloss, wobei die Rückzahlungen auf drei Prozent der Exporteinnahmen begrenzt wurden. Trotz dieser Vereinbarung hat der griechische Staat weder von seiner Forderung nach deutschen Reparationen abgesehen,

10 Aris Radiopoulos, *Die griechischen Reparationsforderungen gegenüber Deutschland. Archivdokumente des griechischen Außenministeriums*, Berlin 2022, S. 330; Fleischer, »Der lange Schatten des Krieges«; ders., »Deutsche »Wiedergutmachung« in Griechenland«, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*, 56 (2005), S. 308–315.

11 Constantin Goschler, »Distomo und die Globalisierung der Entschädigung. Vom griechischen Massakerort zum europäischen Erinnerungsort«, in: Kambas, Mitsou (Hrsg.), *Die Okkupation Griechenlands im Zweiten Weltkrieg*, S. 155–168, hier: S. 158.

12 Grundlegend: Ursula Rombeck-Jaschinski, *Das Londoner Schuldenabkommen. Die Regelung der deutschen Auslandsschulden nach dem Zweiten Weltkrieg*, München 2005.



Oben: SS-Männer brennen die Ortschaft Distomo am 10. Juni 1944 nieder. Foto: Wikipedia, gemeinfrei

Links: Gedenkstätte Distomo Foto: Anna Maria Droumpouki

noch gab es eine Vereinbarung über den Erlass oder das Auslaufen der deutschen Schulden gegenüber Griechenland.¹³

Der Weg zur Entschädigung war und ist für Griechenland lang und mühevoll und mit bürokratischen und sonstigen Hindernissen gepflastert.¹⁴ Einerseits gab es lange Zeit eine massive innergriechische Obstruktion gegen Zahlungen aus Deutschland – das bis in die 1960er Jahre noch als »Land der Täter« galt –, andererseits war schon das Luxemburger Abkommen zwischen der Bundesrepublik und Israel im Jahr 1952 nur mithilfe der oppositionellen SPD durchgesetzt worden, da es von zahlreichen Abgeordneten der bürgerlich-liberalen Regierungskoalition von CDU/CSU und FDP abgelehnt wurde.¹⁵ Eine Ausweitung auf Griechenland und andere Länder wurde erst möglich, als sich in den 1950er Jahren alle betroffenen »Weststaaten« zusammenschlossen: Nach jahrelangen harten und unerfreulichen Verhandlungen schloss Bonn am Ende des Jahrzehnts jeweils separate »Globalabkommen« mit den betroffenen Staaten. Athen erhielt nach langem – bilateralem, aber auch innerdeutschem – Feilschen eine Pauschale von 115 Millionen DM zugunsten aller »aus Gründen der Rasse, des Glaubens oder der Weltanschauung von nationalsozialistischen Verfolgungsmaßnahmen betroffenen griechischen Staatsangehörigen«.¹⁶ Die ersten (mageren) Entschädigungen wurden nach einem im Athener Parlament ausgehandelten Verteilungsschlüssel Ende 1961 ausgezahlt.

Heute, mehr als ein halbes Jahrhundert später, ist das Thema aber noch immer nicht abgeschlossen.¹⁷ Noch immer laufen

Gerichtsverfahren und machen Initiativen jüdischer wie auch nicht-jüdischer Opfer und ihrer Erben Ansprüche geltend, was die deutsch-griechischen Beziehungen belastet. Tatsächlich zahlte Deutschland bisher nur einen geringen Teil seiner kriegsbedingten Schulden an Griechenland zurück, da es sich ständig bemühte, Zahlungen durch die Verzögerung von Verhandlungen, politisch-ökonomischen Druck, Täuschung der Öffentlichkeit und lange Zeit auch Ausnutzung seiner geopolitischen Position im Kalten Krieg zu vermeiden.¹⁸ Als im September 1990 der Zwei-plus-Vier-Vertrag als De-facto-Friedensvertrag unterzeichnet wurde, wurde die Frage der Entschädigung auf Wunsch Deutschlands und der vier Vertragspartner – USA, Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich – bewusst außer Acht gelassen. Dementsprechend heißt es im juristischen Standardwerk von Anestis Nessou ausdrücklich: »Der Zwei-plus-Vier-Vertrag führte nicht zum Erlöschen griechischer Reparationsansprüche gegenüber dem wiedervereinigten Deutschland.«¹⁹ Seit Mitte der 1990er Jahre beschäftigt diese Frage alle griechischen Regierungen, unabhängig von ihren politischen Positionen.

Die »Martyrerhöfen« und ihre Rolle in der Debatte

Die sogenannten Martyrerhöfen sind Teil des griechischen Gedächtnisses und spielen eine große Rolle im polarisierenden Vergangenheitsdiskurs, der sich am Schlüsselereignis des Massakers in Distomo am 10. Juni 1944 stets aufs Neue entzündet.²⁰ Kalavryta, Distomo und nahezu hundert andere zerstörte und entvölkerte Gemeinden oder »Martyrerstädte« schlossen sich zum »Netzwerk der Martyrerorte« zusammen. Mit dem Begriff »Martyrerhöfen und -städte Griechenlands« (griechisch: »Martyrika choria ke polis tis Elladas«) werden Gedenkorte bezeichnet, in denen während der deutschen Besatzung in größerem Ausmaß Kriegsverbrechen an der Zivilbevölkerung verübt wurden. Das kollektive Gedächtnis in Bezug auf diese Orte wird jedes Jahr bei den Gedenkfeiern aufgefrischt.

In der griechischen »Topographie des Terrors« nimmt Distomo mittlerweile eine zentrale Stellung ein, da es symbolische Bedeutung für das kollektive Gedächtnis besitzt.²¹ Zunächst war Distomo

onnschuld. Deutsche Hypotheken des Zweiten Weltkriegs in Griechenland und Europa, Berlin 2016.

18 Fleischer, »Der lange Schatten des Krieges«; ders., »Deutsche »Wiedergutmachung« in Griechenland«.

19 Nessou, *Griechenland 1941–1944*, S. 495. Vgl. zum Zwei-plus-Vier-Format auch den Beitrag von Jürgen Lillteicher in dieser Ausgabe.

20 Anna Maria Droumpouki, »Das Distomo Massaker (10.6.1944): Das belastende Erbe eines unbewältigten NS-Verbrechens vom Kriegsende bis heute«, in: *Zeitschrift für Genozidforschung*, 17 (2019), H. 1–2, S. 209–226.

21 Am 10.6.1944 fand das Massaker von Distomo statt – am selben Tag wie das im

in Vergessenheit geraten, bis 1995 Giannis Stamoulis – der für die Opfergemeinde Distomo zuständige Nomarch (Präfekt) – eine zivilrechtliche Sammelklage auf Entschädigung gegen den deutschen Staat vor griechischen und deutschen Gerichten erhob. Der griechische Premierminister Andreas Papandreu von der sozialdemokratischen PASOK forderte in einer Verbalnote an die Bundesregierung umfassende Verhandlungen zum Kriegserbe. In beiden Fällen war die deutsche Reaktion negativ, die griechischen Vorstöße wurden zurückgewiesen – mit Hinweisen auf das (zunehmend umstrittenere) Prinzip der Staatenimmunität und die zeitliche Distanz. Die Klagen wurden aber zu einem transnationalen Medienereignis und der Fall Distomo wurde zu einem Präzedenzfall der »Glokalisierung der Entschädigung«, so Constantin Goschler, zeigt also, wie sehr sich gerade Zusammenhänge auf lokaler Ebene auswirken.²²

Wenige Jahre später geriet Distomo in Deutschland erneut in die Schlagzeilen, hatten doch im Juni 2006 vier Mitglieder der Familie Sfountouris, aus der viele Angehörige beim Massaker von Distomo ermordet worden waren, vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg Berufung eingelegt gegen die Entscheidungen der Bundesregierung sowie der deutschen Gerichte, den Klägern keinen individuellen Schadensersatz oder Restitution zuzusprechen. Den vier Brüdern ging es um die Anerkennung, dass die Bundesregierung und die deutschen Gerichte mit ihren Ablehnungsbescheiden gegen die Europäische Menschenrechtskonvention verstoßen hatten. Darüber hinaus verlangten sie die Festsetzung der Höhe der Entschädigung durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte.²³ Dieser Versuch schlug aber fehl.

Eine in dieser Situation von der Bundesregierung 2014 ergriffene Initiative, im Rahmen eines Deutsch-Griechischen Zukunftsfonds Stipendien zur Aufarbeitung der gemeinsamen Kriegsvergangenheit zu finanzieren, hatte sowohl praktische als auch symbolische Bedeutung. Gleichwohl wurde in Griechenland Kritik laut, dass der Zukunftsfonds Deutschland als Alibi diene, um eine Begleichung seiner tatsächlichen Schulden zu vermeiden.²⁴ Der Zukunftsfonds

französischen Oradour-sur-Glane. Angehörige der 2. Kompanie des SS-Panzer-grenadier-Regiments 7 der 4. SS-Polizei-Panzergrenadier-Division exekutierten als Vergeltung für einen Partisanenangriff 218 Einwohner des am Fuße des Parnass-Gebirges gelegenen Dorfs Distomo. Opfer waren vor allem Alte und Frauen sowie 34 Kinder und vier Säuglinge. Sie hätten schwangeren Frauen den Leib aufgeschnitten, Säuglinge zerschmettert oder deren Köpfe mit Stiefeln zertreten, so die Berichte. Einer stillenden Frau hätten sie das Kind von der Brust weggerissen und es getötet. Mehrere Einwohner seien in brennende Häuser geworfen und lebendig verbrannt worden. Fleischer, »»Endlösung« der Kriegsverbrecherfrage«, S. 500.

22 Goschler, »Distomo und die Glokalisierung der Entschädigung«, S. 158.

23 Grundlegend: *Ζέτα Παπανδρέου, Τραυματική μνήμη και Δημόσια Ιστορία: Δίστομο 1944–2018*, Ταξιδευτής, Αθήνα 2018 [Zeta Papandreu, Traumatische Erinnerung und öffentliche Geschichte: Distomo 1944–2018, Athen 2018].

24 AK-Distomo, »»Trojanisches Pferd« der Zukunftsfonds – »Wer mit der Bundesre-

fördert jährlich mit einer Million Euro Projekte, die der Versöhnung zwischen Deutschland und Griechenland dienen und die historische Aufarbeitung der Vergangenheit vorantreiben sollen.²⁵

Im Jahr 2015 trat aber Argyris Sfountouris, der als Vierjähriger das Massaker von Distomo überlebt hat, in der ZDF-Sendung »Die Anstalt« auf, wo er über seine Erfahrungen, sein Leben und die Reparationsforderungen berichtete. Die auch mit griechischen Untertiteln versehene Sendung erregte großes Aufsehen, wurde hunderttausendfach im Internet aufgerufen und entfachte die Entschädigungsdebatten erneut.²⁶ Wie konfliktbeladen das Klima ist, manifestierte sich auch in den ablehnenden Reaktionen beim alljährlichen Besuch des deutschen Botschafters bei der Gedenkzeremonie in Distomo.²⁷

Die öffentlichen Debatten seit 2015

Die Debatten erhielten 2015 im Zuge der griechischen Schuldenkrise, als das Land kurz vor einem Staatsbankrott stand und durch mehrere »Rettungspakete« gestützt werden musste, weiter Auftrieb. Seitdem erschienen in führenden deutschen und griechischen Medien zahlreiche Artikel über die griechischen Reparationsforderungen.

Die Entwicklung einer gemeinsamen Erinnerungskultur hat in den letzten Jahren durch das in Deutschland weit verbreitete »Griechen-Bashing«,²⁸ die Griechenschelte während der Euro-Krise, auch in seriösen deutschen Medien und Blogs einen schweren Rückschlag erlitten. Den meisten deutschen Journalisten und Politikern erschien jeder Verweis auf materielle Verpflichtungen infolge der deutschen Besetzung Griechenlands im Zweiten Weltkrieg bestenfalls anachronistisch, oft lächerlich und ungerechtfertigt, wenn nicht geradezu antieuropäisch.²⁹ Und Populisten aller Couleur gehen noch einen Schritt weiter.

Viele Griechen wiederum argumentieren, Deutschland schulde Griechenland angesichts der wirtschaftlichen und sozialen Verwüstung durch den Krieg und die anschließende Besatzungsherrschaft

gierung kooperiert, kann sie nicht gleichzeitig bekämpfen«, 15.10.2016, <https://agonaskritis.gr/ak-δίστομο-δούρειος-ίππος-το-ελληνο/> (10.4.2023).

25 <https://griechenland.diplo.de/gr-de/themen/kultur/zukunftsfonds> (23.3.2023).

26 Christiane Schlötzer, »Entschädigungen für deutsche Kriegsverbrechen: »Ich bin Argyris Sfountouris, der kleine Junge, der 1944 ...««, in: *Süddeutsche Zeitung*, 1.4.2015, <https://www.sueddeutsche.de/politik/profil-argyris-sfountouris-1.2419479> (26.7.2023).

27 »Distomo 2017: Als Manolis Glezos aufstand und den deutschen Botschafter bei der Hand nahm«, in: *Ta Nea*, 31.3.2020, <https://www.tanea.gr/2020/03/31/politics/distomo-2017-otan-o-man-glezos-yposose-anastima-pairmontas-apo-to-xeri-ton-germano-presvi/> (26.7.2023).

28 Z.B. »Griechen-Bashing«, in: *Die Welt*, 25.12.2012; »Hört endlich auf mit dem Griechen-Bashing«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 10.6.2015.

29 Nikolas Pissis, Dimitris Karydas (Hrsg.), *Die »Neue Ordnung« in Griechenland 1941–1944*, Berlin 2020, S. 44.

13 Radiopoulos, *Die griechischen Reparationsforderungen*, S. 330.

14 Ein weiteres heikles Thema zwischen der Bundesrepublik und Griechenland war die Amnestie für deutsche Besatzungsverbrechen. Das deutsche, aber auch griechische Desinteresse an einer strafrechtlichen Aufarbeitung der Besatzungszeit ist eine andauernde Nachkriegstendenz. In Deutschland verhinderte zunächst die Neuordnung der politischen Beziehungen zu Griechenland weitgehend eine geordnete Strafverfolgung der von den Deutschen dort im Krieg begangenen Verbrechen. Ab 1958 sollten schließlich die leichteren Fälle in Griechenland amnestiert und alle schweren Fälle in die Zuständigkeit der Bundesrepublik übergeben werden. Willi Dreßen, »Deutsche Sühnemaßnahme und Vergeltungsaktionen in Griechenland im Spiegel der deutschen Strafverfolgung«, in: Karl Giebeler, Heinz A. Richter, Reinhard Stupperich (Hrsg.), *Versöhnung ohne Wahrheit? Deutsche Kriegsverbrechen in Griechenland im Zweiten Weltkrieg*, Mannheim, Möhnesee 2001, S. 31–41, hier: S. 33. S. auch Gerrit Hamann, *Max Merten. Jurist und Kriegsverbrecher. Eine biografische Fallstudie zum Umgang mit NS-Tätern in der frühen Bundesrepublik*, Göttingen 2022, S. 273.

15 Fleischer, »Deutsche »Wiedergutmachung« in Griechenland«, S. 309; Constantin Goschler, »Luxemburger Abkommen«, in: Dan Diner (Hrsg.), *Enzyklopädie jüdischer Geschichte und Kultur*, Bd. 3: He–Lu, Stuttgart, Weimar 2012, S. 576–583.

16 Hagen Fleischer, Despina Konstantinakou, »»Ad calendae graecas? Griechenland und die deutsche Wiedergutmachung«, in: Hans Günter Hockerts, Claudia Moisel, Tobias Winstel (Hrsg.), *Grenzen der Wiedergutmachung. Die Entschädigung für NS-Verfolgung in West- und Osteuropa 1945–2000*, Göttingen 2006, S. 375–457; Anestis Nessou, *Griechenland 1941–1944. Deutsche Besatzungspolitik und Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung. Eine Beurteilung nach dem Völkerrecht*, Osnabrück 2009, S. 495.

17 Zu weiteren Einzelheiten vgl. Karl Heinz Roth, Hartmut Rübner, *Die Reparat-*

weitere Entschädigungen. Viele verbinden Deutschland wieder mit Nationalsozialismus, Krieg, Raub und Völkermord; sie sehen im »Vierten Reich« und seiner »Neuordnung«, der EU, eine »Gefahr für Griechenland und Europa«.30 Tatsächlich erreichte der Aufschrei mancher griechischen Medien und Politiker über das deutsche Verhalten im Jahr 2015 die Ausmaße einer nationalen Hysterie. Doch die germanophoben Reaktionen richteten sich nicht – wie fälschlich behauptet – gegen die mangelnde deutsche Zahlungsbereitschaft in der Finanzkrise. Nur wenige Griechen bestreiten nämlich die Verantwortung der Athener Regierungen und ihrer Klientel für die bisherige Misswirtschaft, die das Land zum Spielball internationaler Spekulanten machte – mit Auswirkungen auf die EU als Ganzes.31

Diese Situation weckte in Griechenland aber fast zwangsläufig traumatische Erinnerungen an die Zeit der Okkupation von 1941 bis 1944, als die deutsche Besatzungspolitik wegen ebensolcher ethnischer Stereotypen immer weiter brutalisiert wurde. So hatte etwa General Karl von Le Suire, der 1943 Kalavryta zerstören und 700 Männer exekutieren ließ, die Griechen nahezu gleichlautend als »ein Sauvolk der Nichtstuer, Schieber und Korrupteure« beschimpft.32

Im Jahr 2015 schätzte ein von der linken Syriza-Regierung gebildeter Sonderausschuss, dass die Bundesrepublik Griechenland bis zu 289 Milliarden Euro schulde.33 Premierminister Alexis Tsipras

erklärte vor dem griechischen Parlament: »Nach der Wiedervereinigung Deutschlands im Jahr 1990 wurden die rechtlichen und politischen Voraussetzungen geschaffen, um dieses Problem zu lösen. Aber seitdem haben sich die deutschen Regierungen für Schweigen, juristische Tricks und Verzögerung entschieden.«34

Die Bundesregierung wiederum hat wiederholt erklärt, dass die Fragen der Kriegsreparationen im Zwei-plus-Vier-Vertrag rechtlich geregelt und alle Kriegsverpflichtungen mit einer Zahlung von 115 Millionen Mark im Jahr 1960 erfüllt worden seien. Tsipras konstatierte hierzu, dass diese Zahlung nur die Entschädigung für die einzelnen Opfer der deutschen Besatzungsherrschaft abgedeckt habe, nicht aber die strukturellen Schäden, die durch die Besetzung verursacht wurden. Der Zwei-plus-Vier-Vertrag von 1990, so Tsipras, »enthält weder den erzwungenen Kredit, den die griechische Zentralbank den Nazis gegeben hat, noch die Zerstörung der damaligen Infrastruktur und Wirtschaft des Landes.«35

Tsipras hatte sich zu Wort gemeldet, während Griechenland darum kämpfte, die Bedingungen für ein »Rettungspaket« in Höhe von 240 Milliarden Euro neu zu verhandeln, wodurch sich die Spannungen zwischen Griechenland und Deutschland verschärft haben dürften. Bereits die konservative Vorgängerregierung in Athen hatte 2013 Reparationsforderungen gestellt, diese aber nicht weiterverfolgt.

Insbesondere in den Jahren 2018/19 war die Atmosphäre in Griechenland noch immer sehr angespannt. Der legendäre linke Widerstandskämpfer gegen die deutsche Okkupation Manolis Glezos argumentierte, dass Deutschland Griechenland vor allem aus drei Gründen Geld schulde: erstens als Ersatz für die Schäden, die dem öffentlichen Sektor, der staatlichen Infrastruktur und der Wirtschaft durch die Besetzung im Zweiten Weltkrieg zugefügt wurden; zweitens als Entschädigung für die Menschen, die unter den deutschen Gräueltaten gelitten haben; und drittens als Rückzahlung des Zwangsdarlehens, welches der NS-Staat von der griechischen

tin-diakommatiki-gia-tis-germanikes-apozimioseis (26.7.2023). S. auch »Für Schäden aus Zweitem Weltkrieg. 290 Milliarden Euro: Griechen wollen Reparationszahlungen von Deutschland«, in: *Focus Online*, 18.4.2019, https://www.focus.de/politik/ausland/bohren-in-alten-wunden-290-milliarden-euro-griechenland-will-reparationszahlungen-von-deutschland_id_10606982.html (26.7.2023).

34 Τσίπρας για γερμανικές αποζημιώσεις: Πρέπει να τηρηθούν στο ακέραιο και οι υποχρεώσεις των άλλων στην Ελλάδα [Tsipras zu deutschen Reparationen: Auch die Verpflichtungen anderer in Griechenland müssen vollumfänglich respektiert werden], in: *HuffPost Greece*, 10.3.2015, https://www.huffingtonpost.gr/2015/03/10/politiki-tsipras-germanikes-apozimioseis_n_6840458.html (26.7.2023); »Τσίπρας προς Βερολίνο: Χρησιμοποιήσατε νομικά τεχνάσματα για να μην πληρώσετε τις αποζημιώσεις« [Tsipras zu Berlin: Sie haben juristische Tricks angewandt, um die Zahlung der Reparationen zu vermeiden], in: *Lifo*, 10.3.2015, <https://www.lifo.gr/now/politics/tsipras-pros-berolino-xrisimopoiisate-nomika-tehnasmata-gia-na-min-plirosete-tis> (26.7.2023).

35 »Τσίπρας για γερμανικές αποζημιώσεις« [Tsipras zu deutschen Reparationen], in: *HuffPost Greece*, 10.3.2015.



Bundeskanzlerin Angela Merkel (links) und der griechische Ministerpräsident Alexis Tsipras (Mitte) bei einem Gespräch im Bundeskanzleramt; Nikolaos Pappas, Staatsminister des Ministerpräsidenten (hinten links); Dimitrios Tzanakopoulos, Leiter des Amtes des Ministerpräsidenten (hinten rechts) und Christoph Heusgen, außenpolitischer Berater der Bundeskanzlerin (rechts), 23. März 2015
Foto: Bundesarchiv, B 145 Bild-00328178



Manolis Glezos spricht am 15. September 2015 auf der Wahlversammlung der Laiki Enotita (LAE, eine am 21. August 2015 gegründete Abspaltung der sozialistischen griechischen Regierungspartei SYRIZA) auf dem Omonia-Platz in Athen.
Foto: Wikipedia, CC BY-SA 4.0

30 Sven Felix Kellerhoff, »Hat Griechenland noch Schulden bei Deutschland?«, in: *Die Welt*, 15.2.2016, <https://www.welt.de/geschichte/zweiter-weltkrieg/article152255024/Hat-Griechenland-noch-Schulden-bei-Deutschland.html> (26.7.2023); ders., »So wird ein deutscher Griechenlandkenner niedergemacht«, in: *Die Welt*, 9.5.2016, <https://www.welt.de/geschichte/zweiter-weltkrieg/article155181285/So-wird-ein-deutscher-Griechenlandkenner-niedergemacht.html> (26.7.2023); ders., »Neuer Märtyrerort – Griechenland fordert 280 Milliarden Euro«, in: *Die Welt*, 8.10.2018, <https://www.welt.de/geschichte/article181802900/Reparationen-von-Deutschland-Neuer-Maertyrerort-Griechenland-fordert-280-Milliarden-Euro.html> (26.7.2023); ders., »Reparationszahlungen heilen nicht – sie schaffen neue Probleme«, in: *Die Welt*, 21.5.2019, <https://www.welt.de/debatte/kommentare/plus193790071/Zweiter-Weltkrieg-Reparationen-heilen-nichts.html> (26.7.2023).

31 S. Christian Semler, »Debatte Stereotype. Der Fall unserer Griechen«, in: *taz*, 7.4.2010, <http://www.taz.de/!5144789/> (26.7.2023); »Verkauft doch eure Inseln, ihr Pleite-Griechen«, in: *Bild*, 27.10.2010, <https://www.bild.de/politik/wirtschaft/griechenland-krise/regierung-athen-sparen-verkauft-inseln-pleite-akropolis-11692338.bild.html> (26.7.2023); Georg Tzogopoulos, »Schwarz-Weiß-Malerei – Stereotypen und ihre Hinterfragung im griechisch-deutschen Mediendialog«, 25.6.2014, <http://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/griechenland/187012/schwarz-weiss-malerei-stereotypen-und-ihre-hinterfragung-im-griechisch-deutschen-mediendialog> (26.7.2023).

32 Fleischer, »Der lange Schatten des Krieges«, S. 205; s. auch Walter Manoschek, »Kraljevo – Kragujevac – Kalavryta. Die Massaker der 717. Infanteriedivision bzw. 117. Jägerdivision am Balkan«, in: Droulia, Fleischer (Hrsg.), *Von Lidice bis Kalavryta*, S. 93–104.

33 »Συστάθηκε η Διακομματική Επιτροπή για τις Γερμανικές Αποζημιώσεις« [Parteübergreifender Ausschuss für deutsche Reparationen], <https://www.dikaiogitika.gr/eidhseis/politikes-eidhseis/83041/o-voytis-epanasyntinei->

Zentralbank für die Besatzungskosten erhalten hat. Weitere Forderungen betreffen unter anderem die Rückgabe der geplünderten Antiquitäten sowie Entschädigungen für gesunkene Schiffe, die Enteignung von Gütern (etwa Tabak) wie auch öffentlicher und privater Goldreserven.³⁶

Aufgrund der strengen Sparmaßnahmen, die Griechenland im Rahmen der internationalen Rettungsabkommen auferlegt worden waren, gewann die Forderung nach Entschädigungsleistungen für die deutschen Besatzungsverbrechen weiter an Dynamik.³⁷ Am 17. April 2019 stimmte das griechische Parlament dafür, alle noch ausstehenden deutschen Reparationen für beide Weltkriege bei der Bundesregierung einzutreiben. Diese lehnte die Forderungen jedoch vollständig ab und teilte Athen noch einmal mit, dass aus ihrer Sicht »die Frage endgültig geklärt ist.«³⁸ Die deutsche Presse griff das Thema zu dieser Zeit immer wieder durchaus kontrovers auf, wie die folgenden Beispiele zeigen. Das *Handelsblatt* stellte fest: »101 Jahre nach Ende des Ersten Weltkriegs und 74 Jahre nach der Kapitulation Hitlerdeutschlands stellt Griechenland nun offiziell einen Antrag für Reparationen in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin wird aufgefordert, Hunderte von Milliarden für Kriegsschadigungen und Wiedergutmachungen für die Opfer des Krieges zu zahlen.« Die Zeitung betonte: »Nicht nur Tsipras und sein Linksbündnis Syriza stehen hinter den Reparationsforderungen. Auch die größte Oppositionspartei, die konservative Nea Dimokratia, unterstützt die Ansprüche und stimmt wie weitere Oppositionsparteien für die Resolution. Berlin hält den Antrag für unberechtigt.« Das *Handelsblatt* bezog sich damit auf Äußerungen des deutschen Regierungssprechers Steffen Seibert, wonach sich die Haltung der Bundesregierung nicht geändert habe und die Frage der deutschen Reparationen juristisch und politisch endgültig geklärt sei.³⁹

Die Gräueltaten der Nationalsozialisten und die Märtyrerdörfer wurden 2015 in einem Artikel im *Spiegel* erwähnt, der feststellte, dass nicht alle deutschen Politiker mit der Position der Bundesregierung übereinstimmen. So sagte etwa der stellvertretende

Bundesvorsitzende der SPD Ralf Stegner gegenüber dem Magazin: »Respekt gegenüber Griechenland erfordert, dass man sich von dieser Forderung abgrenzt und ihr sensibel entgegentritt.«⁴⁰ Die *Süddeutsche Zeitung* wies 2019 darauf hin, dass Juristen und Historiker beider Länder sich nicht einig seien, ob der Antrag der Griechen berechtigt sei. Da sich die Bundesregierung auf das Zwei-plus-Vier-Abkommen von 1990 berufe und erkläre, dass keine weiteren Reparationen vorgesehen seien, könne der Streit »vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag landen.« Hinzugefügt wurde, dass auch Polen Reparationsforderungen gestellt habe, die sich auf 800 Milliarden Euro beliefen.⁴¹

Der Historiker und Journalist der *Welt*, Sven Felix Kellerhoff, konzentrierte sich in einer Reihe von Beiträgen auf die Behauptung, dass Griechenland bereits Reparationszahlungen erhalten und durch den Zwei-plus-Vier-Vertrag von 1990 auf weitere Forderungen verzichtet habe. Er stützt seine Ausführungen auf die Arbeit von Heinz Richter, einem deutschen Historiker mit dem Spezialgebiet Griechenland und Zypern, und vor allem auf eine im Bundesarchiv aufgefundene Akte, die die Nichtexistenz der vom NS-Staat Griechenland auferlegten Zwangsanleihe beweisen soll. So behauptet Kellerhoff, tatsächlich schulde Griechenland Deutschland einen Kredit, der ihm während der deutschen Besatzungsherrschaft gewährt worden sei, der jedoch von der Bundesrepublik aus diplomatischen Gründen nicht eingefordert werden dürfe.⁴² Er diskreditierte in einem seiner Artikel die deutschen Historiker Hagen Fleischer, Karl Heinz Roth und Christoph Schminck-Gustavus, die Richters Arbeiten kritisch sehen, als voreingenommen, gehässig, politisch getrieben und wissenschaftlich unzulänglich.⁴³ Kellerhoff kommt zu dem Schluss, dass die griechischen Forderungen keine Grundlage hätten.

40 Florian Gathmann, Veit Medick, »Deutsche Politiker wollen Griechenland entschädigen«, in: *Der Spiegel*, 17.3.2015, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/reparationen-politiker-wollen-griechenland-entschaedigen-a-1023797.html> (26.7.2023).

41 »Berlin weist griechische Reparationsforderungen zurück«, in: *Süddeutsche Zeitung*, 18.4.2019, <https://www.sueddeutsche.de/politik/zweiter-weltkrieg-reparationen-griechenland-1.4414984> (26.7.2023).

42 Sven Felix Kellerhoff, »So wird ein deutscher Griechenlandkenner niedergemacht«, in: *Die Welt*, 9.5.2016.

43 Fleischer, Roth und Schminck-Gustavus kritisieren in ihrem Artikel Richters revisionistische, Deutschlands historische Verantwortung leugnende Argumentation, indem sie methodische Probleme aufgrund von Richters unzureichender Verwendung von Archivquellen und mangelhafter Einarbeitung in die relevante Literatur aufzeigen. Richter, so die Autoren, »bescheidet und verwendet für seine Behauptungen die Argumente der Nazis und der Nazi-Kollaborateure«. Hagen Fleischer, Karl Heinz Roth, Christoph Schminck-Gustavus, »Die Opfer und nicht die Täter sollen in der Bringschuld sein? Zur Medienkampagne gegen die griechischen Reparationsansprüche aus dem Zweiten Weltkrieg«, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 64 (2016), S. 379–388, hier: S. 380.

36 »Εως και 426 δις. ευρώ οφείλει η Γερμανία« [Deutschland schuldet bis zu 426 Milliarden Euro], in: *Avgi*, 14.2.2018, <http://www.avgi.gr/article/10811/9248601/eos-kai-426-dis-euro-opheilei-e-germania> (26.7.2023).

37 »Greece to demand WWII reparations from Germany«, *Deutsche Welle*, 3.10.2015, <https://www.dw.com/en/greece-to-demand-wwii-reparations-from-germany/a-18306731> (26.7.2023).

38 »Greek Parliament Calls on Germany to Pay WW2 Reparations«, *Reuters*, 17.4.2019, <https://www.reuters.com/article/us-greece-germany-reparations/greek-parliament-calls-on-germany-to-pay-ww2-reparations-idUSKCN1RT1PL> (26.7.2023).

39 Gerd Höhler, »Tsipras erhöht im Streit um Kriegsreparationen den Druck auf Merkel«, in: *Handelsblatt*, 18.4.2019, <https://www.handelsblatt.com/politik/international/griechenland-tsipras-erhoeht-im-streit-um-kriegsreparationen-den-druck-auf-merkel/24235974.html> (26.7.2023).

Eine Vergangenheit ohne Ende

Heute, mehr als 75 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, ist die Frage deutscher Reparationsverpflichtungen Griechenland gegenüber noch immer nicht abgeschlossen, was die deutsch-griechischen Beziehungen belastet. In diesem Kontext werden auch wieder griechische Stimmen laut, die daran erinnern, dass eine – quantitativ und qualitativ nicht unbedeutende – Komponente der »großdeutschen« Besatzer aus Österreich stammte.

Seit 2019 regiert in Griechenland eine liberal-konservative Partei, die Nea Dimokratia. Ministerpräsident Konstantinos Mitsotakis hat von Anfang an erklärt, dass er zu Verhandlungen mit Deutschland über Reparationszahlungen bereit sei. Nach einem Treffen mit Bundeskanzlerin Angela Merkel im September 2019 machte Mitsotakis klar, dass er den Kurs der Syriza-Regierung in dieser Frage fortführen werde und darauf setze, dass das

»schwierige Kapitel« der Reparationen bald geschlossen werden könne.⁴⁴ Da aber auch die neue SPD-geführte Bundesregierung unter Kanzler Olaf Scholz von den Positionen der Vorgängerregierungen nicht abrückt, dürfte ein Ende der Kontroversen nicht so bald zu erwarten sein.

Die starke Aufmerksamkeit, die die Ereignisse in den 1940er Jahren in der letzten Zeit in Griechenland erfahren haben, und die Intensität des öffentlichen Diskurses hierüber definieren auch für die Geschichtswissenschaft eine Verschiebung des Blicks auf die Zeit des Zweiten Weltkriegs und initiieren damit für die Historikerinnen und Historiker in Griechenland eine neue Forschungsagenda.

44 »Mitsotakis will mit Deutschland über Reparationen verhandeln«, in: *Münchener Merkur*, 29.8.2019, <https://www.merkur.de/politik/mitsotakis-will-mit-deutschland-ueber-reparationen-verhandeln-zr-12955141.html> (26.7.2023).

Anzeige

Einsicht 2022
Bulletin des
Fritz Bauer Instituts

Fritz Bauer Institut
Geschichte und Wirkung
des Holocaust

Hier könnte Ihre
Anzeige stehen!

Formate und Preise		
Doppelseite	460 x 295 mm + Beschnitt	1.190,-
Umschlagseite U4	230 x 295 mm + Beschnitt	990,-
Umschlagseite U2 / U3	230 x 295 mm + Beschnitt	890,-
Ganzseitige Anzeige	230 x 295 mm + Beschnitt	720,-
1/2-seitige Anzeige vertikal	93 x 217 mm	420,-
1/2-seitige Anzeige horizontal	192 x 105,5 mm	420,-
1/4-seitige Anzeige vertikal	93 x 105,5 mm	290,-

Auflage: 4.200 Exemplare, Preise in Euro, zuzügl. gesetzl. MwSt.
Kontakt: Tel.: 069.798 322-40, anzeigen@fritz-bauer-institut.de

Fritz Bauer Institut
Geschichte und Wirkung
des Holocaust

Raubwirtschaft, Zwangsarbeit, Vernichtung
Das Kriegsjahr 1942
Demokratie in Gefahr
Rechter Terror in der Weimarer Republik

Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus
Goethe-Universität Frankfurt am Main, 27. Januar 2023

Memorial 30 Jahre Kampf um die Erinnerung

Von Irina Scherbakowa



Prof. Dr. Irina Scherbakowa ist Germanistin und Kulturwissenschaftlerin. Sie arbeitet als Übersetzerin, Journalistin, Redakteurin, Dozentin und Buchautorin, forscht zur Geschichte des Stalinismus und ist Mitbegründerin der Menschenrechtsorganisation Memorial. Im Frühjahr 2022 hat sie Russland aus politischen Gründen verlassen und ist aktuell Gastprofessorin an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Memorial International wurde 2022 gemeinsam mit dem belarussischen Rechtsanwalt Ales Bjeljazki und dem Zentrum für bürgerliche Freiheiten (Ukraine) mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Veröffentlichungen in deutscher Sprache (Auswahl): *Die Hände meines Vaters. Eine russische Familiengeschichte*, München 2017; (Hrsg. mit Volkhard Knigge), *Gulag. Spuren und Zeugnisse 1929–1956*, Göttingen, Weimar 2012; *Zerrissene Erinnerung. Der Umgang mit Stalinismus und Zweitem Weltkrieg im heutigen Russland*, Göttingen 2010.

Foto: Werner Lott

Im Rahmen der gemeinsamen Veranstaltung des Fritz Bauer Instituts und des Präsidiums der Goethe-Universität Frankfurt am Main hielt Irina Scherbakowa am 27. Januar 2023 die hier abgedruckte Rede anlässlich des Gedenktags für die Opfer des Nationalsozialismus. Mit der kritischen Auseinandersetzung mit der Diktaturerfahrung im 20. Jahrhundert und den deutschen Verbrechen während des Zweiten Weltkriegs in der Sowjetunion setzt sie in ihren historischen Forschungen und ihrem gesellschaftlichen Engagement für Memorial ein Zeichen gegen die politische Instrumentalisierung von Geschichte, gegen die Verzerrung der Vergangenheit und die historische Mythenbildung. Der Holocaust-Gedenktag 2023 an der Goethe-Universität Frankfurt am Main stand damit ausdrücklich in Verbindung mit dem Krieg Russlands gegen die Ukraine, in dem Geschichtsmythen erneut eine verheerende Rolle spielen.

Geschichtsaufklärung in der Perestroika zur Überwindung eines nationalen Traumas

Als Memorial 1989 als erste unabhängige zivilgesellschaftliche Organisation Russlands gegründet wurde, ging es darum, Denkmale für die Opfer der politischen Repressionen vor allem während des Stalinismus zu errichten, die Geheimarchive zu öffnen und alle ehemaligen politischen Gefangenen zu rehabilitieren. Die Gründung der Organisation war ein Beweis dafür, dass sich in der russischen Gesellschaft eine Veränderung vollzog, denn eine tief verborgene Erinnerung an die Massenrepressionen, an den Terror, dessen Opfer Millionen von Menschen geworden waren, wurde nun wiederbelebt. Russland hat im 20. Jahrhundert nicht bloß ein Trauma erlitten. Es hat eine nationale Katastrophe erlebt. Selbst wenn man die Zeit nach Stalin unbeachtet lässt und nur die Ära der massiven Terrorkampagnen von 1918 bis 1953 betrachtet, so bleiben immer noch 35 Jahre, eine Zeitspanne, dreimal länger als die Herrschaft des Nationalsozialismus in Deutschland.

In diesen 35 Jahren gingen mehrere Millionen Menschen durch den Gulag, das System der sowjetischen Straf- und Zwangsarbeitslager. Allein aufgrund politischer Anklagen, die zumeist erfunden waren, wurden über fünf Millionen Menschen verhaftet, über eine Million davon erschossen, die übrigen in die Lager geschickt. Mehr als sechseinhalb Millionen Menschen kamen im Zuge von Massendeportationen in die arbeitslagerähnlichen Siedlungen im hohen Norden, in Sibirien und in Kasachstan. Darüber hinaus können zu den unmittelbaren Opfern des Stalinismus über sechs Millionen Bauern gerechnet werden – vor allem ukrainische, die infolge der absichtlich herbeigeführten Hungersnot 1932/33 umkamen. Diese Aufzählung ist alles andere als vollständig.

Terror als Herrschaftsinstrument war stets ein integraler Bestandteil der sowjetischen Wirklichkeit. Über den Stalinismus als System, dessen wichtigstes Instrument massive politische Gewalt war, ist schon viel gesagt und geschrieben worden. Sehr viel weniger war bisher dagegen von dessen Wirkung auf jene die Rede, die nicht direkt davon betroffen waren – gemeint sind die Nachkommen der Verfolgten, also Generationen sowjetischer Menschen.

Das Haupterbe dieser Jahrzehnte ist Angst, eine permanente, im Unterbewusstsein verwurzelte Angst der Bevölkerung vor der Allmacht des Staats. Eine weitere Folge des Terrors sind die Atomisierung der Gesellschaft, eine maximale Entfremdung und ein allumfassendes Misstrauen. Jedes Gefühl von Solidarität wurde ausgemerzt, alle horizontalen Beziehungen zwischen den Menschen, selbst verwandtschaftliche, wurden vernichtet oder geschwächt. An ihrer Stelle drang der Staat in die gesellschaftlichen Beziehungen ein, das Verhältnis zwischen Staat und Individuum wurde in einem streng hierarchisierten sozialen System organisiert.

Ein weiteres Erbe ist die Xenophobie, als machtvolle Ablehnung all dessen, was aus der Reihe fällt. Diese Form der Xenophobie ist die Fortsetzung des unbedingten Konformismus und sie mündet in einen aggressiven Nationalismus. Schließlich kommt dazu noch die überlebensnotwendige Heuchelei, die unweigerlich Zynismus und eine völlige Relativierung moralischer Werte nach sich zieht. All dies ist die Schule des stalinistischen Terrorstaats. Die Bevölkerung hat diese Lektionen nachhaltig verinnerlicht. Sämtliche hier aufgezählten psychologischen Aspekte des Traumas sind in dem einen oder anderen Maße bis heute im kollektiven Bewusstsein präsent. Der Terror hat sich gewissermaßen als außerordentlich erfolgreiche pädagogische Maßnahme erwiesen.

Unter den Problemen, die Ende der 1980er Jahre landesweit heftig diskutiert wurden, auch auf Kundgebungen mit Tausenden von Teilnehmern, spielten historische Fragestellungen eine Schlüsselrolle. Es schien, als sei zumindest in Bezug auf den Stalinismus ein nationaler Konsens bereits erreicht worden oder stehe unmittelbar bevor. Natürlich interessierte sich die Masse der Bevölkerung nicht für die historischen Probleme als solche. Das explodierende Interesse an der sowjetischen Geschichte hing vielmehr mit der aktuellen

Politik zusammen, insbesondere mit der Frage nach der Legitimität des kommunistischen Regimes, das für die massenhaften Verbrechen in der Vergangenheit verantwortlich war. Während der Perestroika fielen also die Wiederbelebung der Erinnerung und die Bewegung für politische und bürgerliche Freiheit vorübergehend zusammen. Doch die Aufarbeitung der Vergangenheit war schwieriger als erwartet.

Von Beginn an war es die Hauptaufgabe von Memorial, Listen mit den Namen der Opfer zu erstellen – die Datenbank enthält Informationen über mehr als 3,5 Millionen Personen. Dazu gehörte ferner die Schaffung eines Volksarchivs mit Zehntausenden von Fällen und einer einzigartigen Museumssammlung. All die Jahre hat Memorial Menschen geholfen, Informationen über ihre Angehörigen zu finden, und umgekehrt haben sie der Organisation Dokumente und Gegenstände übermittelt, die in den Familien gerettet werden konnten. Unter den Opfern des Terrors waren Menschen aus verschiedensten sozialen Schichten, Religionen, Völkern und Nationalitäten. An verschiedenen Standorten in Russland sind Denkmäler entstanden – oft an entdeckten Massengräbern – zum Gedenken an die Opfer des politischen Terrors. Aber Memorial beschäftigte sich auch mit Tätern, und es entstand eine Datenbank mit über 40.000 Organisatoren und Vollstreckern des Terrors.

Mit der Öffnung der staatlichen Archive Russlands begann eine intensive Zusammenarbeit auch mit deutschen Historikerinnen und Historikern, um sogenannte weiße Flecken in der gemeinsamen Geschichte zu erforschen. Es ging um Schicksale der deutschen Opfer in der Sowjetunion in den 1930er Jahren, um Schicksale von Kriegsgefangenen beider Seiten, um nach Deutschland verschleppte Ostarbeiterinnen und Ostarbeiter, die nach ihrer Rückkehr in die Sowjetunion oft erneut verfolgt oder diskriminiert worden waren. Es ging um die Geschichte der sowjetischen Sonderlager in der Sowjetischen Besatzungszone und um vieles andere mehr. Es kamen auch deutsche Stiftungen nach Russland, die gemeinsame Projekte unterstützten. Von den vielen zivilgesellschaftlichen Initiativen, humanitären Hilfsaktionen und anderen deutsch-russischen Aktivitäten ganz abgesehen.

Man wollte damals in Russland von den Deutschen lernen, wie man die Aufarbeitung der totalitären Vergangenheit vollbringt, die weit fortgeschritten zu sein schien. Die Bundesrepublik gab ein Beispiel, wie man eine Demokratie aufbauen kann, wenn man die Lehren gerade aus den negativen Erfahrungen der Vergangenheit zieht. Noch in den 1990er Jahren war Memorial davon überzeugt, dass das jetzt auch der Weg Russlands sein würde. Das, muss man zugeben, war eine Illusion.

Bedeutung der Geschichtspolitik: Putin als »Vollender« von Stalins Großmacht

Nach 70 Jahren Sowjetmacht war es die Idee der Befreiung, die viele Menschen in Russland zur Zeit der Perestroika beflügelt hatte.

Gemeint war die Befreiung von dem durch Stalin errichteten repressiven Staat und dessen Parteiapparat. Dass Russland damit keine demokratische Zukunft haben würde, war klar.

In der schwierigen Situation der 1990er Jahre entwickelte sich die russische Geschichtspolitik jedoch anders, als von Memorial erwartet. Es wurden keine Leitlinien erstellt, die eine konsequente Richtung vorgegeben hätten. Es gab auch keine juristische Verurteilung des kommunistischen Regimes und der Rolle seiner Anführer – Lenins, Stalins und anderer –, zudem blieb eine Entscheidung des Parlaments dazu aus. Eine wirkliche Reform der Justiz und der Staatssicherheitsorgane fand ebenfalls nicht statt. Dass die Bedeutung einer konsequenten Umgestaltung unterschätzt wurde, hatte, wie man heute deutlich sehen kann, schwerwiegende Folgen.

Die Bestrebungen nach Befreiung wurden vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise, die viele Menschen in den 1990er Jahren stark getroffen hatte, immer schwächer. Es manifestierte sich bald Enttäuschung über eine nie richtig vollzogene Demokratisierung und die nie wirklich errungene Freiheit. Nach und nach machte sich Müdigkeit breit, das Interesse an der Reflexion über die Geschichte erlosch, die historisch ausgerichtete und die zivilgesellschaftliche Arbeit an der Überwindung der terroristischen Vergangenheit versickerte allmählich. Das Wichtigste aber war, dass die Idee der Freiheit für die Menschen in Russland nicht mehr entscheidend war, man sich von ihr verabschiedete, um sich an der sogenannten Stabilität zu erfreuen, die die Staatsmacht versprach.

Die Demokratiebewegung der Perestroika-Zeit, die in der Befreiung der Länder Osteuropas aus der sowjetischen Einflussphäre endete, der Fall der Berliner Mauer und das Ende des Kalten Kriegs wurden nun in Russland als Serie von Niederlagen angesehen. Der Zerfall der Sowjetunion gilt seither als Störfall und »als die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts«, wie Putin schon 2005 in einer Rede vor den Mitgliedern der Föderationsversammlung formulierte.¹

Die Wende begann mit dem ersten Tschetschenien-Krieg (1994–1996), der mit groben Menschenrechtsverletzungen und mit Bombardierungen und Vertreibungen der Zivilbevölkerung einherging. Memorial dokumentierte das Geschehen genau. Dieser Krieg, der sich als postimperialer Krieg bezeichnen lässt, wurde zum Auslöser von xenophoben Stimmungen und Ressentiments, die immer stärker wurden.

Putin, der in einer Hochphase dieser Stimmungen an die Macht kam, fing an, die noch sehr schwachen demokratischen Institutionen und viele bürgerliche Freiheiten rasch abzuschaffen oder drastisch

einzu­schränken. Russland fand sich wieder in der Quadratur des Kreises – denn die eine Figur, die in ihren Händen so viel Macht konzentriert, braucht immer mehr Unterstützung und stets von neuem die Mobilisierung der Bevölkerung; immer wieder muss bestätigt werden, dass diese Figur alternativlos ist. Deshalb die hysterischen Parolen »Wenn nicht Putin, wer dann?«, »Putin ist Russland, und ohne Putin kein Russland«, die heute überall zu hören sind.

Warum spürte Memorial früher als manch andere, wohin die Reise gehen würde? Weil die Entwicklung bereits in der Geschichtspolitik der frühen Putin-Zeit angelegt war. Sie brachte die seither immer deutlicher werdende national-patriotische Doktrin hervor, deren Kern der »Siegemythos« bildet. Dieser Mythos, der auf nationalem Stolz und auf Ressentiments basiert, hat Stalin wieder auf ein historisches Podest gestellt. Der Diktator sollte nicht mehr als grausamer Alleinherrscher und Organisator des Massenterrors erscheinen, wie das in der Perestroika deutlich geworden war, sondern als Sieger im Zweiten Weltkrieg, als Erweiterer der Grenzen der Sowjetunion und vor allem als das überzeugendste Symbol eines starken autoritären Staates.

Aus dem Bild vom Zweiten Weltkrieg sollte alles entfernt werden, was zu diesem glorreichen Mythos nicht passte. Der Tag des Siegs, der 9. Mai, wurde fortan zunehmend zur Manifestation des militaristischen Geists. Im Mittelpunkt standen Militärparaden und leere Symbole wie die sogenannten Georgsbändchen, die mit der wahren Erinnerung an den Krieg jedoch nichts zu tun hatten. Es kam immer mehr zur Sakralisierung und Enthistorisierung des Kriegs. Das bedeutete nur teilweise eine Rückkehr in sowjetische Zeiten, wurde doch stets, wenn auch heuchlerisch, der Frieden beschworen – »Nie wieder Krieg« war seinerzeit die wichtigste Botschaft, vor allem am 9. Mai.

Der militaristische Geist führte unter Putin zu aggressiven Parolen. Statt »Nie wieder Krieg« hieß es nun, bezogen auf den Sieg im Zweiten Weltkrieg: »Wir können es wiederholen!« Man empfand Kränkungsgefühle gegenüber all denen, die die Rolle der Sowjetunion als Befreierin vom Faschismus nicht schätzten, die, so die Sicht vieler Staaten des Ostblocks, über die »zweite Besatzung« sprachen. Zusammen mit dem Nationalstolz lebten die alten sowjetischen – und in vielerlei Hinsicht auch vorsowjetischen – Stereotype wieder auf und verfestigten sich. Dazu zählt die Vorstellung vom Westen als – heute wie früher – Feind und Quelle allen Unglücks für Russland, von einem Westen, der das Land in den 1990er Jahren fast in die Knie gezwungen hätte, von einer »fünften Kolonne«, die im Auftrag dieses Feinds agierte, von der Feindseligkeit der Nachbarländer und vieles andere mehr.

Das alles spielt nun in der Politik gegen die Ukraine und in diesem verbrecherischen Krieg eine große Rolle. So werden die Begriffe verdreht, darunter der Begriff des Faschismus oder Nazismus, der auf die Balten und dann auf die Ukrainer bezogen wurde. Eine wachsende Zahl von Staatsmännern und sogar Kirchendienern



Links: Karteikarten zur historischen Aufarbeitung von politischen Gewaltverbrechen im Archiv von Memorial Deutschland / D. Höpfner, www.memorial.de

Unten: Vortrag von Irina Scherbakowa (links), moderiert von Sybille Steinbacher, am 27. Januar 2023 an der Goethe-Universität Frankfurt am Main Foto: Werner Lott

QR-Code zur Videoaufzeichnung der Veranstaltung in der Mediathek des Fritz Bauer Instituts:



¹ »Putins Botschaft zur Lage der Nation am 25. April 2005«, in: *Russland-Analysen*, Nr. 63, 29.4.2005, S. 13 f., <https://laender-analysen.de/russland-analysen/63/putins-botschaft-zur-lage-der-nation-am-25-april-2005/> (25.6.2023).

erklärte ausdrücklich, dass Krieg nichts Unnatürliches sei, da er den Geist der Nation stärke und reinige. Offen wurde hingegen über die »Unnatürlichkeit« der Grenzen der Russischen Föderation gesprochen, die man erweitern sollte.

Die Frage, ob man nach all den Geschehnissen einen Krieg hätte vorhersehen können, hat am Anfang viele Menschen in Russland und auch im Westen beschäftigt, weil sie mit der Frage in Verbindung steht, wie vorbereitet man im Westen darauf war – politisch, wirtschaftlich und auch moralisch. Warum eigentlich dieser Schock? Man muss der Wahrheit ins Auge sehen: Warnsignale gab es seit zwei Jahrzehnten mehr als genug. Schon sehr frühe Aussagen von Putin, beispielsweise als er in seiner Rede auf der 43. Münchner Sicherheitskonferenz 2007 den Westen und die NATO eindeutig bedrohte,² hätte man ernst nehmen sollen. Und es wurde immer offensichtlicher. Im Jahr 2008 kam der zwar kurze, aber zweifellos erneut postimperiale Krieg gegen Georgien hinzu, wo die russischen Panzer vor Tiflis standen. Beschworen wurde einmal mehr die ehemalige Größe des Landes, auf die man sich stützen und die dringend wiederhergestellt werden sollte. Die dominierende ethnische Gruppe, die Russen, wurde als Zivilisationszentrum einer besonderen »Russischen Welt« dargestellt, die sich weit über die eigentlichen russischen Grenzen hinaus erstreckte. Sie verfüge über einen »besonderen genetischen Code« und eine spezifische religiöse und kulturelle Tradition.

Mit einer durch eine quasi-historische Gerechtigkeit untermauerten aggressiven Expansionspolitik, im Zuge derer zurückgeholt werden müsse, was einem ohnehin gehöre, wird heute der Ukraine das Recht auf Unabhängigkeit abgesprochen. Vor diesem Hintergrund wird die Ukraine zum Hort von Faschisten und Nationalisten erklärt. In Putins Artikel vom Juli 2021, den der Kreml veröffentlichte, heißt es im Klartext, dass die Ukraine zwei Möglichkeiten habe: Entweder wird sie zum Protektorat Russlands oder sie wird erobert.³ Putin glaubt, dass Russland die militärische Kontrolle über die Ukraine haben müsse. Es gebe keine andere Option. Diese Frage ist für ihn existenziell. Er ist bereit, jedes Opfer in Kauf zu nehmen, damit dies erreicht werden kann.

Diskriminierende Rechtslage für Kritiker

Ein Thema, mit dem die Mitarbeiter von Memorial sich in ihrer Tätigkeit auch befasst haben, war die Schaffung von Feindbildern.

² »Speech and the Following Discussion at the Munich Conference on Security Policy, 10.2.2007«, <http://en.kremlin.ru/events/president/transcripts/24034> (25.6.2023).

³ Wladimir Putin, »Über die historische Einheit der Russen und der Ukrainer«, in: *Osteuropa*, 71 (2021), H. 7: *Der Geist der Zeit. Kriegsreden aus Russland*, hrsg. von Manfred Sapper und Volker Weichsel, S. 51–66.

Damit setzten sie einmal mehr ein deutliches Signal. Die Politik, die alle Nichteinverstandenen mundtot machen wollte, begann mit dem sogenannten Gesetz über ausländische Agenten, das 2012 von Putin unterzeichnet und seither viele Male verschärft wurde. Bis zum heutigen Tag kann damit praktisch jeder zum »ausländischen Agenten« erklärt werden, der öffentlich etwas Regierungskritisches gesagt oder in den sozialen Netzwerken geschrieben hat. Letztendlich wurde auch Memorial wegen Verstößen gegen dieses Gesetz im Dezember 2021 aufgelöst. Die ohnehin repressive Politik gegenüber allen Kritikern wurde 2022 stark verschärft. Es waren nun faktisch keine Massenprotestaktionen in Russland mehr möglich, nicht nur Demonstrationen und Kundgebungen wurden verboten, sondern auch einzelne kleine Protestaktionen. Tatsächlich vergeht keine Woche ohne neue Urteile und politische Inhaftierungen. Tausende Menschen wurden inzwischen vom Zentrum zum Schutz der Menschenrechte Memorial als politische Häftlinge anerkannt; die Haftstrafen, die in solchen Fällen verhängt werden, sind zweimal so hoch wie diejenigen während der Breschnew-Ära. All dies wird von der beispiellos aggressiven Propaganda vor allem im Staatsfernsehen begleitet, die darauf abzielt, »Spione und Agenten« zu entlarven und Feindbilder zu schaffen.

Selbst vor diesem Hintergrund wurde der Beschluss des Obersten Gerichtshofs Russlands, die Internationale Gesellschaft Memorial zu liquidieren, für viele Menschen inner- und außerhalb Russlands zu einem neuen Meilenstein dieser repressiven Politik. Im Prozess gegen Memorial wurden in der Anklageschrift der Staatsanwaltschaft die Gründe für die Liquidierung deutlich formuliert: Sie lägen in der Darstellung des Sowjetstaates als Terrorstaat. Dies sei mit Blick auf die Gegenwart sehr destruktiv und damit gefährlich.

Fazit

Für eine Historikerin, die sich mit der sowjetischen Geschichte, vor allem der Geschichte der politischen Repressionen, befasst, führt die Konfrontation mit der heute praktizierten rückwärtsgewandten staatlichen Geschichtspolitik immer öfter zu einem Gefühl der Verzweiflung und Ohnmacht. Vor allem, wenn man sieht, wie unberechenbar die politischen Entscheidungen und Handlungen ausfallen. Es ist sehr schwer, heute über die Vergangenheit zu reden, weil die Gegenwart jeden Tag das Gefühl mit sich bringt, dass wir uns inmitten der für Europa gefährlichsten Situation seit dem Zweiten Weltkrieg befinden. Putin hat eine Mobilmachung verkündet, und auch wenn man sie nur eine Teilmobilmachung nennt, muss man sich klarmachen, dass Ähnliches in Russland im 20. Jahrhundert erst zweimal passiert ist. Über die Zukunft zu reden, ist noch schwieriger, weil wir es hier mit einer bösartigen Unberechenbarkeit zu tun haben, die den Weltfrieden bedroht. Aber wie schwierig es auch ist – die Aufgabe ist es doch, zu erklären, wieso es dazu kommen konnte.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Memorial, die sich seit vielen Jahren mit der Vergangenheit und der Aufarbeitung der Massenverbrechen des kommunistischen Regimes befassen, sind nun in einer besonderen Rolle: Sie sind Subjekt und Objekt der Geschichte zugleich.

Wir befinden uns heute an einem absurden historischen Punkt, an dem die russische Staatsmacht den Eroberungskrieg nicht nur mit einer »großen« geopolitischen Vergangenheit rechtfertigt, sondern der Bevölkerung auch ständig einflößt, dass sie nichts als diese imperiale Vergangenheit habe. Um diese Vergangenheit zu beschreiben, wird eine fantastische Mixtur aus dem verwendet, was Putin in seinen Reden »Geschichte« nennt. Dies ist eine Sammlung vieler falscher und giftiger historischer Mythen, dies sind Zitate von zweifelhaften Philosophen, außerdem Verschwörungstheorien und vieles mehr. Leider beeinflusst dieses pseudohistorische Getöse die russische Bevölkerung und trägt zur Akzeptanz und Rechtfertigung des Kriegs bei.

Im Dezember 2022 ist Memorial gemeinsam mit der ukrainischen Organisation Center for Civil Liberties und dem belarussischen Menschenrechtler Ales Bjaljazki mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet worden. Es kam nun die Frage auf, wie Menschenrechtler und Historiker zum Frieden beitragen können, und das mitten in so einem blutigen Angriffskrieg. Es bleibt zu hoffen, dass man heute versteht, wie eng das eine mit dem anderen verknüpft ist. Der Fokus von Memorial als Aufarbeitungs- und Menschenrechtsorganisation war immer der einzelne Mensch, seine Rechte, seine Würde, seine Geschichte. Memorial wollte an Millionen vergessener Opfer erinnern, sie aus dem »Lagerstaub« herausholen, wie der Volkskommissar des sowjetischen Geheimdienstes NKWD Lawrenti Berija einmal die Opfer verächtlich nannte. Und in diesem Sinne ist der Friedensnobelpreis auch eine Anerkennung der Verfolgten und ein Gedenken an Millionen von Opfern des staatlichen Terrors. Dieser Kampf um den einzelnen Menschen ist heute wichtiger denn je, und der Kampf um die Erinnerung ist auch der Grund dafür, warum die Organisation heute verboten ist und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verfolgt werden. Deshalb wurde so viel Druck ausgeübt, deshalb wollte man Memorial aus dem öffentlichen Raum verdrängen, als »ausländischen Agenten« diffamieren, verfolgen und letztendlich liquidieren. Die Solidarität und Unterstützung, die Memorial in dieser schwierigen Zeit von Menschen und Organisationen aus verschiedenen Ländern geboten wurde, hat die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von der Bedeutung ihrer Arbeit und der Notwendigkeit überzeugt, sie weiterhin auch außerhalb Russlands fortzusetzen. Denn es geht nicht um die Schicksale der einzelnen Aktivistinnen und Aktivisten, sondern darum, die Erinnerung an Millionen von Opfern zu bewahren, denn dieser Erinnerung an den Massenterror sind keine staatlichen Grenzen gesetzt.

Anzeigen



Der Band versammelt Essays zu Hannah Arendt, H.G. Adler, David Rousset und anderen sowie historische Studien zur deutschen Besetzung in Frankreich, zur Rolle Ernst Jüngers in Paris und eine Fallgeschichte über mangelnde Aufklärung von NS-Verbrechen in der alten Bundesrepublik.

EDITION TIAMAT
www.edition-tiamat.de



Julia Bernstein

Zerspiegelte Welten

Antisemitismus und Sprache aus jüdischer Perspektive

Sprache spiegelt sich in allen Bereichen unseres Lebens, sie verbindet und trennt. Julia Bernstein skizziert in ihrem Buch die unterschiedlichen Weisen, mit denen Antisemitismus im sprachlichen Kontext zum Tragen kommt.

2023, 135 Seiten
Klappenbroschur
€ 20,00
ISBN 978-3-7799-6666-1

www.juventa.de

BELTZ JUVENTA

Theresienstadt

Alltag unter ständiger Bedrohung

Von Sybille Steinbacher

Im Sommer 1942, als die Deportationen nach Theresienstadt begannen, war die Münchner Jüdische Gemeinde schon sehr klein geworden. Willkür und Zerstörung prägten bereits

lange vor den Abtransporten den Alltag der Jüdinnen und Juden in der Stadt. Entrechtet waren sie, aus dem Wirtschaftsleben längst verdrängt und sozial isoliert. Die große Synagoge in der Herzog-Max-Straße war eine der ersten im Deutschen Reich, die die Nationalsozialisten zerstört hatten. Im Sommer 1938 war das. Erst im Jahr zuvor hatte die Jüdische Gemeinde das 50-jährige Bestehen ihres imposanten, mitten in der Stadt gelegenen Gotteshauses gefeiert. Die Münchner Hauptsynagoge stand für ein selbstbewusstes Judentum und dafür, dass die jüdische Gemeinde sich als Teil der Stadtgesellschaft verstand. Auf dem brachliegenden Areal war inzwischen ein Parkplatz entstanden.

Von München aus, genauer vom Saal des Alten Rathauses aus, kamen die Novemberpogrome in Gang, im ganzen Land logistisch wohl vorbereitet von den Parteigliederungen der NSDAP und ausgelöst von einer antisemitischen Hetzrede, die Joseph Goebbels am Abend des 9. November 1938 hier hielt. In München ergriffen danach viele jüdische Familien die Flucht. Von den etwa 12.000 Jüdinnen und Juden, die in der Stadt gelebt hatten, ehe die Nationalsozialisten an die Macht kamen, gelang insgesamt ungefähr 8.500 bis zum Herbst 1941 die Emigration ins Ausland; danach galt ein Auswanderungsverbot. Vom Saal des Alten Rathauses führte folglich eine Verbindung auch zu den Deportationen der Münchner wie überhaupt der jüdischen Bevölkerung im deutschen Herrschaftsbereich in die Ghettos und Vernichtungslager.

Wer nach den Novemberpogromen noch in München blieb, wurde von den Behörden im Zuge einer gezielten Entmietungaktion in eigens eingerichtete »Judenwohnungen« und »Judenhäuser« umquartiert. Eng zusammengepfercht mussten auch diejenigen leben, die in die 1941 errichteten Sammellager am Stadtrand kamen: die »Judensiedlungen« in Milbertshofen und Berg am

Prof. Dr. Sybille Steinbacher ist Direktorin des Fritz Bauer Instituts und Professorin für die Erforschung der Geschichte und Wirkung des Holocaust am Historischen Seminar der Goethe-Universität Frankfurt am Main.

Veröffentlichungen (Auswahl): (mit Saul Friedländer, Norbert Frei und Dan Diner), *Ein Verbrechen ohne Namen. Anmerkungen zum neuen Streit über den Holocaust*, München 2022; *Auschwitz. Geschichte und Nachgeschichte*, 5., durchges. Aufl., München 2020 (zuerst 2004); »Musterstadt« *Auschwitz. Germanisierungspolitik und Judenmord in Ostoberschlesien*, München 2000.

Der hier veröffentlichte Vortrag wurde am 9. November 2022 im Saal des Alten Rathauses in München anlässlich des Jahrestags der Novemberpogrome am 9. November 1938 gehalten. Veranstalter waren die Israelitische Kultusgemeinde München und die Stadt München.

Foto: Niels P. Jørgensen

Laim.¹ Die beiden Lager dienten zur Abwicklung der Deportationen. Im Deutschen Reich begannen die Transporte Mitte Oktober 1941. Aus München fuhr der erste Zug mit fast 1.000 jüdischen Männern, Frauen und Kindern am 20. November 1941 vom Güterbahnhof Milbertshofen ab. In die Organisation waren viele Behörden involviert: die Stapoleitstelle im Wittelsbacher Palais, die Arisierungsstelle, das Ernährungsamt, das Arbeitsamt, vor allem auch das Finanzamt. Finanzbeamte waren immer dabei, wenn Deportationen stattfanden. Sie sammelten dann Formulare ein, die Auskunft über Besitz und Geldvermögen der Juden gaben, sie registrierten, kontrollierten und beschlagnahmten.

Der erste Transport aus München sollte nach Riga gehen. Aber das dortige Ghetto war längst überfüllt, weshalb der Zug umgeleitet wurde: nach Kaunas in Litauen. Alle Insassen des Zuges wurden dort umgehend erschossen, auch die vielen Kinder und Jugendlichen aus dem jüdischen Kinderheim in der Antonienstraße und der jüdischen Volksschule in der Herzog-Rudolf-Straße. Überlebt hat auch niemand vom zweiten Münchner Transport, der gut vier Monate später die Stadt verließ: Am 4. April 1942 wurden fast 800 weitere Jüdinnen und Juden abtransportiert, darunter auch diesmal viele Kinder und junge Leute, nun nach Piaski bei Lublin an der äußersten Ostgrenze des besetzten Polen. Piaski war ein sogenanntes Transitghetto, eine Durchgangsstation in die Vernichtungslager Belzec und Sobibor.

Anfang Juni 1942 war erstmals Theresienstadt Ziel eines Zugs aus München. Dorthin fuhr kein Großtransport: Am 3. Juni 1942 wurden 50 Personen in das Ghetto deportiert, und so auch den ganzen Juni über, den gesamten Juli und nahezu den halben August. Bis zum 12. August 1942 wurden insgesamt 24 solche Transporte nach Theresienstadt geschickt. Die meisten Deportierten stammten aus München, andere auch aus der weiteren Umgebung, besonders aus Augsburg und dem schwäbischen Raum. Im Frühjahr 1943 fuhren drei Transporte von München aus direkt nach Auschwitz. Theresienstadt war neuerlich ab April 1943 neun weitere Male das Ziel. Mal wurden zehn Personen deportiert, mal 33, mal sieben, manchmal nur eine. Die beiden letzten Deportationen fanden noch statt, als die deutsche Kriegsniederlage längst besiegelt war: am 20. und 21. Februar 1945. Von den insgesamt 39 Deportationstransporten aus München gelangten 33 nach Theresienstadt – mit insgesamt etwa 1.400 Personen.

Welche Funktion hatte dieser Ort in der nationalsozialistischen Verfolgungs- und Vernichtungspolitik und was bedeutete es in der Erfahrungsgeschichte der Deportierten, dort sein zu müssen? Um diese Fragen zu beantworten, geht es im Folgenden erstens um die Pläne, die das NS-Regime für Theresienstadt hatte, zweitens um die Situation der Münchner Jüdinnen und Juden und drittens um die Frage, was die internationale Öffentlichkeit über Theresienstadt erfuhr.

¹ Maximilian Strnad, *Zwischenstation »Judensiedlung«. Verfolgung und Deportation der jüdischen Münchner 1941–1945*, München 2011.

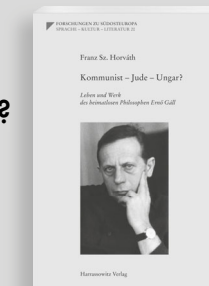
Anzeige

Mathias Niendorf
Geschichte Litauens
Regionen, Reiche, Republiken
1009–2009
2022. VIII, 566 Seiten,
16 Abb., 3 Karten, gb
170x240 mm
ISBN 978-3-447-10822-5
e-Book: ISBN 978-3-447-19599-7
je € 49,- (D)



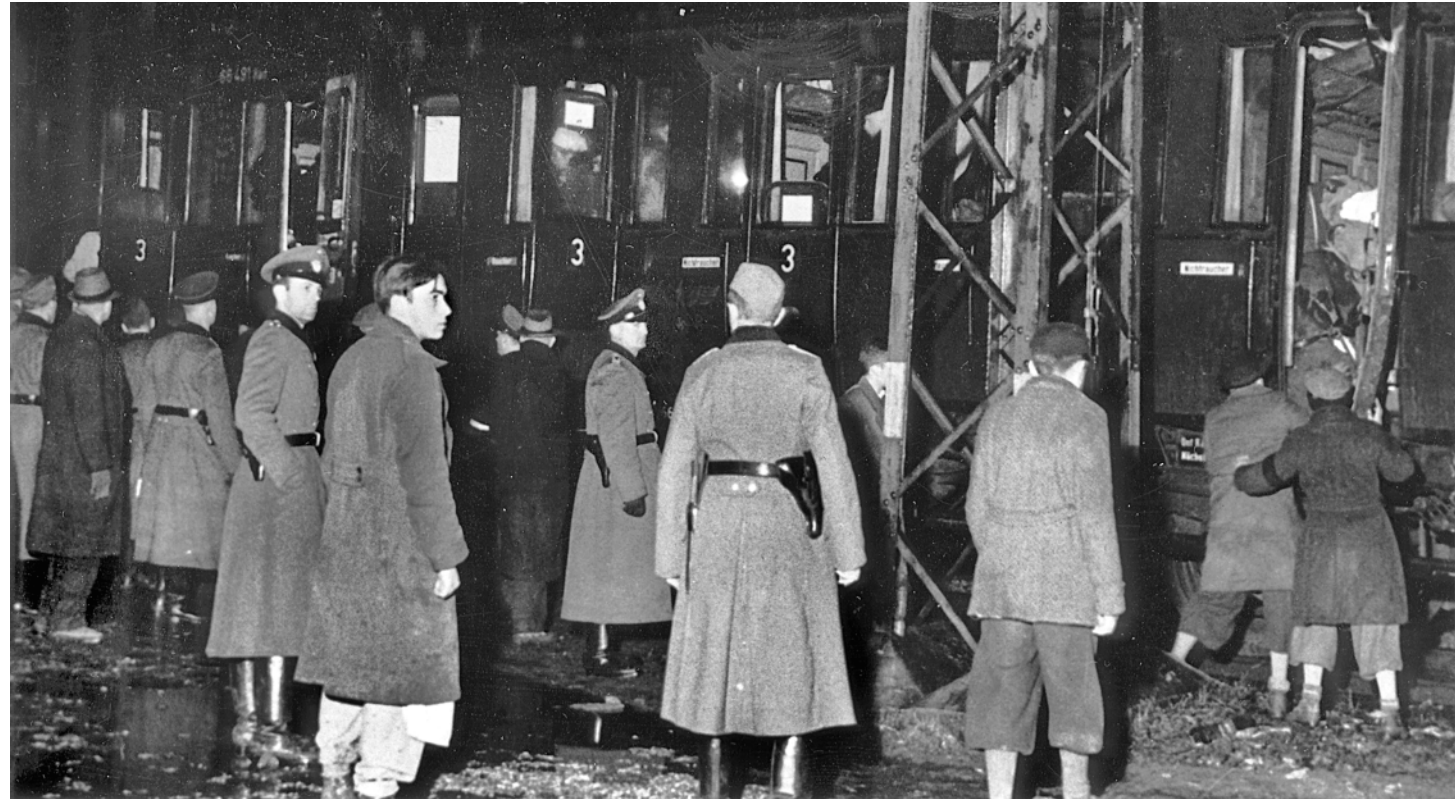
Mathias Niendorfs neue Gesamtdarstellung der „Geschichte Litauens“ bietet einen Überblick vom Mittelalter bis in die jüngste Vergangenheit. Besondere Aufmerksamkeit gilt der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Teil dieser häufig dramatischen Geschichte ist die Erlangung staatlicher Unabhängigkeit nach dem Ersten Weltkrieg, ihr Verlust als Folge des Hitler-Stalin Pakts und nicht zuletzt die Ermordung von Litauens Juden unter deutscher Besatzung. Bis in die Zeiten der Republik bzw. Sowjetrepublik wird den Handlungsspielräumen vor Ort nachgegangen. Fragen des Zusammenlebens von Litauern und Polen, Juden, Russen und Weißrussen gehören zu den Schwerpunkten der Darstellung. Exemplarische Biografien illustrieren das Schicksal eines Landes, seine Traditionslinien und seine Brüche.

Franz Sz. Horváth
Kommunist – Jude – Ungar?
Leben und Werk des heimatlosen
Philosophen Ernő Gáll
2023. VIII, 237 Seiten, 34 Abb., br
170x240 mm
ISBN 978-3-447-12019-7
€ 58,- (D)



Das Leben des ungarisch-jüdischen Philosophen Ernő Gáll (1917–2000) steht für das (jüdische) Leid, die politischen Hoffnungen und Enttäuschungen einer ganzen ostmitteleuropäischen Generation. Franz Sz. Horváth stellt Gáll als Jungkommunisten in Rumänien, als verfolgten Juden in Ungarn (1940–1945) und im KZ Buchenwald vor. Er schildert Gáll als stalinistischen Dogmatiker in Rumänien (1945–1956), als Reformmarxisten und Minderheitenintellektuellen (nach 1968). Horváth gelingt es, die widersprüchliche Wahrnehmung Gálls als ungarischer Nationalist (durch die Securitate), als Jude im Dienst der rumänischen Partei (so die Ungarn) und als „dem Judentum entfremdeter Jude“ (so seine jüdischen Freunde) aufzuzeigen.

VERLAG PUBLISHERS
HARRASSOWITZ
www.harrassowitz-verlag.de • verlag@harrassowitz.de



Die Pläne des nationalsozialistischen Regimes

Die Nationalsozialisten nannten Theresienstadt »Vorzugslager«, auch »Altersghetto« oder »Prominentenghetto«. Sie schöpften dafür zudem den Begriff »jüdisches Siedlungsgebiet«. Derlei Bezeichnungen sollten den Eindruck erwecken, dass, wer dorthin kam, ein gutes Leben haben werde. Das Gegenteil war freilich der Fall. Zuerst waren es tschechische Jüdinnen und Juden, die nach Theresienstadt deportiert wurden, dann folgten deutsche und österreichische, schließlich auch holländische und dänische. Sie alle litten unter der notorischen Enge, dem Hunger, der Kälte, der unzureichenden medizinischen Versorgung und der allgegenwärtigen Angst vor der Deportation weiter »in den Osten«.²

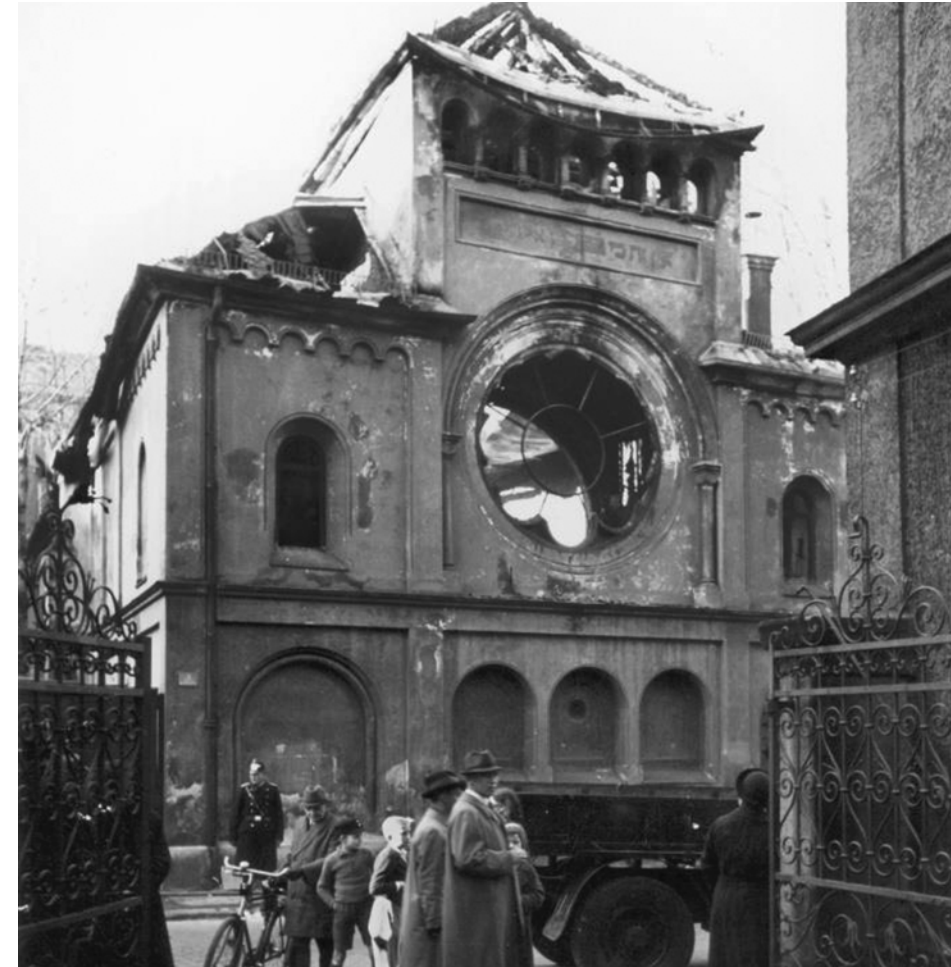
Die formale Einordnung Theresienstadts ist kompliziert. Ein Konzentrationslager war es nicht, dafür fehlten Merkmale wie die administrative Unterstellung unter die Inspektion der Konzentrationslager beziehungsweise das SS-Wirtschaftsverwaltungshauptamt

.....
² Wolfgang Benz, *Theresienstadt. Eine Geschichte von Täuschung und Vernichtung*, München 2013; Anna Hájková, *The Last Ghetto. An Everyday History of Theresienstadt*, New York 2020.

in Berlin. Auch unter den Ghettos stach Theresienstadt hervor. Denn anders als die vielen Ghettos, die die Nationalsozialisten im besetzten Polen schufen, entstand es nicht in einer traditionell von Jüdinnen und Juden bewohnten Stadt. Theresienstadt – etwa 60 Kilometer nördlich von Prag im Protektorat Böhmen und Mähren gelegen und ungefähr 450 Kilometer von München entfernt – war vielmehr eine Festungsstadt, errichtet zu militärischen Zwecken und konzipiert für 3.000 Bewohner. Im Jahr 1790 hatte der österreichische Kaiser Josef II. sie geschaffen und zu Ehren seiner Mutter Maria Theresia Theresienstadt genannt.

In der Kleinen Festung entstand im Juni 1940 ein Polizeigefängnis; es unterstand der Gestapo in Prag und war eine Filiale des dortigen Gestapohaftlagers. Eingesperrt wurden hier politische Gegner des Nationalsozialismus, darunter Anhänger der tschechischen linken politischen Parteien ebenso wie Angehörige des bürgerlichen Widerstands. Über einem Torbogen war die Inschrift »Arbeit macht frei« zu lesen, genauso wie in einigen der Konzentrationslager im sogenannten Altreich. Ein KZ war der Ort dennoch nicht. Vielmehr wurden Häftlinge von hier aus in die Konzentrationslager deportiert, unter anderem nach Mauthausen, Buchenwald und Dachau.

Ein gutes Stück von der Kleinen Festung entfernt, auf der anderen Seite der Eger, entstand in der Großen Festung das Ghetto



Linke Seite: Am 20. November 1941 verließ der erste Deportationszug den Güterbahnhof München-Milbertshofen. Der Transport sollte ursprünglich nach Riga gehen. Wegen Überfüllung des dortigen Ghettos wurde der Zug nach Kaunas umgeleitet. Foto: Stadtarchiv München

Links: Das ausgebrannte Gebäude der Münchner Ohel-Jakob-Synagoge in der Herzog-Rudolf-Straße nach der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 Foto: Stadtarchiv München

Unten: Der Jüdische Friedhof mit Krematorium und Denkmal in der Gedenkstätte Theresienstadt. Hier wurden ab Herbst 1941 die verstorbenen Jüdinnen und Juden des Ghettos begraben. Ab Herbst 1942 wurden die Toten im Krematorium eingäschert. Foto: Guido Radig, Wikipedia, CC BY 3.0



Theresienstadt. Es unterstand der Zentralstelle für Jüdische Auswanderung in Prag. Seit Oktober 1941 amtierte dort Reinhard Heydrich als stellvertretender Reichsprotektor in Böhmen und Mähren. Er war zugleich Chef des SS-Reichssicherheitshauptamts in Berlin, der Institution, bei der die Fäden der antijüdischen Mordpolitik zusammenliefen und der die Zentralstellen für Jüdische Auswanderung unterstanden. Gegen die tschechische Bevölkerung ging Heydrich mit drakonischen Maßnahmen vor. Eilig trieb »der Henker von Prag«, wie er genannt wurde, die Idee voran, in Theresienstadt ein Ghetto für die tschechische jüdische Bevölkerung einzurichten. 88.000 Jüdinnen und Juden lebten im Protektorat Böhmen und Mähren. 5.000 von ihnen wollte Heydrich sofort »nach Osten« abschieben lassen, namentlich in die Ghettos von Litzmannstadt, Riga und Minsk. Für die anderen wählte er Theresienstadt als Sammellager aus, vorübergehend, wie es hieß, bis auch sie »nach Osten« weiterdeportiert werden würden. Danach, so der Plan, sollte Theresienstadt rein deutsch besiedelt werden.

Die Mordplanung gab von Beginn an den Takt vor. Eine Zukunft jüdischen Lebens war in Theresienstadt nie intendiert, wurde denen, die hierhergebracht wurden, jedoch vorgegaukelt. Im November 1941 kam ein sogenanntes Aufbaukommando mit etwa 350 jüdischen Männern aus Prag an. Zum Jahresende waren bereits über 7.000 tschechische Jüdinnen und Juden im Ghetto. Sie lebten in den Kasernen der Großen Festung, nach Geschlechtern getrennt und bewacht von tschechischen Gendarmen, die ihrerseits der Kontrolle der deutschen Sicherheitspolizei unterstanden.

Binnen kurzem änderten und erweiterten sich die Pläne: Nach der Wannseekonferenz im Januar 1942 war Theresienstadt Durchgangsghetto nicht mehr nur für tschechische Jüdinnen und Juden, sondern jetzt auch für die aus anderen Ländern, insbesondere für deutsche und österreichische. Der Personenkreis wurde genau festgelegt: Juden über 65 Jahre, gebrechliche und kriegsbeschädigte, solche mit Kriegsauszeichnungen aus dem Ersten Weltkrieg samt ihren Ehefrauen, außerdem jüdische Ehegatten aus nicht mehr bestehenden »Mischehen« mit »arischen« Partnern, auch »Mischlinge«, wenn sie als jüdisch erachtet wurden, darüber hinaus Repräsentanten und bekannte Persönlichkeiten der jüdischen Gemeinschaften. Grund für diese Regelung war der Umstand, dass nach den Massendeportationen vom Herbst 1941 zahlreiche Beschwerden das Reichssicherheitshauptamt erreicht hatten: darüber, dass auch alte Leute und solche, die sich im Weltkrieg verdient gemacht hatten, auf Transport geschickt wurden. Mit dem Verweis auf das »Altersghetto« und »Vorzugslager« Theresienstadt, wo die jüdische Bevölkerung ihr eigenes »Siedlungsgebiet« besitzen würde, ließen sich solche Einwände jedoch kurzerhand ausräumen. Das war Heydrichs Kalkül. Es ging tatsächlich auf, weitere Klagen blieben aus.

Die tschechische Judenheit merkte binnen kurzem, dass es illusorisch war, zu glauben, sie könnte auf heimatlichem Boden, wie es die Besatzer ihr weisgemacht hatten, ein »selbstverwaltetes« Ghetto

unterhalten. Bis Mitte 1942, als deutsche und österreichische Jüdinnen und Juden schließlich in großer Zahl gebracht wurden, musste hier Platz geschaffen werden. Deportationszüge mit Tausenden von tschechischen Jüdinnen und Juden verließen jetzt Theresienstadt in Richtung Riga, Warschau und Lublin.

Die Situation der Münchner Jüdinnen und Juden in Theresienstadt

Der erste Transport aus dem Deutschen Reich traf am 2. Juni 1942 aus Berlin ein. Schon am Tag danach kam auch der erste Zug aus München in Theresienstadt an. Bei den Deportierten handelte es sich – auch an den beiden folgenden Tagen – um die Patientinnen und Patienten des Münchner Israelitischen Krankenhauses in der Hermann-Schmid-Straße. Dass das in der Ludwigvorstadt gelegene Spital geräumt und das dazugehörige Schwesternheim aufgelöst wurde, geschah auf Weisung Heinrich Himmlers. Der Reichsführer SS requirierte die Gebäude für eine Hebammenschule des Lebensborn.³

Julius Spanier, der Chefarzt des Israelitischen Krankenhauses, wurde mit seinen Patientinnen und Patienten gleich mit dem ersten Transport nach Theresienstadt deportiert. Er überlebte und schilderte später, was sich in jenen Junitagen 1942 zutrug. Das Krankenhaus war stark überfüllt, da die städtischen und staatlichen Münchner Kliniken Jüdinnen und Juden schon lange nicht mehr aufnahmen. Spanier erhielt den Befehl zur »Evakuierung«, es dauerte nicht lange und die Straße wurde abgesperrt. »Kranke, Schwerstkranke, ja Sterbende«, schreibt er, wurden aus seinem Spital »auf Krankenbahnen in einen Möbelwagen verladen«. »Die ganze »Fracht« ging dann zum Südbahnhof, wo schon ein Zugwaggon bereitstand.⁴

Was sich dieses Mal am Südbahnhof abgespielt hatte, ging später routinemäßig am Güterbahnhof in Laim vonstatten: an der Eilguthalle in der Nähe der Hackerbrücke, wo die Transporte zusammengestellt wurden. War ein Waggon mit 50 Personen besetzt, wurde er an den Hauptbahnhof rangiert und dem regulären Personenzug angehängt, dem Mittagszug über Marktredwitz nach Karlsbad. Am Abend kam er dort an. Dann blieb der Waggon mit den Deportierten nicht selten die Nacht über auf dem Güterbahnhof stehen und fuhr erst am nächsten Morgen weiter bis Bauschowitz. Von dort waren es noch ein paar Kilometer, die, wer konnte, zu Fuß zurücklegen

3 »Himmler an Heydrich, 8.5.1942«, abgedruckt in: Susanne Heim u.a. (Hrsg.), *Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945*, Bd. 6: *Deutsches Reich und Protektorat Böhmen und Mähren, Oktober 1941–März 1943*, bearb. von ders., Berlin 2019, Dok. 107, S. 340.

4 Julius Spanier, »Das Israelitische Schwestern- und Krankenhaus«, in: Hans Lamm (Hrsg.), *Vergangene Tage. Jüdische Kultur in München*, München, Wien 1982 (zuerst 1958), S. 126–129, hier: S. 128.

musste. Die anderen wurden auf Lastwagen geladen und ins Ghetto transportiert. So geschah es ein ums andere Mal.

Es gehörte zur Perfidie der deutschen Behörden, dass sie die jüdischen Organisationen in die Vorbereitung der Deportationen einbanden. So musste die Münchner Israelitische Kultusgemeinde anhand verschiedener Vorgaben die Namenslisten derer erstellen, die auf Transport gingen. Die Hoffnung der Gemeinde war, auf diese Weise darauf achten zu können, dass Familien möglichst nicht auseinandergerissen würden. Was mit den Deportierten in Theresienstadt geschah, wusste in der Münchner Kultusgemeinde niemand, vom drohenden Weitertransport in die Tötungsstätten ganz zu schweigen. Die Kosten für die Deportationen – auch das gehörte zur Perfidie – hatte die Kultusgemeinde zu tragen.

Wer auf Transport ging, durfte einen Koffer oder einen Rucksack mitnehmen; Gewicht und Umfang waren vorgeschrieben. Verlangt waren Bettzeug, Essgeschirr, Verpflegung für acht Tage und 50 Reichsmark. Das Geld wurde bei der Gepäckkontrolle dann von der Gestapo gleich einbehalten, genauso Wertgegenstände und vieles mehr. Dem blinden Münchner Weltkriegsveteranen Norbert Stern, der Tagebuch über das Geschehen führte,⁵ nahm man alles weg, was er hatte: Taschenmesser, Wäsche, Zigaretten, Geld, Ausweis und seine Blindenuhr; die Uhr bekam er später zurück.

Im Münchner Hauptzollamt wurde das Hab und Gut der Deportierten, das bis dahin nicht schon verteilt und verwertet worden war, regelmäßig öffentlich versteigert. Staatliche Verordnungen sorgten dafür, dass die Finanzbehörden das gesamte Vermögen einziehen konnten, Bargeld ebenso wie Immobilien. Heydrichs Reichssicherheitshauptamt wollte allerdings nicht alles der staatlichen Finanzverwaltung überlassen, sondern suchte und fand eine Bereicherungsmöglichkeit auch für die SS. Die sah so aus: Juden und Jüdinnen, die nach Theresienstadt deportiert wurden, darunter auch die Münchner, mussten sogenannte Heimeinkaufverträge unterschreiben. Mit ihrer Unterschrift traten sie alles, was sie besaßen, an die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland ab, die de facto dem SS-Reichssicherheitshauptamt unterstand, das auch ihre Konten kontrollierte. Versprochen wurde ihnen mit dem »Heimeinkauf« ein schöner Lebensabend im »Altersghetto« Theresienstadt – mit Unterkunft und Verpflegung auf Lebenszeit, ärztlicher Betreuung, Versorgung mit Medikamenten und dem Service, ihre Wäsche waschen zu lassen.

Mit der Realität hatte dies nichts zu tun. Wer nach Theresienstadt deportiert wurde und den Registrierungsprozess in der sogenannten Schleuse hinter sich gebracht hatte, landete in einer der Militärkasernen. Überall herrschte drangvolle Enge. Nach Geschlechtern getrennt wurden die Ankommenden in die überfüllten Räume gepfercht.

5 »Theresienstadt. Bericht aus einem Ghetto«. Nach Aufzeichnungen von Dr. Norbert Stern, dargestellt von Gustav Zerres, Köln 1955, Text einer Rundfunksendung im NWDR Köln, 13.11.1955, S. 5.

Anzeige

mandelbaum verlag



Andreas Brunner,
Hannes Sulzenbacher
(Hg.)
**HOMOSEXUALITÄT UND
NATIONALSOZIALISMUS
IN WIEN**

254 Seiten
Format 17x24 cm
mit farbigen
Abbildungen
28 Euro

Jan Schenck (Hg.)
VERBRANNTEN ORTE
Nationalsozialistische
Bücherverbrennungen
in Deutschland

192 Seiten
Format 17x24 cm
mit zahlreichen
farbigen Abbildungen
25 Euro



www.mandelbaum.de

Wegen der Platznot dienten selbst Speicher und Abstellkammern zur Unterbringung, nicht selten auch Kellerverschlüsse und Treppenabsätze. Betten und Matratzen waren rar, selbst Kranke mussten auf dem bloßen Betonboden liegen. Erbärmliche hygienische Verhältnisse sorgten dafür, dass Krankheiten sich rasch ausbreiteten. Der Hunger war allgegenwärtig. Von den zugeteilten Essensrationen konnte niemand leben. Im Ghetto, das zwar kein Arbeitslager war, bestand eine Arbeitspflicht. Nur wer arbeitete – zehn Stunden täglich an sechs Tagen die Woche –, erhielt eine Essenszulage. Um nicht zu verhungern, mussten auch Alte und Kranke arbeiten. Wer das nicht konnte, hatte keine Chance, lange am Leben zu bleiben. Die Zahl der Toten stieg nach den Masseneinweisungen vom Sommer 1942 rapide.

Die vielen gebrechlichen und kranken Leute rangierten ganz unten in der sozialen Hierarchie. Das Durchschnittsalter der Neuzugänge aus den deutschen Städten und aus Wien lag bei 70 Jahren. Die Alten waren im Ghetto unter den einheimischen tschechischen Jüdinnen und Juden nicht willkommen. Diese waren zumeist jung, viele zwischen 30 und 40 Jahre alt. Spannungen wuchsen schnell, dies auch, weil die tschechischen Insassen damit rechnen mussten, »in den Osten« abtransportiert zu werden, um Raum zu schaffen. Denn im »Altersghetto« Theresienstadt war für sie kein Platz vorgesehen.

Wie es um die Atmosphäre in der Zwangsgemeinschaft stand, beschreibt H. G. Adler. Der aus Prag stammende Literat, der Theresienstadt überlebt und später die Geschichte der Terrorstätte geschrieben hat, schildert, wie es den deutschen und österreichischen Jüdinnen und Juden dort erging. Weil ihnen von den Behörden viel vom »Vorzugsghetto« vorgemacht worden war, glaubten nicht wenige ganz arglos, es erwarte sie hier tatsächlich, was in ihrem »Heimeinkaufvertrag« stand. Die Ankunft war dann ein Schock. »Was jenen Greisen in Theresienstadt zugemutet wurde«, konstatiert Adler, »verträgt keine Steigerung, so lange noch Leben in einem Leibe wohnt, denn die Steigerung des Leides ist keineswegs der Tod, sondern das einem lebenden Menschen angetane Maß an Erniedrigung und Beleidigung.«⁶

Theresienstadt und die internationale Öffentlichkeit

Täuschung hatte in Theresienstadt System. Auch der internationalen Öffentlichkeit wurde weisgemacht, hier seien Jüdinnen und Juden besonders geschützt. Im Sommer 1942 kursierten unter den Alliierten bereits die ersten Nachrichten über den systematischen Mord an der

6 H. G. Adler, *Theresienstadt 1941–1945. Das Antlitz einer Zwangsgemeinschaft*, Göttingen 2005 (Reprint der 2. Aufl. von 1960, zuerst 1955), S. 109; ders. (Hrsg.), *Die verheimlichte Wahrheit. Theresienstädter Dokumente*, Tübingen 1958.

jüdischen Bevölkerung Osteuropas. Die SS reagierte darauf schnell, indem sie im Ghetto Theresienstadt die Kategorie der »Prominenten« einführte. Die Maßnahme diente dazu, das Ausland zu beruhigen und den Charakter vom »Vorzeigeghetto« noch zu unterstreichen. Zu den sogenannten Prominenten, es gab A-Prominente und B-Prominente, zählten 100 namhafte Wissenschaftler, Schriftsteller, Künstler und Sportler; auch Personen mit einflussreichen nichtjüdischen Verwandten und Fürsprechern fielen darunter. Vom Arbeitszwang waren sie befreit, sie bekamen Essenszulagen, durften mit ihrer Familie zusammenleben und waren – jedenfalls eine Zeit lang – geschützt vor der Deportation. Dauerhaft gesichert war ihr Status zwar nicht. Den Nationalsozialisten gelang es damit aber, die Weltöffentlichkeit über den Zweck von Theresienstadt zu täuschen.

Dass viele Künstler, Gelehrte und angesehene Persönlichkeiten dort eingesperrt waren, ist bekannt. Genauso der Umstand, dass im Ghetto das kulturelle Leben eine große Rolle spielte. Konzerte, Lesungen, Vorträge, Opern und Theaterstücke – all das fand statt und war Ausdruck des Lebenswillens wie auch des Widerstandsgeists und der Selbstbehauptungsfähigkeit der Insassen. Vom künstlerischen und intellektuellen Leben im Ghetto aber den Schluss abzuleiten, dort seien die Bedingungen vergleichsweise gut gewesen, ist falsch. Theresienstadt hatte eine klare Funktion im deutschen Mordsystem: als Durchgangsort in die Vernichtungslager und als Stätte, die dazu diente, die Praxis des systematischen Mordens vor der internationalen Öffentlichkeit zu verschleiern.

Damit die Tarnungstaktik gelang, wurden im September 1943 Tausende aus Theresienstadt nach Auschwitz-Birkenau deportiert. Dies geschah, um die Enge in den Kasernen zu mindern und um das Ghetto, wie es hieß, zu »verschönern«. Diese »Verschönerung« hatte wiederum den Zweck, Eindruck auf auswärtige Besucher zu machen, die sich angesagt hatten. Denn zweimal, zuerst im Juni 1944, dann im April 1945, besichtigten Delegationen des Internationalen Roten Kreuzes Theresienstadt. Sie ließen sich leichtgläubig täuschen und blickten nicht hinter die Kulissen, die buchstäblich für sie aufgestellt worden waren. Beide Male waren die Teilnehmenden recht angetan von dem, was sie vom »jüdischen Leben« sahen.

Dokumentiert ist die eigens konstruierte Scheinwelt in dem Film, der im Herbst 1944 auf Drängen der SS zu Propagandazwecken entstand. Er trug den Arbeitstitel »Theresienstadt. Dokumentarfilm aus dem jüdischen Siedlungsgebiet«. Fertiggestellt wurde der Streifen vor Kriegsende nicht mehr. Alle Mitwirkenden mit Ausnahme der Kameraleute waren Ghettoinsassen; mitmachen mussten sie unter Zwang. Die Regie hatte der bekannte Schauspieler, Sänger und Regisseur Kurt Gerron zu führen. Zu sehen ist im Film, was eigens für die Besucherdelegationen errichtet worden war und danach rasch wieder verschwand: ein Kinderpavillon mit Spielplatz, ein Kaffeehaus und gleich mehrere Geschäfte. Nach Abschluss der Dreharbeiten wurden alle Beteiligten nach Auschwitz-Birkenau gebracht und dort ermordet.

Nach der Befreiung

Zu den Überlebenden von Theresienstadt, die nach der Befreiung durch die Rote Armee nach München zurückkehrten, gehörte die Schriftstellerin Gerty Spies. Im Sommer 1942 war sie deportiert worden, hatte im Ghetto Schwerarbeit leisten müssen und dort begonnen, Gedichte und Prosatexte zu verfassen. Im Jahr 1947 veröffentlichte sie im Alter von 50 Jahren ihren ersten Gedichtband. Er trug den Titel *Theresienstadt* und wurde im Süddeutschen Verlag gedruckt,⁷ der als erstes Münchner Verlagshaus von der amerikanischen Militärregierung eine Lizenz erhalten hatte. Es dauerte allerdings noch Jahrzehnte, bis Gerty Spies Gehör und Anerkennung fand und sich jemand für ihre Verfolgungsgeschichte interessierte. Ihre Manuskripte, alle autobiografisch geprägt, konnte sie erst am Ende ihres Lebens in den 1980er und 1990er Jahren publizieren.

Ähnlich erging es Ernst Grube, der als 12-Jähriger zusammen mit seiner Mutter und seinen Geschwistern noch im Februar 1945 nach Theresienstadt kam.⁸ Da hatte er bereits Jahre in den Sammelagern Milbertshofen und Berg am Laim hinter sich und zudem erleben müssen, wie die Geschwister seiner Mutter und deren Familien

7 Gerty Spies, *Theresienstadt. Gedichte*, München 1947.

8 »Eine Verfolgungserfahrung in Deutschland. Ernst Grube, Jude und Kommunist, im Gespräch mit der Filmemacherin und Historikerin Jutta Neupert«, in: Sybille Steinbacher (Hrsg.), *Transit US-Zone. Überlebende des Holocaust im Bayern der Nachkriegszeit*, Göttingen 2013, S. 207–229.

von München nach Piaski deportiert worden waren; sie alle wurden ermordet. Als Ernst Grube im Sommer 1945 aus Theresienstadt zurückkehrte, interessierte niemanden, was er durchgemacht hatte. Mit seinen Erfahrungen blieb auch er allein. Sein Verfolgungsschicksal schützte ihn später nicht einmal davor, von den Verfassungsschutzbehörden des Freistaates Bayern beobachtet zu werden. Dies geschah noch bis ins Jahr 2011. In deren Visier geriet er, weil er, wie sein Vater, überzeugter Kommunist war. Das Desinteresse am Schicksal der NS-Verfolgten hielt denkbar lange an.

Hinzu kommt, dass die Lebenswirklichkeit von Theresienstadt im Gedächtnis der Nachwelt verklärt wurde. Vorherrschend ist oftmals bis heute das Klischee vom Kultur-Ghetto, was nahelegt, dass die Lügen und Verschleierungen der nationalsozialistischen Propaganda durchaus fortwirken konnten. Gerty Spies bringt in wenigen klaren und eindringlichen Sätzen indes auf den Punkt, worin genau die Alltagsrealität des Ghettos lag: »Theresienstadt bedeutete Hunger, Kälte, Seuchen, Enge und Ungeziefer, Mangel an primitivsten zivilisatorischen Einrichtungen – Massensterben und unausgesetzte Angst vor Verschickung. [...] Die Transportangst ließ keinen los – bis zuletzt. Man lag des Nachts auf dem Fußboden, einer neben dem anderen, frierend, von Hunger verzehrt, und wünschte sich den Tag und die Fron herbei, um vergessen zu können.«⁹

9 Gerty Spies, »Erinnerungen an Dr. Julius Spanier«, in: Lamm (Hrsg.), *Vergangene Tage*, S. 130–134, hier: S. 133.



Vortrag von Sybille Steinbacher am 9. November 2022 im Alten Rathaus in München im Rahmen der Gedenkstunde zum 84. Jahrestag der Novemberpogrome 1938
Foto: Screenshot des Videostreams

»Jeder Mensch hat einen Namen«
Aufzeichnung der Gedenkstunde im Alten Rathaus in München mit Katrin Habenschaden (Zweite Bürgermeisterin der Landeshauptstadt München), Charlotte Knobloch (Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern) und Sybille Steinbacher (Direktorin des Fritz Bauer Instituts)
YouTube-Video: <https://youtu.be/6O-0-kVbPxA>



QR-Code zum YouTube-Video

Wer war Erich? *Ein Essay über die Potenziale der Archivrecherche*

Von Johannes Beermann-Schön



Johannes Beermann-Schön M.A., M.A. ist Mitarbeiter am Fritz Bauer Institut, zuständig für den Bereich Archiv und Dokumentation. Veröffentlichungen (Auswahl): »Taking Advantage: German Freight Forwarders and Property Theft, 1933–1945«, in: Christoph Kreutzmüller, Jonathan R. Zatlín (Hrsg.), *Dispossession. Plundering German Jewry, 1933–1953*, Ann Arbor/Michigan 2020, S. 127–147; »Archiv und Zufall. Entstehung und Überlieferung der Tonbandmitschnitte von Zeugenaussagen«, in: Sybille Steinbacher, Katharina Rauschenberger (Hrsg.), *Der Auschwitz-Prozess auf Tonband. Akteure, Zwischentöne, Überlieferung*, Göttingen 2020, S. 87–107; (gemeinsam mit Ann-Kathrin Rahlwes), »Begleitete Archivrecherche. Den »schwierigen Dingen« auf der Spur«, in: Historisches Museum Frankfurt (Hrsg.), *Gekauft. Gesammelt. Geraubt? Vom Weg der Dinge ins Museum*, Frankfurt am Main 2019, S. 84–87.

Foto: Helmut Fricke

Manchmal stolpert man im Archiv zufällig über ein rätselhaftes Dokument. Der Fund verwundert, weil man das betreffende Schriftstück entweder an dieser Stelle nicht erwartet hätte, sein Inhalt unverständlich ist oder sich die Bedeutung des Archivals nicht unmittelbar aus sich selbst heraus erklärt. Solche Momente erinnern daran, dass die in öffentlichen Archiven aufbewahrten Unterlagen meist nicht dafür geschaffen wurden, um heute über historische Ereignisse aufzuklären. Vielmehr erfüllten sie zum Zeitpunkt ihres Entstehens eine bestimmte Funktion. Ein Brief beispielsweise sollte seinen Empfänger informieren, eine Rechnung einen Geschäftsvorgang abschließen oder eine Zeugenaussage ein Verbrechen belegen. Archivalien sind also schriftliche Überreste menschlicher Interaktion. Sie sind »Bruchstücke« vergangenen Lebens, Schnittpunkte, an denen sich Schicksale kreuzen oder aber auch verpassen.¹ Fehlt das Wissen um den Kontext eines Dokuments, kann sich schnell ein Gefühl der Fremdheit gegenüber diesen Spuren der Vergangenheit einstellen. Mit diesem Gefühl gehen allerdings häufig auch eine gewisse Neugier und das Bedürfnis einher, sich der historischen Wirklichkeit, der Entstehungsgeschichte eines Archivals anzunähern.²

Einen solchen Moment erlebte ich kürzlich bei der Durchsicht des Nachlasses Fritz Bauers. Das Archiv des Fritz Bauer Instituts verwahrt neben Autografen, Korrespondenzen und Lebensdokumenten auch die noch erhalten gebliebenen Teile der Privatbibliothek seines Namensgebers. Einzelne Stücke dieser Sammlung müssen Bauer über Jahrzehnte hinweg begleitet haben und waren ihm offenbar so wichtig, dass er sie trotz strikter Auflagen über die Menge des mitzuführenden »Umzugsguts« 1936 mit ins Exil nach Dänemark nahm, ja sie sogar auf der Flucht vor den Nationalsozialisten 1943 über das Kattegat nach Schweden rettete und schließlich nach seiner Berufung

¹ Vgl. Arlette Farge, *Der Geschmack des Archivs*, Göttingen 2011, S. 61.
² Vgl. Dietmar Schenk, *Kleine Theorie des Archivs*, Stuttgart 2008, S. 44.

ans Landgericht Braunschweig 1949 wieder mit zurück nach Deutschland brachte. In einem dieser Bücher stieß ich auf eine mit schwarzer Tinte fein säuberlich auf das Vorsatzpapier geschriebene Widmung:

»Wahres Wort ist unschön,
Schönes Wort ist unwahr.
Wertvoller Mensch ist streitlos:
Streitender Mensch ist wertlos.
Weiser ist ungelehrt,
Gelehrter ist unweise.
Der Vollendete sammelt nicht sein Haben
verschwendet ans Menschliche u.[nd] erwirbt
schenkt ans Menschliche und ist reich[.]
Die Bahn des All[s],
Ausgleich ohne Kampf.
Die Bahn des Menschen:
Tat ohne Zwang.«
M.[einem] l[ie]b.[en] Freunde Fritz
zu s.[einem] 19. Geburtstag
Erich
16. VII 22.«

Diese Zeilen irritierten mich, da mir weder ein Freund Bauers namens »Erich« noch das Gedicht bekannt war. Eine Recherche im Internet ergab, dass es sich bei den vermeintlichen »Versen« um ein Zitat aus dem Werk des chinesischen Philosophen Laozi handelt, der als Begründer des Daoismus gilt.³ Doch diese Erkenntnis machte das vor mir liegende Archival nur noch rätselhafter. Denn warum findet sich in einem Buch Fritz Bauers der Aphorismus eines chinesischen Gelehrten des 6. Jahrhunderts v. u. Z.? Welche persönliche Bedeutung mögen das Buch und die Widmung darin wohl für ihn gehabt haben, denn immerhin hielt er es als Teil seiner Privatbibliothek über 40 Jahre lang in Ehren? Und wer schließlich war »Erich«? Diese Fragen lösten eine Spurensuche aus, deren Chronologie in diesem Beitrag erzählt werden soll.

Die Spurensuche beginnt

Bei dem Buch mit der seltsamen Widmung handelt es sich um das Werk *Von kommenden Dingen* des späteren Reichsaußenministers der Weimarer Republik, Walther Rathenau, in einer Auflage aus dem Jahr 1918. Der Politiker und Industrielle brachte darin seine Ideen einer

³ Konkret handelt es sich hierbei um den letzten Spruch einer Textsammlung Laozis, die auf Deutsch erstmals 1903 im Insel-Verlag erschienen ist. Vgl. Laozi, Alexander Ular, *Die Bahn und der rechte Weg des Lao-Tse. Der chinesischen Urschrift nachgedacht von Alexander Ular*, Leipzig 1903, hier: S. 53 f.

zentral vom Staat gelenkten »Gemeinwirtschaft« zu Papier, die seiner Überzeugung nach Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg dabei helfen würden, einen eigenen Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus zu finden. *Von kommenden Dingen* wurde bereits kurz nach seinem Erscheinen im Jahr 1917 breit rezipiert und war eine der kommerziell erfolgreichsten Schriften Rathenaus. Allein bis Kriegsende im November 1918 wurden 65.000 Exemplare dieses Buchs verkauft.⁴

Rathenau wurde am 24. Juni 1922 – drei Wochen bevor »Erich« seinem »Freunde Fritz« das Geburtstagsgeschenk überreichte – in Berlin von der rechtsradikalen Organisation Consul erschossen. Der Mord an dem liberalen Politiker der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und bekennenden Juden war Teil einer Eskalationsstrategie, um in den unruhigen ersten Jahren der Weimarer Republik einen Bürgerkrieg zu entfachen.⁵ Bauer, der rund 40 Jahre später als hessischer Generalstaatsanwalt selbst zweimal das Ziel rechtsterroristischer Anschlagversuche werden sollte,⁶ erlebte das Attentat auf Rathenau als junger Student in München. Er war wenige Wochen vorher aus Heidelberg in die Stadt an der Isar gezogen, um an der Ludwig-Maximilians-Universität Rechtswissenschaft zu studieren.

Wie bereits in Heidelberg engagierte sich Bauer auch hier in der überkonfessionellen Studentenverbindung Freie Wissenschaftliche Vereinigung (FWV), die ihn im November 1922 zum Vorsitzenden ihrer Ortsgruppe wählte. In einem Interview, das Bauer 1967 gab, erinnerte er sich tief bewegt an die Ereignisse des Sommers 1922: »[I]ch erlebte in München die Unruhen, die nationalsozialistischen Unruhen, das erste Auftauchen der NSDAP Hitlers. [...] Ich sah die Radauaufzüge der Nationalsozialisten und erlebte in München, zusammen mit Freunden, den Tod Rathenaus. Er kam, und wir waren tieferschüttert, und wir hatten den Eindruck, dass die Weimarer Demokratie, an der unser Herz hing, um der Grundrechte willen, dass sie gefährdet war.«⁷

Der historische Kontext der Widmung

Anders als von der Organisation Consul beabsichtigt, löste der Mord an Rathenau bei Bauer wie bei vielen seiner Zeitgenossen weniger Angst und Schrecken als vielmehr ein bewusstes Einstehen für die

⁴ Vgl. Shualmit Volkov, *Walther Rathenau. Ein jüdisches Leben in Deutschland 1867–1922*, München 2012, S. 170 f.

⁵ Vgl. hierzu ausführlicher Martin Sabrow, *Der Rathenau-Mord und die deutsche Gegenrevolution*, Göttingen 2022.

⁶ Vgl. hierzu das aktuelle Forschungsprojekt des Fritz Bauer Instituts »Attentatspläne auf Fritz Bauer. Gefahr von der extremen Rechten«. Nähere Informationen unter <https://www.fritz-bauer-institut.de/forschungsprojekte/attentatsplaene-auf-fritz-bauer> (9.5.2023).

⁷ »Als sie noch jung waren«. Generalstaatsanwalt Dr. Fritz Bauer, interviewt von Renate Harpprecht, in: Lena Foljanty, David Johst (Hrsg.), *Fritz Bauer. Kleine Schriften*, Bd. 2: 1962–1969, Frankfurt am Main, New York 2018, S. 1539–1548, hier: S. 1544.

Werte der noch jungen Demokratie aus. So gerieten der Staatsakt im Reichstag am 27. Juni 1922 sowie die anschließende Beerdigung Rathenaus – wie der Historiker Martin Sabrow schreibt – »zu einer Manifestation der demokratischen Selbstbehauptung«: »Millionen säumten die Straßen Berlins, die der Trauerzug mit dem Sarg des Ermordeten [...] entlangging. Nie zuvor und nie danach in der deutschen Nachkriegsgesellschaft schien die politische Entschlossenheit, die bedrohte Republik zu schützen, größer.«⁸

Vor diesem Hintergrund ist vermutlich die eingangs zitierte Widmung zu verstehen. Denn nach dem Grauen des Ersten Weltkriegs, mehreren Putschversuchen von links und rechts sowie der jüngsten Mordserie der Organisation Consul setzte sich in fortschrittlich denkenden Kreisen Deutschlands zu Beginn der 1920er Jahre die Überzeugung durch, das Land müsse einen neuen Weg einschlagen und mit seiner militaristischen Vergangenheit brechen. Als Orientierungspunkt einer solchen Wende diente dabei einigen Intellektuellen China. Das vermeintlich friedliebende Kaiserreich empfahl sich damals als die »bessere Alternative zur heimischen Barbarei«, wie der Sinologe Karl-Heinz Pohl schreibt.⁹ Insbesondere die Lehren Laozis und die stets auf Ausgleich bedachte Weltanschauung des Daoismus übten eine starke Faszination aus, sodass in pazifistisch gesinnten Kreisen der Weimarer Republik ein regelrechtes »Dao-Fieber« ausbrach.¹⁰ So rief etwa der Dichter Klabund die Deutschen 1919 dazu auf, nach dem »Heiligen Geist des Tao« zu leben und zu den »Chinesen Europas zu werden«.¹¹ Auch »Erich« fühlte sich offenbar zu diesem Diskurs hingezogen. Sowohl seine handschriftlich verfassten Zeilen als auch die Wahl einer Schrift Rathenaus als Geschenk für den politisch interessierten Bauer können als Kommentar zum aktuellen Zeitgeschehen gelesen werden.

Die Erprobung einer These

Dieser Umstand legte die Vermutung nahe, dass es sich bei »Erich« um einen Kommilitonen und Bundesbruder Bauers aus der FWV-Ortsgruppe München handeln könnte. Denn schließlich bewegte das Attentat – wie das Interview von 1967 zeigt – deren Mitglieder zutiefst. Einen wichtigen Hinweis für seine Herkunft lieferte das Archivale jedoch selbst. Im Einband ist ein Aufkleber der Buchhandlung aufgebracht, in der das Exemplar erworben wurde. Zwar ist darauf nicht mehr der Name des Geschäfts zu lesen, wohl aber sein Sitz: München.¹²

8 Vgl. Martin Sabrow, »100 Jahre Rathenauermord. Zur Aufarbeitung eines Anschlages auf die erste deutsche Demokratie«, in: *Einsicht. Bulletin des Fritz Bauer Instituts*, 14 (2022), H. 23, S. 46–53, hier: S. 47.

9 Vgl. Karl-Heinz Pohl, »Spielzeug des Zeitgeistes – Kritische Bestandsaufnahme der Daoismus-Rezeption im Westen«, in: *minima sinica*, (1998), H. 1, S. 1–23, hier: S. 4.

10 Vgl. ebd.

11 Ebd.

12 Vgl. Archiv des Fritz Bauer Instituts (AFBI), Nachlass Fritz Bauer, NL

Ausgehend von dieser Annahme durchsuchte ich die *Monatsberichte* der FWV. Die Geschäftsführung der Studentenverbindung in Berlin gab etwa alle zwei Monate ein Mitteilungsblatt heraus, in dem ausführlich über die Aktivitäten der Ortsgruppen berichtet wurde.¹³ Die Ausgaben der Jahre 1922 und 1923 erwähnen lediglich einen Münchener Bundesbruder mit dem fraglichen Vornamen: »Erich Emanuel, stud. iur. et rer. pol.« aus Landau in der Pfalz, der der Ortsgruppe im Frühsommer 1922 beitrug.¹⁴

Emanuel wird in den *Monatsberichten* mehrfach erwähnt. So hielt er etwa im Rahmen des 31. Stiftungsfests der FWV im Mai 1923 in Heidelberg einen Vortrag über den Roman *Johann Christof* des französischen Nobelpreisträgers Romain Rolland. Wohlwollend urteilten die *Monatsberichte*, der Vortrag habe »in Form und Inhalt den Charakter des Romans« getroffen, machte sich »in feiner unaufdringlicher Weise [...] des Dichters Anschauungen über Menschentum und Nationen zu eigen [...] und [wurde] so zu einem warmen Bekenntnis für Romain Rolland und seine Welt«. Die Ausführungen seien »nicht ohne Nachhall in den F.W.V.er Herzen der Zuhörer« geblieben.¹⁵ Das Interessante an diesen Zeilen ist, dass ihr Autor Fritz Bauer selbst war, der für das Mitteilungsblatt aus Heidelberg berichtete.¹⁶ Mit diesem Fund lässt sich erstmals eine direkte Verbindung zwischen Emanuel und Bauer nachweisen. Ein weiterer Hinweis auf eine mögliche Freundschaft der beiden befindet sich ein paar Seiten weiter hinten: In der Rubrik »Personalien« vermerkt eine kurze Notiz, dass die Redaktionskommission der Ortsgruppe Heidelberg im Frühsommer 1923 neu besetzt wurde. Sie bestehe zukünftig »aus den Bbr. Bbr. [Bundesbrüdern] Erich Emanuel, Fritz Bauer«.¹⁷

Anfragen in Landau, München und Heidelberg

Die Auswertung der FWV-*Monatsberichte* lieferte genügend Indizien, um davon auszugehen, dass es sich beim Verfasser der Widmung um Erich Emanuel handeln könnte. Ich versuchte daher mehr über dessen Biografie herauszufinden. Da das Mitteilungsblatt

Bauer-52/1, Walther Rathenau, *Von kommenden Dingen*, Berlin 1918, Einband.

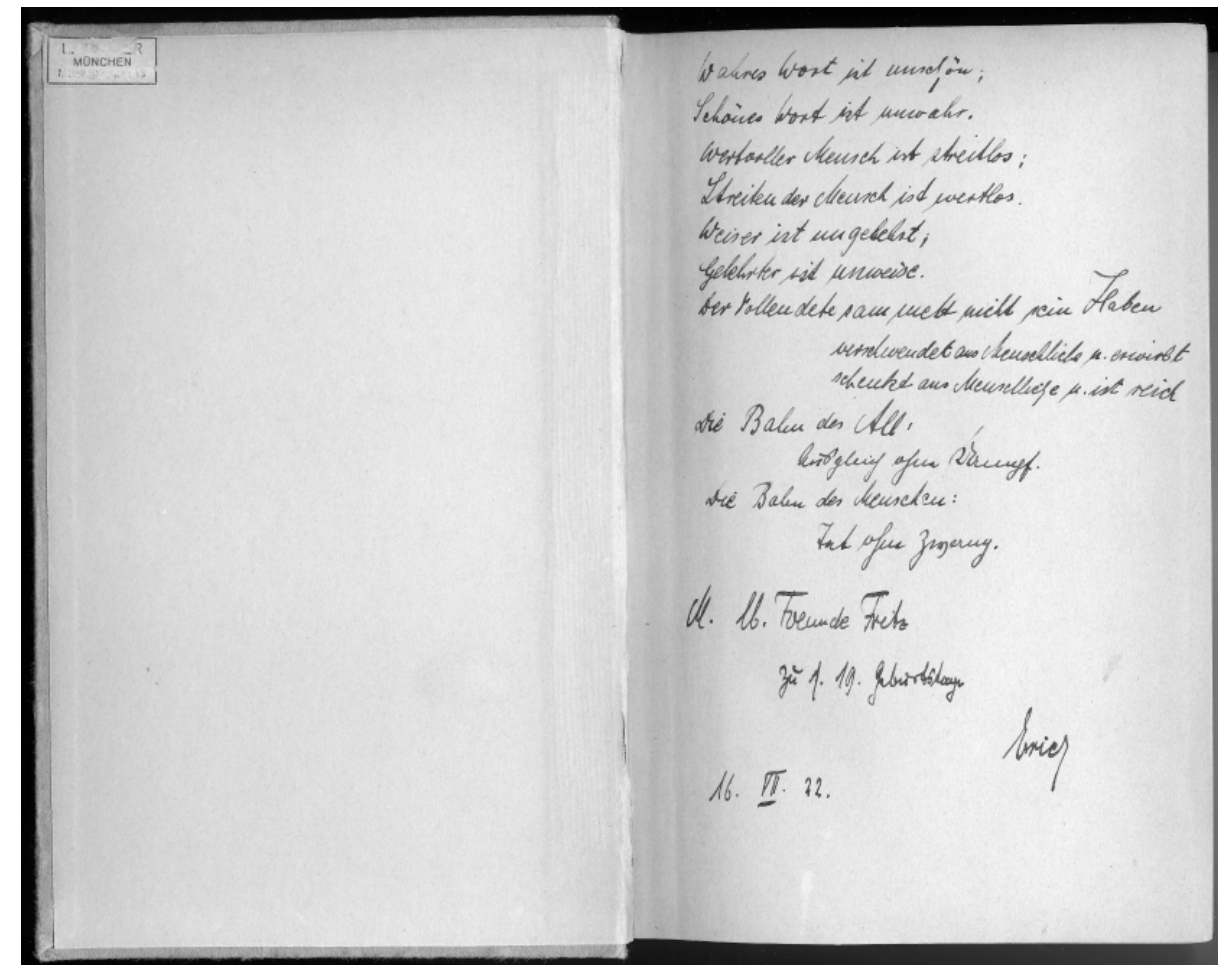
13 Das Leo Baeck Institute in New York hat alle noch verfügbaren Ausgaben dieser Publikation digitalisiert und über das gemeinnützige »Internet Archive«-Projekt zugänglich gemacht: <https://archive.org/details/Monatsberichtfreiwissenschaftlichenvereinigung> (9.5.2023).

14 Vgl. *Monatsberichte des Bundes Freier Wissenschaftlicher Vereinigungen (F.W.V.)*, Nr. 262 vom Juli 1922, S. 5.

15 *Monatsberichte des Bundes Freier Wissenschaftlicher Vereinigungen (F.W.V.)*, Nr. 269 vom Mai/Juni 1923, S. 5.

16 Fritz Bauers Bericht über das Heidelberger Stiftungsfest ist abgedruckt in: Lena Foljanty, David Johst (Hrsg.), *Fritz Bauer. Kleine Schriften*, Bd. 1: 1921–1961, Frankfurt am Main, New York 2018, S. 60 ff.

17 *Monatsberichte des Bundes Freier Wissenschaftlicher Vereinigungen (F.W.V.)*, Nr. 269 vom Mai/Juni 1923, S. 6.



Einband und Vorsatzpapier der Ausgabe *Von kommenden Dingen* im Nachlass Fritz Bauers
Foto: Archiv des Fritz Bauer Instituts, Nachlass Fritz Bauer, NL Bauer-52/1

anlässlich der Aufnahme Emanuels in die FWV seine Heimatadresse im Frühsommer 1922 mit »Landau, Kaiserring 9« angab,¹⁸ war meine erste Anlaufstelle hierfür das Archiv der Stadt. Aus der dort verwahrten Einwohnermeldekartei geht hervor, dass Emanuel am 18. April 1903 in Landau als einziges Kind von Adolf und Johanna Emanuel, geb. Süß, zur Welt kam.¹⁹ Seine Eltern waren jüdischen Glaubens,²⁰ hatten 1902 in Landau geheiratet und betrieben hier eine prosperierende Schuhwareneinzelhandlung. Zudem waren sie Anteilseigner einer Kinderschuhfabrik im nahe gelegenen Wilgartswiesen.²¹ Erich

18 Vgl. *Monatsberichte des Bundes Freier Wissenschaftlicher Vereinigungen (F.W.V.)*, Nr. 262 vom Juli 1922, S. 5.

19 Vgl. Stadtarchiv Landau in der Pfalz (StA LD), Einwohnermeldekartei, Meldekarteikarte von Erich Emanuel, geb. am 18.4.1903.

20 Vgl. StA LD, Einwohnermeldekartei, Meldekarteikarten von Adolf Emanuel, geb. am 9.10.1873, und Johanna Emanuel, geb. Süß, geb. am 18.5.1880.

21 Vgl. Landesarchiv Baden-Württemberg, Generallandesarchiv Karlsruhe (LABW

Emanuel besuchte von 1909 bis 1913 die Volksschule in Landau und von 1913 bis zu seinem Abitur 1922 das örtliche Gymnasium.²² Anschließend begann er in München zu studieren, kehrte jedoch 1924 kurzzeitig zu seinen Eltern nach Landau zurück, bevor er zur Fortsetzung seines Studiums nach Heidelberg zog.²³

Laut den Mitarbeitern des Stadtarchivs Landau habe die örtliche Stolperstein-Initiative vor einigen Jahren versucht, das Schicksal von Adolf und Johanna Emanuel zu rekonstruieren. Demnach wanderten

GLA), Bestand 480, Nr. 8576 (1), Mantel-Antrag von Johanna Emanuel auf Grund des Landesgesetzes über die Entschädigung der Opfer des Nationalsozialismus in Rheinland-Pfalz vom 30.11.1950.

22 Vgl. LABW GLA, Bestand 480, Nr. 8574 (1), Antrag von Erich Emanuel auf Entschädigung für Schäden an Körper und Gesundheit (§§ 28–42 BEG) vom 19.12.1959.

23 Vgl. StA LD, Einwohnermeldekartei, Meldekarteikarte von Erich Emanuel, geb. am 18.4.1903.

die beiden 1940 zu ihrem Sohn in die USA aus. Erich Emanuel war offensichtlich 1938 gemeinsam mit Frau und Kind nach New York emigriert und hatte dort den Nachnamen »Eden« angenommen. Adolf Emanuel verstarb kurz nach der Ankunft im Juli 1940. Seine Witwe lebte noch bis 1978, musste allerdings 1964 ihren Sohn beerdigen, der mit nur 61 Jahren in New York gestorben war.²⁴

Danach wandte ich mich an das Archiv der Ludwig-Maximilians-Universität München, um mehr über Emanuels und Bauers Studienzeit zu erfahren. In der Studentenkartei für die Jahre 1919 bis 1935 liegt für Emanuel eine Karteikarte vor, auf der das bislang einzig bekannte Foto von ihm angebracht ist. Es zeigt ihn als jungen Studenten zum Zeitpunkt seiner Immatrikulation.²⁵ Wie Bauer schrieb sich Emanuel im Sommersemester 1922 im Studiengang Rechtswissenschaft ein. Zusätzlich belegte er das Fach Staatswissenschaft.²⁶

Während Bauer zunächst in Heidelberg studierte und 1922 an die Universität München wechselte, zog es Emanuel umgekehrt zuerst nach Bayern und von dort in die Stadt am Neckar. Auch im Archiv der Ruprecht-Karls-Universität haben sich sowohl seine Studenten- als auch seine Promotionsakte erhalten.²⁷ Aus Letzterer geht hervor, dass Emanuel hier sein Studium der Rechtswissenschaft fortsetzte und im Herbst 1925 das Erste Juristische Staatsexamen bestand. Anschließend wurde er zum Referendar ernannt und trat in den Vorbereitungsdienst für das Zweite Juristische Staatsexamen ein.²⁸

Im November 1927 reichte er eine Doktorarbeit über »Die Rechtshandlungen der privatrechtlichen Korporation außerhalb des satzungsgemäßen Zwecks« ein.²⁹ Mit einer eingehenden Betrachtung privatrechtlicher Körperschaften wählte Emanuel genau wie Bauer – der im selben Zeitraum der Universität Heidelberg eine Promotionsschrift über die rechtliche Struktur der Truste vorlegte – ein Thema aus, das einen praxisnahen Bezug zum sich gerade erst entwickelnden Wirtschaftsrecht aufwies. Diese neue Disziplin bot insbesondere Juristen jüdischer Herkunft Aufstiegschancen, deren Karrierewege im Staatsdienst ansonsten schnell an Grenzen stießen.³⁰ Ob die beiden jungen Doktoranden wie zuvor in München auch in Heidelberg miteinander in Kontakt standen, lässt sich aufgrund der mangelnden Quellenlage nicht mit Bestimmtheit sagen. Es ist jedoch zu vermuten.

24 Vgl. Auskunft des StALD an den Verfasser vom 16.11.2022.

25 Vgl. Universitätsarchiv München (UAM), Stud-Kart I (Emanuel, Erich).

26 Vgl. ebd.

27 Vgl. Auskunft des Universitätsarchivs Heidelberg (UAH) an den Verfasser vom 18.11.2022.

28 Vgl. UAH, H-II 852-31, Lebenslauf Erich Emanuels, o.D.

29 Vgl. ebd., Antrag an die Juristische Fakultät der Universität Heidelberg auf Einreichung einer Promotion vom 28.11.1927.

30 Vgl. Ronen Steinke, *Fritz Bauer oder Auschwitz vor Gericht*, München 2013, S. 73.

Ein endgültiger Beweis

Während Bauer nach der Promotion eine Stelle als Richter am Amtsgericht seiner Heimatstadt Stuttgart antrat, blieb zunächst unbekannt, wohin es Emanuel bis zu seiner erzwungenen Auswanderung nach New York 1938 verschlagen hatte. Mithilfe der genealogischen Datenbank Ancestry, einem kommerziellen Anbieter für Familienforschung aus den USA, ließ sich anhand eines digitalisierten Adressbuchs für Mannheim und Umgebung aus dem Jahr 1934 der Wohnort Emanuels rekonstruieren. Dort ist der folgende Eintrag zu lesen: »Emanuel, Erich, Dr. jur. Rechtsanwalt [...] Schleiermacherstr. 5«.³¹

Damit war klar, dass Emanuel zumindest 1933/34 in Mannheim gelebt haben musste und dort als Rechtsanwalt tätig war. Da er später in die USA geflohen war und dort den Zweiten Weltkrieg überlebt hatte, war es möglich, dass er nach 1945 einen Antrag auf Entschädigung, Rückerstattung und Wiedergutmachung für ihm in Deutschland entzogene Vermögenswerte gestellt hatte. Zuständig hierfür war das Landesamt für Wiedergutmachung in Karlsruhe, dessen Akten seit Anfang der 1990er Jahre vom dortigen Generallandesarchiv aufbewahrt werden.³² Und tatsächlich findet sich hier eine Entschädigungsakte für Erich Emanuel.

Als ich die Akte Mitte Dezember 2022 erstmals aufschlug und mein Blick auf das oberste Dokument des Konvoluts fiel, bestätigte sich schließlich meine Vermutung, bei ihm könne es sich um den bis dato unbekanntesten Freund Bauers und Verfasser der Widmung handeln. Denn die Unterschrift auf dem Dokument, mit dessen Hilfe Emanuel am 15. März 1950 gegenüber der Landesbezirksstelle für Wiedergutmachung seine Ansprüche auf Schadensersatz anmeldete, wies exakt dieselben grafologischen Besonderheiten auf, die sich auch bei der Handschrift in dem Archivalie im Archiv des Fritz Bauer Instituts wiederfinden lassen.³³ Mithilfe der Entschädigungsakte ließen sich auch die noch verbliebenen Lücken in der Biografie von Bauers ehemaligem Freund schließen.

Letzte Puzzleteile

Nach Abschluss des Zweiten Juristischen Staatsexamens, Referendariaten in Heidelberg, Wiesloch und Achern sowie seiner Zulassung als

31 Eintrag für Erich Emanuel, in: Reichsverband der Adressbuch Verleger (Hrsg.), *Mannheimer Einwohnerbuch mit den Stadtteilen Feudenheim, Friedrichsfeld, Käfertal, Kirschgartshausen, Neckarau, Rheinau, Sandhofen, Sandtorf, Scharhof, Seckenheim, Straßenheim, Waldhof und Wallstadt*, Ausgabe 1934/35, o.O. 1934.

32 Vgl. Findbuch des LABW GLA zum Bestand 480 (Landesamt für Wiedergutmachung: Einzelfallakten), unter <https://www2.landesarchiv-bw.de/ofS21/olf/einfueh.php?bestand=12038> (9.5.2023).

33 Vgl. LABW GLA, Bestand 480, Nr. 8574 (1), Schreiben Erich Emanuels an die Landesbezirksstelle für Wiedergutmachung Karlsruhe vom 15.3.1950.



Staatsakt mit aufgebahrtem Sarg des drei Tage zuvor ermordeten Walther Rathenau im Reichstag am 27. Juni 1922
Foto: Bundesarchiv, Bild 183-Z1117-502 / CC-BY-SA 3.0.

Rechtsanwalt zog es Emanuel im Mai 1930 nach Mannheim.³⁴ Dort übernahm er ein Büro direkt über dem stadtbekanntem Café »Cafasö« und baute es in kürzester Zeit zu einer prosperierenden Anwaltskanzlei für Wirtschaftsrecht mit einem festen Stab von vier Mitarbeitern aus.³⁵ Im August 1932 heiratete er Trudel Geck, die Tochter des ehemaligen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten und Redakteurs der *Mannheimer Volksstimme*, Oscar Geck. Die guten Verbindungen ihrer Familie in die Stadtgesellschaft und – wie Emanuel 1959 mit nicht wenig Stolz notierte – »Fleiss, Ausdauer und Hingabe an meinen geliebten Beruf« ermöglichten dem jungen Anwalt schnell die Akquise weiterer

34 Vgl. ebd., Antrag von Erich Emanuel auf Entschädigung für Schäden an Körper und Gesundheit (§§ 28–42 BEG) vom 19.12.1959 und Aktenvermerk vom 4.5.1959.

35 Vgl. ebd., Eidesstattliche Versicherung der Sekretärin Anne Weinkotz vom 14.8.1954.

Mandanten, sodass er bald als ständiger Rechtsberater für eine Reihe größerer Unternehmen aus Mannheim und Umgebung tätig war.³⁶

Mitte April 1933, kurz vor der Geburt seines Sohnes Hans, entzog ihm jedoch die Badische Anwaltskammer auf Grundlage des wenige Tage zuvor von den Nationalsozialisten erlassenen »Gesetzes über die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft« seine Anwaltschaft. Emanuel war gezwungen, seine Praxis kostenfrei an einen nichtjüdischen Nachfolger zu übergeben,³⁷ woraufhin er in eine schwere Depression fiel. Wie seine Frau nach dem Tod ihres Mannes 1965 über diese Zeit berichtete, empfand Emanuel »die Verstossung aus der Standesorganisation [...] als eine demütigende Erniedrigung. Mit dem Verlust seines Berufes konnte er sich nie abfinden. Dazu kam, dass er, offenbar infolge von Anzeigen und Verdächtigungen[,]

36 Vgl. ebd., Erklärung Erich Edens vom 22.12.1959.

37 Vgl. ebd.

wiederholt von der Gestapo zu Verhören einbestellt wurde. Als Folge traten Angstzustände auf, die ihn für Jahre beherrschten.«³⁸

Nach dem Berufsverbot versuchte Emanuel in den Handel mit Leder einzusteigen. Im Jahr 1934 gründete er die Mannheimer Häutegesellschaft, die sich wirtschaftlich zwar zunächst positiv entwickelte, doch ab 1936 zusehends mit Boykottmaßnahmen zu kämpfen hatte. Im Oktober 1938 sah sich ihr Besitzer daher gezwungen, das Unternehmen zu liquidieren und zusammen mit seiner Familie auszuwandern.³⁹ In New York zogen Erich, Trudel und Hans Emanuel – der nun »John« genannt wurde – in den Stadtteil Washington Heights, der aufgrund der zahlreichen jüdischen Emigranten aus Deutschland, die dort in den 1930er Jahren Zuflucht fanden, auch als »Frankfurt-on-the-Hudson« bekannt war.⁴⁰

Da Emanuels Kenntnisse des deutschen Rechts in Amerika praktisch wertlos waren, konnte er auch in seiner neuen Heimat keine Beschäftigung als Jurist finden. Die wirtschaftliche Lage der Familie verschärfte sich zusehends, als im März 1939 Trudel Emanuels Mutter sowie ihre Tante nach New York emigrierten und ihnen 1940 auch noch Erich Emanuels Eltern folgten.⁴¹ Emanuel war nun allein für den Unterhalt von sieben Personen verantwortlich, und das in einem Land, das noch immer unter den Folgen der Weltwirtschaftskrise von 1929 litt. Zunächst versuchte er seine Familie über Wasser zu halten, indem er Fettabfälle von New Yorker Restaurants einsammelte und verkaufte.⁴²

Die schwere Arbeit brachte jedoch kaum Geld ein, sodass er sich schon bald dazu entschloss, gemeinsam mit zwei Bekannten einen kleinen Handel mit Häuten und Fellen aufzubauen. Da die drei Freunde nicht über das notwendige Startkapital für ihr Unternehmen verfügten, verlegten sie dessen Sitz ins günstigere Philadelphia. Das bedeutete allerdings, dass Emanuel nur einen Tag in der Woche bei seiner Familie in New York verbringen konnte und ansonsten im 150 Kilometer entfernten Pennsylvania mit einem Lastwagen von Dorf zu Dorf fuhr, blutige Häute und Felle von Schlachtbetrieben einkaufte, um sie anschließend für die spätere Gerbung vorzubereiten.⁴³ Wie er sich später erinnerte, wurde »[d]ie ohnehin schwierige und muehevoll Arbeit [...] noch dadurch erschwert, dass wir infolge Geldmangels nur primitive Anlagen im Lager hatten. Es war schwer, Ratten und anderes Ungeziefer im Lager in Schach zu halten. Der schlechte Geruch setzte sich in die Kleider und es passierte oft, dass

38 LABW GLA, Bestand 480, Nr. 8574 (2), Eidesstattliche Versicherung von Trudel Eden vom 4.11.1965.

39 Vgl. LABW GLA, Bestand 480, Nr. 8574 (1), Eidesstattliche Versicherung Erich Edens vom 7.7.1954.

40 Vgl. Sixteenth Census of the United States, 1940, online abrufbar unter: <https://catalog.archives.gov/id/16660414> (9.5.2023).

41 Vgl. LABW GLA, Bestand 480, Nr. 8574 (2), Eidesstattliche Versicherung von Erich Eden vom 10.12.1963.

42 Vgl. ebd.

43 Vgl. ebd.

in der Untergrundbahn oder im Autobus die Leute von uns abruckten, wenn wir von einem Lager kamen.«⁴⁴

Dies alles führte dazu, dass sich Emanuels physische und psychische Gesundheit in den Folgejahren stetig verschlechterten. Immer häufiger plagten ihn Schlaflosigkeit, Schmerzen in der Brust und Atemnot.⁴⁵ Auch die Angstzustände und depressiven Phasen verstärkten sich.⁴⁶ Im Jahr 1953 musste er wegen massiver Blutungen aus Nase und Mund erstmals für längere Zeit im Krankenhaus behandelt werden.⁴⁷ Drei Jahre später konnte Emanuel plötzlich seine rechte Körperhälfte nicht mehr spüren und erlitt mit gerade einmal 53 Jahren eine halbseitige Lähmung und einen Hörsturz. Danach war er kaum noch arbeitsfähig.⁴⁸

In der Hoffnung, zumindest seine ökonomischen Sorgen mildern zu können, stellte der ehemalige Jurist im März 1950 einen Antrag auf Wiedergutmachung. Doch obwohl er 1954 persönlich in die Bundesrepublik reiste, um bei der Karlsruher Behörde vorstellig zu werden, zog sich das Verfahren über Jahre hin.⁴⁹ Erst 1959 erhielt Emanuel eine Entschädigung für die ihm entzogenen Vermögenswerte sowie die ihm entstandenen Schäden im beruflichen Fortkommen. Das Landesamt für Wiedergutmachung weigerte sich jedoch, auch die körperlichen Schäden als Konsequenz der nationalsozialistischen Verfolgungsmaßnahmen anzuerkennen. Daraufhin entbrannte ein jahrelanger Rechtsstreit, der im April 1962 damit beendet wurde, dass die Behörde Emanuels Schadensklage mit der Begründung abwies, seine Leiden seien nicht »verfolgungs-, sondern anlagebedingt«.⁵⁰

Emanuel legte daraufhin Einspruch beim Landgericht Karlsruhe ein, der jedoch im März 1963 abgewiesen wurde.⁵¹ Das Urteil des sich anschließenden Berufungsverfahrens vor dem Oberlandesgericht erlebte Bauers Freund nicht mehr, da er am 24. Mai 1964 in New York an den Folgen eines Herzinfarkts starb.⁵² Über ein Jahr später teilte das Oberlandesgericht Trudel Emanuel mit, zu welchem Ergebnis es am 22. September 1965 gekommen war. Angesichts des tragischen Schicksals ihres Mannes musste sich das Urteil in ihren Ohren wie blanker Hohn anhören: Es sei nicht möglich, »ausschließlich der Verfolgung die Schuld am »Streß« anzulasten und so zu tun,

44 Ebd.

45 Vgl. ebd., Vorläufige Zusammenfassung der gutachtlichen Beurteilung im Falle des am 18. April 1903 geborenen und am 24. Mai 1964 verstorbenen Erich Eden.

46 Ebd., Eidesstattliche Versicherung von Trudel Eden vom 4.11.1965.

47 Vgl. LABW GLA, Bestand 480, Nr. 8574 (1), Eidesstattliche Versicherung Erich Edens vom 7.7.1954.

48 Vgl. ebd., Schreiben des Rechtsanwaltes Swoboda an das Landesamt für Wiedergutmachung Karlsruhe vom 22.9.1956.

49 Vgl. ebd., Aktenvermerk vom 4.2.1959.

50 Vgl. LABW GLA, Bestand 480, Nr. 8574 (2), Antrag auf Hinterbliebenenrente vom 10.12.1965.

51 Vgl. ebd.

52 Ebd., Vorläufige Zusammenfassung der gutachtlichen Beurteilung im Falle des am 18. April 1903 geborenen und am 24. Mai 1964 verstorbenen Erich Eden.



Links: Fritz Bauer (rechts) mit einer unbekannt Person im März 1924 nach seinem Wechsel an die Universität Tübingen. Foto: Archiv des Fritz Bauer Instituts, Fotosammlung, Bestand Bauer Morrisson

Oben: Erich Emanuel zum Zeitpunkt seiner Immatrikulation an der Ludwig-Maximilians-Universität München im April 1922
Foto: Universitätsarchiv München (UAM), Stud-Kart I (Emanuel, Erich)

als ob der Verfolgte gegen die sehr zahlreichen sonstigen, also mit der Verfolgung bei vernünftiger Betrachtung nicht oder nicht mehr im Ursachenzusammenhang stehenden Belastungen des modernen Lebens abgeschirmt gewesen sei. Das Gegenteil ist richtig, dem »Streß« unserer Zeit war er als Händler in Häuten und Fellen bis zu seinem Tode ebenso ausgesetzt, wie jeder andere freie Unternehmer im heutigen Konkurrenzkampf.«⁵³

Fazit

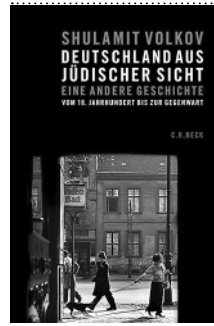
Die Spurensuche zu Kontext und Verfasser der Widmung in Bauers Ausgabe von Rathenaus *Von kommenden Dingen* rückte dieses zunächst so rätselhaft wirkende Archivalie in ein neues Licht. Denn das Buch verrät mehr, als dass es sich bei ihm nur um ein wertvolles

53 Ebd., Urteil des Oberlandesgerichts Karlsruhe, 12. Zivilsenat in Sachen Erich Eden, früher Erich Emanuel, jetzt Frau Trudel Eden als Alleinerbin wegen Entschädigung vom 22.9.1965.

Erinnerungsstück an ein prägendes Erlebnis in Bauers Jugendzeit – die Ermordung Rathenaus 1922 – handelt. Es mag für seinen ehemaligen Besitzer vor allem ein Souvenir an seine Studienzeit in München und ein Andenken an seinen alten Freund Erich Emanuel gewesen sein. Heute erzählt die Widmung darin jedoch auch vom persönlichen Umfeld, in dem sich der hessische Generalstaatsanwalt in jungen Jahren bewegte, und zeigt anhand des tragischen Schicksals seines Kommilitonen die Wege auf, die das Leben eines Juristen jüdischer Herkunft im Deutschland der 1930er Jahre auch hätte nehmen können. Insofern enthalten die wenigen handschriftlichen Zeilen Emanuels eine »vergangene Gegenwart«, die in Archivgut zwar stets angelegt, aber nicht immer unbedingt auf den ersten Blick sichtbar ist.⁵⁴ Eine Archivrecherche kann, wie in diesem Fall, dabei helfen, dieses Potenzial erkennbar zu machen. Angesichts der zunehmenden Digitalisierung von Archivgut, der Bereitstellung und Vernetzung von Inhalten im Internet gilt dies heute mehr denn je.

54 Vgl. hierzu Dietmar Schenk, *Archivkultur. Bausteine zu ihrer Begründung*, Stuttgart 2022, S. 42 ff., 59 f.

Geschichte der deutschen Moderne aus jüdischer Perspektive



Shulamit Volkov

Deutsche Geschichte aus jüdischer Sicht. Eine andere Geschichte vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart
Aus dem Englischen von Ulla Höber
München: C.H. Beck, 2022, 336 S., € 28,–

Die israelische Historikerin Shulamit Volkov prägt mit ihren Arbeiten seit Jahrzehnten das gelehrte Gespräch über die deutsch-jüdische Geschichte jener 200 Jahre zwischen Moses Mendelssohn und der Shoah. Nun legt sie mit *Deutsche Geschichte aus jüdischer Sicht* eine Summe ihrer Beschäftigung mit den Themen und Fragen vor, die im intrikaten Bindestrich zwischen »deutsch« und »jüdisch« sowohl enthalten als auch verborgen sind: eine Geschichte von Zusammen- und Zugehörigkeit, aber auch von Ab- und Ausgrenzung, dargeboten als Erzählung der politischen, ökonomischen und kulturellen Entfaltung und Selbstzerstörung Deutschlands seit Aufklärung und Französischer Revolution – mit dem Akzent, dass diese Entwicklungen aus der Perspektive der jüdischen Minderheit betrachtet werden. »Sollte mir dieser Versuch gelingen«, so Volkov in ihrer Einleitung, »kann ich die beiden Erzählungen, die deutsche und die deutsch-jüdische, womöglich zusammenführen und sie so verknüpfen, dass sie am Ende untrennbar erscheinen.« (S. 16)

Diese untrennbare Verknüpfung zu zeigen ist der Verfasserin seit je gelungen und so auch hier. In den ersten beiden Teilen der Darstellung – bis in die 1840er beziehungsweise 1870er Jahre hinein – verbinden sich Juden im emphatischsten Sinne, individuell wie kollektiv, mit ihrer Heimat. Volkov überschreibt sie mit »Deutschland kennenlernen, 1780–1840« und »Freiheit und Einheit, 1840–1870«, fast so, als handele es sich um eine Romanze; sie verschweigt aber natürlich nicht den dunklen Schattenwurf fehlender Toleranz, den zähen Widerstand gegen rechtliche Emanzipation oder antijüdische Pamphlete, wie sie etwa von Richard Wagner oder Heinrich von Treitschke verfasst wurden. Der dritte Teil »Leben in Deutschland, 1870–1930« zeigt im Titel noch Normalität an; er endet aber bereits mit dem paradoxen Kapitel »Hoffnungen – erfüllt und zerstört«. Ab nun beginnt die Heimat damit, sich von ihren jüdischen Bürgern immer aggressiver abzuwenden, sie als »Staatsfeinde« (S. 219) zu schmähen, dann rechtlich zu drangsalieren, sie zu verfolgen, ihnen mit Vernichtung zu drohen – und diese Drohung schließlich wahrzumachen. Volkov schildert den Epochenbruch seit der Rücknahme der jüdischen Emanzipation, der antisemitischen Kampagne der 1930er Jahre, der »regelrechten Jagd« auf Juden (S. 219) und der jüdischen Fluchtwelle in einem

Erzählbogen mit den damit verknüpften andauernden politischen, rechtlichen, intellektuellen und erkenntnistheoretischen Folgen: Die juristische Aufarbeitung, politisch-gesellschaftliche Verantwortung, öffentliche Erinnerung und auch die wissenschaftliche Geschichtsschreibung werden somit nicht nur als Nachgeschichte, sondern als diesem Epochenbruch zugehörig begreifbar. Dass die Autorin in allen Teilen immer wieder erhellende Passagen einschaltet, in denen sie darüber reflektiert, wie früher und wie heute über die jeweiligen Zeitabschnitte, Ereignisse und Persönlichkeiten, die gerade vorgestellt werden, nachgedacht und geforscht wurde, erhöht den Gewinn, den man aus der Lektüre des Buchs zieht, beträchtlich.

Bei einer Reihe von Entscheidungen und Wertungen möchte man aber mit der Autorin sogleich diskutieren. Mit der adressierten deutschen »Gegenwart« sind vornehmlich die 1990er Jahre gemeint, die inzwischen sehr entrückt erscheinen. Einwände aber könnte man auch in Bezug auf die Quellenwahl vorbringen. Erstaunlicherweise lässt Volkov die Stimme von Victor Klemperer ganz außen vor, jenem außergewöhnlich präzisen Zeitbeobachter der wechselnden deutschen Verhältnisse, dessen Tagebuch vom Kaiserreich bis ins Deutschland der Nachkriegsjahre und der DDR reicht. Die Zeit der DDR aber wird von Volkov nur beiläufig miterzählt. Diskussionswürdig wäre auch, dass die vielzitierte Rede Richard von Weizsäckers vom 8. Mai 1985 in Volkovs Darstellung als möglicher »Wendepunkt im Verhältnis von nichtjüdischen und jüdischen Deutschen« (S. 275) erscheint. Aber ist diesem Text, der gar nicht an die jüdischen Deutschen gerichtet war, epochale Bedeutung zuzusprechen? Marcel Reich-Ranicki und Jean Améry erkannten eine solche Zäsur im Kniefall Willy Brandts am Mahnmahl des Warschauer Ghettoaufstands 15 Jahre zuvor. Die Wirkung dieses Zeichens auf jüdische Zeitgenossen kann kaum überschätzt werden. Ruth Klüger hat die Änderung zwischen einer alten und neuen politischen Haltung Deutschlands sogar erst 2015 ausgemacht, als Angela Merkel entschied, die vor dem Krieg flüchtenden Syrer aufzunehmen. Die Zeugnisse von Klemperer, Améry, Reich-Ranicki und Klüger – diesen eminenten Beobachtern der deutschen Entwicklung – fehlen in Volkovs Buch; man hätte ihre Einschätzung dieser Stimmen besonders gern gelesen.

Diese Einwände berühren jedoch nicht die Substanz des Buchs, dessen Erstfassung als Münchner Vorlesungsreihe entstand. Der besondere Ton, der Mündlichkeit stets auszeichnet, das gemeinschaftsstiftende Bewusstsein für Nähe, hat sich glücklicherweise durch alle Stufen der Bearbeitung hindurch erhalten. Entstanden ist so nicht nur eine elegante Darstellung für ein breites Publikum, die in Schule und akademischer Lehre reiche Wirkung entfalten wird; entstanden ist auch ein Werk, das zahlreiche Anregungen für weiterführende Forschungen enthält.

Nicolas Berg
Leipzig

Der rastlose Charismatiker



Derek Penslar

Theodor Herzl. Staatsmann ohne Staat. Eine Biographie
Aus dem Englischen von Norbert Juraschitz
Göttingen: Wallstein Verlag, 2022, 260 S.,
€ 24,–

Zu den gängigen Urteilen über Theodor Herzl, den Begründer der zionistischen Bewegung, gehört, dass er kaum Bezug zum Judentum gehabt habe. Dies wurde ihm bereits von zeitgenössischen Kritikern innerhalb des Zionismus vorgeworfen. Eine der großen Fragen ist es daher, wie ein solcher »nichtjüdischer Jude« einen derart tiefgreifenden Einfluss auf das Selbstverständnis von Millionen Jüdinnen und Juden haben konnte. Derek Penslars neue Biografie gibt hierauf eine Reihe neuer, teilweise auch überraschender Antworten.

Penslar konzentriert sich auf drei Themenfelder: Herzls Persönlichkeit und insbesondere seine psychischen Probleme, sein Verhältnis zur zionistischen Bewegung und seine Aktivitäten als Schriftsteller, Journalist und »Staatsmann ohne Staat«. Besonders großen Raum nimmt dabei die Darstellung der zahlreichen familiären und persönlichen Krisen ein, die in die These mündet, dass Herzls psychische Leiden eine wesentliche Quelle sowohl seines manischen Aktivismus als auch seines erstaunlichen Charismas waren und damit die Grundlage dafür schufen, dass er zu einem der Gründer des Zionismus werden konnte. Penslar porträtiert Herzl als einen charismatischen Führer, der die Bedürfnisse und Sehnsüchte vieler Jüdinnen und Juden perfekt bedienen konnte.

Auf knappem Raum wird ein bemerkenswert umfassendes Bild des Lebens und Schaffens von Herzl ausgebreitet. Penslar folgt ihm von seiner Kindheit und Jugend in Budapest und Wien und seinem Wirken als mittelmäßiger Schriftsteller und angesehener Journalist in Wien und Paris bis zu seiner rastlosen politischen Tätigkeit auf den Zionistenkongressen und in den Hauptstädten Europas. Seine wichtigste Quelle sind die Briefe und Tagebücher Herzls, die Penslar zu Recht als Medium bewusster Selbstdarstellung und daher mit der gebotenen Vorsicht behandelt. Er ergänzt dies mit einer eingehenden Analyse von Herzls Dramen und Feuilletons, die in bisherigen Biografien nur wenig Berücksichtigung gefunden haben.

In diesen Quellen findet Penslar eine erstaunlich intensive Auseinandersetzung Herzls mit Fragen der jüdischen Identität. Er geht so weit, von »Herzls aufrichtigem Gefühl der Rückkehr zum Judentum« (S. 133) zu sprechen. Demnach war diese Hinwendung

keinesfalls nur eine Reaktion auf den Antisemitismus und seine wohlwollende Haltung gegenüber der jüdischen Religion nicht allein taktischen Erwägungen geschuldet. Herzl war überzeugt, dass das Judentum eine klar erkennbare Gruppe sei, und gründete darauf seine zionistischen Ideen. Zugleich sieht Penslar eine konsistent nichtethnische Definition des Judentums bei Herzl, die stattdessen auf Ideen, Empfindungen und historische Erfahrungen rekurrierte.

Ebenso macht Penslar deutlich, dass für Herzl der Antisemitismus eine, wenn nicht die wichtigste Erfahrung war, die das jüdische Kollektiv konstituierte. Weniger das Miterleben der Dreyfus-Affäre in Paris, wie lange Zeit angenommen, als vielmehr der Antisemitismus im Wien Karl Luegers prägten dabei seine Wahrnehmung. Herzls Überlegungen zu den angeblichen Ursachen der »Judenfrage« deckten sich in manchen Punkten mit denjenigen der Antisemiten, etwa wenn er eine »ungesunde« Konzentration von Jüdinnen und Juden in bestimmten gesellschaftlichen Bereichen konstatierte. Seine Lösungsvorschläge waren jedoch nur scheinbar ähnlich. Zwar plädierte auch Herzl für die Entfernung der Jüdinnen und Juden aus den europäischen Gesellschaften. In erster Linie ging es ihm jedoch darum, dass sie ihre »Ehre« verteidigten, also ihr Selbstwertgefühl steigerten und sich so gegen den Antisemitismus ermächtigten. Herzls Zionismus war also, in modernen Begriffen, eine Strategie der Identitätspolitik.

Penslars Biografie gelingt es hervorragend, die Ambivalenz herauszuarbeiten, die in Herzls Haltung zu Judentum und Antisemitismus steckte. Nicht ganz so überzeugend ist seine Rückführung von Herzls Charisma auf dessen psychische Disposition. Zwar konstatiert er, dass es »kulturell bedingt« (S. 8) sei, doch die kulturellen Voraussetzungen für seine Wirkung bleiben weitgehend im Dunkeln. Auch die Diskussion von Herzls Haltung zum Kolonialismus hätte man sich ausführlicher gewünscht. Hier hat die Forschung sowohl seine Kolonialbegeisterung und seinen Rassismus herausgearbeitet als auch seine immer wieder geäußerten Einsichten in die Affinität der Erfahrungen von Jüdinnen und Juden einerseits und Kolonisierten andererseits. Penslar deutet beides an, doch eine intensive Auseinandersetzung damit unterbleibt.

Dennoch ist die Biografie nicht nur eine hervorragende Einführung, sondern auch eine wichtige Ergänzung der Forschung. Hellsichtig sind Penslars abschließende Überlegungen zur Bedeutung Herzls im heutigen Israel, in denen er feststellt, dass Herzl, der sich ein liberales und kosmopolitisches Heimatland für Jüdinnen und Juden ausgemalt hatte, zwar von der israelischen Rechten in Anspruch genommen wird, dort aber heute vermutlich als »Linker« gelten würde. So kann die Biografie auch als ein Aufruf gelesen werden, den »historischen« Herzl, mit all seinen Widersprüchen und Brüchen, wiederzuentdecken.

Stefan Vogt
Frankfurt am Main

Antijüdische Pogrome 1918–1921



Jeffrey Veidlinger

Mitten im zivilisierten Europa. Die Pogrome von 1918 bis 1921 und die Vorgeschichte des Holocaust
Aus dem Englischen von Martin Richter
München: C.H. Beck, 2022, 456 S., € 34,–

Die Geschichtsschreibung zu den antijüdischen Pogromen 1918 bis 1921, die über

100.000 Todesopfer und etwa 600.000 Versehrte forderten, hat sich in den letzten Jahren enorm entwickelt. Die Pogrome waren nicht Teil eines »Russischen Bürgerkriegs«, sondern fanden vor allem in der Ukraine, in Ostpolen und im Westen von Belarus statt.

Es liegt eine ungewöhnliche Fülle von Quellen in jiddischer und russischer Sprache vor. Sie stammen von privaten und staatlichen Hilfsorganisationen sowie jüdischen Archiven.

Elissa Bemporad, Irina Astashkevich und Thomas Chopard haben in den letzten fünf Jahren auf der Basis dieses Materials weiterführende Untersuchungen mit unterschiedlichen Fragestellungen vorgelegt.¹ Hier geht es nun um Jeffrey Veidlingers in Teilen überragende Studie. Sein Versuch, diese Geschichte als den »wahren Beginn« (S. 11) der Shoah zu interpretieren, ist nicht überzeugend. Doch das soll hier nicht diskutiert werden. Denn seine fantastische Leistung besteht darin, die Geschichte einiger dieser vielen hundert Pogrome in einer Art und Weise zu schreiben, die sehr aufschlussreich ist. Veidlinger kennt wie kaum ein anderer die zahlreichen Kontexte, die dabei zu beachten sind. So verknüpft er weltanschauliche, politische, militärische, wirtschaftliche und kulturelle Faktoren. Er erklärt die Geschichte der Pogrome ausführlicher für Ovrutsch, Schytomyr, Proskuriv und Tetijiv, kürzer unter anderem für Odessa, Fastiv, Kiev, Tscherkasy und Pinsk. Sie verliefen alle unterschiedlich, wurden von verschiedenen Tätergruppen begangen, dauerten unterschiedlich lange, und die Opfer waren jedes Mal Jüdinnen und Juden. Diese Gewalt stellte mit Abstand die größte Katastrophe für

das jüdische Volk vor der Shoah dar. Es ist höchste Zeit, diese Geschichten aus dem Schatten des Zweiten Weltkriegs und der Shoah herauszuholen.

Veidlinger gliedert seine Studie in fünf chronologische Teile, deren inhaltliche Schwerpunkte auf unterschiedlichen Akteuren in benachbarten Territorien liegen. Im Jahr 1881 wurde das russische Wort »Pogrom« (vom russischen *gromit*, »schlagen« oder »zerstören«) erfunden, bezogen auf antijüdische Gewalt in Elizavetgrad (heute Kropyvnyzkyj in der Ukraine). Dort setzt der erste Teil ein. Veidlinger skizziert die letzten Jahre des russischen Zarenreichs, den Ersten Weltkrieg und die Revolutionen, die verschiedenen Versuche zur ukrainischen Unabhängigkeit ab Juni/Juli 1917, das Hetmanat unter Pavlo Skoropadskyj ab Januar 1918, die Westukrainische Volksrepublik im ostgalizischen Lviv ab November 1918, die Herrschaft des Direktoriums über die Ukrainische Volksrepublik ab Dezember 1918 in Kiev bis hin zur ukrainischen Sowjetrepublik unter Christian Rakovsky ab Januar 1919 in Charkiv. All dies wird kenntnisreich und erhellend mit Bezug darauf erzählt, was die Geschehnisse für die Jüdinnen und Juden bedeuteten.

Die Lektüre des zweiten Teils ist kaum erträglich. Die detaillierte Auswertung zahlreicher jiddischer und russischer Quellen ermöglicht es Veidlinger, ausgewählte vier Pogrome von mindestens 85 Angriffen auf Juden zu schildern, die in den nächsten zwei Monaten in der Ukraine stattfanden. Bei allen vier Pogromen galten bolschewistische Aufstände als Anlass, doch Tätergruppen und Verlauf waren unterschiedlich.

Der dritte Teil ist der Zeit des Machtvakuumms von März bis August 1919 gewidmet. Regionale Bauernführer wie Grigorjev, die Brüder Sokolovsky, Struk und Selenyi terrorisierten die jüdische Bevölkerung in der Ukraine im Sommer 1919. Veidlinger bezieht die internationale Bühne mit ein, vor allem die Frage der Garantie von Minderheitenrechten. Er verknüpft die Erläuterung der übergreifenden politischen Hintergründe in aufschlussreicher Weise mit Pogromen in Lviv, Odessa, Pinsk und Vilnius.

Im Zeitraum des vierten Teils, August 1919 bis März 1921, setzten sich schließlich die sowjetischen Kräfte durch. Es ist zunächst die Phase der Pogrome durch die antibolschewistische Freiwilligenarmee von Anton Denikin, die bis Dezember 1919 mindestens 8.000 Jüdinnen und Juden ermordete. Etwas kürzer werden der polnisch-sowjetische Krieg, die Rolle der Budjonny-Armee und die belarussische Front geschildert.

Im abschließenden fünften Teil diskutiert Veidlinger Nachwirkungen bis 1941, vor allem auf das ukrainisch-jüdische Verhältnis. Die Thesen zur Vorgeschichte und zum Beginn des Holocaust überzeugen nicht. Herausragend und vorbildhaft hingegen sind Veidlingers Rekonstruktionen der Pogrome von 1918 bis 1921.

Christoph Dieckmann
Frankfurt am Main

Und wieder ein Hunderter: Deutschland im Jahr 1923



Mark Jones

1923. Ein deutsches Trauma
Berlin: Propyläen Verlag, 2022, 384 S., € 26,–

Peter Longeric

Außer Kontrolle. Deutschland 1923
Wien: Molden Verlag, 2022, 319 S., € 33,–

Volker Ullrich

Deutschland 1923. Das Jahr am Abgrund
München: C.H. Beck, 2022, 317 S., € 24,–



Karl Heinrich Pohl

Sachsen 1923. Das linksrepublikanische Projekt – eine vertane Chance für die Weimarer Demokratie?
Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2022, 307 S., € 45,–



Sven Felix Kellerhoff

Der Putsch. Hitlers erster Griff nach der Macht
Stuttgart: Klett-Cotta, 2023, 368 S., € 25,–

Wolfgang Niess

Der Hitlerputsch 1923. Geschichte eines Hochverrats
München: C.H. Beck, 2023, 350 S., € 26,–



Nach der kaum überschaubaren Anzahl von Neuerscheinungen zum 100. Jahrestag der Entfesselung des Ersten Weltkriegs 2014, die indes kaum Neues brachten, dafür aber umso mehr öffentliche Aufmerksamkeit hervorriefen, und der großen Zahl von Studien zum Hundertsten der Revolution von 1918, mit denen erstmals nicht das Scheitern der Republik, sondern der demokratische Aufbruch in den Blick gerückt wurde, ist nun das Jahr 1923 an der Reihe, ein Jahr, dem beim schwierigen Aufbau der Republik in Deutschland eine entscheidende Bedeutung zukam und in dem auf der Kippe stand, ob der demokratische Aufbruch gelingen würde. Schon die Titel der hier vorzustellenden Veröffentlichungen sprechen eine deutliche Sprache: *Das Jahr am Abgrund*, *Ein deutsches Trauma* oder *Deutschland Außer Kontrolle*.

Der irische Historiker Mark Jones, der zur Revolution von 1918/19 eine auf die Frage der Gewalt konzentrierte Darstellung veröffentlicht hat, eröffnet seine Bilanz des Jahres 1923 mit einem Rückblick auf das Jahr 1922 und den Mord an Außenminister Walther Rathenau. Chronologisch durch das neue Jahr schreitend, schildert er die französische Besetzung des Ruhrgebiets und die traumatischen Erfahrungen der Inflation, ferner die in München entstehende nationalsozialistische Bewegung mit ihrer antisemitischen und antirepublikanischen Agitation und ihren gewaltbereiten Kampfverbänden. Den Höhepunkt bildete der 9. November. Nach dem Scheitern des Hitler-Putschs und der Stabilisierung der Währung sieht Jones im Dezember 1923 »Licht am Horizont« (S. 321). So schließt er mit der Warnung, dass »das negative Vermächtnis des Jahres 1923« (S. 342) nicht überbewertet werden sollte.

Peter Longeric, der mit einer Fülle von Studien über die Weimarer Republik und das Dritte Reich hervorgetreten ist und kürzlich eine Gesamtdarstellung zur Geschichte des Antisemitismus in Deutschland vorgelegt hat, eröffnet seine Darstellung des Jahres 1923 mit den deutschen Reaktionen auf die französische Besetzung des Ruhrgebiets und der Zerrüttung der Staatsfinanzen. Durch die Inflation drohte die Republik »außer Kontrolle« zu geraten. Die politische Radikalisierung machte Bayern mit seiner starken völkisch-antisemitischen Bewegung zur »Bastion der politischen Rechten« (S. 104), während in Sachsen und Thüringen linkssozialistische Regierungen auf Gegenkurs zur Reichsregierung gingen. Im November gipfelte die antirepublikanische Gewalt von rechts im bayrischen Putsch von Hitler und Ludendorff.

Die deutsche Demokratie stand, so Longeric in seinem Fazit, im Herbst 1923 »unmittelbar vor der Umwandlung in eine Diktatur« (S. 261). Aber Kanzler Stresemann erzielte durch die Währungsstabilisierung und in der Reparationsfrage gewisse Erfolge. »Dass der Übergang zur Diktatur im November 1923« nicht gelang, ist jedoch nach Longeric vor allem »auf die gegenseitige Blockade der diversen rechtskonservativen und rechtsextremen Kräfte« (S. 268) zurückzuführen. Mit der »scheinbaren Rückkehr zur Normalität« bildete sich, so Longeric, eine »Stabilitätsillusion« (S. 273) heraus, die sich zehn Jahre später als trügerisch erweisen sollte.

¹ Elissa Bemporad, *Legacy of Blood: Jews, Pogroms, and Ritual Murder in the Lands of the Soviets*, New York 2019, fokussiert auf die Folgewirkungen für sowjetische Juden; Irina Astashkevich, *Gendered Violence: Jewish Women in the Pogroms of 1917 to 1921*, Boston 2018, analysiert die extreme sexuelle Gewalt, in mindestens zwei Dritteln der Pogrome fanden Massenvergewaltigungen statt; und als Einführung zur neueren Entwicklung s. Elissa Bemporad, Thomas Chopard (Hrsg.), »The Pogroms of the Russian Civil War at 100: New Trends, New Sources«, in: *Quest. Issues in Contemporary Jewish History*, 15 (2019), S. V–XX.

Volker Ullrich, der über die Hamburger Arbeiterbewegung im Ersten Weltkrieg promoviert und neben seiner journalistischen Tätigkeit eine große Zahl von historischen Sachbüchern, darunter eine zweibändige Biografie Adolf Hitlers, vorgelegt hat, beginnt ebenfalls mit der Besetzung des Ruhrgebiets sowie der Entwicklung der Inflation zur Hyperinflation. Er geht den Lösungsversuchen der großen Koalition unter Gustav Stresemann nach und dem gescheiterten Plan der Bolschewiki, in Deutschland eine revolutionäre Entwicklung zu initiieren. Aber der »deutsche Oktober« fand nicht statt« (S. 11). Separatistische Bewegungen im Rheinland und in der Pfalz wiederum gaben die Parole »Los von Berlin« aus, derweil die Rechte nach italienischem Vorbild den »Marsch auf Berlin« propagierte. Ullrich beschränkt sich indes nicht auf die Politik, sondern widmet sich in einem umfangreichen Kapitel der »Kultur im Schatten der Krise« (S. 274–317).

Nachdem der Hitler-Putsch gescheitert und die Inflation durch die Währungsreform überwunden worden war, sieht Ullrich das Land auf dem »Weg zur Stabilisierung« (S. 243–272). Nur wenige Jahre später aber wurde die Republik von der Weltwirtschaftskrise erfasst, die das Land in den sozialen und wirtschaftlichen Abgrund stürzte. Nach Ullrich führte »kein gerader Weg zur Machtübertragung an Hitler. Der Untergang der Weimarer Republik war keineswegs zwangsläufig« (S. 352). Die Demokratie hätte auch diese Krise überstehen können, wenn »an der Spitze des Staates« ein Republikaner gestanden hätte und nicht ein Paul von Hindenburg, hinter dem sich jene Kräfte sammelten, »die nachholen wollten, was ihnen 1923 noch nicht gelungen war« (S. 362).

Während Mark Jones, Peter Longeric und Volker Ullrich jeweils eine Gesamtdarstellung des Jahres 1923 vorlegten, konzentriert sich Karl Heinrich Pohl, der in Hamburg über die Wirtschaft und Außenpolitik der Weimarer Republik promoviert, in Bielefeld über die Münchner Arbeiterbewegung vor dem Ersten Weltkrieg habilitiert und 2015 eine kritische Biografie über Gustav Stresemann veröffentlicht hat, auf die Entwicklung in Sachsen. Die vom sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Erich Zeigner geführte Minderheitsregierung nahm im Frühjahr 1923 die KPD in die Regierung auf und brachte ein »linksrepublikanische[s] Projekt« (S. 14, 139) auf den Weg. In der wiedervereinigten SPD führte dies zu heftigen Spannungen, während in der KPD ein Flügel an dem von Moskau geförderten revolutionär-aktionistischen Kurs festhielt. Mit dem Einmarsch der Reichswehr in Sachsen endete nach Pohl ein demokratisch-parlamentarischer Gegenentwurf zur Weimarer Republik.

So genau Pohl auch die unnachgiebige Härte nachzeichnet, mit der die Reichswehr die sächsische Regierung gestürzt hat, so unbestimmt bleibt indes, inwiefern die Teilnahme der KPD an der Regierung nicht doch eher dem Ziel diene, die Republik im bolschewistischen Sinn zu stürzen. Nicht nachgegangen ist Pohl zudem der Frage, ob nicht der von zeitgenössischen Beobachtern genau verfolgte Ausbau der Diktatur der Bolschewiki in Russland in weiten Teilen der Bevölkerung und gerade auch unter Sozialdemokraten eine große

Furcht hervorgerufen hat,¹ die die Entscheidung der Reichsregierung, gegen die sächsische Koalitionsregierung vorzugehen, verständlich macht. So bleibt schließlich die These, dass 1923 in Sachsen eine Chance für die Weimarer Demokratie vertan wurde, fragwürdig.

Die konfliktreiche Entwicklung des Jahres 1923 kulminierte im November im Hitler-Ludendorff-Putsch. Für Sven Felix Kellerhoff, verantwortlich für geschichtliche Dokumentationen im Fernsehen und Autor zahlreicher zeitgeschichtlicher Sachbücher, war der Putsch in München, so der Titel, »Hitlers erster Griff nach der Macht«. Gefahr drohte der Republik nach Kellerhoff aber nicht nur von rechts, sondern auch von links. Sie ging vor allem von Mitteldeutschland und dem Ziel Moskaus, eine deutsche Revolution zu entfachen, aus. Ein »Roter Oktober« (S. 159–167) sollte vorbereitet werden. Allein in Hamburg brach ein Aufstand aus, doch dieser scheiterte rasch. Im Gegensatz zu Pohl sieht Kellerhoff in der Zusammenarbeit von SPD und KPD in Mitteldeutschland eine unmittelbare Gefahr für die Demokratie, die aus der Perspektive des Jahres 1923 als eine analoge Bedrohung gesehen werden müsse wie die von Seiten der völkisch-rechtsextremen Bewegung oder der Schwarzen Reichswehr. Detailliert die politische Entwicklung in Bayern und den »allgegenwärtig[en]« Antisemitismus (S. 194) darstellend, schildert Kellerhoff den Putsch Hitlers und sein Scheitern. Hitler war entschlossen, so Kellerhoff in seinem Epilog, »mit Gewalt nach der Macht« (S. 297) zu greifen. Er war aber auf die Unterstützung der Reichswehr angewiesen. Nachdem diese von einer Politik der Verschwörung Abstand genommen habe, sei, so Kellerhoffs Schlusssatz, »aus dem aussichtsreichen Putsch« eine »scheinbare Posse« (S. 300) geworden.

Für Wolfgang Niess, Autor von Studien über die Revolution von 1918/19 oder den 9. November als »Schicksalstag« (S. 21) der deutschen Geschichte, hingegen war 1923 dieser Tag »keineswegs nur Hitlers Putsch« (S. 10), Hitler war nur Randfigur eines Hochverrats. Die Drahtzieher bekleideten hohe Funktionen in bayerischen Staatsdiensten, und zusammen mit norddeutschen völkisch-rechtsextrem-nationalen Kräften »waren sie fest entschlossen [...] die parlamentarische Demokratie zu beseitigen und durch eine nationale Diktatur zu ersetzen« (S. 12).

Niess geht in seiner Darstellung zurück auf Hitlers frühe Jahre in München und seine Entwicklung zum völkisch-antisemitischen Agitator. Zugleich rekapituliert er die Entwicklung von Bayern zur »Ordnungszelle« (S. 67–82) gegen die als »jüdisch und marxistisch verseucht« (S. 10) verleumdete Republik. Die Aktivisten, und nicht nur Hitler und die frühen Nationalsozialisten, wie Niess betont,

1 Den von Georges Lefebvre für die Zeit der Französischen Revolution herausgearbeiteten Begriff der »Grande Peur« hatte Mark Jones in seiner Gesamtdarstellung der Revolution von 1918/19 aufgegriffen: Mark Jones, *Am Anfang war Gewalt. Die deutsche Revolution 1918/19 und der Beginn der Weimarer Republik*, Berlin 2017, S. 69 f.

sondern auch weite Teile der politischen Rechten, träumten den Traum Mussolinis. Anfang November planten die Hochverräter aus der Münchner Machtelite den Putsch, an dem Hitler und Ludendorff unbedingt teilhaben wollten. Hitler aber, so Niess, »schlecht informiert und von persönlichem Ehrgeiz getrieben« (S. 13), hat den Putsch zu früh ausgelöst. Die hochgestellten Hochverräter mussten sich daher von Hitler distanzieren.

Während Kellerhoff in dem Münchner Putsch von 1923 »Hitlers erste[n] Griff nach der Macht« in Deutschland sieht, versucht Niess die Verbindung, die vielfach zwischen 1923 und 1933 gezogen wird, zu lösen. »Es führt«, so betont er, »kein direkter Weg vom 9. November 1923 zum 30. Januar 1933«. Die Republik hatte begonnen, »ihr demokratisches und soziales Potential zu entfalten« (S. 301).

Auch für Mark Jones war die Demokratie in Deutschland nach dem Putschversuch nicht gescheitert, im Gegenteil habe das Jahr mit einem »Sieg der Demokraten« (S. 343) geendet. Der fehlgeschlagene

Hitler-Ludendorff-Putsch hatte nach Peter Longeric »zur Diskreditierung aller anderen Staatsstreich- und Diktaturpläne« (S. 266) geführt, und für Volker Ullrich »mehrten sich die Anzeichen, dass die Republik in ein ruhigeres Fahrwasser steuerte« (S. 320). Nach Pohl aber ist mit der Niederschlagung der Linksregierung in Sachsen die Chance für den Aufbau einer Demokratie vertan worden. Die anderen hier vorgestellten Neuerscheinungen zum Jahr 1923 hingegen entsprechen, mit unterschiedlichen Gewichtungen, skeptischer bei Longeric, deutlicher bei Jones und Ullrich, dem neuen Blick auf die Weimarer Republik, die nicht mehr allein vom Ende her als a priori zum Scheitern verurteilt dargestellt wird, sondern deren demokratische Leistungen gerade auch nach der Überwindung der katastrophalen Krise des Jahres 1923 gewürdigt werden.

Ulrich Wyrwa
Berlin

Anzeige



Social Media Angebote
des Fritz Bauer Instituts

Website fritz-bauer-institut.de
Facebook facebook.com/fritz.bauer.institut
X / Twitter x.com/fritzbauerinst
Mastodon bildung.social/@FritzBauerInstitut
YouTube youtube.com/fritzbauerinstitutfrankfurt

Vorhut des Nationalsozialismus? Eine Neuvermessung der deutschen Freikorps



Jan-Philipp Pomplun

Deutsche Freikorps. Sozialgeschichte und Kontinuitäten (para)militärischer Gewalt zwischen Weltkrieg, Revolution und Nationalsozialismus
Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2022, 354 S., € 65,-

Die Freikorps gehören fraglos zu den umstrittensten Akteuren der frühen Weimarer Republik. Bis heute werden diese paramilitärischen Verbände zu Recht mit einigen der blutigsten Episoden der Revolutionszeit von 1918 bis 1923 assoziiert: von der Niederschlagung sozialistischer und kommunistischer Aufstandsversuche in der Anfangsphase der ersten deutschen Demokratie bis hin zu Einsätzen in Oberschlesien und dem Baltikum. Auch für die Vorgeschichte der nationalsozialistischen Diktatur werden sie immer wieder als bedeutsam betont, nicht zuletzt seit Klaus Theweleits Klassiker der 1970er Jahre, den zweibändigen *Männerphantasien*. Dabei hat sich die Forschung immer wieder auf die Memoiren prominenter Freikorpsveteranen verlassen, wohl auch, weil viele andere relevante Quellen, insbesondere für norddeutsche Einheiten, beim Brand des Heeresarchivs in Potsdam 1945 vernichtet wurden.

Umso erfreulicher ist es, dass mit Jan-Philipp Pompluns neuem Buch zum Thema endlich eine systematische Analyse des Sozialprofils von elf Freikorps aus dem süddeutschen Raum vorliegt. Die Stammrollen, die als wichtigste Quelle für Pompluns überarbeitete Berliner Dissertation dienen, enthalten detaillierte Angaben zu Familienstand, Eltern, Zivilberuf und Konfessionszugehörigkeit der Freiwilligen, was es Pomplun ermöglicht, ein sehr genaues Profil der Freikorps zu erstellen. Am meisten überrascht dabei, dass sich die untersuchten Freikorps teilweise bis zu drei Vierteln aus der Arbeiterschaft rekrutierten, während Weltkriegsoffiziere und Studenten weniger stark vertreten waren, als es die bisherige Literatur annahm. Im Sinne der lange dominanten Brutalisierungsthese von George Mosse waren die Freikorps ein wichtiges Bindeglied zwischen der Erfahrung des Ersten Weltkriegs und dem Aufstieg des Nationalsozialismus. Laut Pomplun aber lässt sich die Vorstellung von den Freikorps als Sammelbecken demobilisierter und brutalisierter Offiziere nicht empirisch belegen – im Gegenteil. Ob sich dieser Befund umstandslos auf alle norddeutschen Freikorps ausweiten lässt, ist zumindest im Hinblick auf die Marinebrigade Ehrhardt, aus der sich auch die Mitglieder der Organisation Consul rekrutierten, eher fraglich.

Pomplun öffnet seine Darstellung mit einer kurzen Ereignisgeschichte der Freikorps, deren Ursprünge er weniger im Stellungskrieg des Ersten Weltkriegs verortet als in dem »Schießerlass« des mehrheitssozialdemokratischen Reichswehrministers Gustav Noske vom 9. März 1919. Da führende Sozialdemokraten wie Friedrich Ebert und Noske im Bündnis mit Wilhelm Groener bewusst republikfeindliche Freiwillige zum Kampf gegen die vermeintliche kommunistische Bedrohung einsetzten, trugen sie zumindest eine Mitverantwortung für die massive Gewalteskalation der folgenden Wochen und Monate, die insbesondere in Berlin und München 1919 und im folgenden Jahr beim Kampf gegen die Rote Ruhrarmee zu extrem hohen Opferzahlen unter Kombattanten und Zivilisten führen sollte. Auch im Baltikum und in Oberschlesien waren die Freikorps für etliche Gräueltaten verantwortlich. Ob der sozialhistorische Ansatz Pompluns dazu beitragen kann, die besonderen Gewaltpraktiken und Rachegeleüste der Freikorps zu erklären, ist weniger klar. Hier wäre ein methodischer Ansatz, der ideologische und situative Faktoren kombiniert, gewiss aussagekräftiger. Dennoch stellt Pomplun die wichtige Frage, ob es personelle Kontinuitäten zwischen den Gewaltunternehmern der Nachkriegsjahre und dem Nationalsozialismus gab.

In der Tat lassen sich biografische Kontinuitäten nachweisen. Viele der Freikorpsveteranen, die den Weg in die NSDAP fanden, unterstützten (wenig überraschend) die sozialrevolutionären Gruppierungen um Walther Stennes und Otto Strasser oder schlossen sich der SA an. Aber auch Spitzenfunktionäre der Partei oder der SS wie Hans Frank, Martin Bormann, Rudolf Hess und Heinrich Himmler waren ehemalige Freikorpsoldaten. Nach Einschätzung Pompluns handelt es sich allerdings um eine deutliche Minderheit: Nur ein Viertel der Freikorpsoldaten schlossen sich der NSDAP, der SA oder der SS an und ihre Bedeutung schrumpfte eher noch nach dem »Röhm-Putsch« von 1934. Im Reichssicherheitshauptamt als Schaltzentrale des nationalsozialistischen Terrors nach 1939 hatten nur etwa zehn Prozent des Personals eine Freikorpsvergangenheit, und diese war – wie etwa im Fall Reinhard Heydrichs – oft auch eher fiktiver Natur.

Pompluns Studie ist somit erstens ein wichtiges Korrektiv zu einigen lange dominanten Narrativen, insbesondere hinsichtlich der Annahme, in den Freikorps hätten Weltkriegsoffiziere und Studenten dominiert. Zweitens erlaubt seine Analyse personeller Kontinuitäten hin zu NSDAP, SA und SS eine klarere Aussage zu den Grenzen eines Ansatzes, der die Freikorps in erster Linie als Personalreservoir des späteren Nationalsozialismus deutete. Pompluns Buch ist somit ein wichtiger Beitrag zur Gewaltgeschichte der Weimarer Republik und zur Vorgeschichte der nationalsozialistischen Diktatur.

Robert Gerwarth
Dublin

Ein kritischer Jurist



**Knut Bergbauer, Sabine Fröhlich,
Stefanie Schüler-Springorum**

*Hans Litten – Anwalt gegen Hitler.
Eine Biographie*

Göttingen: Wallstein Verlag, 2022, 384 S.,
€ 28,-

In der rechtslastigen Justiz der Weimarer Republik sticht ein junger Jurist heraus: Hans Litten. Am 8. Mai 1931 lädt der 27-jährige Rechtsanwalt Adolf Hitler vor das Landgericht Berlin vor. Dort wird der Überfall des Berliner SA-Sturms 33 auf das Versammlungslokal Tanzpalast Eden verhandelt. Litten ist Nebenklägervertreter und treibt in seinem Verhör Hitler in die Enge, indem er die Gewaltbereitschaft der SA und NSDAP verdeutlicht und damit den Legalitätsanstrich der NSDAP geknackt in Frage stellt. Hitler verliert im Prozess die Fassung und brüllt Litten mit hochrotem Kopf an.

Der Edenpalast-Prozess war einer von mehreren aufsehenerregenden Prozessen, die Hans Litten gegen die Nationalsozialisten führte. Litten agierte hier als »Anwalt gegen Hitler«, so auch der Untertitel des besprochenen Buches, das 2008 bereits unter dem Titel *Denkmalsfigur* erschien. Die Erschließung neuer Quellen, insbesondere zu Littens Jugend und seinen Aktivitäten in der jüdischen Jugendbewegung, veranlasste das Autorenteam zu einer überarbeiteten Neuausgabe.

Geboren wurde Hans Litten 1903 in Halle (Saale) in die protestantische Professorenfamilie des Juristen Fritz Litten und seiner Frau Irmgard, geborene Wüst. Bereits 1906 zog die Familie nach Königsberg. Während die Mutter warmherzig und aufgeschlossen gewesen zu sein scheint, rieb sich Litten an dem konservativ-reaktionären Vater, einem Gegner der Demokratie. Dennoch nahm Litten das Jurastudium auf und legte 1928 das Assessorexamen in Berlin ab.

Deutlich zeigen die Autorinnen und der Autor den Suchprozess und Ausbruch Littens aus dem Schatten und Milieu des zum Christentum konvertierten Vaters: »Religiös zum Judentum, politisch nach links und ansonsten gegen alle ›Alte‹« (S. 33). Er schloss sich der Königsberger Ortsgruppe der »Kameraden« beziehungsweise dem »Schwarzen Haufen« an und wirkte an dessen sozialistisch-kommunistischer Politisierung mit, ohne sich von der Idee des »transzendierenden Verständnis[s] von Jugendbewegung« (S. 57) zu verabschieden.

Die Auflösung des Schwarzen Haufens im Frühjahr 1928 war für Litten ein tiefer Einschnitt. Während andere Aktive sich

parteilich organisierten, blieben er, sein Freund Max Fürst und dessen spätere Frau Margot Meisel unabhängig. Mit Max Fürst wohnte Litten im damals armen Berliner Scheunenviertel. Er trat in die Kanzlei von Ludwig Barbasch ein, der der KPD nahestand. Litten engagierte sich mit Fürst und Meisel in der neu gegründeten Beratungsstelle »Jugend hilft Jugend«, wurde einer von etwa 340 Anwälten, die als solche für die Rote Hilfe aktiv waren. Die Biografie ordnet Litten dennoch dem »nicht-stalinistischen Flügel der deutschen Linken in der Weimarer Republik« (S. 10) zu.

Litten wirkte in zahlreichen politischen Prozessen in der Weimarer Republik mit. Er verteidigte engagiert, auch über die eigenen Kräfte hinaus und häufig ohne Honorar. Bergbauer, Fröhlich und Schüler-Springorum lassen die Leserinnen und Leser nah am Prozessgeschehen teilnehmen. Deutlich zeichnen sie das politische Klima am Ende der Weimarer Republik sowie die Exzesse im Rahmen des »Kampfes um die Straße« der Berliner SA und Littens juristische Anstrengungen zur Aufklärung nach. Aber auch sein politisches Engagement gegen die Sondergerichte, die 1932 eingerichtet wurden, wird gewürdigt.

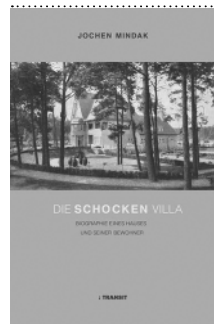
Die nationalsozialistische Bewegung konnte Littens Prominenz als politischer Anwalt und die öffentliche Vorführung Hitlers beim Edenpalast-Prozess nach der Machtübernahme nicht vergessen. In der Nacht vom 28. Februar 1933 wurde Litten festgenommen. Auf eine etwa fünfjährige Anwaltstätigkeit folgte ein fast ebenso langes Leiden in den deutschen Haftstätten und Konzentrationslagern: Vom KZ Sonnenburg über das Zuchthaus Brandenburg wurde er in die »Moorlager« im Emsland gebracht, ins KZ Lichtenburg und über Buchenwald schließlich im Oktober 1937 nach Dachau. Seine Mutter kämpfte unterdessen vergeblich für seine Freilassung. Am 5. Februar 1938 beging Litten Suizid.

Den Autorinnen und dem Autor gelingt es, mehr als nur den Menschen und Anwalt Hans Litten zu zeigen. Sie skizzieren auch eine (Teil-)Geschichte der (jüdischen) Jugendbewegung sowie des Widerstands gegen eine stärker werdende NS-Bewegung und den Untergang der Demokratie in Berlin. Viele Namen begegnen einem bei der Lektüre. Das in die Neuausgabe des Buchs eingefügte Personenregister hilft bei der Spurensuche. Deutlich wird auch, wie die Veränderungen im KZ-System sich auf Littens Haftbedingungen auswirkten.

Durch die TV-Serie BABYLON BERLIN scheint Hans Litten nun auch weit über Deutschland hinaus bekannt geworden zu sein. Wer sich eingehender mit dem engagierten politischen Anwalt beschäftigen möchte, ist bei dem Buch *Hans Litten – Anwalt gegen Hitler* gut aufgehoben.

Thomas Altmeyer
Frankfurt am Main

Rekonstruktion eines Verlusts



Jochen Mindak

Die Schocken Villa. Biographie eines Hauses und seiner Bewohner

Berlin: Transit-Verlag, 2022, 144 S., € 20,-

Die Studie Jochen Mindaks setzt mit dem Verkauf eines 8.600 Quadratmeter großen

Waldgrundstücks in der Nähe des Schlachtensees im Jahr 1906 ein. Der Käufer Gustav von Velsen beauftragte Hermann Muthesius (1861–1927), einen der Mitbegründer des Werkbunds, einen repräsentativen Wohnsitz für diesen Berliner Ort zu entwerfen. Muthesius trat für eine neue, sachliche Architektur ein, warb für die Schönheit der klaren, einfachen Formen. Mindak gibt Einblick in die Planung des weitläufigen Gebäudes und der Gartenanlage und stellt die Bedeutung für die Architekturgeschichte des 20. Jahrhunderts heraus.

Das Buch berichtet dann vom Verkauf des Hauses an den UFA-Direktor Eugen Staus und vom Ankauf des Gebäudes durch Salman Schocken drei Jahre später. Die Biografie des jüdischen Unternehmers, Verlegers und Philanthropen nimmt weiten Raum im Buch ein. Salman Schocken wohnte nur zwischen 1929 und 1933 in Berlin; er entschloss sich aufgrund der gegen ihn gerichteten antisemitischen Propaganda früh, Deutschland zu verlassen. Dass er das Zehlendorfer »Landhaus« erwarb, wird im Buch mit seinem sozialen Aufstieg erklärt. Schocken muss auch darauf vertraut haben, dauerhaft in Berlin bleiben zu können. Was ihn an der Muthesius-Villa reizte, bleibt offen. Mindak geht Schockens Interesse für Architektur und der Tätigkeit der Bauabteilung innerhalb der Schocken AG, den Kontakten zu Mitgliedern des Werkbunds und zum Bauhaus in Dessau nicht nach. Er berichtet stattdessen, allgemeiner, von den Schocken-Kaufhäusern, dem Verlag, von der Unterstützung jüdischer Einrichtungen, Schockens Arbeit in der Zionistischen Vereinigung für Deutschland, aber auch von der Emigration der Familie, den Schocken-Bauten Erich Mendelsohns in Jerusalem, Verlagsgründungen in Tel Aviv und New York. Hier entfernt sich das Buch über viele Seiten hinweg von seinem Gegenstand und greift auf biografische Versatzstücke aus der Literatur, insbesondere die Arbeiten Stefanie Mahrers zu Schocken, zurück, so dass ein Ungleichgewicht zwischen genau recherchierter Geschichte und Geschichte aus zweiter Hand entsteht. Mindak hätte dem erhellenden Zugang der Architektur- und Objektgeschichte stärker vertrauen können.

Die im Buch gezeigten Umstände, unter denen Schocken das aufwendig den eigenen Ansprüchen angepasste Haus aufgab und zu

Beginn der 1950er Jahre zurückforderte, lassen den fundamentalen Bruch mit jeder Idee einer »guten Ordnung« durch Entrechtung, Enteignung und Zwangsabgaben nach 1933 sowie die schwierige Auseinandersetzung in Deutschland mit dieser Geschichte in den 1950er Jahren aufscheinen. Offen bleibt, wie Schocken nach der Emigration auf das Haus in Zehlendorf zurückblickte und welche Bedeutung den aus Berlin nach Jerusalem geretteten Dingen zukam. Dennoch vermittelt der Band den materiellen und ideellen Verlust, für den das Haus bis heute steht und den auch der Zurückgewinn des Grundstücks durch Schocken nicht auffangen konnte. Der Bruch, den das Jahr 1933 als symbolisches Datum für den Unternehmer darstellte, erforderte – so lässt sich die titelgebende Priorisierung »Die Schocken Villa« verstehen –, gerade diesen Part in der wechsellvollen Geschichte des Hauses wieder sichtbar zu machen.

Im Anschluss an den langen Part zu Schocken wendet sich das Buch noch einmal dem Zehlendorfer Haus zu, das 1938 mitsamt dem Grundstück auf den belgischen Konsul Ewald Schlundt überging. In der Nachkriegszeit beanspruchte die US-Militärverwaltung das Anwesen, bis sich 1950 der von der CIA finanzierte »Untersuchungsausschuss freiheitlicher Juristen« hier einrichtete. Im Jahr 1958 deckte die DDR auf, dass der unter Pseudonym arbeitende Leiter seine NS-Vergangenheit verschwiegen hatte. Dieses Kapitel des Buchs, in dem sich die Nachkriegsgeschichte und die Geschichte des Kalten Kriegs in ihren vielfachen Verstrickungen in die Geschehnisse vor 1945 zeigen, ebenso wie die abschließende Skizze der Villa als temporärer Wohn- und Veranstaltungsort der Westberliner Hausbesetzerszene sind Stückwerk geblieben. Aneinandergereihte Zitate aus Zeitschriften überlagern die Stimme des Autors. Das ist schade, denn das Potenzial des Themas liegt darin, die Spannung von Kontinuitäten und radikaler Diskontinuität in der Geschichte des mittleren 20. Jahrhunderts an einem konkreten Gegenstand greifbarer zu machen. In der »Schocken Villa« verdichten sich zentrale Momente der deutschen und jüdischen Geschichte.

Lakonisch beschließt Mindak seine Studie mit dem Hinweis, dass die Villa 1982 geräumt und Ende der 1980er Jahre durch die Errichtung von 23 neuen Wohnungen auf dem Grundstück zum Teil eines »Wohnstandorts« wurde, der die von Muthesius geplante und von Schocken weitergedachte Einheit von Villa und Garten unkenntlich machte.

Caroline Jessen

Leipzig

Verräumlichte Feindbilder



Rosemarie Burgstaller

Inszenierung des Hasses.

Feindbild-Ausstellungen im Nationalsozialismus

Frankfurt am Main: Campus Verlag, 2022, 498 S., € 54,-

Die Nationalsozialisten, so legt Rosemarie Burgstaller eindrucksvoll dar, überzogen

Deutschland und Europa mit einem Netz von gegen innere und äußere Feinde hetzenden Ausstellungen, die in der Stadt und in der Provinz, in kollaborierenden Ländern und besetzten Gebieten zu sehen waren. Die Autorin hebt die Bedeutung von Feindbildausstellungen als Instrument der NS-Propaganda hervor, rekonstruiert die Organisation des NS-Ausstellungswesens und zeigt, wie dessen Akteure thematische und inszenatorische Aspekte an den politischen und militärischen Zielen des NS-Regimes ausrichteten. Antisemitismus und Antibolschewismus bilden als dominante Ideologeme von NS-Feindbildausstellungen den Schwerpunkt der Untersuchung, es werden aber auch gegen Freimaurer, Slawen und Briten gerichtete Präsentationen einbezogen. Insgesamt entwirft Burgstaller das Bild einer durchgängigen Präsenz von zunehmend aufwendigen, Hass schürenden Ausstellungen, die zum Zweck hatten, die Bevölkerung zur Rechtfertigung von Verfolgung und Expansion in einen Zustand der »permanente[n] Mobilisierung« (S. 469) zu versetzen.

Burgstallers Ansatz, die Vorstellung einer Trennung zwischen Feindbildausstellungen auf der einen und auf Diffamierung verzichtenden Wirtschafts- und Kulturschauen auf der anderen Seite aufzubrechen, überzeugt. Sie schildert zum Beispiel, wie die »Braune Messen« genannten regionalen Wirtschaftsschauen der frühen 1930er Jahre antisemitische Hetze betrieben und so die anti-jüdischen Maßnahmen des NS-Regimes flankierten. Überregionale Wirtschaftsschauen, sogenannte politische Gauausstellungen, kontrastierten ab Mitte der 1930er Jahre die vermeintlichen Leistungen des Regimes mit den chaotischen Zuständen der Weimarer Republik und der Schreckensherrschaft des Bolschewismus. Hier, wie in NS-Feindbildausstellungen allgemein, ging die Herabwürdigung und Dämonisierung von zu Feinden erklärten Gruppen mit einer Überhöhung des nationalsozialistischen Selbstbilds einher.

Grundlegend für Burgstallers Analyse ist die Kategorie des Raums: von der Gestaltung der Ausstellungsräumlichkeiten über den Standort der Präsentation bis hin zum politisch-militärischen Raum, in dem die NS-Feindbildausstellungen ihre Wirkung entfalten sollten. Es ist vor allem die Verzahnung dieser Ebenen, die interessante

Erkenntnisse über die Entwicklung von Feindbildausstellungen im Kontext von NS-Diktatur und Zweitem Weltkrieg erlaubt. Sogenannte Grenzlandschauen etwa, die am östlichen Rand des Deutschen Reichs die Idee einer grenzüberschreitenden völkischen Verbundenheit befördern sollten, wurden bald von kriegslegitimierenden »Volkstumsausstellungen« abgelöst, die die Ziele der territorialen Expansion und kolonialen Ausbeutung alles andere als verhehlten. Eine ähnliche Radikalisierung arbeitet Burgstaller in Bezug auf die NS-Verfolgungspolitik heraus. Antisemitische Ausstellungen gingen oft mit antijüdischen Maßnahmen einher oder nahmen diese vorweg, wurden im Krieg auf kollaborierende Länder und besetzte Gebiete ausgedehnt und besonders im Osten bis in entlegene Regionen getragen.

Burgstallers Darstellung ist dort am prägnantesten, wo sie die Räumlichkeiten von Ausstellungen rekonstruiert, um thematische Strukturen und Strategien der Inszenierung zu veranschaulichen. Besonders gelungen in dieser Hinsicht erscheinen die Kapitel zu den Großausstellungen »Der ewige Jude« (1937) und »Das Sowjetparadies« (1941). Sie beschreiben Rundgänge, die das Spezifische der räumlich-visuellen Gestaltung ebenso zur Geltung bringen wie Kontinuitäten und Wandlungen der NS-Propaganda. Sicherlich sind nicht alle NS-Feindbildausstellungen derart gut dokumentiert. Gleichwohl würde man sich in manchen anderen Kapiteln des Buchs eine ähnlich tiefgehende Auseinandersetzung mit Gestaltungsfragen wünschen, nicht zuletzt, da sich die Monografie als Beitrag zur Visual History versteht.

Insgesamt zeigt Burgstaller, dass NS-Feindbildausstellungen eine Vielzahl an recht unterschiedlichen Mitteln einsetzten und Reaktionen provozierten, um Hass gegen bestimmte Gruppen zu mobilisieren. Antisemitische Ausstellungen zum Beispiel versuchten einerseits, durch visuelle Strategien wie Verzerrungen der Physiognomie oder die Assoziation mit Unreinem Abscheu zu erregen, andererseits konnten Darstellungen eines die deutsche Gesellschaft angeblich beherrschenden jüdischen Einflusses den Neid der Besucherinnen und Besucher ansprechen. In Bezug auf die Sowjetunion wurden nicht nur »Angstbilder« verbreitet, die eine Bedrohung durch den Bolschewismus beschworen und dessen Brutalität betonten, sondern auch auf den Hochmut der Besucherinnen und Besucher zielende Inszenierungen von Misswirtschaft und des daraus resultierenden Elends. In NS-Feindbildausstellungen, so hält Burgstaller fest, »wurden bestehende Vorurteile verdichtet und [...] als gesellschaftliche Norm verankert« (S. 470). Weiterführend wäre genauer zu untersuchen, auf was für Vorbilder sie dabei zurückgreifen konnten, etwa aus der Tradition der Kolonialausstellungen oder aus der Feindpropaganda des Ersten Weltkriegs.

Axel Bangert

Köln

Sportpresse im Dienst des Regimes



Lorenz Peiffer, Henry Wahlig (Hrsg.)

»Einig. Furchtlos. Treu.«

Der Kicker im Nationalsozialismus – eine Aufarbeitung

Bielefeld: Verlag Die Werkstatt, 2022,
432 S., 39,90 €

Der *Kicker*, 1920 von dem jüdischen Fußballpionier Walther Bensemann gegründet, ist bis heute das führende Fußballfachblatt in Deutschland. Aus Anlass seines 100-jährigen Jubiläums hat das Magazin zwei Historiker mit der Aufarbeitung seiner Entwicklung in der Zeit des Nationalsozialismus beauftragt, die nunmehr das Ergebnis mit Unterstützung zahlreicher in- und ausländischer Experten vorgelegt haben.

Der Buchtitel rührt von einer Überschrift der Ausgabe vom 5. September 1939 her. In einem ganzseitigen Leitartikel schwor der Chefredakteur die Leser auf den »Abwehrkampf« ein und sah die »Kriegstreiber« »jenseits des Kanals« (S. 10). »Einen besseren Propagandisten für die nationalsozialistische Lügenpolitik hätten die Nazis nicht finden können«, so das historische Urteil (ebd.). Erkennbar wurde Sportpublizistik zu einem zentralen Sprachrohr der NS-Propaganda.

Quellengrundlage für die Untersuchung ist die nahezu komplett vorliegende Sammlung aller Ausgaben. Dagegen musste auf weitere interne Quellen verzichtet werden, da diese bei einem Luftangriff auf Nürnberg durch einen Brand vernichtet worden waren. Unterlagen zu namentlich bekannten Redakteuren aus dem Berlin Document Center und Entnazifizierungsakten aus Stadt- und Landesarchiven ergänzen das Quellenkorpus.

Das Werk gliedert sich in drei Teile. Im ersten Großkapitel wird der rasche Wandel des Blattes zu einem linientreuen Medium der NS-Propaganda gezeigt. Weiterhin deckt ein umfangreicher Abschnitt mit biografischen Skizzen das Netzwerk der *Kicker*-Redakteure in der NS-Zeit und darüber hinaus auf. Viele von ihnen wirkten auch nach 1945 in einflussreichen Positionen des westdeutschen Journalismus. Ein zweiter Teil widmet sich der »Auslandsberichterstattung des *Kicker* im Spiegel der NS-Expansionspolitik«. Dabei geht es unter anderem um die Sichtweisen auf Fußball und Politik in England, Italien, Polen oder in der »Ostmark«. Der letzte Teil des Buchs behandelt die Entnazifizierung von *Kicker*-Redakteuren und das Erbe Walther Bensemanns, der 1933 ins Schweizer Exil gezwungen worden war und dort im Jahr darauf verstarb.

Die mehr als zwanzig Beiträge kommen durchaus zu unterschiedlichen Bewertungen des Themas. Mit Blick auf die ersten

Jahre des NS-Regimes mahnte Erik Eggers 2007 zur Vorsicht vor dem Bild einer »schnellen kompletten Gleichschaltung«. Das Propagandaziel sei in den Vorkriegsjahren immer wieder unterlaufen worden, das Blatt sei für »Startum« und »Personenkult« gerügt worden. Die beiden Herausgeber sehen in ihrem Beitrag nunmehr einen Verlauf vom »unpolitischen Fußballblatt zum linientreuen Medium« (S. 31). So entwickelte sich das Blatt zu einem »Werkzeug der geistigen Kriegsführung«, das »ganz in den Dienst der nationalsozialistischen Kriegspropaganda« trat (S. 45). Schärfer urteilt Moshe Zimmermann: »Ab 1933 war der Kicker nicht nur in seiner grundsätzlichen Ausrichtung regimetreu, sondern auch antisemitisch eingestellt« (S. 206). In seinem Beitrag »Fußball im Dienste des Antisemitismus« unterzieht er auch einen Text des Redakteurs Franz Richard Behrens einer eingehenden Analyse, den er für einen »Befürworter der radikalsten Judenpolitik« (S. 221) hält. Behrens wurde nach dem Zweiten Weltkrieg in Ostdeutschland schnell wieder aktiv, sein literarisches Gesamtwerk wurde 2012 neu aufgelegt. Dies ist nur ein Beispiel aus den biografischen Skizzen, die die beiden Herausgeber auf gut 70 Seiten zusammengestellt haben.

Thomas Urban untersucht die Rezeption der Länderspiele Deutschland gegen Polen während der NS-Zeit im *Kicker* und in seinem polnischen Pendant *Przeгляд Sportowy*. Dabei wird der »Wandel von der Kooperation zur Konfrontation« (S. 280) in der Berichterstattung recht deutlich. Mannschaftsführer der Deutschen beim Spiel in Breslau 1935 war Rudolf Gramlich, »der während des Krieges die SS-Sportgemeinschaft Krakau führte und nach dem Krieg wegen seiner Beteiligung an den Aktionen gegen Krakauer Juden vor Gericht stand« (S. 278). Maximilian Aigner hat ihm 2020 in der Studie des Fritz Bauer Instituts über die Vereinsführer von Eintracht Frankfurt ein umfangreiches Kapitel gewidmet. Einen überraschenden Befund liefert der Beitrag von David Gilgen. Trotz der Vorbildfunktion Italiens für das nationalsozialistische Deutschland scheute das Magazin eine systematisch vergleichende Analyse, denn diese hätte auch das Profitum in der italienischen Liga als Grundlage für deren sportliche Erfolge thematisieren müssen. Bis zur Einführung der Fußballbundesliga 1963 pflegte man in Deutschland den Mythos des Amateurs. Eine explizite Verknüpfung von sportlichen Erfolgen mit der faschistischen Politik kam folglich im *Kicker* nicht vor.

Die Beiträge fördern zahlreiche spannende, bis dato weitgehend unbekanntere Ereignisse und Ergebnisse zutage. Das Werk ist nicht nur mit Blick auf die Geschichte des Sportjournalismus im Nationalsozialismus von Bedeutung, sondern es liefert auch grundlegende Erkenntnisse zur Gesellschaftsgeschichte der NS-Zeit. Zugleich verweisen die Autorinnen und Autoren an verschiedenen Stellen auf bestehende Forschungslücken.

Martin Liepach
Fritz Bauer Institut

»Modell- und Ausbildungslager«



Hermann Kaienburg

Das Konzentrationslager Sachsenhausen 1936–1945.

Zentrallager des KZ-Systems

Berlin: Metropolis Verlag, 2021, 733 S.,
€ 39,—

Das Konzentrationslager Sachsenhausen wurde im Sommer 1936 nahe der Reichshauptstadt Berlin eingerichtet; bis Mai 1945 inhaftierte die SS dort und in den zahlreichen Außenlagern rund 190.000 Menschen, mehr als 40.000 von ihnen überlebten die Haftbedingungen, die Misshandlungen und die Zwangsarbeit nicht, Tausende fielen blankem Mord zum Opfer. Sachsenhausen war das »Muster- und Ausbildungslager«, von dort aus wurden mehrere neue KZ gegründet und Zehntausende von Häftlingen auf andere Lager verteilt (S. 19).

Dem Hamburger Historiker Hermann Kaienburg, der sich seit den frühen 1980er Jahren vor allem mit den Konzentrationslagern im NS-Staat sowie mit der SS befasst und mit seiner Dissertation zur Geschichte des KZ Neuengamme¹ und seiner Habilitation zur »Wirtschaft und zum Arbeitseinsatz der SS«² wegweisende Studien veröffentlicht hat, ist nun eine umfassende Gesamtdarstellung der Geschichte des Konzentrationslagers Sachsenhausen zu verdanken.

Aufbau und Inhalt des – um es vorwegzunehmen – in jeder Hinsicht gewichtigen Werks können hier nur in den Grundzügen umrissen werden: In einem einführenden Kapitel skizziert Kaienburg das System der Konzentrationslager von der Entstehung der »frühen« KZ und ihrer Opfer über die Verfestigung des KZ-Systems, die mit einer Systematisierung der Gewalt einherging, und den Aufbau neuer Lager durch die Inspektion der Konzentrationslager ab 1936 bis hin zur Funktion der KZ im Zweiten Weltkrieg, in dem diese im »Spannungsfeld zwischen Repression und Wirtschaftsinteressen« (S. 65) standen. Hierauf folgt eine kurze Darstellung der baulichen und wirtschaftlichen Entwicklung des KZ Sachsenhausen, seiner Organisation durch die SS, des perfiden Systems der Funktionshäftlinge und schließlich der Entwicklung der »Häftlingsgesellschaft« im Lager, die sich zunächst aus Reichsdeutschen, schließlich im Krieg aber aus Häftlingen aus 16 Nationen zusammensetzte, darunter Tschechen, Polen, Norweger, Spanier und Sowjetbürger.

1 »Vernichtung durch Arbeit« – Der Fall Neuengamme. Die Wirtschaftsbestrebungen der SS und ihre Auswirkungen auf die Existenzbedingungen der KZ-Gefangenen, Bonn 1990 (2. Aufl. 1991).

2 Die Wirtschaft der SS, Berlin 2003.

Ausführlich befasst sich Kaienburg mit den »Existenzbedingungen« der Häftlinge, zunächst in der Vorkriegszeit, dann in der ersten Phase des Kriegs von September 1939 bis 1942 und schließlich in der Zeit von 1942 bis 1945, als die Ausbeutung der Arbeitskraft der Häftlinge immer mehr an Bedeutung gewann. Die drei Phasen betrachtet er systematisch entlang folgender Blickachsen: der Drangsalierung der Häftlinge und der Gewalt im Lageralltag (für die Kriegszeit wird deutlich gemacht, welche Personengruppen besonders schlecht behandelt wurden – darunter aber immer die jüdischen Häftlinge), der Ernährung, Bekleidung und Unterbringung der Inhaftierten, dem Schicksal Kranker, den Kontakten zur Außenwelt und schließlich dem Zwangsarbeitseinsatz der Häftlinge. Ein eigener Abschnitt ist den Medizinverbrechen im KZ Sachsenhausen gewidmet, zu denen unter anderem Versuche an Tuberkulosekranken zählten. Hieran schließt sich eine Darstellung der verschiedenen Mordaktionen im KZ Sachsenhausen an, denen Lagerinsassen wie auch externe Gefangene zum Opfer fielen, die eigens zur Tötung nach Sachsenhausen überstellt worden waren, darunter mehr als 10.000 sowjetische Kriegsgefangene.

Ausführlich behandelt Kaienburg die verschiedenen Formen der Selbstbehauptung, der Solidarität und des Widerstands der Häftlinge angesichts der alltäglichen Erniedrigung und Gewalt: so etwa, nachdem am 16. und am 18. Oktober 1941 insgesamt 2.500 sowjetische Kriegsgefangene als sogenannte Arbeitsrussen im Lager eingetroffen waren und »dort unter den schlimmsten Bedingungen hausen« mussten, »die es bis dahin in Sachsenhausen gegeben hatte« – was »zu einer breiten Hilfsbereitschaft unter den anderen Häftlingen« führte, die der eigenen Not zum Trotz Lebensmittel sammelten (S. 243). Der Verfasser kommt zu dem Schluss, dass man »nur durch Freundschaften und durch Zugehörigkeit zu Gruppen« überleben konnte (S. 525).

Abschließend werden die Geschichte des KZ Sachsenhausen in der Endphase des Kriegs, die Todesmärsche bei der Evakuierung des Lagers, die Sterblichkeit der verschiedenen Häftlingsgruppen und die Gesamtzahl der Toten im Lager skizziert. Die Nachgeschichte des KZ Sachsenhausen, das heißt dessen Nutzung als »Speziallager« durch die sowjetische Besatzungsmacht, die Strafverfolgung der Täter und die Einrichtung der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen, wird auf nur wenigen Seiten abgehandelt (S. 500–508), ist aber auch nicht Gegenstand dieses Buches. Ein tabellarischer Anhang verdeutlicht schließlich die Belegung des KZ Sachsenhausen inklusive seiner Außenlager, die monatlichen Zugänge und Entlassungen sowie die Sterblichkeit im Lager im Zeitverlauf. Hermann Kaienburg hat auf breiter Quellenbasis das »Zentrallager des KZ-Systems« grundlegend erforscht. In Zukunft wird man nicht nur bei der Beschäftigung mit der Geschichte des KZ Sachsenhausen, sondern auch bei der Erforschung der Konzentrationslager im »Großdeutschen Reich« generell nicht umhinkommen, dieses überaus beeindruckende Werk zu rezipieren.

Jörg Osterloh
Fritz Bauer Institut

Eine andere Geschichte von Stutthof



Ruth Schwertfeger

*A Nazi Camp near Danzig.
Perspectives on Shame and on the
Holocaust from Stutthof*

London u.a.: Bloomsbury, 2022, 272 S.,
€ 105,30

Auch in Deutschland wurde die Erinnerung an das KZ Stutthof lange Zeit eher vernachlässigt:

Zwar gab es vereinzelt Untersuchungen, doch – anders als in Polen – nahm die Terrorstätte unweit von Danzig keine zentrale Position im Fachdiskurs oder dem öffentlichen Gedenken ein. Das hat sich freilich mit den Prozessen gegen den ehemaligen Wachmann Bruno Dey und die vormalige Sekretärin des KZ-Kommandanten Paul Werner Hoppe, Irmgard Furchner, geändert. Obwohl die beiden Angeklagten durch ihr beharrliches Schweigen beziehungsweise ihr konsequentes Leugnen kaum dazu beitrugen, dass man mehr über die komplexe Geschichte des Lagers erfuhr, haben die Aussagen ehemaliger Häftlinge und ihrer Angehörigen sowie die ausführlich in der Presse referierten Gutachten von Historikern doch dazu geführt, dass in der Öffentlichkeit ein durchaus vielschichtiges Bild des Konzentrationslagers entstehen konnte. Insofern unterscheidet sich die aktuelle Situation hierzulande sicher von der in der englischsprachigen Welt, für die Ruth Schwertfeger in ihrer Monografie zu Stutthof zu Recht feststellt, dass eine Überblicksdarstellung »much needed« (S. 3) sei. Für diese geht die Germanistin einen ungewöhnlichen Weg: Gerade zu Beginn ihres Werks lässt sie häufig den Literaturnobelpreisträger Günter Grass zu Wort kommen, der in seiner Danziger Trilogie (1959–1963) und seiner Autobiografie *Beim Häuten der Zwiebel* (2006) immer wieder auch auf das Lager verweist.

Allerdings bleiben diese Bezüge in Grass' Prosa häufig wenig konkret, sie eröffnen sogar Leerstellen, die die Leserinnen und Leser selbst füllen müssen. Das aber illustriert die damalige Haltung der (deutschen) Danziger zu »ihrem« Lager ganz gut, denn so genau wollte man es eben nicht wissen, was da wenige Kilometer entfernt von der einst Freien Stadt vor sich ging. Im Verlauf des Buchs werden die Zitate von Grass weniger, die realen Opfer des Lagers übernehmen und geben ein ziemlich genaues Bild von den Zuständen vor Ort.

Dass Historikerinnen und Historiker mit Schwertfegers Art, deren Geschichte zu erzählen, ihre Probleme haben könnten, deutet die Autorin selbst in ihrer Danksagung an, wenn sie davon berichtet, dass Kritiken im Peer-Review-Verfahren »a vital source of correction, if not always of encouragement« gewesen seien (S. IX). Das

mag auch daran liegen, dass Schwertfeger Ausdrücke wie »Kristallnacht« (z.B. S. 22) verwendet, die im Fachdiskurs inzwischen eher vermieden werden. Dazu kommen kleinere Sachfehler, die durch ein konsequentes Fachlektorat hätten vermieden werden können: Julius Streicher war beispielsweise nicht »the editor of the *Völkischer Beobachter* and *Der Stürmer*« (S. 13). Und dennoch gelingt es der Autorin, die wechselvolle Geschichte Stutthofs, das nach Vorarbeiten im Juli und August 1939 ab dem 2. September 1939 zunächst als Zivilgefangenenlager fungierte, genau herauszuarbeiten. In ihrem ersten Kapitel untersucht sie »Danzig's significance for the Nazi regime, both emblematically, and as an incubator in the 1930s for Nazi ideology, specifically the development of *Deutschtum*/Germanism« (S. 1). Hier ist es vor allem die Rolle des Gauleiters und Hitler-Freundes Albert Forster, die Schwertfeger ausführlich analysiert. Danach nimmt sie hauptsächlich jene Danziger in den Blick, die nach dem Überfall auf Polen zu den Ersten gehörten, die in das Lager eingeliefert wurden.

Zwei weitere Kapitel beschreiben die Entwicklung des Lagers sowie seine Beziehungen zu Danzig bis zur und nach der Eingliederung in die Inspektion der Konzentrationslager im Januar 1942. Auch die Auswirkungen des Kriegsverlaufs auf das Wachpersonal und die Lebensbedingungen der Häftlinge werden hier ausführlich diskutiert.

Ein letztes Kapitel rekonstruiert, wie Danzig zum Ausgangspunkt für Tausende von Flüchtlingen wurde, die vor den heranrückenden sowjetischen Truppen aus der Stadt flohen.

Der Epilog schließlich wendet sich gegenwärtiger polnischer Literatur zu, die sich mit Danzig und den Beziehungen zwischen der einstigen Freien Stadt und dem Lager auseinandersetzt. Schwertfeger zeigt eindrucksvoll, dass ihr Ansatz, auch (fiktionale) Literatur in ihre Darstellung einzubeziehen, trägt, wobei sie zu Recht versichert: »The inclusion of literature does not imply a competition between modes of telling history. Archival data are the foundation of telling history but literary voices add a dimension that illumine and clarify the data.« (S. 5) In der Tat kann sie dabei auch Themen behandeln, die eine Mikrogeschichte von Stutthof sonst wohl eher ausblenden würde: »It pertains to the deep sense of guilt and shame that Grass expressed about his personal experience fighting on the side of Nazi Germany.« (ebd.) Doch der aus einer kaschubischen Danziger Familie stammende Autor kommt laut Schwertfeger in ihrem Buch vor allem deshalb so oft zu Wort, weil er »correctly understood that ordinary people bore the brunt of the suffering that the ideology of Germanism and its subsequent consequences inflicted on the annexed territory« (S. 46). Ihr ist so eine bemerkenswert andere Geschichte des »Nazi camp near Danzig« gelungen.

Sascha Feuchert
Gießen

Widerstand und Selbstbehauptung



Anne-Christin Klotz

*Gemeinsam gegen Deutschland.
Warschauer jiddische Presse im Kampf gegen
den Nationalsozialismus (1930–1941)*

Berlin, Boston: De Gruyter Oldenbourg,
2022, 534 S., € 102,95

Das Buch von Anne-Christin Klotz ist eine faszinierende Untersuchung darüber,

wie die polnischen Jüdinnen und Juden auf die Entwicklungen im Deutschland der Zwischenkriegszeit reagierten und wie die Beschaffung, Verarbeitung und Verbreitung von Informationen sowie deren Nutzung für konkrete Interventionen zusammenhingen. Die Fallstudie untersucht die Warschauer jiddische Presse zwischen 1930 und 1941 und zeigt, wie sie im Kampf gegen Antisemitismus zu einer wichtigen Kommunikations- und Informationsplattform wurde, aber auch zu einem Medium, das die sich rasch wandelnde Lage der jüdischen Bevölkerung sowohl in Deutschland als auch in Polen dokumentierte und diese zu Protest- und Solidaritätsaktionen zusammenführte. Klotz demonstriert meisterhaft, wie jiddische Journalisten und Presseverleger ebenso wie eine ganze Generation jüdischer Intellektueller, Ethnografen und Historiker damit dem von Simon Dubnow nach dem Pogrom von Kischinew 1903 formulierten Appell folgten, ein jüdisches Geschichtsbewusstsein durch Selbsthilfe, aktive Selbstverteidigung sowie das Zusammentragen und Dokumentieren antijüdischer Gewalt zu schaffen.

Während es inzwischen viele umfangreiche Studien zur Wahrnehmung der ost- und ostmitteleuropäischen Judenheiten durch das westeuropäische Judentum gibt, nimmt Klotz die entgegengesetzte Perspektive ein und untersucht, wie der Osten den Westen verstanden hat. Dabei zeigt sie, dass die osteuropäischen Juden keineswegs eine Gruppe ahnungsloser, passiver Opfer waren, die mit dem Überfall auf Polen im September 1939 plötzlich in den Sog der antijüdischen Politik der Nationalsozialisten gerieten. Im Gegenteil, so kann Klotz demonstrieren, waren sie sich zu diesem Zeitpunkt als Gemeinschaft voll und ganz bewusst, was in Deutschland geschah, und reagierten aktiv darauf, sowohl individuell als auch kollektiv. Damit knüpft sie an neuere Arbeiten an, die die Kluft zwischen der Geschichte der Juden in der Zwischenkriegszeit und dem Holocaust zu schließen suchen, und wirft ein neues Licht auf unser Verständnis des jüdischen Widerstands gegen den Nationalsozialismus.

Das eindrucklichste Beispiel, das Klotz in ihrer Untersuchung heranzieht, ist die Reaktion der jiddischen Presse auf die sogenannte Polenaktion, bei der NS-Deutschland 1938 etwa 17.000 Jüdinnen

und Juden polnischer Staatsbürgerschaft die Aufenthaltsgenehmigung entzog und 10.000 von ihnen in die polnischen Grenzstädte zwangsumsiedelte. Polen wiederum war nicht bereit, sie aufzunehmen, was dazu führte, dass sich Tausende von Geflüchteten in einem Schwebezustand wiederfanden. Sie lebten in ehemaligen Kasernen, die meisten von ihnen in einem Sammellager in Zbąszyń. Einigen gelang es schließlich, in Polen zu bleiben – im August 1939 lebten 1.740 deutsch-jüdische Geflüchtete in Warschau, der Großteil von ihnen mit Unterstützung jüdischer Gemeinde- und Hilfsorganisationen. Im Nachgang der Polenaktion wurde die jiddische Presse zu einer wichtigen Aktionsplattform: Sie informierte die jüdische Gemeinde über die unmittelbaren Bedürfnisse der Deportierten, vernetzte diese mit Familienangehörigen, vermittelte ihnen Arbeit und Unterkunft in Polen oder Visa für die Ausreise. Durch ihre Gespräche mit den Abgeschobenen erhielten die Journalisten auch verlässliche Informationen aus erster Hand über die Verfolgung der jüdischen Bevölkerung in Deutschland, die sie an eine breite Öffentlichkeit weitergaben.

Klotz analysiert nicht nur den Inhalt der jiddischen Tageszeitungen sehr genau, sie wirft auch einen Blick auf deren Autoren und Herausgeber sowie die Entscheidungen, die diese auf der Grundlage ihres sich stets wandelnden Wissens über die Situation der jüdischen Bevölkerung in Polen trafen. Auf diese Weise rückt sie viele polnisch-jüdische Intellektuelle, die auf Jiddisch publizierten, in den Fokus der wissenschaftlichen Auseinandersetzung – viele von ihnen wichtige kulturelle Persönlichkeiten der Zwischenkriegszeit, die heute fast vergessen sind. Besonders hilfreich ist in diesem Zusammenhang der Anhang mit Kurzbiografien der wichtigsten im Buch erwähnten jiddischen Intellektuellen.

Die Aktivitäten von Klotz' Protagonisten haben das Schicksal der polnischen Jüdinnen und Juden nicht verändert und auch die Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten nicht aufgehalten. Doch wenn wir aufhören, sie durch das Prisma des Holocaust zu betrachten, und sie stattdessen so sehen, wie Klotz es tut, können wir sie als das wahrnehmen, was sie wirklich waren: Anführer gemeinschaftlichen Protests und Boykotts sowie erster Akte des Widerstands gegen die antijüdische Politik NS-Deutschlands.

In ihrem Werk konzentriert sich Klotz auf Warschau, das politische und kulturelle Zentrum der polnischen Juden während der Zweiten Polnischen Republik und damit auch der jüdischen Presse. Wie sie selbst richtigerweise schreibt, wäre es faszinierend, diese Studie auf andere Orte auszudehnen und die Reaktion der jüdischen Gemeinschaft auf Nachrichten aus Deutschland sowohl in den großen jüdischen Ballungsräumen als auch in kleineren Gemeinden zu zeigen. Ihre Arbeit ist ein perfekter Ausgangspunkt für dieses Unterfangen.

Katarzyna Person
Warschau

Trennungsmomente im Ausnahmezustand



Wiebke Lisner, Johannes Hürter,
Cornelia Rauh, Lu Seegers (Hrsg.)

*Familientrennungen im
nationalsozialistischen Krieg. Erfahrungen
und Praktiken in Deutschland
und im besetzten Europa 1939–1945*
Göttingen: Wallstein Verlag, 2022, 379 S.,
€ 34,–

»Relativ kurze Trennungen und endgültiger Verlust markieren die Spanne, innerhalb derer sich die Trennungserfahrungen bewegten« (S. 323). Mit dieser Feststellung aus dem Beitrag von Carlos Alberto Haas sind Anspruch und Ausrichtung des Sammelbandes umrissen, der im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München–Berlin als fünfter Teil der Reihe »Das Private im Nationalsozialismus« erschienen ist: Die neben einer ausführlichen inhaltlichen Einleitung der Herausgebenden insgesamt zwölf Beiträge untersuchen denk- und nachweisbare zwischenmenschliche Trennungsmomente, die der permanente Ausnahmezustand des von NS-Deutschland im September 1939 durch den Überfall auf Polen entfachten Kriegs mit sich brachte. Dabei geht es nicht nur generell um die Familie im nationalsozialistischen Krieg und ihre (De-)Konstruktion. Die zwei weiteren Themenblöcke behandeln vor allem Familien in der deutschen Kriegsgesellschaft und innerhalb der osteuropäischen Besatzungsgesellschaften. Haas nimmt beispielsweise jüdische Familien in den während des Zweiten Weltkriegs von Deutschen okkupierten Gebieten Ostmittel- und Osteuropas in den Blick, die durch Verfolgung, Flucht, Deportation, Ghettoisierung und Vernichtung auseinanderbrachen.

Thematisiert und untersucht werden jedoch keineswegs ausschließlich Familien, verstanden als einheitliche Kernfamilien, die sich aus Vater, Mutter und ihren leiblichen Kindern zusammensetzten und die als »Keimzelle[n] des Staates« (S. 18) auch zu einem Schwerpunkt der nationalsozialistischen »Volksgemeinschafts«-Ideologie avancierten. Die Einzelstudien bieten sehr viel mehr, indem sie unterschiedliche Konstellationen von familiären Gemeinschaften und (Ehepaar-)Beziehungen ebenso beleuchten wie die vielfältigen Herausforderungen, die im Zuge des Krieges und angesichts der dadurch verursachten Trennungssituationen hiermit verbunden waren. So kann etwa Isabel Heinemann in ihrem Beitrag nachweisen, dass »Familie als Relais der nationalsozialistischen In- und Exklusionspolitik [...] funktionierte« (S. 78), wenn ganze Familiengänge unter dem Diktum von »Rassenauslese« und »Germanisierung« umgesiedelt, deportiert, aufgelöst und gegebenenfalls neu zusammengesetzt

wurden. Kathrin Kiefer und Markus Raasch gelangen des Weiteren in ihrer Analyse explizit kindlicher Perspektiven auf Familienleben im Zweiten Weltkrieg unter anderem zu dem Schluss, dass gerade ältere Kinder durch Trennungen umfangreicher in die Verantwortung gerieten und Aufgaben von Erwachsenen übernehmen mussten, was das Miteinander von Geschwistern stärken und dezidiert zur Entlastung der Angehörigen beitragen konnte.

Zentrale Quellen sind Briefe und Tagebücher. Sie scheinen als Ego-Dokumente in besonderem Maß dazu geeignet, persönliche Wahrnehmungsweisen, Wünsche und Bedürfnisse abzubilden, Beziehungs- und Kommunikationsgeflechte sowie innerfamiliäre Aushandlungsprozesse nachzuvollziehen. Katerina Piro kann anhand der Feldpostkorrespondenz von Ernst und Irene Guicking detailliert beschreiben, wie ein Paar, das als zur »Volksgemeinschaft« gehörig Kinder bekommen durfte und sollte, die Familienplanung unter den Umständen der durch den Krieg hervorgerufenen Trennung anging: Die beiden hatten sich 1937 in Gießen kennengelernt und an Weihnachten 1939 geheiratet. Er stand als Berufssoldat im Feld und nahm an Kampfhandlungen in Frankreich teil, sie hingegen war zunächst noch berufstätig und lebte dann in der gemeinsamen Wohnung in Gießen. Die Ehepartner hielten dennoch stets Kontakt zueinander, bekamen 1940 sogar ihr erstes Kind und wuchsen somit zu einer Familie zusammen. Demgegenüber legt Olga Radchenko auf der Grundlage von überlieferten Briefen jüdischer Flüchtlinge und Deportierter im sowjetisch besetzten Ostpolen einerseits und ihrer in den deutsch besetzten Gebieten verbliebenen oder ins Ausland verzogenen Angehörigen andererseits dar, wie dramatisch Familientrennungen sich vollziehen konnten und wie zwischen den Betroffenen explizit mithilfe von Briefen hierüber verhandelt wurde. Sie hält zusammenfassend fest, dass die im gegenseitigen Schreiben artikulierte Hoffnung der jüdischen Familien, »nach Flucht, Vertreibung und Deportation wieder zusammenzukommen«, mit dem Lauf der Zeit schwand und sich »in den meisten Fällen als Illusion [erwies]« (S. 298).

Indem die Herausgebenden eine facettenreiche Mischung von Untersuchungen zu familiärem Miteinander und dessen teils unvermeidlicher Auftrennung sowie teils bewusster Zerstörung im Rahmen von Krieg und Besatzung präsentieren, gelingt es ihnen, nachzuweisen, dass Familienkonzepte und -strukturen fluide sind, dass die Trennung von Familien trotz der jeweiligen Unterschiede »in jedem Fall die Erfahrungswelten und den »außeralltäglichen Alltag« im Krieg [prägten]« (S. 31). Nicht zuletzt deshalb muss dieses Themengebiet auch noch weiter beforscht werden.

Mirjam Schnorr
Fritz Bauer Institut

Zuflucht am Rande Europas



Marion Kaplan
*Transit Portugal.
Jüdischer Flüchtlingsalltag im Exil
1940–1945*

Aus dem US-Amerikanischen von Felix
Kurz und Daniel Fastner,
Göttingen: Wallstein Verlag, 2022, 373 S.,
€ 42,–

Schon ab 1933, besonders aber nach der Okkupation Frankreichs im Juni 1940, wurde das im Zweiten Weltkrieg neutrale Portugal zum Ziel Zigtausender, vor allem jüdischer Flüchtlinge, die versuchten, Europa per Schiff zu verlassen. Marion Kaplan, Skirball Professor of Modern Jewish History an der New York University, hat sich in einer 2020 auf Englisch erschienenen Monografie mit dem Transitland Portugal befasst. Anlass dazu war der Fund eines Konvolutes ungeöffneter Briefe im Archiv des New Yorker Museum of Jewish Heritage. Diese stammten von Personen in den von Deutschland besetzten Gebieten und hatten die Adressatinnen und Adressaten in Portugal nie erreicht. Kaplan war die Erste, die sie zu lesen bekam. In einem sehr persönlichen Vorwort schreibt sie über diese Erfahrung: »[M]ehr als siebzig Jahre später sprechen die ungeöffneten Briefe zu uns. Sie vermitteln persönliche Traumata in einer Weise, wie es die konventionelle Geschichtsschreibung nicht vermag.« (S. 10)

Hitler's Jewish Refugees. Hope and Anxiety in Portugal heißt die englische Originalausgabe. Der deutsche Titel klingt wesentlich nüchterner, doch Kaplan präsentiert zahlreiche Momente von Hoffnung und Angst. Ihr Ansatz ist ein emotionsgeschichtlicher. Sie analysiert die Gefühle, die Flüchtlinge in ihren Briefen, Tagebüchern und Memoiren angesichts verschiedener Situationen schildern, und zeichnet so ein lebendiges Bild des Flüchtlingslebens in Portugal.

In sieben Kapiteln gibt Kaplan einen guten Einblick in die Innen-, Außen- und Asylpolitik des portugiesischen *Estado Novo* und beschreibt zudem detailliert Fluchtrouten. In der portugiesischen Bevölkerung war Antisemitismus wenig verbreitet, der Großteil der Portugiesinnen und Portugiesen erwies sich den Flüchtlingen gegenüber als äußerst hilfsbereit und liebenswürdig. Diese fühlten sich jedoch auch in Portugal nicht sicher: zum einen aufgrund der Schikanen durch die Staatspolizei PVDE im Fall von abgelaufenen Visa und ungültigen Papieren, die bis zur Inhaftierung führen konnten, zum anderen aufgrund der Angst vor einem Einmarsch der Wehrmacht in Portugal. Im Kapitel »Orte der Zuflucht und der Angst. Konsulate und Zwangsdomizile« geht Kaplan ausführlich auf das Visaprozedere ein und schildert die verzweifelte Lage der

Flüchtlinge angesichts sadistischer Konsulatsbeamter. Als Gegensatz dazu präsentiert sie Selbstwirksamkeit von Flüchtlingen am schönen Beispiel von Trixie und Ferris Ferrigo: er jüdischer Flüchtling mit jugoslawischem Pass, sie Engländerin, gemeinsam waren sie aus Antwerpen geflüchtet, in Portugal organisierten sie Benefizkonzerte. Als sie zwangsweise im Kurort Caldas da Rainha untergebracht wurden, riefen sie dort eine Tauschbibliothek ins Leben.

Im Kapitel »Emotionale Dissonanz. Trauernde Erwachsene, zuversichtliche Kinder« erzählt Kaplan von sozialem Abstieg, dem Einbüßen der Handlungsfähigkeit und dem Verlust von Heimat im doppelten Sinn: durch die faktische Vertreibung in praktischer Hinsicht, aber auch im emotionalen Sinn, da sie sich fragen mussten, ob sie in ihren Herkunftsländern »je wirklich dazugehört hatten« (S. 163).

Die Autorin hat nicht nur schriftliche Quellen analysiert, sondern auch bildliche. So erläutert sie am Beispiel eines auf die Flucht mitgenommenen Damenhuts die Bedeutung von Haltung in schwierigen Zeiten. Ein besonderes Anliegen Kaplans, das sie auch schon in anderen Publikationen verfolgt hat, ist die Genderthematik. Sie geht speziell auf das Erleben von Männern, Frauen und Kindern ein und thematisiert zum Beispiel die sich verändernden Rollen von Kindern und Eltern im Flüchtlingsalltag.

Man erfährt bei der Lektüre auch vieles, was über das Erleben von Flüchtlingen im Transitland Portugal hinausgeht, so etwa über Emotionen in der jüdischen Geschichte, über Ego-Dokumente als Quelle, über portugiesische Jüdinnen und Juden in vom NS-Regime besetzten Gebieten (von denen zahlreiche in der Shoah ermordet wurden), über die Emotionen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter diverser Hilfsorganisationen und über die Einwanderungsgesetze verschiedener Staaten. Den Kapiteln sind jeweils Zitate aus aktuellen Interviews mit Flüchtlingen vorangestellt, die vor Augen führen, wie sehr sich die Gefühle damals und heute ähneln; auch im Epilog geht Kaplan auf aktuelle Flüchtlingsbewegungen ein. Hinweise auf Entstehungsdatum und Genese der zitierten Autobiografien und Memoiren wären aufschlussreich gewesen. Die Namensnennung ist nicht stringent; so wird Jan Lustig mal mit Namen genannt, mal als »ein Schriftsteller« zitiert. Margit Meissner hieß zur Zeit ihrer Flucht Morawetz (wie auch ihre Mutter). Ein Namens- und Ortsverzeichnis sowie ein Index wären sehr wünschenswert gewesen.

Insgesamt ist *Transit Portugal* eine gut zu lesende Gefühls-geschichte der Flucht nach Portugal und des Lebens dort während der späten 1930er und frühen 1940er Jahre, aber auch weit darüber hinaus.¹

Katrin Sippel
Wien

¹ In diesem Zusammenhang sei auf ein zweites Überblickswerk zu Portugal hingewiesen, das 2022 in deutscher Übersetzung erschienen ist: Irene Flunser Pimentel, Christa Heinrich, *Zuflucht am Rande Europas. Portugal 1933–1945*, Leipzig 2022.

Komplex und dynamisch: Judenräte in Westeuropa



Laurien Vastenhout

Between Community and Collaboration.

»Jewish Councils« in Western Europe
under Nazi Occupation

Cambridge, New York: Cambridge
University Press, 2022, 280 S., € 89,95

Verhalten und Taktik der von den Nationalsozialisten eingesetzten jüdischen Institutionen, meist Judenräte genannt, waren während des Holocaust und danach immer wieder Gegenstand von teilweise hitzigen Debatten. Anfangs wurden sie meist pauschal als »Kollaborateure« gebrandmarkt, gewissermaßen als Gegenpol zum jüdischen Widerstand. So einfach ist das aber nicht, das haben sowohl manche Überlebende als auch Historikerinnen und Historiker belegt. Sie haben nuanciert die Handlungsoptionen und Dilemmata der Judenräte herausgearbeitet, die innerhalb eines Systems agieren mussten, in dem Überleben letztlich gar nicht vorgesehen war. Zugleich hat die internationale Forschung in den letzten Jahren immer mehr die sozialen Dynamiken des Holocaust analysiert und gezeigt, dass statische Kategorien zur Beschreibung dieser Prozesse nicht geeignet sind.

Innerhalb dieser Forschungstrends ist die Studie von Laurien Vastenhout über die Judenräte in den Niederlanden, in Belgien sowie dem besetzten und unbesetzten Frankreich zu verorten. Der komparative Ansatz ermöglicht es, die Bedeutung der jeweiligen Kontexte, der Herkunft der Vorsitzenden und des Handelns der lokalen nichtjüdischen, insbesondere der deutschen Akteure für die Interpretationen und die Entscheidungen der Judenräte zu zeigen.

Während in Bezug auf die Mitarbeiter der Judenräte häufig die Frage gestellt wurde, warum sie sich derart in den Dienst der deutschen Besatzer und letztlich ihrer Mörder gestellt haben, betont Vastenhout, dass diese zunächst das Problem beschäftigte, wie sie die jüdischen Gemeinden unter den sich ständig verschlechternden Bedingungen versorgen konnten. Als sie ihr Amt akzeptierten, war noch nicht klar, was langfristig ihre Aufgabe sein würde: an den Deportationen der jüdischen Bevölkerung mitzuwirken. Um den Gemeinden aber helfen zu können, mussten sie, so betont die Autorin zu Recht, kooperieren. In ihrer Diskussion der Terminologie votiert sie auch nicht für den umstrittenen Begriff »Kollaboration«, der im Buchtitel verwendet wird und vermutlich größere Aufmerksamkeit generieren soll, sondern für den Begriff »Kooperation«, um das Handeln der von ihr untersuchten Institutionen zu charakterisieren.

Detailliert betrachtet die Verfasserin die Geschichte der vier Institutionen, diskutiert ihre Optionen, markiert nationale Besonderheiten und zeichnet, so gut es geht, ein Bild der jeweiligen Vorsitzenden und ihrer Diskussionen darüber, ob und bis zu welchem Punkt die Kooperation mit den Nationalsozialisten eingegangen werden sollte. Dabei kann die Rolle der Deutschen gar nicht genug betont werden; sie waren es, die den Rahmen setzten, innerhalb dessen die Judenräte agieren mussten. Jedoch betont Vastenhout, dass die Räte keineswegs ein bloßes Instrument in den Händen der Besatzer gewesen seien und ihre Geschichte sehr viel komplexer sei.

Anders als im besetzten Osteuropa, wo die Judenräte für ihre jeweilige Gemeinde zuständig waren, handelte es sich in Westeuropa um Institutionen, die für das gesamte Land verantwortlich zeichneten. Der als Erstes gegründete Joodsche Raad in den Niederlanden war zwar zunächst regional für den Raum Amsterdam vorgesehen, seine Kompetenzen wurden jedoch im Oktober 1941 auf das ganze Land ausgeweitet. Trotz dieser Unterschiede gab es durchaus Ähnlichkeiten. Hier spielte der Erfahrungstransfer der deutschen Besatzer eine große Rolle, etwa durch Verantwortliche, die zuvor in Osteuropa tätig gewesen waren: Ihren Vorstellungen entsprechend wurden die jüdischen Zwangsvereinigungen im Westen etabliert. Dies ist ein zentraler Punkt, der auch für andere Bereiche der anti-jüdischen Politik gilt und in transnationalen Untersuchungen noch viel mehr in den Blick kommen sollte.

Faktoren wie die sozialen Strukturen der Vorkriegsgemeinden, persönliche Erfahrungen und Ansehen hatten großen Einfluss darauf, wie bereitwillig die Leiter der Judenräte die ihnen zugeordnete Rolle annahmen. Im Vertrauen auf ihre Fähigkeiten blieben manche in dieser Position, wie David Cohen und Abraham Asscher in den Niederlanden, die trotz späterer Deportation nach Theresienstadt beziehungsweise Bergen-Belsen beide überlebten. Andere traten zurück oder wurden gezwungen, in ihrem Amt zu verbleiben, wie dies in Belgien und Frankreich der Fall war.

Während die Vorsitzenden des niederländischen Jüdischen Rats ihrem Ansatz treu blieben, im »legalen« Rahmen der deutschen Anordnungen das Beste für die ihnen Anvertrauten erreichen zu wollen, nutzten einige der führenden Persönlichkeiten in Frankreich und Belgien ihre Stellung auch dazu, widerständiges Verhalten zu unterstützen. Doch waren all diese Verhaltensweisen keineswegs statisch und konnten sich durchaus bei ein und derselben Person wandeln. Diese Dynamiken in einem überaus komplexen Kontext herauszuarbeiten ist Laurien Vastenhout auf exzellente Art und Weise gelungen. Ihre Untersuchung setzt Maßstäbe, wenn es um die transnationale, vergleichende Untersuchung jüdischer Zwangsvereinigungen während des Holocaust geht.

Andrea Löw
München

Jüdische Frauen im Widerstand



Judy Batalion

Sag nie, es gäbe nur den Tod für uns.

*Die vergessene Geschichte jüdischer
Freiheitskämpferinnen*

München: Piper Verlag, 2021, 621 S.,
€ 25,-

Batalions Buch über jüdische Widerstandskämpferinnen im besetzten Polen ist bereits in 18 Sprachen übersetzt, mindestens fünf weitere Sprachen sind laut Website der Autorin in Planung. Große englischsprachige Zeitungen – von der *New York Times* über *BBC History* bis zur *Jerusalem Post* – rezensierten das Buch durchgehend positiv. Es stand auf der Bestsellerliste der *New York Times* und hat zahlreiche Preise gewonnen, darunter den National Jewish Book Award und den Canadian Jewish Literary Award. Im deutschsprachigen Raum wurde Batalions Arbeit weitaus weniger und weniger euphorisch rezipiert. Zu Unrecht! Das Buch über den vergessenen Kampf von jüdischen Frauen in den Ghettos ist ausgezeichnet erzählt und wissenschaftlich genau recherchiert. Es rückt zwei vernachlässigte Themen in den Aufmerksamkeitshorizont einer breiteren Öffentlichkeit: die Geschichte von jüdischem Widerstand und seine Protagonistinnen.

Die Akteurinnen waren jung und aktiv in sozialistisch-zionistischen Jugendorganisationen wie Dror (Freiheit) und Junge Wächter (Hashomer Hatzair). In über 90 Ghettos in Osteuropa, von Vilna über Krakau bis Białystok, organisierte sich Widerstand gegen die Besatzer. Jüdische Frauen und Mädchen arbeiteten als Kurierinnen der Untergrundbewegung, schmuggelten Waffen, verübten Sabotageakte und Anschläge, waren getarnt als Nichtjüdinnen auf der »arischen« Seite aktiv, führten geheimdienstliche Missionen durch, verhalfen anderen Jüdinnen und Juden zu Fluchten und Verstecken oder schlossen sich Partisanengruppen an. Sie wussten über das Vorgehen der Nationalsozialisten Bescheid und planten den finalen Widerstand bei der sogenannten Auflösung der Ghettos, also bei den Deportationen in die Vernichtungslager beziehungsweise den Massenerschießungen.

Die Quellengrundlage der Studie ist beeindruckend. Im Jahr 2007 hat Batalion in der British Library bei Recherchen über die jüdische Widerstandskämpferin Hannah Szenes das Buch *Freuen in di Ghettos* (Frauen in den Ghettos) entdeckt. Die von dem polnischen Historiker und Überlebenden Leib Spizman 1946 herausgegebene Publikation beinhaltet eine umfassende Sammlung von Erinnerungen und Briefen jüdischer Widerstandskämpferinnen der polnischen zionistischen Arbeiterbewegung. Ein Kernstück bildet der Beitrag Renia Kukielkas, der auf ihrer 1945 auf Polnisch verfassten Autobiografie

basiert. Kukielka ist eine der Hauptfiguren in Batalions Buch. Im Schneeballsystem stieß sie auf immer mehr Namen von Widerstandskämpferinnen, zum Beispiel in den Yizkor-Büchern, den Erinnerungsbüchern ausgelöschter jüdischer Gemeinden.

Doch warum, fragt sich die Autorin, hat sie noch nie von all den Namen gehört? Batalion geht es darum, die Handlungen der jüdischen Mädchen und Frauen zu zeigen und dem Mythos der passiven Opfer entgegenzutreten. Damit interveniert sie in die Historiografie und in die Erinnerungskultur. Die Darstellung des Nationalsozialismus in Nordamerika, Europa und insbesondere in Deutschland basierte lange Zeit auf der Auswertung von Täterdokumenten. Die israelische und hebräischsprachige Holocausthistoriografie hat demgegenüber von Beginn an auf die Perspektive der jüdischen Bevölkerung fokussiert. Doch erst in den letzten Jahrzehnten ist international eine wahrnehmbare Verschiebung hin zu der Prämisse auszumachen, jüdische Verfolgte als handelnde Subjekte zu untersuchen. Eine weite Forschungslandschaft zu Holocaust Testimonies, den Quellen von Betroffenen, hat sich mittlerweile etabliert. An dieser Stelle erwähnenswert sind die Arbeiten der Publizistin Ingrid Strobl, die bereits früh zu diesem Thema im deutschsprachigen Raum publizierte: 1993 übersetzte sie die Autobiografie der Aktivistin und späteren Knesset-Abgeordneten Chaika Grossman, die auch in Batalions Buch auftaucht, ins Deutsche; 1998 veröffentlichte sie ein Buch über jüdische Frauen im Widerstand in der Schwarzen Reihe des Fischer Verlags.¹

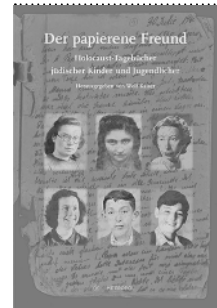
Zum Vergessen der Geschichten der Widerstandskämpferinnen, erläutert Batalion, hat zudem der androzentrische Blick in der Historiografie beigetragen, der Frauen systematisch ausblendet. Ergänzend könnte gesagt werden, dass die Historiografie mit Verweis auf den Eisernen Vorhang und mangels Sprachkenntnissen lange Zeit nicht nach Osteuropa blickte, wo die Deutschen die größte Zahl an Jüdinnen und Juden ermordeten. Höchst interessant sind auch die zwei letzten Kapitel, in denen Batalion über die Tätigkeiten der überlebenden Widerstandskämpferinnen in Israel berichtet. Detailliert zeichnet sie die Rezeption ihrer Geschichtsarbeit und die Auseinandersetzungen um die Erinnerung in Israel nach.

Das Buch liest sich beinahe wie ein Roman, was unter anderem an Batalions Erzähltechnik liegt, die Elemente szenischen Schreibens in die historische Analyse integriert. Auch wenn im deutschsprachigen Raum kritisch beäugt, trägt dieser Stil zur Vermittlung von Geschichte bei. Steven Spielberg hat jedenfalls bereits Interesse an der Verfilmung des Buches angemeldet.

Veronika Duma
Frankfurt am Main

.....
¹ Chaika Grossman, *Die Untergrundarmee. Der jüdische Widerstand in Białystok*, Frankfurt am Main 1993; Ingrid Strobl, *Die Angst kam erst danach. Jüdische Frauen im Widerstand in Europa 1939–1945*, Frankfurt am Main 1998.

Vielfalt und Vernichtung



Wolf Kaiser (Hrsg.)

Der papierene Freund.

Holocaust-Tagebücher jüdischer Kinder und Jugendlicher

Berlin: Metropol Verlag, 2022, 607 S., € 39,-

Am Ende der sehr instruktiven Einleitung dieser umfangreichen Dokumentation schreibt der Herausgeber, die Tagebücher könnten auch als Denkmale betrachtet werden. Je länger man sich in den Band vertieft, verstärkt sich das Bewusstsein, dass der Band selbst in erster Linie ein Denkmal ist. Er ist ein Denkmal für die als Juden verfolgten Kinder und Jugendlichen, die in der Shoah ermordet wurden oder ihr Leben als ein Leben »danach« fortführten. Wer das Children's Memorial in Yad Vashem kennt, weiß um die atemberaubende ästhetische Wucht dieses Denkmals. Es ist dafür gemacht, zu überwältigen. Das Buch-Denkmal von Wolf Kaiser ist dafür gemacht, die Überwältigung angesichts der Dimension des Verbrechens der Shoah zu überwinden und sich den Menschen zuzuwenden, deren Leben zerstört wurden.

Die Einleitung führt in die Formen und Editions geschichten von Tagebüchern aus dem Kontext der Shoah ein. Je nach den Kontexten und Lebensumständen, vor allem je nach Kriegsgeschehen und dem Verlauf des Genozids, sind sie unterschiedlich umfangreich. Aber nicht nur die Überlieferung ist von diesen Umständen geprägt, auch die Texte selbst spiegeln die jeweiligen Verfolgungsbedingungen wider. Am Ende hat allerdings jedes einzelne Tagebuch eine besondere Geschichte – nicht nur die erzählte Geschichte im Tagebuch, sondern auch die Geschichte der Entstehung, der Rettung des Buchs, seiner Weitergabe und seiner Edition oder Archivierung.

Für die Edition hat Wolf Kaiser nur solche Tagebücher ausgewählt, »die so vorliegen, wie sie während des Krieges geschrieben worden sind« (S. 14). Dadurch fehlen die bekannten, seit langem edierten Tagebücher. Der Band stellt die Aufzeichnungen nicht vollständig vor, sondern nur eine Auswahl, welche die Lesbarkeit und Möglichkeit des Vergleichens der Schicksale unterstützt. Gegliedert sind die Tagebücher nach Regionen. Zu jedem Tagebuch gibt es eine ausführliche Einleitung, die vor allem die Autorin oder den Autor, ihre Lebensumstände und ihr Schicksal in der Shoah vorstellt. Danach folgt ohne weiteren Kommentar der Abdruck des Tagebuchtexts. Wenn die Aufzeichnung nicht auf Deutsch angefertigt wurde, wird eine Übersetzung präsentiert. Für sie dient wegen der in den meisten Fällen komplizierten und oft dramatischen

Überlieferungsgeschichte nicht immer das Manuskript als Grundlage. Einige Tagebücher wurden in der Sprache veröffentlicht, in der die Autorinnen oder Autoren nach der Shoah lebten, weil sie in dieser Sprache publiziert wurden.

Die Texte sind mit einem Anmerkungsapparat versehen, der Hinweise auf die Forschungslage zu den Lebens- und Verfolgungszusammenhängen der Kinder und Jugendlichen gibt. Das ist für die Nutzerinnen und Nutzer der Edition hilfreich und notwendig, weil der Verlauf und die Bedingungen der Verfolgung und der Flucht sich grundlegend unterscheiden. Genau dies ist zugleich eine Stärke des Bandes. Je näher wir dem Verbrechen des Holocaust kommen, desto weiter differenziert sich das Geschehen aus und desto unterschiedlicher sind die Erfahrungen und Handlungsmöglichkeiten der Einzelnen. Da die Auswahl der Quellen, die Wolf Kaiser zusammengestellt hat, zunächst eine Textgattung als Kriterium festlegt, ergibt sich trotz aller Unterschiede eine Fokussierung. Es sind private, oft anrührend naive, in anderen Fällen weitsichtig reflektierende Texte, aber immer dezidiert aus einer begrenzten Perspektive verfasst.

Die Autorinnen und Autoren schreiben über ihre Erfahrungen in den Familien, über das eigene Verhältnis zur Religion, zum Zionismus, zu politischen Positionierungen generell. Diese in einigen Fällen philosophischen Passagen ziehen sich auch durch die Notizen, die bereits von der wachsenden Todesgefahr und von den Erfahrungen des Mords an ihren Angehörigen und Freunden geprägt sind.

Tagebücher sind ihrer Funktion nach persönliche Schreiborte der Selbstverständigung, eben ein »papierener Freund«. Dem wird diese Edition gerecht, indem sie die Individualität der Zeugnisse betont. Aus der von Wolf Kaiser kuratierten Vielfalt der Perspektiven ergibt sich ein Blick auf die Vielgestalt der Positionen und Lebensentwürfe, die von der antisemitischen Verfolgung im Holocaust erfasst wurden. Ein Aufleuchten der Diversität der jüdischen Diaspora in Europa, deren Vernichtung das Ziel der NS-Politik war. Der Band sollte nicht als Quellensammlung für die pädagogische Nutzung verstanden werden. Das mag ein Nebeneffekt sein. Es gibt kein Tagebuch, das für alle Opfer der Shoah steht, das wird hier deutlich. So ist das Buch auch ein wichtiger Beitrag dazu, die Erinnerungskultur nicht in Kitsch abgleiten zu lassen – ein Anliegen, das dem Verdienst Wolf Kaisers als langjährigen Leiters der Pädagogik an der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz entspricht.

Gottfried Kößler

Frankfurt am Main

»Halbtöne« aus der Besatzungszeit



Tanja Penter, Stefan Schneider (Hrsg.)

Olgas Tagebuch (1941–1944).

Unerwartete Zeugnisse einer jungen Ukrainerin inmitten des Vernichtungskriegs
Wien, Köln: Böhlau Verlag, 2022, 432 S., € 39,-

Bei der Erforschung der Geschichte der NS-Besatzung in der Sowjetunion und insbesondere der Ukraine war es lange Zeit üblich, sich in erster Linie auf offizielle Dokumente zu beziehen. Dies lag sowohl an der Verfügbarkeit dieser Materialien als auch an politischen Faktoren, die die Erforschung dieses Themas beeinflussten. Soll jedoch ein Krieg aus der Sicht der »einfachen Menschen« jenseits des offiziellen Machtdiskurses und durch das Prisma der subjektiven und emotionalen Wahrnehmung betrachtet werden, so müssen andere Quellen aufgetan und einbezogen werden.

Das Tagebuch der 1923 geborenen Ukrainerin Olga Krawzowa aus Snamjanka im Gebiet Kirowohrad, das in ukrainischen Archiven entdeckt und von Tanja Penter und Stefan Schneider veröffentlicht wurde, ist in dieser Hinsicht von großem Interesse. Es umfasst mit gewissen Lücken die Zeit der deutschen Besatzung von August 1941 bis Dezember 1943 und endet zwei Monate nach der Befreiung der Stadt durch die Rote Armee.

Die im Tagebuch enthaltenen Informationen erfordern ein tiefes historisches, geografisches und sprachliches Verständnis. Zur Kontextualisierung sind dem Tagebuch daher ausführliche Einführungen Penter und Schneiders vorangestellt. Darin haben sie Tagebücher aus dem Zweiten Weltkrieg im Allgemeinen und Olgas Tagebuch im Besonderen charakterisiert und dessen Bedeutung für seine Verfasserin, die Umstände seiner Entstehung und die Schwerpunkte der Einträge analysiert. Eine große Herausforderung für die Übersetzung bestand darin, die Einzigartigkeit des Stils zu bewahren und die expliziten und impliziten Bedeutungsebenen des Festgehaltenen zu erkennen.

Zum Zeitpunkt der Besatzung besuchte Krawzowa die zehnte Klasse eines Gymnasiums, das nach der Ankunft der Deutschen seinen Betrieb einstellte. Dank ihrer guten Deutschkenntnisse gelang es ihr, eine Anstellung als Lehrerin in einer der Dorfschulen zu erhalten, später arbeitete sie als Dolmetscherin bei der deutschen Eisenbahndirektion in Snamjanka. Aus familiären Gründen verließ sie Snamjanka nicht mit der sich zurückziehenden Wehrmacht, sondern blieb in der Stadt, die im Dezember 1943 befreit wurde. Der letzte Tagebucheintrag stammt vom 23. Februar 1944. Olgas weiteres Schicksal bleibt trotz aufwendiger Recherchen unbekannt. Es

ist möglich, dass sie die Stadt verlassen hat oder umgekommen ist. Wahrscheinlicher ist jedoch, dass sie wegen Kollaboration verhaftet und verurteilt wurde. Dabei ist zu vermuten, dass das Tagebuch vom sowjetischen Staatssicherheitsdienst aufmerksam gelesen wurde und als einer der Hauptbeweise für ihre Schuld diente.

Dessen Lektüre ruft komplexe, bisweilen ambivalente Gefühle hervor, da die Einträge nicht immer zur gängigen Beschreibung des Krieges passen. Besatzungspolitik und Verbrechen der Nationalsozialisten tauchen höchstens als Randnotizen auf. Gleichzeitig reflektiert Olga über das tragische Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen, deren mögliche Heranziehung zur Zwangsarbeit in Deutschland und ihre eigene Tragödie: den Tod der Mutter und Schwester bei einem sowjetischen Luftangriff während der Schlacht um die Befreiung der Stadt.

Nachdem sie sich in den ersten Monaten der deutschen Besatzung als Sowjetpatriotin positioniert hatte, veränderte sich Olgas Einstellung gegenüber den Besatzern schnell. Am Ende steht die scheinbar paradoxe Frage: »Aber waren sie [die Deutschen] in Wirklichkeit Feinde für mich gewesen?« (S. 407) All dies wirft die Frage nach den Ursachen von Identitätskrisen in Zeiten politischer Kataklysmen, den Eigenheiten wechselnder politischer Loyalitäten und den Besonderheiten einer Sozialisation in totalitären politischen Systemen auf.

Die Besatzung war für Olga eine Zeit, in der sie erwachsen wurde, ihren sozialen Status sowie ihre Wertvorstellungen änderte. Eine Besonderheit des Tagebuchs ist die Beschreibung ihrer zahlreichen Kontakte mit Deutschen. Einige dieser Begegnungen sind romantisch und stellenweise sogar erotisch aufgeladen. Deutlich werden hier der facettenreiche Charakter eines Krieges und die Ambivalenz einer Kriegserfahrung, die nicht immer in das gewohnte Schema passt. Gleichzeitig veranschaulicht Olgas Geschichte eine Grauzone, in der die Rollen der Helferin, des Opfers, der Beobachterin und der Akteurin, die um ihr Überleben kämpft, eng miteinander verwoben sind.

Der Krieg, der sich seit 2014 in der Ukraine abspielt, hat bei vielen Menschen das starke Interesse geweckt, ihre Erlebnisse aufzuzeichnen. Es liegt auf der Hand, dass diese Tagebücher in Zukunft von unterschiedlichen Disziplinen untersucht werden. Es ist jedoch unabdingbar, dass im Mittelpunkt der Analyse der Wunsch stehen sollte, die Gedanken, Gefühle und Stimmungen eines Menschen, der sich in einer Extremsituation befindet und von verschiedenen Faktoren beeinflusst wird, zu verstehen.

Mit einem solchen tieferen Verständnis für eines der unzähligen menschlichen Dramen des Zweiten Weltkriegs – universell und einzigartig zugleich – vermitteln Penter und Schneider die Geschichte der jungen Ukrainerin und machen deren Gedanken und Gefühle für ein breites Publikum zugänglich.

Dmytro Tytarenko

Krywyj Rih, Ukraine

Militärische Organisationskultur ohne Zwang



Jan Hendrik Issinger

Militärische Organisationskultur im Nationalsozialismus. Das Reserve-Polizeibataillon 61 und der Zweite Weltkrieg in Osteuropa
Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2022, 642 S., € 75,-

Anliegen der nun als Buch vorliegenden Dissertation *Militärische Organisationskultur im Nationalsozialismus* von Jan Hendrik Issinger war es, erstmals umfassend den Einsatz des Reserve-Polizeibataillons 61 zu untersuchen. Dies ist ihm gelungen, wenn man umfassend im Sinne von umfangreich versteht.

Das Polizeibataillon verübte von 1939 bis 1942 abscheuliche Verbrechen in Polen; ein Teil der Männer ritualisierte 1942 im Warschauer Ghetto den nationalsozialistischen Massenmord, den Issinger ausführlich und anschaulich dokumentiert. Insofern stellt sich die Frage, ob der Titel die Verbrechen nicht zu harmlos erscheinen lässt.

Issinger wählt einen guten Einstieg und beginnt mit dem Dortmunder »Ghettoprozess« von 1954. Er fragt, inwieweit die Männer, »bedingt durch militärische Organisationskultur«, bereit waren, Gewalt auszuüben (S. 10), und behauptet, die Teilnahme an Verbrechen sei grundsätzlich freiwillig gewesen (S. 417 ff.), lokale Exekutionen sogar »komplett freiwillig« (S. 559). Unklar bleibt jedoch, wie das zur militärischen Organisationskultur passt.

Das Thema ist nicht neu, zum Polizeibataillon 61 existieren bereits mehrere Publikationen. Issinger bezieht sich auf vorliegende Forschungsergebnisse, kritisiert, vertieft und ergänzt sie durch weitere Recherchen. Neu ist hingegen seine Herangehensweise. Er setzt auf »multikausale« Erklärungsmuster, die sich deutlich abgrenzen von Stefan Kühls »ganz normalen Organisationen« (S. 31) und den »normalen Männern« nach Christopher Browning (S. 31 f.). Eine Differenzierung zwischen den einzelnen Gruppen – Täter, Befehlsempfänger, Verweigerer, Selbstmörder – gelingt aber nicht wirklich. Die NS-Ideologie ist für Issinger nur ein Nebenaspekt. Unklar bleibt zudem seine Behauptung, seine Arbeit beziehe erstmals die Opferperspektive ein (S. 27).

Issinger verstrickt sich in zahlreiche Widersprüche: Er betrachtet die Männer grundsätzlich zwar als eigenständige Akteure (S. 30, 36) und schließt Zwang kategorisch aus (S. 27 ff., 30). Gleichzeitig muss er jedoch zugeben, dass es Druck, Drohungen, Angst vor Strafen und Sanktionen gegeben hat (S. 28 f., 574), Männer gegen ihren Willen zur Ghettobewachung eingeteilt wurden (S. 421) und der Vorgesetzte Hauptmann Mehr keinen Widerspruch duldet (S. 482 ff.).

Auch die Darstellung des Reservisten Gustav Zimmermann weist zahlreiche Fehler auf. So bestreitet Issinger etwa, dass Zimmermann vor 1933 kommunistischer Gewerkschaftsfunktionär gewesen war (S. 504), obwohl dies aus dem Wehrstammbuch des Mannes hervorgeht. Außerdem wird nicht hinterfragt, wie die Selbsttötung Zimmermanns am Tag vor einer Erschießungsaktion 1942 in Warschau zur Theorie der »kompletten Freiwilligkeit« passt. Unerwähnt bleibt zudem die 3. Kompanie des Polizeibataillons 133, die dem Polizeibataillon 61 in Warschau zugeteilt wurde.¹ Das Polizeibataillon 61 war 1942 eben nicht ganz allein im Ghetto eingesetzt. Auch bleiben wichtige Quellen, die in eine Bewertung des Polizeieinsatzes einfließen müssten, unberücksichtigt: Die umfangreichen Bildbestände zum Polizeibataillon 61 nimmt Issinger nicht zur Kenntnis (S. 52, 197), ebenso wenig wie die Zeitungsartikelserie des Rezensenten in der *Westfälischen Rundschau* zum Polizeibataillon 61 aus dem Jahr 1996. Unbeachtet bleibt auch die ausführliche Darstellung der Einsätze des Polizeibataillons 61 in der Sowjetunion ab Oktober 1942 im Online-Portal »Forum der Wehrmacht«.² Issinger erwähnt zwar das »Forum der Wehrmacht«, zitiert aber aus dem »wehrmacht-forum« (S. 23), einem gänzlich anderen Portal.

Widersprüchlich sind zudem die Betrachtungen zum Schwerpunktthema pathologische Täter. Einmal war nahezu keiner der Polizisten ein gewalttätiger Psychopath (S. 574), einmal war es die ganze Gruppe (S. 153). Ein Polizist, der von Kameraden wegen seiner vielen Erschießungen als »Schützenkönig« bezeichnet wurde, habe keine psychische Störung gehabt, schlussfolgert Issinger, indem er sich kritiklos dem Gerichtsgutachter Ernst Sturm anschließt (S. 152 f.). Von der Vergangenheit Sturms in NSDAP und SS sowie seiner amtsärztlichen Tätigkeit vor 1945 erfährt der Leser nichts. Einen *Spiegel*-Artikel, der sich mit der Frage beschäftigt, anhand welcher Merkmale Wissenschaftler eine psychopathische Persönlichkeit erkennen können, deutet Issinger in einen Artikel über »psychologische Störungen bei Kindern« um.³

Der Autor schließt sich letztlich der Interpretation von Goldhagen an, wonach die Polizisten »willige Vollstrecker« waren (S. 520), und setzt am Ende die Mechanismen des Polizeibataillons 61 mit einer US-Militäreinheit in Afghanistan gleich (S. 583). Die gut lesbare Studie ist das Ergebnis einer Fleißarbeit. Sie trägt zur Diskussion bei und zeigt, dass die »Täterforschung« keineswegs abgeschlossen ist.

Stefan Klemp
Dortmund

¹ Bundesarchiv Berlin, R 20/224, Tätigkeitsbericht des Polizeibataillons 133 vom 5.6.1942, Bl. 61.

² <https://www.forum-der-wehrmacht.de/index.php?thread/26022-polizeieinheiten-im-bereich-der-281-sich-div-1941-43/&pageNo=2> (26.1.2023).

³ Frank Thadusz, »Kindheit ohne Gewissen – was macht einen Menschen zum Serienmörder?«, in: *Der Spiegel*, 48 (2012), S. 24 ff.

Ein Fachmann im Massenmord



Anna-Raphaela Schmitz

Dienstpraxis und außerdienstlicher Alltag eines KL-Kommandanten: Rudolf Höß in Auschwitz
Berlin: Metropol Verlag, 2022, 454 S., € 29,-

Die Biografie des Auschwitz-Kommandanten Rudolf Höß wird in vielen Darstellungen behandelt.¹ Anna-Raphaela Schmitz fügt diesen Arbeiten mit ihrer am Zentrum für Holocaust-Studien des Instituts für Zeitgeschichte erstellten und 2020 an der Ludwig-Maximilians-Universität München vorgelegten Dissertation eine historische Studie an. Diese stützt sich nicht nur auf publizierte Quellen wie Höß' Nachkriegsaufzeichnungen,² sondern auch auf unveröffentlichte Archivalien wie die Akten des Warschauer Höß-Prozesses von 1947.

Nur knapp geht Schmitz auf die biografischen Anfänge des 1901 in Baden-Baden geborenen Höß ein, der als Mitglied des rechtsterroristischen Freikorps Roßbach 1924 einer der Haupttäter des »Parchimer Fememords« war. Über die völkischen Artamanen fand er 1933 den Weg zur SS und bald darauf in den KZ-Dienst in Dachau und Sachsenhausen. Schmitz sieht ihn als »aktiven Netzwerker«³ an, der früh Kontakt zu SS-Führern knüpfte, die später seine Untergebenen wurden. Höß' Vorgesetzte zweifelten nicht an seiner Härte gegenüber den Gefangenen, rasch stieg er auf, bis er im Mai 1940 mit der Führung des neuen Lagers Auschwitz beauftragt wurde.

Hier setzt der erste Hauptteil von Schmitz' Studie ein: Sie fragt nach dem »Dienstalltag der SS unter Höß« (S. 126) und benennt die vielfältigen Gewaltformen im Lagerkomplex Auschwitz. Dabei bricht sie mit der Vorstellung des »industriell perfektioniert und planerisch zielstrebig wie auch anonym« ausgeführten Massenmords und spricht von »allgegenwärtiger Improvisation und Willkür« (S. 129). Als Schnittstelle zu Vorgesetzten und anderen Ämtern sowie als oberste Autorität vor Ort nahm Höß eine Schlüsselposition

ein. Schmitz sieht ihn als verantwortlichen »Akteur, der eigenständig über Organisationsfragen und Durchführungspraktiken« (S. 229) der Gaskammermorde entschied.

Im zweiten Hauptteil ihrer Arbeit widmet sich Schmitz dem »Leben der Täter nach Dienstschluss« (S. 283). Sie schildert die Stufen normierter und individueller Freizeit der Auschwitz-Täter, die von obligatorischen »Kameradschaftsabenden« bis hin zu privaten Normüberschreitungen reichten, wenn sich Höß und seine Familie persönlich am Besitz der Häftlinge bereicherten oder Gefangene als Arbeitskräfte in ihrer Villa einsetzten. Schmitz spricht von einem »privaten Gegenpol« (S. 410) zum mörderischen Dienst im Lager, doch sprechen die angeführten Belege eher für die »unauflöbliche Einheit«⁴ von Täter und Privatperson.

Ende 1943 wurde Höß als Leiter des Zentralamts in die Amtsgruppe D (Inspektion der Konzentrationslager) des Wirtschaftsverwaltungshauptamts versetzt. Doch schon im Juni 1944 kehrte er nach Auschwitz zurück, um als »Fachmann im Massenmord« (S. 370) die Vernichtung eines Großteils der rund 438.000 Jüdinnen und Juden zu koordinieren, die nach der deutschen Besetzung Ungarns nach Auschwitz-Birkenau deportiert worden waren. In Widerspruch zu diesen (auch von Schmitz dargelegten) Fakten schreibt sie aber an anderer Stelle: »Ab Frühjahr 1944 verfolgten die Täter den Massenmord an den Juden aus zweckrationalen Gründen nicht weiter, Auschwitz-Birkenau wurde zum Sammelbecken, Segregationszentrum [...] von Gefangenen im Arbeitseinsatz.« (S. 97) Die Bedeutung des Lagerkomplexes Auschwitz für das ineinandergreifende System aus Zwangsarbeit und Vernichtung sowie die zentrale Verantwortung des Wirtschaftsverwaltungshauptamts hätten hier anhand der (in der Studie zitierten) Forschung richtig dargestellt werden müssen.⁵

Die Arbeit enthält weitere Unklarheiten, unter anderem beaufichtigte Höß anders als bei Schmitz geschildert 1939/40 (vor dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion) im KZ Sachsenhausen nicht die »Massenerschießungen [...] von sowjetischen Kriegsgefangenen« (S. 78), sondern die Ermordung deutscher Kriegsdienstverweigerer. Trotz dieser Kritik konnte Schmitz die Rolle von Höß und seinen Untergebenen als »Experten des Massenmordes« (S. 408) in ihrer Arbeit überzeugend herausarbeiten.

Dirk Riedel
München

¹ Vgl. Wilhelm Kreutz, Karen Strobel, *Der Kommandant und die Bibelforscherin. Rudolf Höß und Sophie Stippel*, Mannheim 2018; Volker Koop, *Rudolf Höß. Der Kommandant von Auschwitz*, Köln 2014; Thomas Harding, *Hanns und Rudolf. Der deutsche Jude und die Jagd nach dem Kommandanten von Auschwitz*, München 2014.

² *Kommandant in Auschwitz. Autobiographische Aufzeichnungen des Rudolf Höß*, hrsg. von Martin Broszat, 25. Aufl., Frankfurt am Main 2015 (1958).

³ Stefan Hördler, *Ordnung und Inferno. Das KZ-System im letzten Kriegsjahr*, Göttingen 2015, S. 72.

⁴ Norbert Frei u.a. (Hrsg.), *Darstellungen und Quellen zur Geschichte von Auschwitz*, Bd. 1: *Standort- und Kommandanturbefehle des Konzentrationslagers Auschwitz 1900–1945*, München 2000, S. i.

⁵ Vgl. z.B. Susanne Heim u.a. (Hrsg.), *Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945*, Bd. 16: *Das KZ Auschwitz 1942–1945 und die Zeit der Todesmärsche 1944/45*, bearb. von Andrea Rudorff, Berlin 2018; Nikolaus Wachsmann, *KL. Die Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager*, München 2016.

Ein Schriftdenkmal für die vielen namenlosen Opfer



Steffen Hänschen, Andreas Kahrs (Hrsg.)
»Aktion Erntefest«.
Berichte und Zeugnisse von Überlebenden
Berlin: Metropol Verlag, 2022, 280 S.,
€ 22,-

Mit dem zynischen Begriff »Aktion Erntefest« bezeichneten die Nationalsozialisten den koordinierten Mord an mehr als 43.000 Juden und Jüdinnen im Distrikt Lublin des Generalgouvernements am 3. und 4. November 1943. Die Hauptschauplätze der Massenerschießungen durch deutsche SS-Männer und Polizisten waren das Konzentrations- und Vernichtungslager Majdanek sowie die Zwangsarbeitslager Trawniki und Poniatowa. Das Massaker, das in seiner Dimension mit dem von Babyn Jar vergleichbar ist, steht am Ende der nationalsozialistischen Mordkampagne im Osten Polens unter dem Decknamen »Aktion Reinhardt«.

Im November 2023 jährt sich dieses in der deutschen Öffentlichkeit wenig bekannte Kapitel des Holocaust zum achtzigsten Mal. Mit dem von Steffen Hänschen und Andreas Kahrs im Auftrag des Bildungswerks Stanisław Hantz herausgegebenen Band liegt jetzt eine umfangreiche Edition der Berichte Überlebender vor. Diese werden von kenntnisreichen Texten der Herausgeber zu den drei Tatorten und einer umfangreichen Einleitung begleitet, die einen Überblick zum Verbrechenskomplex der »Aktion Erntefest« gibt und ihn historisch kontextualisiert. Mit dem vorliegenden Band soll denjenigen eine Stimme gegeben werden, die überlebt haben und von ihren Erlebnissen berichten konnten. Damit, so die Herausgeber in ihrem Vorwort, soll auch den vielen namenlosen Opfern ein Schriftdenkmal gesetzt werden. Die meisten der versammelten Berichte sind nun erstmals in deutscher Sprache zu lesen. Zudem wurden sie mit hilfreichen Fußnoten versehen, die Lücken füllen oder potenziell missverständliche Aussagen auf dem Stand der Forschung einordnen und dem Leser verständlich machen.

In den versammelten Interviews und Zeugenaussagen berichten die Überlebenden von der Brutalität der nationalsozialistischen Verfolgung und Vernichtung und stellen damit das weitverbreitete Bild des Holocaust als einer weitgehend reibungslos laufenden Vernichtungsmaschinerie infrage. Die Massenerschießungen der »Aktion Erntefest« waren durchaus systematisch organisiert und von einem auf Vernichtung zielenden Antisemitismus durchdrungen. Allerdings

war der Massenmord eine brutale Tat, die mit unbeschreiblichem Leid und zahlreichen Gewaltakten einherging. Das abstrakte Bild eines geordneten Vorgangs, das Dokumente der Täter mitunter vermitteln, wird in den Berichten der Überlebenden konterkariert. Um den Lärm des Massakers zu übertönen, spielten die Täter laute Musik ab. Das änderte jedoch nichts daran, dass der Massenmord von der Bevölkerung wahrgenommen wurde. Die Räumung der Arbeitslager im Bezirk Lublin geschah in aller Öffentlichkeit. Jüdinnen und Juden wurden durch die Straßen getrieben und dabei misshandelt.

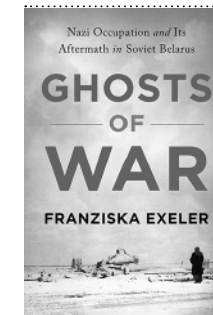
Die Überlebenden berichteten außerdem von den zahlreichen Versuchen der Jüdinnen und Juden, sich zu widersetzen, und unterlaufen damit ein weiteres Klischee über den Holocaust: das der passiven Opfer. Legt man einen weiten Widerstandsbegriff an, wird sichtbar, dass es eine Vielfalt von Versuchen der Selbstbehauptung gab. Diese reichten von Fluchtversuchen über das Einrichten von Verstecken bis hin zum kollektiv organisierten bewaffneten Widerstand. Schließlich lassen sich die Berichte selbst als eine Form der Widerständigkeit deuten. Denn die Überlebenden, so heben die Herausgeber in ihrer Einleitung hervor, legten in erster Linie Zeugnis ab, um an diejenigen zu erinnern, die ermordet wurden. Es ging ihnen darum, das Leid der Opfer nicht dem Vergessen preiszugeben. Außerdem wollten einige mit ihren Aussagen direkt dabei helfen, die Täter zu fassen und anzuklagen.

Als Mitarbeiter des Bildungswerks Stanisław Hantz organisieren Steffen Hänschen und Andreas Kahrs regelmäßig Bildungsreisen an die Orte der nationalsozialistischen Verbrechen in Osteuropa und haben daher einen besonderen Zugang zum Thema. Der vorliegende Band spiegelt in mehrfacher Weise die Arbeit des Bildungswerks wider, das sich neben der historisch-politischen Bildungsarbeit auch an erinnerungspolitischen Debatten beteiligt. So geht bei den Bildungsreisen die Beleuchtung des Zusammenhangs von Verwaltung und Organisation des Raubs, extremer Ausbeutung der Arbeitskraft und Massenmord stets mit einer Auseinandersetzung mit der Perspektive der Opfer einher. Zudem sind im Buch Fotos von den Gedenkorten in Majdanek, Trawniki und Poniatowa abgebildet, die von Texten über die Erinnerungsgeschichte begleitet werden. Sie geben Anlass, über den Wandel des (politischen) Umgangs mit den NS-Verbrechen und über die gegenwärtigen Formen des Erinnerns nachzudenken.

Die »Aktion Erntefest« zählt zu den größten singulären Mordaktionen der deutschen Besatzer während des Zweiten Weltkriegs. In der öffentlichen Erinnerung ist sie dennoch kaum präsent. Nicht zuletzt deshalb ist dem Band eine weite Verbreitung – auch über ein wissenschaftlich interessiertes Publikum hinaus – zu wünschen.

Christopher Gomer
Fritz Bauer Institut

Die Geister des Kriegs



Franziska Exeler
Ghosts of War.
Nazi Occupation and Its Aftermath in Soviet Union
Ithaka/New York: Cornell University Press, 2022, 360 S., \$ 35,95

Anhand von Quellen und biografischem Material beleuchtet die Verfasserin eine der zerstörerischsten militärischen Kampagnen auf dem Gebiet des heutigen Belarus. Sie interessiert sich für die Handlungsspielräume der Menschen und untersucht, aufgrund welcher Voraussetzungen Entscheidungen getroffen wurden und welche Folgen sie hatten. Einen roten Faden bilden die Lebensgeschichten einzelner Bewohner der umkämpften multiethnischen und mehrsprachigen Grenzregion. Die Kriegsfolgen und ihre Präsenz im Leben der Hauptgestalten werden von der Verfasserin als »Gespenster« bezeichnet.

Das Buch umfasst sechs Kapitel. Das erste Kapitel »Contested Space: An East European Borderland before 1941« ist ein Überblick über die Geschichte der Region seit dem frühen 20. Jahrhundert bis zum deutschen Angriff auf die Sowjetunion. Der behandelte Zeitraum war von dynamischen Grenzverschiebungen sowie einer reichen Erfahrung mit radikalen Umbrüchen wie der Kollektivierung, dem Großen Terror und Deportationen geprägt.

Das zweite Kapitel »At the Heart of Darkness: Wartime Choices, 1941–1944« behandelt die Zeit des Kriegs und der Besatzung. Die Autorin konzentriert sich dabei auf drei Ereignisse: den Übergang von der sowjetischen zur deutschen Verwaltung im Sommer 1941, die Vernichtung jüdischer Gemeinden in den Jahren 1941 bis 1943 sowie die Entstehung und Entwicklung der sowjetischen Partisanenbewegung seit 1942. Gerade an diesen Ereignissen manifestieren sich nach Exeler besonders deutlich die Strategien der Besatzer, die Gewaltdynamik und – als Reaktion darauf – die Überlebensstrategien von Menschen in Zwangssituationen, in die man im deutsch besetzten Belarus gestellt war.

Das dritte Kapitel »Post-1944: The Moment of Return« widmet sich der Befreiung von 1944 und der Rückkehr der Bewohner in die ruinierten Lebenswelten der Vorkriegszeit. In den Jahren der Besatzung wurde vor allem die Welt des osteuropäischen Judentums gänzlich vernichtet, während sich für andere Gruppen die Lebensumstände grundlegend wandelten. Für Probleme des Überlebens während der Besatzungssituation zeigten Sowjetbehörden nach der Eingliederung von Belarus in die Sowjetunion wenig Verständnis: Jede und jeder der erwachsenen Zivilisten, die sich in dem von

Deutschen besetzten Gebiet aufgehalten hatten, wurden als potenziell verdächtig eingestuft.

Im vierten Kapitel »Determining Guilt: The Soviet Politics of Retribution« wird die Strafverfolgung derjenigen geschildert, die als Kriegsverräter gebrandmarkt worden waren. Durch Untersuchung der öffentlichen und nichtöffentlichen Prozesse weist die Verfasserin nach, dass die Praktiken der Justiz nicht statisch waren, sondern sich bis Anfang der 1960er Jahre wandelten: Es wechselten sich Phasen milderer und härterer Spruchpraxis ab, es gab expansivere und weniger aktive Phasen. Schließlich waren die Strafprozesse Ausdruck der sowjetischen Innen- und Außenpolitik.

Im fünften Kapitel »Loss, Grief, and Reckonings: Personal Responses to the Ghosts of War« stehen individuelle Reaktionen auf die Besatzungsfolgen im Mittelpunkt. Die Verfasserin analysiert, wie einzelne Personen über offizielle und/oder inoffizielle Wege nach Wahrheit, Vergeltung und Gerechtigkeit suchten. Die eigentliche Trennlinie verlief zwischen den Menschen mit und ohne Erfahrungen mit der Besatzungsherrschaft.

Im sechsten Kapitel »Belarus, the Partisan Republic: Narrating the Years of War and Occupation« wird die Entstehung des Gründungsmythos für die »Partisanenrepublik« Belarus rekonstruiert. Schon während des Kriegs und in den ersten Nachkriegsdekaden wurde von offizieller Seite die Vorstellung eines »allgemeinen Partisanenkampfs« gegen die Besatzer gefördert, die Ost- und Westbelarus als kämpfende Einheit imaginierte.

Im Nachwort wird schließlich die sowjetische Justiz in globaler Perspektive bewertet und eine Schätzung der Menschenverluste für Belarus abgegeben.

Ein Überblick über die Auseinandersetzung mit dem Krieg ab den 1960er Jahren hätte dem Band gutgetan. Ein bemerkenswertes Beispiel dafür hätte der Kampf um Anerkennung geliefert, den die Häftlinge von Osariči, Opfer eines des größten Verbrechen der Wehrmacht an der Ostfront, jahrzehntelang geführt haben: Erstmals meldeten sie sich mit ihrer Geschichte in einem propagandistischen Dankesbrief an Stalin zu Wort; viel später, während der Perestroika, gründeten sie einen Verein und schon im unabhängigen Belarus verfassten sie Aufrufe an europäische Politiker.

Franziska Exelers Buch richtet sich an Interessierte der Regionalgeschichte, aber auch allgemeiner an Menschen, die sich mit der Aufarbeitung der Kriegserfahrungen in einer gelenkten Gesellschaft beschäftigen.

Aliaksandr Dalhouski
Minsk

Goldrausch in Polen



Pawel Piotr Reszka

Schürflätze.

Grabraub in Belzec und Sobibor

Aus dem Polnischen von Steffen Hänschen
Berlin: Metropol Verlag, 2022, 234 S.,
€ 19,-

Nach dem Krieg herrschte in den Regionen Ostpolens, wo die SS zur Zeit der deutschen

Besatzung die Vernichtungslager Belzec, Sobibor und Treblinka errichtet hatte, eine regelrechte Goldgräberstimmung auf den Geländen der ehemaligen Vernichtungslager. Polinnen und Polen, die aus der Region kamen oder von weit her anreisten, suchten in den Massengräbern nach Wertsachen. Mitunter berichtete die Presse darüber und auch die Holocaustüberlebende Rachel Auerbach schrieb über den »Goldrausch« im »polnischen Klondike«. ¹ Die »Schatzgräber« durchwühlten das Erdreich systematisch, getrieben von der Vorstellung eines unermesslichen Reichtums der dort ermordeten Jüdinnen und Juden, die aus Polen und anderen besetzten europäischen Ländern stammten. Diese im Volksmund auch Hyänen genannten Menschen trieb nicht immer nur die Gier, mitunter war es auch die pure Not, die sie diesen verzweifelten Schritt gehen ließ. Die polnischen Sicherheits- und Justizbehörden schauten dem mal tatenlos zu, mal griffen sie etwas härter durch, oft waren sie vor Ort auch überfordert oder wurden von professionalisierten Banden eingeschüchtert.

Die Forschung hat sich diesem schwierigen Thema erst spät zugewandt. Größere Aufmerksamkeit wurde ihm, vor allem in Polen, erst 2011 zuteil, als Jan Tomasz Gross und Irena Grudzińska-Gross ihren Essay *Złote żniwa* (Goldene Ernte) publizierten, in dem sie ausgehend von einem Gruppenfoto vom Gelände des ehemaligen Vernichtungslagers Treblinka den dortigen Grabraub beleuchteten. Für die anderen beiden ehemaligen Mordstätten lagen außer Passagen in Robert Kuławeks Monografie über Belzec kaum Informationen vor.

Mit Pawel Piotr Reszkas Buch änderte sich das 2019 in Polen und dank Steffen Hänschens Übersetzung aus dem Polnischen nun auch in Deutschland. Das mehrfach preisgekrönte Buch des Journalisten nimmt vor allem den Grabraub in Belzec in den Blick. Neben umfangreichen Archivbeständen an Ermittlungsakten und Polizeiberichten

kann Reszka auf zahlreiche Gespräche mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen aus der Region zurückgreifen, die er dort in den letzten Jahren immer wieder geführt hat. Vor allem Letztere zeigen eindrücklich, wie verbreitet und alltäglich das Phänomen war. »Jeder ging da hin, wenn er nur konnte«, berichtet ihm ein Gesprächspartner, der freimütig weitererzählte: »Ich war jeden Tag da. Ich weiß nicht mehr, wie viele Male, aber oft.« (S. 25) So alltäglich der Raub und die Aneignung des Eigentums der verfolgten und ermordeten Jüdinnen und Juden schon während der Besatzung war, so sehr war es das auch danach.

Mit seinen Gesprächen deckt Reszka nicht nur die routinierte »Schatzsuche« im »Eldorado« der Vernichtungslager auf, sondern legt dabei auch die immer noch wirksame und zugleich verstörende Moral mancher Grabräuber frei. So haben einige für sich gewisse Grenzen gezogen, womit sie sich – in ihren Augen – deutlich von skrupelloseren »Hyänen« unterschieden. Man habe, so vertraut jemand Reszka an, nur genommen, was man in der Erde gefunden habe, nicht aber etwa Leichen ausgegraben und durchsucht, wie manch andere dies taten. Für einen anderen wiederum war klar, dass an Sonntagen die Suche unterbrochen wurde. Auch wurde zur eigenen Entlastung vorgebracht, die Pfarrer hätten nichts gegen den Grabraub gesagt, ihn also gewissermaßen stillschweigend gutgeheißen. Etwaige Reste eines schlechten Gewissens schob man mit Verweis auf die Armut beiseite.

Furcht vor Entdeckung und Strafe spielte kaum eine Rolle. Zum einen etablierten die »Schatzsucher« ein Warnsystem, zum anderen gingen Ermittlungsverfahren und Prozesse für sie häufig glimpflich aus. So nahm die Polizei 1958 einige Grabräuber fest, und das Woiwodschaftsgericht fällte wenige Monate später ein Urteil. Es fiel mit einem halben Jahr Gefängnisstrafe, die durch die Untersuchungshaft zudem schon verbüßt war, jedoch recht milde aus, drohten doch eigentlich bis zu zehn Jahre. Und dennoch änderte sich etwas. Anders als in den Jahren zuvor begann sich nun die Presse für das Phänomen zu interessieren und veröffentlichte einige Berichte darüber. Wenig später wurde ein Teil des Geländes von Belzec instandgesetzt und ein Denkmal errichtet. Damit kam die Suche nach Wertsachen nicht an ihr Ende, aber aus dem Massenphänomen wurden Einzelfälle. Manche allerdings ließ die Fantasie vom unermesslichen Reichtum der Jüdinnen und Juden, vom »jüdischen Gold«, nie los, sie zog es ein Leben lang zu den Massengräbern.

Reszka montiert aus den zahlreichen Interviews ein eindrucksvolles Panorama des alltäglichen Grabraubs und der Mentalität der beteiligten Menschen – sowohl zum Zeitpunkt ihrer »Schatzsuche« als auch zum Zeitpunkt der Gespräche. Er legt mit seiner ebenso packenden wie verstörenden historischen Reportage ein schmerzhaftes Unterkapitel aus der Geschichte und Nachgeschichte des Holocaust frei, das für viele andere Regionen des einst deutsch besetzten Europa erst noch zu schreiben ist.

Markus Roth
Fritz Bauer Institut

Deutsche Gründlichkeit



Benjamin Lahusen

»Der Dienstbetrieb ist nicht gestört«. Die Deutschen und ihre Justiz 1943–1948

München: Verlag C.H. Beck, 2022, 384 S.,
€ 34,-

Das Justitium, also der Stillstand der Rechtspflege, ist einfachgesetzlich in Paragraph 245

Zivilprozessordnung erfasst. Danach wird für die Dauer eines Kriegs oder eines anderen Ereignisses das Verfahren unterbrochen. Wann, wenn nicht in der berühmten »Stunde null«, sollte dieser Zustand eingetreten sein? Einen Stillstand der Rechtspflege hat es nach Benjamin Lahusen jedoch niemals gegeben. Jedenfalls taten die Rechtsarbeiter und ihr Hilfspersonal alles dafür, dass der ungestörte Dienstbetrieb noch lange aufrechterhalten werden konnte. »Stillstand« war »keine Option« (S. 41). Lahusen gründet diese und andere Erkenntnisse auf eine umfassende Analyse von Gerichtsakten, die er in Deutschland, Polen, Belgien, Israel und den Niederlanden ausgewertet hat. Trotz der Detailfülle, ausgebreitet in sieben Kapiteln, bereitet die Lektüre selten Schwierigkeiten, vor allem dank Lahusens stilistischer Eleganz.

Das Konzept der »Normalität« beschreibt Lahusen für den Bereich der Justiz: Dabei geht es ihm darum, zu zeigen, »wie sich das Recht unbeirrt von den Widrigkeiten seiner Umwelt entfaltet und dabei [...] selbst einen Krieg ausblenden kann« (S. 12). Die Nationalsozialisten wollten zum einen sicherstellen (durch nicht weniger als 31 Gesetze und Verordnungen), dass die Rechtsverwaltung und -ausübung dem Krieg möglichst nicht in die Quere kommt. Zum anderen sollte die Zivilbevölkerung auf juristische Dienstleistungen nicht verzichten müssen: »Das Recht durfte den Krieg nicht stören, aber umgekehrt durfte auch der Krieg das Recht nicht zu sehr stören.« (S. 15) Doch blieb der extreme Personalschwund – von den fast 14.000 Richterstellen waren 1944 nur noch gut 6.000 besetzt – nicht ohne Folgen: So wurden Strafverfahren nach Möglichkeit im Verwaltungswege erledigt, und vermögensrechtliche Auseinandersetzungen im Zivilprozess waren um drei Viertel zurückgegangen. Die Justizbürokratie setzte sich sogar gegen Versuche der politischen Führung, die Oberlandesgerichte und damit den Rechtsweg ganz abzuschaffen, erfolgreich zur Wehr. Mit der Kapitulation im Mai 1945 wurde jedoch auch die Rechtspflege (zumindest zeitweise) zum Stillstand gezwungen, die Alliierten schlossen Gerichte, entnazifizierten fleißig, aber auch sie mussten irgendwann die Fortsetzung des Dienstbetriebs erlauben.

Auch während der Diktatur wurden »normale« Rechtsstreitigkeiten in routinierter Sachlichkeit verhandelt. So existierte der Fraenkel'sche Doppelstaat mit dem Normenstaat als Rahmen und Existenzgrundlage des exekutiven Maßnahmenstaats. Sich auf Ernst Fraenkel beziehend, bezeichnet Lahusen das als »geteilte Normalität« (S. 30), also als eine Normalität, die die Demokratie mit der Diktatur teilt. Diese Normalität findet sich in den von Lahusen untersuchten Aktenbeständen. Natürlich hat die Justiz an der Ausgrenzung bestimmter Bevölkerungsgruppen maßgeblich mitgewirkt, ganz im Sinne der schon von Fraenkel aufgestellten These, dass innerhalb der Gemeinschaft Friede, Ordnung und Recht galten, außerhalb aber Machtkampf und Vernichtung. ¹ Entweder man gehörte zur Volksgemeinschaft und konnte sich als deren Teil auch noch des »normalen« Rechts bedienen, oder man war aus ihr ausgeschlossen und wurde als Feind behandelt. Das Recht abstrahierte die grausame Realität in Form von juristischer Fachsprache und papierener Formalität, mit der selbst so grausame Vorgänge wie eine Hinrichtung ein Flair von Normalität erhielten. Die Normalität des Rechts schuf eine Fiktion der Normalität der Realität: »Das »Normale« ist die Kulisse vor der Gebrechlichkeit der Welt.« (S. 37) Die strukturellen Funktionsvoraussetzungen des Rechts überlebten die Diktatur – eine Form von Kontinuität –, und damit rückt uns »der Nationalsozialismus näher, als uns lieb sein kann« (S. 39).

Ist nun das Bemühen um die Aufrechterhaltung des Dienstbetriebs als zivilisatorische Errungenschaft oder Gipfel der Perversion zu bewerten? Die Antwort findet man wieder bei Ernst Fraenkel: Der Maßnahmenstaat braucht zu seiner Existenz den Normenstaat, also das normale, parallele Funktionieren des alltäglichen Justizbetriebs neben den exekutiven Maßnahmen des Repressionsapparats. »Ohne den Normenstaat hätte der Maßnahmenstaat weder funktioniert noch Akzeptanz gefunden, ohne das Gewöhnliche wäre auch das Entsetzliche gestaltlos geblieben.« (S. 300) Das so funktionierende Recht mit seinem Dienstbetrieb ermöglichte es dem Bürger, dem kollektiven Ausnahmezustand des totalen Kriegs einen individuellen Normalzustand entgegenzusetzen, »sich zu dissoziieren von der Gebrechlichkeit der Welt und die erlebte Realität wieder in ihre Fugen zu bringen« (S. 303). Die papierene Macht des Rechts – als Recht des Normenstaats – ist dabei keineswegs unschuldig oder neutral, sie ist zwar einerseits eine zivilisatorische Errungenschaft, zugleich aber eben auch notwendiger Rahmen und Grundlage des expansiven Maßnahmenstaats, insoweit also auch Perversion des Rechts.

Kai Ambos
Göttingen/Den Haag

¹ Ernst Fraenkel, *Der Doppelstaat*, Frankfurt am Main 1984, S. 193 (dt. Erstausgabe 1974, am. Erstausgabe 1940).

Nachgeschichte der NS-Psychiatrie



Steffen Dörre

Zwischen NS-„Euthanasie“ und Reformaufbruch.

Die psychiatrischen Fachgesellschaften im geteilten Deutschland

Berlin, Heidelberg: Springer, 2021, 607 S., € 79,99

In den vergangenen Jahren erschienen zahlreiche Forschungsarbeiten zur Geschichte medizinischer Fachverbände in der NS-Zeit. Die Studie, die der Historiker Steffen Dörre im Auftrag der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde (DGPPN) erstellte, geht chronologisch einen Schritt weiter und nimmt die ersten drei Jahrzehnte der Nachkriegszeit in den Blick. Sie knüpft damit an eine Untersuchung über die psychiatrischen Fachgesellschaften in der NS-Zeit an.¹

Der Band ist in 19 Kapitel unterteilt, zu denen auch kurze Zwischenfazit zählen. Der Autor vergleicht die Entwicklung der psychiatrischen Fachverbände während der Besatzungszeit sowohl in der Bundesrepublik als auch in der DDR, allerdings quellenbedingt mit einem Schwerpunkt auf Westdeutschland. Nach einer knappen Einleitung und einem Überblick zum Forschungsstand über Psychiatrie, Sterilisation und Krankenmorde in der NS-Zeit analysiert Dörre die Biografien von zwölf ausschließlich männlichen Psychiatern in der frühen Nachkriegszeit, die später in den Fachverbänden herausragende Positionen bekleideten. Dabei differenziert er die These einer allgemeinen Elitenkontinuität in der Psychiatrie in Ost und West anhand von vormaligen Tätigkeitsfeldern und chronologischen Aspekten. Insbesondere beschäftigt er sich hier mit individuellen und kollektiven Strategien sowie fachbezogenen Netzwerken in der Phase der Entnazifizierung und kommt zu dem Schluss: »Die gegenseitige Unterstützung in der Nachkriegsgesellschaft ermöglichte langfristige stabile Netzwerke.« (S. 139) Mit deren Hilfe konnten auch Psychiater, die als Gutachter oder Beisitzer von Erbgesundheitsgerichten an Sterilisationen und in mehreren Fällen auch als Gutachter der »Aktion T4« an Krankenmorden beteiligt gewesen waren, an ihre frühere Karriere anknüpfen und Positionen in den Fachgesellschaften erlangen.

Dörre stellt unter anderem Thesen zum Verhältnis von reformpsychiatrischen Ansätzen und NS-Krankenmorden auf. So hätten

sich zum einen mehrere Psychiater, die in der Weimarer Zeit reformorientiert gewesen waren, an den NS-Krankenmorden beteiligt, so etwa Valentin Falthäuser. Zum anderen fanden sich Fälle von »Euthanasie«-Tätern, die Jahrzehnte später eine Anstaltsreform propagierten. Diese Verknüpfung erläutert Dörre anhand der Biografie von Friedrich Panse, 1940 T4-Gutachter und 1965/66 Präsident der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie und Nervenheilkunde, der 1964 in einer im Auftrag des Verbands erstellten Denkschrift deutliche Reformen im Anstaltswesen verlangte.

Die Arbeit ist jedoch über mehrere Kapitel hinweg in erster Linie als eine Organisationsgeschichte angelegt und rekonstruiert innerverbandlich Änderungsbestrebungen sowie Beharrungsvermögen. Im Zentrum stehen dabei konkurrierende Netzwerke, die innerfachliche Kommunikation auf Tagungen und in Fachzeitschriften sowie Kompetenzabgrenzungen, beispielsweise gegenüber neurologischen, psychologischen und psychotherapeutischen Fachgesellschaften. Hierbei kam es im Untersuchungszeitraum in Ost wie West immer wieder zu innerfachlichen Initiativen für eine Anstaltsreform, die jedoch in beiden Staaten auch unter den verschiedenen politischen Rahmenbedingungen bis Ende der 1960er Jahre kaum Erfolge verzeichnen konnten. Erst die Gesundheitspolitik der sozialliberalen Koalition brachte eine entscheidende Wende. Sie stieß zu Beginn der 1970er Jahre die Psychiatrie-Enquete an und ermöglichte in der Bundesrepublik eine Reform des Anstaltswesens, während diese in der DDR ausblieb.

Als Quellen nutzt der Autor neben Publikationen von Verbandsfunktionären insbesondere Unterlagen aus dem Archiv der DGPPN, dem Bundesarchiv und dem Stasi-Unterlagen-Archiv. Angesichts der zahlreichen Akteure ist es hilfreich, dass im Anhang Kurzbiografien von zentralen Personen der Verbandsgeschichte in Ost und West angefügt sind.

Von erinnerungsgeschichtlichem Interesse ist neben den erwähnten biografischen Analysen und dem Fazit insbesondere das vorletzte Kapitel: »Der Rückblick als Reformimpuls?« Darin geht der Autor unter anderem auf die Rolle von Vertretern der Fachgesellschaften bei Beratungen über die Entschädigung von Zwangssterilisierten und Angehörigen von Opfern der Krankenmorde ein. Auch die innerfachliche Diskussion über die »Euthanasie«-Täter Werner Heyde und Werner Catel in den 1960er Jahren untersucht Dörre. Hierbei analysiert er insbesondere Veröffentlichungen der beiden Psychiater Walter Schulte und Helmut Ehrhardt, die über die nationalsozialistischen Krankenmorde publizierten, dies jedoch mit einer die Psychiatrie exkulpierenden Argumentation verbanden. Zu einer unmittelbaren Verknüpfung reformpsychiatrischer Bestrebungen mit der kritischen Aufarbeitung der Geschichte der Psychiatrie im Nationalsozialismus kam es in der Bundesrepublik in größerem Umfang erst ab den späten 1970er Jahren, somit nach dem Ende des Untersuchungszeitraums der Studie.

Jens Kolata

Fritz Bauer Institut

NS-Verbrechen und Widerstand in der deutschen Literatur



Helmut Peitsch

Reisen nach Auschwitz und Anthologien letzter Briefe, 1945–1975.

Eine literarische Beziehungsgeschichte von Antifaschismus in der BRD und DDR

Berlin: De Gruyter, 2021, 778 S., € 129,95

Der Literaturwissenschaftler Helmut Peitsch nimmt sich in diesem umfangreichen Werk zwei bislang in der Forschung wenig beachtete Genres vor, um an ihrem Beispiel die gesellschaftliche Debatte über NS-Verbrechen in Deutschland von 1945 bis 1975 zu diskutieren. Im Zentrum stehen die »Paratexte« von Anthologien »letzter Briefe« – eine heute beinahe vergessene Gattung, die vor allem die Abschiedsworte von verurteilten Widerstandskämpfern und anderen NS-Opfern, gelegentlich auch von Frontsoldaten meint – sowie Reisebeschreibungen zur Gedenkstätte Auschwitz. Die untersuchten Texte stammen von Schriftstellerinnen und Journalisten aus Ost- und Westdeutschland, aber auch von Aktivistinnen und Politikerinnen, von Angehörigen und Überlebenden. Es geht Peitsch um eine empirische Untersuchung, die nicht allein die ausgewählten Texte einem *close reading* unterzieht, sondern auch »als Kontexte die gesellschaftlichen Bedingungen der Möglichkeit ihrer Produktion« einbezieht. Damit sind vor allem die anderen »Akteure in den Literaturverhältnissen« (S. 1) gemeint, insbesondere Verlage und Zeitschriften, die wiederum mit staatlichen Institutionen oder gesellschaftlichen Organisationen verbunden waren. Peitsch schreibt nicht zuletzt gegen die vorherrschenden Narrative der Aufarbeitungsgeschichte an, indem er auf der Grundlage einer enormen Materialfülle immer wieder gängige Thesen, Konzepte und Periodisierungen hinterfragt.

Der sperrige Titel des Buchs steht für ein in Teilen nicht weniger sperriges Werk. Der Autor erläutert sein Vorgehen und seine Schlussfolgerungen in äußerst knappen Einleitungs- und Schlusskapiteln. Er entwickelt seine Thesen und Ergebnisse oft eher in der Kompilation von Texten und Zitaten als in explizit ausgeführten Argumenten. Es ist ein anspruchsvolles und nicht immer leicht zu rezipierendes Verfahren, in dem Peitsch die Texte zueinander stellt und sie sich wechselseitig kommentieren lässt. Das 80-seitige Literaturverzeichnis enthält eine beeindruckend umfassende Sammlung der Literatur zum Thema.

Die chronologisch geordneten Kapitel sind jeweils um einen oder mehrere zentrale Texte oder historische Ereignisse und Akteure gruppiert. Davon ausgehend wird der gesellschaftliche und erinnerungspolitische Kontext ausgeleuchtet, andere Texte derselben

Zeitschrift, Aktivitäten einer Organisation oder eines Verlags, ähnliche oder konträre Stellungnahmen aus der jeweiligen Zeitspanne werden hinzugezogen. Oft sind die titelgebenden Auschwitz-Reisen oder Publikationen von »letzten Briefen« nur der Ausgangspunkt für eine weit ausgreifende Erkundung, die auf assoziativ wirkende Weise von einem Text zum nächsten führt. Die letzten Briefe stehen dabei meist für eine Auseinandersetzung mit dem Thema Widerstand im Nationalsozialismus, die Auschwitz-Reisen für die Präsenz der Shoah oder des Vernichtungskriegs im Nachkriegsdeutschland. Welche Texte aus welchen Gründen ausgewählt wurden, wird nicht erläutert, der thematische Zusammenhang ist oft locker, aber der Autor beeindruckt immer wieder mit seiner Kenntnis der zeitgenössischen Veröffentlichungen und ihrer Entstehungsgeschichten. Peitsch arbeitet für seine »Beziehungsgeschichte« sichtbare und verdeckte Bezüge heraus, zeigt, wie sich Autorinnen und Autoren – auch über den Eisernen Vorhang hinweg – aneinander abarbeiteten oder aufeinander zubewegten.

Der Kalte Krieg und die mit ihm einhergehenden ideologischen Verhärtungen und Wahrnehmungseinschränkungen sowie deren bis heute wirksame Folgen sind durchgängige Themen der Arbeit. Es geht Peitsch dabei nicht zuletzt darum, die Autoren und Verlage aus der DDR gegen das oft pauschal verhängte Urteil in Schutz zu nehmen, lediglich die Sprachrohre eines erstarrten und staatlich verordneten Antifaschismus gewesen zu sein, der gegenüber der Situation der jüdischen NS-Verfolgten bis zuletzt ignorant blieb. Immer wieder kreist der Text daher um die Frage, wie sich die Autoren aus Ost und West zum nationalsozialistischen Antisemitismus und der Shoah äußerten, welche Sprache und welche Begriffe dafür gefunden wurden, welchen Stellenwert das in den zeitgenössischen Gedenkpraktiken, Ausstellungen und Veröffentlichungen hatte. Peitschs Buch passt damit gut zu dem zunehmenden Interesse in der Geschichtswissenschaft, noch einmal mit größerem empirischen Einsatz über das Verhältnis von Antifaschismus und Holocausterinnerung in den osteuropäischen Staaten nachzudenken.¹

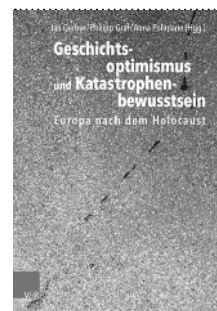
Peitsch fördert viel Überraschendes zutage, allein die Anzahl der von ihm vorgestellten Veröffentlichungen zu den zentralen Themen widerlegt manche gängigen Erzählungen zu den Nachkriegsdebatten. Auch für ein Lesepublikum, das nicht alle Implikationen und Deutungen des Buchs teilt, ist es eine Material-Fundgrube, die allen hilfreich sein kann, die sich mit der widersprüchlichen Geschichte der »Aufarbeitung« der NS-Verbrechen in der deutschen Nachkriegszeit befassen.

Katharina Stengel

Fritz Bauer Institut

¹ Vgl. dazu etwa Kata Bohus, Peter Hallama, Stephan Stach (Hrsg.), *Growing in the Shadow of Antifascism. Remembering the Holocaust in State-Socialist Eastern Europe*, Budapest, Wien, New York 2022. Vgl. Rezension auf S. 131 in diesem Heft.

Die Erinnerung an den Holocaust und ihre Konjunkturen



Jan Gerber, Philipp Graf, Anna Pollmann (Hrsg.)

Geschichtsoptimismus und Katastrophenbewusstsein.

Europa nach dem Holocaust

Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2022, 525 S., € 55,-

In den vergangenen zwei Jahren wurde in den deutschen Feuilletons intensiv über die Frage gestritten, ob der Holocaust präzedenzlos sei oder ob und wie er mit anderen Massenverbrechen verglichen werden könne und müsse. Oft blieb es dabei bei den entsprechenden Postulaten bezüglich der aktuellen Formen der Erinnerung und des Gedenkens. Wie neue Formen konkret aussehen könnten, wurde kaum thematisiert. Auf welche Weise Erinnerungen an die Shoah immer mit solchen an andere Massenverbrechen verknüpft waren, zeigt der vorliegende Sammelband. Die Arbeit an dem Projekt begann, bevor die obengenannten Debatten in der deutschen Öffentlichkeit breiter wahrgenommen wurden, denn schon vor der Causa Mbembe und der documenta 15 wurde die Gedächtnishistorie des Holocaust als präzedenzloses Ereignis im Zentrum der europäischen Geschichte vielfach herausgefordert. Sei es durch totalitarismustheoretische Forderungen aus Ost- und Mitteleuropa, durch die Neue Rechte oder durch zunehmend postmigrantisch geprägte Gesellschaften. Daraus leiten die Herausgeber die These ab, die dem Band programmatisch vorangestellt ist: Die Beschaffenheit der Erinnerung und Aufarbeitung des Holocaust ist aufs Engste mit zeitgenössischen Ereignissen beziehungsweise gesellschaftlichen Gegebenheiten verbunden und von ihnen abhängig. Die Gedächtnishistorie des Holocaust unterlag (und unterliegt weiterhin) damit Konjunkturen. Der Grund dafür liegt im Charakter des Verbrechens selbst, der der Wahrnehmung und dem Begreifen blockierend im Wege stand und steht. Die Kombination von Zeit, Umfang und Methode sowie der Abwesenheit von Elementen instrumenteller Vernunft macht die Shoah präzedenzlos. Sie ist kein weiteres Grauen unter den vielen: Sie hatte nicht den Zweck, Macht, Reichtum oder Prestige zu vermehren wie der Kolonialismus und auch keine kriegswichtige Bedeutung, sondern war im Gegenteil kriegshinderlich. Die Logik der Vernichtung um der Vernichtung willen kannte bis zu ihrem Auftritt in der Geschichte keine Verwandtschaft mit anderen Ereignissen. Die Möglichkeit, sich auf breiter Ebene mit der Shoah zu beschäftigen, konnte sich deswegen nur vermittelt durch andere Ereignisse aufbauen, bevorzugt

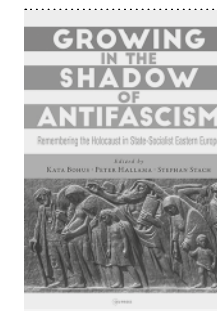
in Zeiten, in denen die politische Realität von einem Katastrophenbewusstsein beherrscht wurde. Kurz nach Kriegsende gab es eine knappe Phase, in der es zu einer ersten Welle von Publikationen zur jüngst vergangenen Geschichte kam. Eine Ahnung, was sich in Europa zwischen 1933 und 1945 unter deutscher Herrschaft abgespielt hatte, blitzte auf. Dieses Fenster schloss sich jedoch bald wieder. Der Wiederaufbau, höhere Löhne, ein bald einsetzender besserer Lebensstandard ließen die Ereignisse zurücktreten, man blickte optimistisch in die eigene Zukunft. Das gleichzeitig anwesende gesellschaftliche Katastrophenbewusstsein angesichts der über allem schwebenden Möglichkeit der nuklearen Auslöschung stand der Beschäftigung mit der tatsächlich geschehenen Vernichtung der europäischen Juden ebenfalls im Weg. Die Entspannungspolitik sowie die Pazifizierung des Kalten Kriegs in den 1970er Jahren ermöglichten eine neuerliche Beschäftigung mit dem Holocaust, abzulesen an den Publikationen und sonstigen kulturellen Erzeugnissen dieser Zeit. Die 1970er Jahre waren einerseits von der Entspannungspolitik, andererseits vom Ende des unbedingten Fortschrittsglaubens geprägt, für das beispielhaft der Bericht des Club of Rome steht. Nicht der zuversichtliche Blick nach vorn, sondern der zurück auf eine Geschichte der Vernichtung wurde bestimmend.

Die in diesem Band gesammelten Beiträge spüren der Verschlungenheit von Erinnerungen an den Holocaust und zeitgenössischen politischen Entwicklungen im Spannungsfeld von Geschichtsoptimismus und Katastrophenbewusstsein nach. Von den ausnahmslos lesenswerten Beiträgen seien nur zwei beispielhaft hervorgehoben: Dan Diner, dessen Ansätzen der Band viel verdankt, weist in seiner Analyse von Jean Améry's Schrift *Die Tortur* darauf hin, dass der Auschwitzüberlebende die Folter (und gerade nicht die Vernichtung) als Kern des Nationalsozialismus zu einem Zeitpunkt ausmachte, als im französischsprachigen Raum über die Folter in den Kolonialkriegen Frankreichs in Nordafrika diskutiert wurde. Diner zeigt damit paradigmatisch auf, wie sich die Auseinandersetzung mit der Shoah an andere Bilder und Erfahrungen von Massengewalt heften musste, um sich überhaupt Gehör zu verschaffen. Zu einem ähnlichen Befund kommt Susanne Zepp in Bezug auf das Werk Jorge Semprún. Semprún schrieb über spanische Häftlinge in Buchenwald und fand so einen Weg, im franquistischen Spanien über die Vernichtung der Juden zu sprechen, was sonst nicht möglich gewesen wäre.

Der Band gibt eindrücklich wieder, wie fragil und verschlungen die Erinnerung an den Holocaust sich ihren Weg bahnen musste. Sie war mitnichten einer eindimensionalen dominanten Geschichtsinterpretation untergeordnet, wie oft behauptet wird. Auf diese Weise ist der Band ein wichtiger Beitrag zu den aktuellen Debatten, indem er zeigt, welchen politischen Konjunkturen die Erinnerung an und das Forschen über den Holocaust unterworfen ist.

Anselm Meyer
Berlin/Dresden

Antifaschismus und Holocausterinnerung aus osteuropäischer Sicht



Kata Bohus, Peter Hallama, Stephan Stach (Hrsg.)

Growing in the Shadow of Antifascism.

Remembering the Holocaust in State-Socialist Eastern Europe

Budapest: Central European University Press, 2022, 327 S., € 71,-

Mit dem Zusammenbruch der staatssozialistischen Gesellschaften Mittel- und Osteuropas wurde die Dichotomie zwischen Ost und West nicht etwa aufgelöst, sondern setzte sich in neuer Form fort. Westeuropäische Historiker führten nun die Debatten um die Auseinandersetzung mit dem Holocaust an. Diese Dominanz zu problematisieren und zu beenden, tritt der Sammelband an. Den Herausgebern und der Herausgeberin zufolge konstatierte die westliche Forschung für die osteuropäische eine Leerstelle in der Thematisierung des Holocaust, eine Blackbox: Da sich der Antifaschismus mit dem kommunistischen Widerstand identifizierte, habe er die Erinnerung an den Holocaust unterdrückt und eine Geschichtsverzerrung, wenn nicht -fälschung befördert, gegen die sich die authentische Erinnerung an die Vernichtung des europäischen Judentums nicht habe behaupten können. Das Herausgeberteam bringt diese neue Dichotomie – antifaschistische Verzerrung im Osten versus jüdische Authentizität im Westen – in Zusammenhang mit dem von Michael Rothberg eingeführten Begriff der »competitive memory«, die zugunsten einer »multidirectional memory« aufzulösen sei, die vielfältige andere Erinnerungsnarrative einbeziehe (S. 13 f.). Es gelte, den »Mythos vom Schweigen« nach dem Holocaust infrage zu stellen (S. 11).

Die zwölf Beiträge tragen eindrucksvolle Beispiele zusammen, wie sich in der Historiografie, im Bereich öffentlicher Denkmale und der Kunst sowie in den Medien und öffentlichen Debatten Einzelpersonen oder lokale Initiativen Wege suchten, des Holocaust zu gedenken. So dokumentieren Katarzyna Person und Agnieszka Żółkiewska, wie das Jüdische Historische Institut in Warschau Editionen von Zeugnissen aus dem Ringelblum-Archiv publizieren konnte, wenn es – zum Teil gravierende – Anpassungen an das antifaschistische Narrativ vorzunehmen bereit war. Entsprechend beschreibt Peter Hallama, wie der jüdisch-tschechische Historiker Miroslav Kárný seine Geschichte Theresienstadts in das sozialistische Narrativ der Unterdrückung der slawischen Völker durch den Faschismus einbettete. Am Beispiel des autodidaktischen Historikers Helmut Eschwege zeigt Benjamin Lipp, dass jüdische Geschichte in der DDR zwar

nicht gefördert und die Forschung daran bisweilen erschwert, jedoch nicht gänzlich unterdrückt wurde. Kata Bohus widmet sich dem Denkmal für Raoul Wallenberg in Budapest und demonstriert, dass bereits in den 1950er Jahren jüdische Erinnerungsnarrative toleriert wurden, solange sie sich in die neue antifaschistische Erzählung vom heldenhaften Kampf der kommunistischen Partei Ungarns gegen das Horthy-Regime integrieren ließen. Gintarė Malinauskaitė vollzieht für das sowjetische Litauen nach, dass die massenweise Kollaboration mit den Nationalsozialisten zwar thematisiert, aber quasi externen nationalistischen Faschisten zugeschoben wurde. Yecheil Weizman geht der Geschichte verlassener jüdischer Friedhöfe in Polen nach und stößt auf Beispiele individuellen Engagements für die Sichtbarmachung und die Pflege dieser Stätten. Anja Tippner widmet sich ausführlich dem Roman *Schwerer Sand* von Anatoly Rybakov, der eine autobiografisch gefärbte sowjetisch-jüdische Familiengeschichte mit dem offiziellen sowjetischen Kriegsnarrativ verband. Ferner beschäftigte sich Daniel Véri mit den staatlich geförderten Denkmälern in Ungarn, Richard S. Esbenschade mit acht ungarischen Romanen, Alexander Walther mit dem literarischen Schaffen des DDR-Feuilletonisten Heinz Knobloch und Miriam Schulz mit der jiddischsprachigen sowjetischen Zeitung *Heymland*. Sie alle liefern beeindruckende Beispiele für die Auseinandersetzung mit dem Holocaust, die eben nicht von den sozialistischen Regierungen unterdrückt wurde, sondern im Einvernehmen und im Austausch mit ihnen möglich war. In einem Nachwort bringt Audrey Kichelowski die einzelnen Beiträge mit der zugrundeliegenden Theorie der multidirektionalen Erinnerung in Zusammenhang.

Der Band lotet die Möglichkeiten der Holocausterinnerung im Staatssozialismus aus und trägt dabei wesentlich zur Differenzierung der integrierenden Wirkung des Antifaschismus bei. Doch fragt sich, warum es dazu des Rekurses auf Rothberg bedurfte, wenn es nicht doch um mehr ging. Tatsächlich scheint die Eingliederung der Holocaustforschung in die Genozidforschung (viele Autoren und Autorinnen bevorzugen den Begriff Genozid statt Holocaust) hier den weiteren Sinn zu haben, eine neue Generation von Holocaustforschern aus Osteuropa von der als dominant empfundenen »westlichen« Forschung zu emanzipieren. Das irritiert aus mehreren Gründen: Zum einen teilen die Autoren weitgehend den Befund, dass der Antifaschismus den Diskurs im ehemaligen Ostblock bestimmte und der Holocaust kein exklusiver Forschungsgegenstand war. Zum anderen wird die Holocaustforschung in Westeuropa absolut gesetzt, ohne zu berücksichtigen, dass sie sich erst ab den 1980er Jahren formierte und immer auch Konjunkturen unterworfen war. Die sehr lesenswerten Beiträge dieses Bandes bereichern das Wissen um die Nachgeschichte des Holocaust in Osteuropa wesentlich. Der theoretische Überbau jedoch ist unnötig konfrontativ.

Katharina Rauschenberger
Fritz Bauer Institut

Der blinde Fleck



Uffa Jensen

Ein antisemitischer Doppelmord.
Die vergessene Geschichte des
Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik
Berlin: Suhrkamp Verlag, 2022, 317 S.,
€ 24,-

Am Abend des 19. Dezember 1980 erschoss Uwe Behrendt, ein Mitglied der verbotenen rechtsextremistischen Wehrsportgruppe Hoffmann (WSG) den ehemaligen Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde Nürnberg Shlomo Lewin und dessen Lebensgefährtin Frida Poeschke in ihrem Wohnhaus in Erlangen. Lewin hatte sich wiederholt öffentlich für den Kampf gegen Rechtsextremismus eingesetzt. Die Ermittlungsbehörden hielten den Doppelmord weder für eine politisch motivierte noch für eine terroristische Tat. Stattdessen konzentrierten sie sich auf das Umfeld der Ermordeten, suchten insbesondere im Lebenslauf Lewins nach einem Tatmotiv und tappten lange im Dunkeln. Der Täter setzte sich in den Libanon ab, wo sich inzwischen große Teile der WSG aufhielten. Als die Behörden durch eine am Tatort gefundene Sonnenbrille die Spur zu Karl-Heinz Hoffmann verfolgen konnten und der Generalbundesanwalt ein Ermittlungsverfahren gegen die WSG wegen des Verdachts auf Bildung einer terroristischen Vereinigung eingeleitet hatte, erklärte Hoffmann, Behrendt sei für den Doppelmord allein verantwortlich. Das Landgericht Nürnberg folgte am Ende eines langen Prozesses seiner Behauptung, er habe den Mordbefehl nicht gegeben. Hoffmann und seine Lebensgefährtin wurden in diesem Punkt 1986 freigesprochen. Behrendt war bereits im Herbst 1981 im Libanon gestorben, vermutlich durch Suizid.

Der Historiker Uffa Jensen präsentiert den Mord nicht als skandalösen Kriminalfall, sondern ordnet ihn ein in die »vergessene Geschichte« rechter Gewalt in Westdeutschland, insbesondere in das Jahr 1980, »das schlimmste Terrorjahr in der Geschichte der Bundesrepublik« (S. 7). Er beleuchtet damit ein Kapitel, dem sich die Geschichtswissenschaft erst seit einigen Jahren intensiv zuwendet. Vor allem geht es ihm um die Fragen, warum der Erlanger Mord wie die meisten rechtsextremistisch motivierten Verbrechen der Nachkriegszeit so wenig mediales und politisches Interesse fand und warum rechte Gewalt über Jahrzehnte nicht als Ausdruck eines politisch-ideologischen Gesamtphänomens aufgefasst, sondern als Reihe von Einzelfällen wahrgenommen wurde. Dies ist nicht zuletzt deshalb erstaunlich, weil gleichzeitig der Linksterrorismus die Republik in Atem hielt wie kaum ein anderes Thema.

Jensen nennt die Konzentration auf die Bedrohung durch die RAF als einen wichtigen Grund dafür, dass der rechte Terror öffentlich wenig wahrgenommen wurde. Zudem hätten weitverbreitete Ignoranz, Desinteresse und Empathielosigkeit gegenüber den Opfern dazu beigetragen, dass der Rechtsterrorismus lange Zeit verharmlost und seine Gefahr nicht erkannt wurde. Große Bedeutung misst er im Erlanger Fall zudem dem antisemitischen Hintergrund der Tat zu, der den Ermittlern damals nicht in den Sinn kam, während sie gleichzeitig das Mordmotiv in der jüdischen Umgebung Lewins suchten und dieser gerüchteweise als mutmaßlicher Mossad-Agent gehandelt wurde.

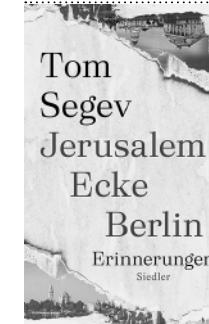
Der Autor geht den Verbindungen zwischen der WSG und der palästinensischen PLO nach, die die deutschen Rechtsterroristen militärisch ausbildete und von Karl-Heinz Hoffmann mit ausgedienten Bundeswehrfahrzeugen beliefert wurde. Im Kampf gegen Juden, so argumentiert Jensen, war man sich einig.

Im Oktober 1980 vermutete Hoffmann, der israelische Geheimdienst stecke hinter dem Oktoberfestattentat, dem 13 Menschen zum Opfer gefallen waren. Der Mossad habe die WSG, der auch der Münchner Attentäter Gundolf Köhler angehörte, in den Fokus der Ermittlungsbehörden rücken wollen, spekulierte er. Dies, so nimmt Jensen »mit hoher Wahrscheinlichkeit« (S. 110) an, habe Behrendt auf die Idee gebracht, den Mord an Lewin zu begehen. Auch die Möglichkeit, dass die Fatah selbst den Mord in Auftrag gab oder an der Planung beteiligt war, hält Jensen für »denkbar« (S. 165).

Die gut lesbare Darstellung, die betont unakademisch in der Ich-Form und passagenweise im Präsens geschrieben ist, blendet zwischen der Rekonstruktion des Erlanger Doppelmords und kontextualisierenden Kapiteln hin und her. Man mag kritisieren, dass mancher Exkurs recht skizzenhaft und allgemein bleibt und anderes, wie die Geschichte der PLO, weit ausholend geschildert wird. Auch ließe sich einwenden, dass die westdeutsche Justiz um 1980 zeitweise durchaus ernsthafte Bemühungen unternahm, den rechten Terror anzugehen. Das Beispiel der antisemitischen »Schmierwelle« von 1959/60 zeigt zudem, dass im Einzelfall Rechtsextremismus und Judenhass in der Bundesrepublik sehr wohl öffentliche und politische Beachtung fanden. Insgesamt gesehen aber kann man Jensens Befund nur zustimmen. Der rechte Terror, der anders als der linke auf öffentliche Bekenntnisse verzichtete, wurde lange Zeit kaum als zusammenhängendes Phänomen erkannt, die Behörden ermittelten – gemäß den gesellschaftlich etablierten Wahrnehmungsmustern – oft in die falsche Richtung und die Opfer erfuhren wenig Würdigung. Dass sich dieses Muster lange nach 1980 noch einmal so frappierend wiederholte, als der »Nationalsozialistische Untergrund« seine Mordserie verübte, ist bestürzend.

Tobias Freimüller
Fritz Bauer Institut

Zwischen Deutschland und Israel



Tom Segev

Jerusalem Ecke Berlin. Erinnerungen
München: Siedler Verlag, 2022, 416 S.,
€ 32,-

In Deutschland erlangte Tom Segev als Teil der sogenannten Neuen Historiker Israels ab den 1990er Jahren Bekanntheit mit seinen Werken zur israelischen Erinnerungspolitik sowie zur Vor- und Frühgeschichte des Staats, allen voran *Die siebte Million. Der Holocaust und Israels Politik der Erinnerung* (1985). Seine Befunde hatten ordentlich an dem von zionistischen Mythen geprägten Geschichtsbild des jüdischen Staats gerüttelt und so manche Kontroverse ausgelöst. In Israel selbst hatte er sich bereits ab den 1970er Jahren als Journalist einen Namen gemacht. Seither schrieb er für verschiedene israelische Zeitungen, unter anderem als Kolumnist der linksliberalen *Haaretz*. Zuletzt widmete er sich den Biografien Simon Wiesenthals (2010) und David Ben-Gurions (2018).

In seinem jüngsten Werk, das während der Covid-19-Pandemie aus einer »autobiografischen Laune«¹ heraus entstanden ist, erzählt er nun erstmals die eigene Lebensgeschichte, und auch hier zeigt sich deutlich seine Skepsis gegenüber etablierten Narrativen. Immer wieder meldet er Zweifel sowohl an der eigenen Erinnerung als auch an den Erzählungen seiner Mutter an und hinterfragt den Wahrheitsgehalt der über Jahrzehnte innerhalb der Familie tradierten Geschichten. Ausführlich berichtet Segev davon, wie er manchem Familienheimnis erst mit über 70 Jahren, im Zuge der Arbeit an seiner Autobiografie, auf die Spur kam. So wird der Leserschaft auf fast schon spielerische Art vorgeführt, dass sämtliche Erinnerung subjektiv gefärbt und das Gedächtnis kein verlässlicher Partner bei der Rekonstruktion der eigenen Lebensgeschichte ist.

Wie bereits der Titel andeutet, ist Segevs Lebensgeschichte eine, die zu weiten Teilen eng verwoben ist mit den historischen und politischen Entwicklungen sowohl Israels als auch Deutschlands. Segev wurde 1945 im damals noch britisch verwalteten Jerusalem als Thomas Schwerin geboren. Seine Eltern, die Fotografin Ricarda

Schwerin und der Architekt jüdischer Herkunft Heinz Schwerin, waren 1935 nach Palästina ausgewandert, nachdem sie bereits 1933 aus Deutschland geflohen waren. In Jerusalem wuchs er in einem sehr deutschen Zuhause auf, in dem ihm seine kommunistische, nichtjüdische Mutter – der Vater kam bereits 1948 ums Leben – eine typisch deutsche Kinderstube angedeihen ließ, zu der, neben einem akkuraten Hochdeutsch, auch »Ordnung, Sauberkeit, Genauigkeit, Fleiß, Genügsamkeit, nicht auf der Straße essen, Schlange stehen, sich nirgends vordrängeln, bitte, danke, Verzeihung – oder kurz »Benennen« gehörten und die in starkem Kontrast stand zum »freien Geist, den die neue israelische Gesellschaft, auch in Anpassung an das örtliche Klima, pflegte« (S. 113).

Die deutsche Herkunft lässt ihn zeitlebens nicht los, auch wenn er später – wie viele andere Jeckes – seinen Namen hebraisierte, um in der israelischen Gesellschaft besser Fuß fassen zu können. Er studierte Geschichte und Politikwissenschaften an der Hebräischen Universität Jerusalem und promovierte an der Boston University mit einer Arbeit über KZ-Kommandanten, für die er auch in Deutschland forschte. Auch seine journalistische Tätigkeit führte ihn immer wieder zurück in das Land seiner Eltern. So berichtete er ab 1974 für mehrere Jahre als Auslandskorrespondent für die israelische Tageszeitung *Maariv* aus Bonn.

Im Laufe seines langen Berufslebens begegnete er einer Reihe berühmter Persönlichkeiten, von denen er nun episodenhaft erzählt: So interviewte er etwa in den späten 1960er Jahren als Chefredakteur einer Studentenzeitung David Ben-Gurion; bei Hannah Arendt, einer Freundin seiner Mutter, war er während seines Promotionsstudiums in den USA zu Gast; später arbeitete er eng mit dem wohl bekanntesten Bürgermeister Jerusalems, Teddy Kollek, zusammen. Aber auch Begegnungen mit völlig unbekanntem, für seine Lebensgeschichte hingegen zentralen Personen würdigt Segev ausführlich. So berichtet er etwa ausgiebig von dem palästinensischen Hilfsarbeiter Jussuf, mit dem ihn 20 Jahre lang eine eher ambivalente Freundschaft verband, durch die das Publikum einiges über Segevs Perspektive auf den palästinensisch-israelischen Konflikt erfährt. Im letzten und zutiefst persönlichen Teil des Buchs beschreibt Segev auch seine Beziehung zu Itayu Abera, einem äthiopischen Jungen, dessen Einwanderung nach Israel er jahrelang journalistisch begleitete. Dabei entwickelte sich das Verhältnis der beiden von einem rein beruflichen zu einem sehr familiären: Itayu machte den kinderlosen Segev schließlich doch zum Vater und später sogar Großvater.

Erneut hat Segev ein sehr lesenswertes Buch vorgelegt, in dem er sich aus gedächtnisgeschichtlicher Perspektive und zuweilen auf sehr unterhaltsame Weise der eigenen Biografie ebenso wie einigen der spannungsreicheren Episoden der deutschen und israelischen Vergangenheit und Gegenwart nähert.

Andrea Kirchner
Fritz Bauer Institut

¹ Alexandra Senfft, »Historiker Tom Segev: »Ich wollte immer der Erzähler sein, nicht die Story«. Interview, in: *der Freitag*, 7.11.2022, <https://www.freitag.de/autoren/alexandra-senfft/historiker-tom-segev-ich-wollte-immer-der-erzaehler-sein-nicht-die-story> (13.3.2023).

Fritz Bauer Institut im Überblick

Das Fritz Bauer Institut

Das Fritz Bauer Institut ist eine unabhängige, zeitgeschichtlich ausgerichtete und interdisziplinär orientierte Forschungs- und Bildungseinrichtung. Es untersucht und dokumentiert die Geschichte der nationalsozialistischen Massenverbrechen – insbesondere des Holocaust – und deren Wirkung bis in die Gegenwart. Das Forschungsprogramm des Instituts umfasst den Zeitraum der Vorgeschichte des Nationalsozialismus bis zu seinen in die Gegenwart reichenden Folgewirkungen in einem transnationalen und transdisziplinären Rahmen. Die Vermittlung aktueller Fragen und Ergebnisse der Holocaust- und Zeitgeschichtsforschung steht im Mittelpunkt der Bildungsarbeit des Instituts. Sie umfasst Vortragsveranstaltungen und Ausstellungen für die interessierte Öffentlichkeit und das Fachpublikum ebenso wie Fortbildung und Beratung für Lehrkräfte sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren. In der Arbeit mit Schülerinnen und Schülern wie auch in der Erwachsenenbildung fungiert das Fritz Bauer Institut als außerschulischer Lernort.

Das Institut trägt den Namen Fritz Bauers und ist seinem Andenken verpflichtet. Fritz Bauer (1903–1968), jüdischer Remigrant und radikaler Demokrat, widmete sich seit seiner Rückkehr aus dem Exil in Skandinavien 1949 der Rekonstruktion des Rechtssystems in der Bundesrepublik Deutschland und der strafrechtlichen Verfolgung von NS-Verbrechern. Im Jahr 1956 wurde er Generalstaatsanwalt in Hessen und hat maßgeblich den Frankfurter Auschwitz-Prozess angestoßen, der im Dezember 1963 begann und im August 1965 endete. Dass Adolf Eichmann, der Organisator der Todestransporte in die Vernichtungslager, gefasst und 1961 in Jerusalem vor Gericht gestellt werden konnte, ist ebenfalls wesentlich auf Bauer zurückzuführen, der dem israelischen Geheimdienst Mossad den entscheidenden Hinweis zum Aufenthaltsort Eichmanns in Argentinien gab.

Das Fritz Bauer Institut wurde am 11. Januar 1995 vom Land Hessen, der Stadt Frankfurt am Main und dem Förderverein Fritz Bauer Institut e.V. als Stiftung bürgerlichen Rechts ins Leben gerufen. Als An-Institut ist es seit Herbst 2000 mit der Goethe-Universität Frankfurt am Main assoziiert und hat seinen Sitz im IG Farben-Haus auf dem Campus Westend. Im Stiftungsrat des Instituts sind das Land Hessen, die Stadt Frankfurt am Main, die Goethe-Universität und der Förderverein des Fritz Bauer Instituts e.V. vertreten. Der Förderverein und der Wissenschaftliche Beirat unterstützen und begleiten seine Arbeit.

Im Jahr 2017 wurde der Lehrstuhl zur Erforschung der Geschichte und Wirkung des Holocaust geschaffen – der erste in Deutschland zu diesem Themenfeld – und am Historischen Seminar der Goethe-Universität angesiedelt. Er ist mit der Leitung des Fritz Bauer Instituts verbunden. Seine Einrichtung stärkt die Forschungsarbeit des Instituts und intensiviert seine Kooperation mit der Goethe-Universität.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Direktion des Fritz Bauer Instituts und Lehrstuhl zur Erforschung der Geschichte und Wirkung des Holocaust
Prof. Dr. Sybille Steinbacher

Verwaltung

Manuela Ritzheim (Verwaltungsleitung und Projektmanagement)
Marina Gribanova (Sachbearbeitung Verwaltung)
Hannah Hecker M.A. (Wissenschaftliches Sekretariat)
Nathalie Schüler M.A. (Wissenschaftliches Sekretariat)
Werner Lott (Technische Leitung/Digital- und Printmedien)

Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Institut

PD Dr. Tobias Freimüller (stellvertretender Direktor),
Dr. Sara Berger, Dr. Andrea Kirchner, Dr. Jörg Osterloh,
Dr. Katharina Rauschenberger, Dr. Markus Roth, Dr. Andrea Rudorff,
Dr. Katharina Stengel, Maria Czaputowicz-Głowacka M.A.,
Jens Kolata M.A., Mirjam Schnorr M.A.

Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Lehrstuhl

Dr. Veronika Duma, Dr. Niklas Krawinkel, Dr. Martin Mainka,
Lars Hendrik Hollmann M.A., Lisa Sommer M.A.

Archiv und Bibliothek

Johannes Beermann-Schön M.A., M.A. (Archiv und Dokumentation)
Josefine Ruhe (Bibliothek), Martina Sichelschmidt (ehrenamtlich)

Vermittlung und Transfer

Dr. Martin Liepach, Fabienne Diehl, Nadine Docktor,
Gottfried Köbler (ehrenamtlich)

Gastwissenschaftlerin

Dr. Viktoriya Latyshava (Dorothee Freudenberg-Fonds)

Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler

Dr. Anca Filipovici (C. und N. Weickart Postdoc-Stipendium),
Percy Herrmann M.A. (Jürg-Breuninger-Promotionsstipendium),
Elena Lebedeva (Jürg-Breuninger-Stipendium), Lara Raabe M.A.
(Stiftung Ökohaus-Promotionsstipendium), Lilia Tomchuk (Fellowship
der Claims Conference), Nils Weigt M.A. (Hans-Böckler-Stiftung)

Workshops und Führungen

Nikolaus Gietinger, Acelya Kar, Veronika Schenk,
Alexander Toumanides, Tobias Wehrle

Studentische Hilfskräfte

Luise Busch, Leonard Caesar, Ruth Dahlhoff, Christopher Gomer,
Inga Steinhauser, Hannah Werner, Leonie Wüst



Wissenschaftlicher Beirat

Prof. Dr. Dan Diner
Hebrew University of Jerusalem
Prof. Dr. Annette Eberle (stellv. Vorsitzende)
Katholische Stiftungshochschule München/Benediktbeuern
Prof. Dr. Lena Foljanty
Universität Wien
Prof. Dr. Norbert Frei
Friedrich-Schiller-Universität Jena
Prof. Dr. Atina Grossmann
The Cooper Union for the Advancement of Science and Art, New York
Prof. Dr. Klaus Günther (Vorsitzender)
Goethe-Universität Frankfurt am Main
Dr. Jürgen Matthäus
United States Holocaust Memorial Museum, Washington D.C.
Prof. Dr. Maren Röger
Universität Leipzig
Prof. em. Dr. Joachim Rückert
Goethe-Universität Frankfurt am Main
Prof. Dr. Thomas Sandkühler
Humboldt-Universität zu Berlin
Prof. Dr. Nicholas Stargardt
Magdalen College, Oxford
Prof. em. Dr. Peter Steinbach
Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin

Stiftungsrat

Für das Land Hessen:
Boris Rhein, Ministerpräsident
Angela Dorn-Rancke, Ministerin für Wissenschaft und Kunst

Für die Stadt Frankfurt am Main:
Mike Josef, Oberbürgermeister
Dr. Ina Hartwig, Dezernentin für Kultur und Wissenschaft

Für den Förderverein Fritz Bauer Institut e.V.:
Herbert Mai, Vorsitzender des Fördervereins
Gabriele Mielcke, Schriftführerin des Fördervereins

Für die Goethe-Universität Frankfurt am Main:
Prof. Dr. Enrico Schleiff, Universitätspräsident
Prof. Dr. Hans Peter Hahn, Dekan, Fachbereich
Philosophie und Geschichtswissenschaften

Oben: Norbert Wollheim-Stele vor dem IG Farben-Haus auf dem Campus Westend der Goethe-Universität Frankfurt am Main
Foto: Werner Lott

Einsicht 2023 *Bulletin des Fritz Bauer Instituts*

15. Jahrgang, Ausgabe 24, November 2023
ISSN 1868-4211

Herausgeber:

Fritz Bauer Institut
An-Institut der Goethe-Universität Frankfurt am Main
Norbert-Wollheim-Platz 1
D-60323 Frankfurt am Main
Telefon: +49 (0)69.798 322-40
info@fritz-bauer-institut.de
www.fritz-bauer-institut.de

Redaktion:

Sybille Steinbacher (V.i.S.d.P.),
Tobias Freimüller, Andrea Kirchner, Werner Lott,
Jörg Osterloh, Katharina Rauschenberger, Markus Roth

Gestaltung/Layout:

Werner Lott

Lektorat:

Regine Strotbek

Bildredaktion:

Christopher Gomer und die Redaktion

Anzeigenredaktion:

Martina Sichelschmidt

Herstellung:

Vereinte Druckwerke, Frankfurt am Main

Erscheinungsweise:

einmal jährlich

Auflage:

4.200

Copyright:

Fritz Bauer Institut, Stiftung bürgerlichen Rechts

Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion

Bankverbindung:

Fritz Bauer Institut

Frankfurter Sparkasse

SWIFT/BIC: HELADEF1822

IBAN: DE91 5005 0201 0000 3219 01

Steuernummer: 45 250 8145 5 - K19

Finanzamt Frankfurt am Main III

Das Bulletin des Fritz Bauer Instituts erscheint mit freundlicher

Unterstützung des Fördervereins Fritz Bauer Institut e.V.



QR-Code:

Link zu allen bisher erschienenen
Ausgaben von *Einsicht. Bulletin des
Fritz Bauer Instituts* als PDF-Dateien.
URL: fritz-bauer-institut.de/einsicht.html



Titelabbildung: Angehörige der Wehrmacht beaufsichtigen ukrainische Zivilisten in den Trümmern der besetzten Stadt Sewastopol im Juli 1942. Text der nationalsozialistischen Propaganda auf der Rückseite des Bildes: »Aufräumungsarbeiten im zerstörten Sewastopol. Nach dem OKW-Bericht vom 5.7.1942 ist die Schlacht um Sewastopol, nachdem die letzten feindlichen Truppen nach hartnäckiger Gegenwehr vernichtet oder gefangengenommen wurden, beendet. Jetzt beginnen bereits die Aufräumungsarbeiten. Schon am ersten Tage nach der Einnahme der Stadt wurde die Zivilbevölkerung von der deutschen Besatzung zu Aufräumungsarbeiten herangezogen.«

Foto: Fotoarchiv für Zeitgeschichte/Ar/Süddeutsche Zeitung Photo, Bild-ID: 02893745



*Fördern Sie
mit uns
das Nachdenken
über den
Holocaust*

Das Fritz Bauer Institut

Im Jahr 1995 – fünfzig Jahre nach der Befreiung vom Nationalsozialismus – wurde in Frankfurt am Main die Stiftung »Fritz Bauer Institut, Studien- und Dokumentationszentrum zur Geschichte und Wirkung des Holocaust« gegründet. Das Institut ist ein Ort der Auseinandersetzung unserer Gesellschaft mit der Geschichte des Holocaust und seinen Auswirkungen bis in die Gegenwart. Es trägt den Namen Fritz Bauers, des ehemaligen hessischen Generalstaatsanwalts und maßgeblichen Initiators des Frankfurter Auschwitz-Prozesses (1963–1965). Seit 2002 hat das Institut seinen Sitz auf dem Campus Westend der Goethe-Universität Frankfurt am Main.

Der Förderverein

Der Förderverein des Fritz Bauer Instituts konstituierte sich im Januar 1993 in Frankfurt am Main. Er unterstützt die wissenschaftliche, pädagogische und dokumentarische Arbeit des Fritz Bauer Instituts und hat durch das ideelle und finanzielle Engagement seiner Mitglieder und zahlreicher Spender wesentlich zur Gründung der Stiftung beigetragen. Der Verein sammelt Spenden für die laufende Arbeit des Instituts, er schafft neue Kontakte und stößt gesellschaftliche Debatten an. Für die Zukunft gilt es, die Projekte und den Ausbau des Fritz Bauer Instituts weiter zu fördern, seinen Bestand langfristig zu sichern und seine Unabhängigkeit zu wahren. Ein mitgliederstarker Förderverein setzt ein deutliches Signal bürgerschaftlichen Engagements und kann die Interessen des Instituts wirkungsvoll vertreten. Zu den zahlreichen Mitgliedern des Fördervereins aus dem In- und Ausland gehören engagierte Bürgerinnen und Bürger, bekannte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aus Kultur und Politik, aber auch Verbände, Vereine, Institutionen und Unternehmen sowie zahlreiche Landkreise, Städte und Gemeinden.

Der Vorstand

Herbert Mai (Vorsitzender), Prof. Dr. Eva-Maria Ulmer (stellv. Vorsitzende), Dr. Daniela Kalscheuer (Schatzmeisterin), Gabriele Mielcke (Schriftführerin), Dr. Philipp Georgy, Philipp Jaks, Dr. Thomas Kreuder, Hans Riebsamen, Dieter Wesp (Beisitzer)

Förderverein

Fritz Bauer Institut e.V.

Norbert-Wollheim-Platz 1
60323 Frankfurt am Main
Telefon: + 49 (0)69 24741110
verein@fritz-bauer.org
fritz-bauer.org

Werden Sie Mitglied!

Jährlicher Mindestbeitrag: € 60,-
Partnerbeitrag: € 100,-
Ermäßigter Beitrag für Schüler, Studenten
und Auszubildende: € 30,-
Spenden und Mitgliedsbeiträge sind
steuerlich absetzbar.

Spendenkonto

Frankfurter Sparkasse
IBAN: DE43 5005 0201 0000 3194 67
SWIFT/BIC: HELADEF1822

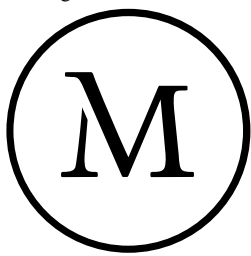
Werben Sie neue Mitglieder!

Informieren Sie Ihre Bekannten, Freunde
und Kollegen über die Möglichkeit, sich im
Förderverein zu engagieren. Gern senden wir
Ihnen Informationsmaterial zur Fördermit-
gliedschaft und zur Arbeit des Fritz Bauer
Instituts zu.



Abbildung: Fritz Bauer
Foto: Schindler-Foto-Report

QR-Code
<https://fritz-bauer.org>



NEUERSCHEINUNGEN 2023 (AUSWAHL)

METROPOL VERLAG | ANSBACHER STR. 70 | 10777 BERLIN

BESTELLUNGEN UND REZENSIONSEXEMPLARE: DR. NICOLE WARBOLD

TEL.: (030) 23 00 46 23 | FAX: (030) 2 65 05 18 | E-MAIL: NICOLE.WARBOLD@METROPOL-VERLAG.DE



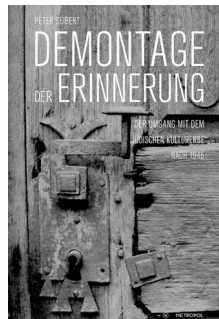
HANKA GRUPIŃSKA

DIE LISTE LESEN

Erzählungen über die Warschauer Aufständischen der Jüdischen Kampforganisation

ISBN: 978-3-86331-704-1
239 Seiten · 26,- € · Hardcover

Kurz nach Kriegsende fertigte Marek Edelman, einer der Kommandeure des Aufstands im Warschauer Ghetto, eine Liste der Kämpfer:innen an. Jahrzehnte später entdeckte die polnische Publizistin Hanka Grupińska die Liste in einem Londoner Archiv. Sie ging den Lebenswegen der meist jungen Menschen, die sich den deutschen Besatzern mit der Waffe in der Hand entgegenstellten, nach. Auf Basis zahlreicher Gespräche mit Überlebenden und der Auswertung der Literatur sind erschütternde Kurzbiografien von 308 namentlich bekannten Aufständischen entstanden.



PETER SEIBERT

DEMONTAGE DER ERINNERUNG

Der Umgang mit dem jüdischen Kulturerbe nach 1945

ISBN: 978-3-86331-712-6
400 Seiten · 26,- € · Hardcover

In einem erschreckenden Ausmaß wurden in beiden deutschen Nachkriegsstaaten die nach den Verwüstungen der NS-Zeit noch erhalten gebliebenen baulichen Überreste der jüdischen Geschichte zerstört. Die Gründe dafür reichen von nicht entschuldbarer Gedankenlosigkeit, Respektlosigkeit gegenüber den Ermordeten und Vertriebenen bis zu offenem Antisemitismus. Peter Seibert beschreibt diesen Umgang mit dem deutsch-jüdischen Kulturerbe – ein Umgang, der zugleich die Erinnerung an das Leben von Jüdinnen und Juden in Deutschland wie an die Verbrechen an ihnen demontiert.



MELANIE WAGER

„DER STÜRMER“ UND SEINE LESER

Ein analoges antisemitisches Netzwerk Zur Geschichte und Propagandawirkung eines nationalsozialistischen Massenmediums

ISBN: 978-3-86331-711-9
540 Seiten · 36,- € · Hardcover

Die Vorstellung einer „allmächtigen“ NS-Propaganda und von „verführten“ Deutschen hält sich hartnäckig. Vor allem die Leserschaft der antisemitischen NS-Zeitung „Der Stürmer“, im Privatbesitz des fränkischen Gauleiters Julius Streicher, gilt als Musterbeispiel erfolgreicher „Gehirnwäsche“. Melanie Wager dagegen sieht die Leserschaft nicht als passives Objekt der Indoktrination, sondern als aktive und engagierte „Kampfgemeinschaft“ mit der Schriftleitung des weit über den Erscheinungsort Nürnberg hinaus populären Massenmediums.



FRANK BAJOHR · SYBILLE STEINBACHER (HRSG.)

EICHMANN UND DER HOLOCAUST

Ein Überblick

ISBN: 978-3-86331-717-1
ca. 160 Seiten · 19,- € · Hardcover

War der SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann einer der zentral Verantwortlichen des Holocaust oder ein „Hanswurst von empörender Dummheit“? Kein anderer NS-Täter wurde nach 1945 in ähnlicher Weise nahezu gleichzeitig über- und unterschätzt. Jenseits der Klischees bilanziert der Band die Tätigkeit Eichmanns bis 1945, sein Untertauchen, die Entdeckung und Gefangennahme in Argentinien, den Prozess vor dem Bezirksgericht Jerusalem 1961, die öffentlichen Reaktionen und die damaligen Prozesse gegen NS-Täter sowie das Bild Eichmanns in der deutschen Presse.

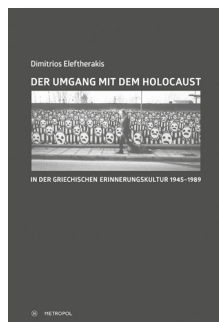


GERDA WEISSMANN KLEIN

NICHTS ALS DAS NACKTE LEBEN

ISBN: 978-3-86331-718-8
ca. 340 Seiten · 24,- € · Hardcover

Gerda Weissmann, geboren 1924 im polnischen Bielsko-Biala, ist fünfzehn, als ihre unbeschwerte Jugend ein jähes Ende findet. Nach dem Einmarsch der Wehrmacht verschleppen die Deutschen Gerdas Bruder und deportieren drei Jahre später ihren Vater. Mutter und Tochter werden voneinander getrennt. Für Gerda beginnt eine Odyssee durch mehrere Arbeitslager, die mit einem „Todesmarsch“ endet. Ihre Familie wird sie nie mehr wiedersehen. Gerda Weissmanns Erinnerungen sind bereits 1957 in den USA unter dem Titel „All but my life“ erschienen und wurden zu einem Bestseller.



DIMITRIOS ELEFTHERAKIS

DER UMGANG MIT DEM HOLOCAUST IN DER GRIECHISCHEN ERINNERUNGSKULTUR 1945-1989

ISBN: 978-3-86331-702-7
221 Seiten · 22,- € · Hardcover

In der Erinnerungskultur Griechenlands hat die Rolle des Holocaust viele Facetten: Die Erinnerung an die Ermordung der griechischen Juden wurde infolge des Bürgerkriegs den Legitimationsbedürfnissen von Kommunisten und Kirche unterworfen, nach Ende der Militärdiktatur diente sie der gesellschaftlichen Versöhnung, und bis heute ist sie von Erzählungen über mythische Widerstandsaktionen geprägt. Weit über Griechenland hinaus wirft der Autor neues Licht auf die europäische Holocaust-Erinnerungskultur.



PETRA PLUWATSCH

VERFOLGT UND NICHT VERGESSEN

Geschichten hinter den Stolpersteinen

ISBN: 978-3-86331-705-8
250 Seiten · 22,- €

Vertrieben, deportiert, ermordet – der Künstler Gunter Demnig erinnert mit seinen „Stolpersteinen“ an Menschen, die dem Terror der Nationalsozialisten zum Opfer gefallen sind. Einige exemplarische Lebenswege, die alle mit Kölner Stolpersteinen verbunden sind, versammelt der vorliegende Band. Es sind Geschichten gegen das Vergessen. Sie bieten einen intensiven Einblick in die Verfolgung während der NS-Zeit, die aus der „Volksgemeinschaft“ Ausgeschlossene zwischen 1933 und 1945 im gesamten Deutschen Reich traf.



DIRK ERKELENZ · THOMAS KAHL (HRSG.)

JÜDISCHE SCHÜLERINNEN UND SCHÜLER AN KÖLNER GYMNASIEN

Ihre Geschichte(n) zwischen Integration, Ausgrenzung und Verfolgung

ISBN: 978-3-86331-703-4
302 Seiten · 24,- € · Hardcover

Im Schuljahr 1932/33 besuchten etwa 700 jüdische Schüler:innen höhere Schulen in Köln. Sie waren seit Langem gut in die Lyzeen und Gymnasien der Stadt integriert. Mit der NS-Diktatur begann für sie eine Zeit von Entrechtung, Ausschluss und Verfolgung. Die Texte des Buches schildern die schulische Situation für Jüdinnen und Juden vor und nach 1933 am Beispiel von vier höheren Schulen Kölns und erzählen exemplarisch die Lebensgeschichten von 25 Jungen und Mädchen.